



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

N° 53

2020

STATISTISCHE ANALYSEN



Rheinland-Pfalz
Ein Ländervergleich in Zahlen

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Titelfoto: ©Visions-AD – stock.adobe.com

Erschienen im Oktober 2020

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/analysen/rlp-laendervergleich_2020.pdf

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2020

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



Strukturdaten sind auch in Krisenzeiten wichtige Leitplanken für Politik und die Wirtschaft: sie zeigen woher wir kommen und wer wir sind. Das Statistische Landesamt hat daher entschieden, trotz der aktuellen corona-bedingten Ausnahmesituation – bei der zweifelsohne andere Datenbedarfe im Vordergrund stehen – die Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz: Ein Ländervergleich in Zahlen“ neu aufzulegen.

Die Veröffentlichung bietet einen Überblick über statistische Indikatoren und zeigt Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern. Dabei stehen sogenannte „Strukturdaten“ im Mittelpunkt. Ausgewiesen werden (wo möglich) die Jahreswerte 2019 und die Entwicklung in den letzten zehn Jahren. Daten zur aktuellen Entwicklung, z. B. der Konjunktur oder der Sterbefälle, finden Sie auf unserer Internetseite, in unseren Pressemeldungen und in unseren Statistischen Monatsheften.

Das „Länderranking“ beleuchtet unser Land aus dem Blickwinkel der amtlichen Statistik vor der Krise. Damit wird eine Grundlage für die Einordnung der aktuellen Entwicklung im Vergleich zum vorherigen Status Quo geschaffen und die Bewertung der mittel- und langfristigen Erholung nach der Krise ermöglicht. Wo können wir zu alter Stärke zurückfinden und wo wird das vorherige Niveau nicht mehr erreicht oder wo wird es übertroffen? Wieso verlaufen Entwicklungen in den Ländern unterschiedlich? Antworten darauf können nur valide Strukturdaten geben. Neben den Benchmarkfunktionen haben Strukturdaten aber auch einen anderen Sinn: sie helfen, unsere Identität als Bundesland zu erkennen und daran festzuhalten. Dies bietet – auch und gerade in Krisenzeiten – Orientierung für alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer.

Mit der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ stellt das Statistische Landesamt zum sechsten Mal für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer dar. Die Daten werden in übersichtlichen Grafiken und mit kurzen textlichen Kommentierungen präsentiert. Die Zusammenfassung am Anfang der Analyse gibt einen schnellen Überblick über die Platzierungen von Rheinland-Pfalz. Sie enthält Angaben über die Spannweiten der Ergebnisse der Länder und ermöglicht so eine Einordnung der rheinland-pfälzischen Daten. Der umfangreiche Tabellenanhang enthält die Werte aller ausgewählten Merkmale und zeigt zudem auch zeitliche Entwicklungen auf.

Bad Ems, im Oktober 2020

A handwritten signature in blue ink that reads "Marcel Hürter".

(Marcel Hürter)

Präsident des Statistischen Landesamtes



Vorwort	3
Zeichenerklärung, Datenquellen und sonstige Hinweise	9
Karte von Deutschland	10
Zusammenfassung	11
1 Bevölkerung	
Bevölkerung 2019	20
Bevölkerungsdichte 2019	21
Altersstruktur der Bevölkerung 2019	22
Alten- und Jugendquotient 2019	23
Frauen im gebärfähigen Alter und zusammengefasste Geburtenziffer 2019	24
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Saldo der Wanderungen 2019	25
Eheschließungen und Ehescheidungen 2019	26
Ausländische Bevölkerung 2019	27
Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2019	28
2 Haushalte, Familien und Lebensformen	
Haushalte 2018	30
Durchschnittliche Wohnfläche 2018	31
Wohneigentumsquote 2018	32
Durchschnittliche Warmmiete 2018	33
Internetnutzung und Teilnahme an sozialen Netzwerken 2019	34
Bevölkerung in Familien 2018	35
Betreuungsquote unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung 2019	36
Betreuungsquote 3- bis unter 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung 2019	37
Betreuungsschlüssel für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen 2019	38
Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes 2017	39
Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes nach Geburtsjahr des Kindes 2017	40
Armutsgefährdungsquote 2018	41
Armutsgefährdungsquote 2018 nach Altersgruppen	42
Einkommensreichumsquote 2018	43
Verbraucherinsolvenzen 2019	44
3 Bildung	
Ausländische Schüler/-innen an allgemeinbildenen Schulen im Schuljahr 2018/2019	46
Schülerzahl je Klasse an Grundschulen im Schuljahr 2018/19	47
Schulentlassene an allgemeinbildenden Schulen 2018	48
Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen im Alter von 60 und mehr Jahren im Schuljahr 2018/19	49
Vertragslösungsquote der Auszubildenden 2018	50
Sektoren der Integrierten Ausbildungsberichterstattung 2018	51

Inhaltsverzeichnis

Studienanfängerquote 2018 nach Land des Studienortes	52
Bildungsausländer/-innen im Wintersemester 2018/19	53
Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen/-innen im Prüfungsjahr 2018	54
Wanderungssaldo der Studierenden im Wintersemester 2018/19	55
4 Gesundheit und Soziales	
Niedergelassene Ärztinnen bzw. Ärzte und Zahnärztinnen und Zahnärzte 2018	58
Aufgestellte Betten in Krankenhäusern sowie in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2017	59
Pflegequote 2017	60
Pflegebedürftige 2017 nach Art der Versorgung	61
Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren 2017	62
Rauchgewohnheiten der Bevölkerung ab 15 Jahren 2017	63
Gesundheitsausgaben je Einwohner/-in 2018	64
Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an allen Erwerbstätigen 2019	65
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) 2019	66
5 Finanzen	
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerverteilung 2019	68
Kassenmäßige Steuereinnahmen (nach Steuerverteilung) 2019 nach Gebietskörperschaften	69
Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich 2019	70
Schulden der Länder beim nicht-öffentlichen Bereich 2019	71
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich 2019	72
Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich 2019	73
Einnahmen im Länderfinanzausgleich 2019	74
6 Wahlen	
Landtagswahlen	76
Zweitstimmenanteil der späteren Regierungsparteien bei der letzten Landtagswahl	77
Bundestagswahl 2017	78
Europawahl 2019	79
7 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Bruttoinlandsprodukt 2019	82
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige/-n (Arbeitsproduktivität) 2019	83
Bruttowertschöpfungen 2019 nach Wirtschaftsbereichen	84
Bruttoanlageinvestitionen 2017	85
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2018	86
Sparquote der privaten Haushalte 2018	87

8 Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Tourismus

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau
und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2019 90

Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe sowie im
Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2019 91

Umsatz im Bauhauptgewerbe 2019 92

Übernachtungsintensität im Tourismus 2019 93

Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland 2019 94

Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus 2019 95

9 Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) 2018 98

FuE-Personal (Vollzeitäquivalente) 2018 99

Beschäftigte in Hochtechnologiebranchen und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen 2019 100

Beschäftigte mit Hochschulabschluss 2019 101

Patentdichte 2015–2019 102

Innovationsindex 2018 103

Gründungsintensität 2015–2018 104

Gewerbeanmeldungen 2019 105

Unternehmensinsolvenzen 2019 106

10 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

Erwerbstätige am Arbeitsort 2019 108

Arbeitsplatzdichte 2019 109

Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe 2019 110

Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen 2019 111

Selbstständige 2019 112

Arbeitsvolumen 2019 113

Teilzeitbeschäftigte 2019 114

Frauenerwerbsquote 2019 115

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte 2019 116

Arbeitslosenquote 2019 117

Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen 2019 118

Pendlersaldo 2019 119

11 Umwelt

Nutzung der Bodenfläche 2018 122

Energieproduktivität 2017 123

Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung 2017 124

Treibhausgasemissionen 2017 125

CO₂-Emissionen (energiebedingt) 2017 126

12 Verkehr

Straßendichte und Pkw-Dichte 2020	128
Alternative Antriebe – Anteil am Pkw-Bestand 2020 und Anteil an Neuzulassungen 2019	129
Straßenverkehrsunfälle 2019	130
Verunglückte Fahrer/-innen und Mitfahrer/-innen von Fahrrädern 2019	131

Tabellenanhang	133
-----------------------------	------------

Glossar	191
----------------------	------------

Endnoten	204
-----------------------	------------

Fotonachweis	204
---------------------------	------------

Zeichenerklärung, Datenquellen und sonstige Hinweise

Zeichenerklärung	x	Nachweis nicht sinnvoll	-	nichts vorhanden
	.	Zahl unbekannt oder geheim	...	Zahl fällt später an

Datenquellen Bundesagentur für Arbeit, Bundesärztekammer, Bundeszahnärztekammer, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Deutsches Patent- und Markenamt, Statistische Ämter des Bundes und der Länder (in der Regel Daten aus Fachserien des Statistischen Bundesamtes oder Genesis Online), Kraftfahrtbundesamt, Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Mannheimer Unternehmenspanel des ZEW.

Sonstige Hinweise Der Vergleich zwischen den Ländern erfolgt überwiegend mit einwohnerbezogenen Kennzahlen. Zur Berechnung dieser Kennzahlen wird grundsätzlich die Bevölkerung am 31. Dezember verwendet; Abweichungen von dieser Regel sind gekennzeichnet.

Die Kennzahlen und Veränderungsdaten werden mit spitzen Werten gerechnet und im Anschluss gerundet. Dadurch kann die Summe der Einzelpositionen geringfügig von dem nachgewiesenen Gesamtergebnis oder die ausgewiesenen Veränderungsdaten geringfügig von den Differenzen der Werte in den Tabellen abweichen.

Bei der Bildung von Rangfolgen erhält grundsätzlich das Land mit dem höchsten Merkmalswert den Rang 1. Ausnahmen bilden Merkmale, bei denen ein hoher Wert als eindeutig negativ angesehen wird. In diesen Fällen wird dem Land mit dem niedrigsten Merkmalswert der Rang 1 zugeordnet. Die Rangfolge wird auf Basis der gerundeten Werte ermittelt.

Aufgrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 wird für die Bereiche Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Regel auf 2010 als Vergleichsjahr zurückgegriffen.

Karte von Deutschland



Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Bevölkerung								
Bevölkerung	2019	Anzahl	6	4 093 903	NW	17 947 221	HB	681 202
Veränderung	2009–2019	%	8	2,0	BE	6,6	ST	-6,9
Anteil an der Gesamtbevölkerung	2019	%	6	4,9	NW	21,6	HB	0,8
Bevölkerungsdichte	2019	Einwohner/-innen je km ²	9	206	BE	4 090	MV	69
Veränderung	2009–2019	%	7	2,0	BE	5,9	ST	-7,0
Anteil unter 20-Jährige	2019	%	8	18,3	BW	19,0	ST	16,3
Anteil 20- bis unter 65-Jährige	2019	%	8	59,7	HH	63,1	SN	56,1
Anteil 65-Jährige und Ältere	2019	%	9	22,0	ST	27,0	HH	18,2
Jugendquotient	2019	Quotient	7	30,6	NI	31,8	SL	28,1
Altenquotient	2019	Quotient	9	36,8	ST	47,6	HH	28,9
Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre)	2019	%	8	33	HH	40	ST	28
Zusammengefasste Geburtenziffer	2019	je 1 000 Frauen	8	1555,0	NI	1599,0	BE	1402,0
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	2019	je 10 000 Einwohner/-innen	8	-25,5	HH	18,8	ST	-71,2
Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze	2019	je 10 000 Einwohner/-innen	5	49,9	BB	91,0	HB	-11,3
Eheschließungen	2019	je 10 000 Einwohner/-innen	6	50,9	MV	68,9	HH	32,9
Ehescheidungen	2019	je 10 000 Einwohner/-innen	3	19,6	SH	20,7	SN	15,4
Anteil der ausländischen Bevölkerung	2019	%	8	11,5	BE	19,2	MV	4,7
Veränderung	2009–2019	Prozentpunkte	6	3,8	HB	5,9	MV	2,3
Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	2019	%	7	26,7	HB	36,5	TH	7,8
Veränderung	2009–2019	Prozentpunkte	4	8,7	HB	10,9	SH	5,4
Haushalte, Familien und Lebensformen								
Haushalte	2018	1 000	8	1 961	NW	8 756	HB	366
Anteil Ein-Personen-Haushalte	2018	%	16	38,4	BE	53,0	RP	38,4
Anteil Haushalte mit zwei Personen	2018	%	7	35,0	BB	38,6	BE	28,1
Anteil Haushalte mit drei und mehr Personen	2018	%	2	26,6	BW	27,8	BE	18,9
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2018	Anzahl	2	2,06	BW	2,09	BE	1,79
Durchschnittliche Wohnfläche	2018	m ² je Einwohner/-in	2	53,7	SL	54,2	BE	39,2
Durchschnittliche Wohnfläche	2018	m ² je Wohnung	1	104,3	RP	104,3	BE	73,2
* Niedrigster Wert = Rang 1.								

Zusammenfassung

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
noch: Haushalte, Familien und Lebensformen								
Wohneigentumsquote	2018	%	2	58,0	SL	64,7	BE	17,4
Veränderung	2010–2018	Prozentpunkte	13	0,0	MV	4,1	NI	-0,3
Durchschnittliche Warmmiete*	2018	EUR je m ²	8	8,30	ST	7,40	HH	11,60
Veränderung*	2010–2018	%	8	19,1	ST	9,5	BY	29,2
Internetnutzung	2019	%	9	90,2	ST	93,3	BB	85,9
Teilnahme an sozialen Netzwerken	2019	%	2	59,0	SL	60,8	HH	43,7
Anteil der Bevölkerung in Familien	2018	%	4	49,3	BW	51,9	ST	40,4
Veränderung	2008–2018	Prozentpunkte	12	-4,1	BE	2,4	ST	-5,9
Betreuungsquoten unter 3-Jähriger (Kindertagesbetreuung)	2019	je 100 Kinder unter 3 Jahren	11	31,3	ST	58,2	NW	28,2
Veränderung	2009–2019	je 100 Kinder	8	13,8	HH	24,4	BE	2,3
Betreuungsquoten 3- unter 6-Jähriger (Kindertagesbetreuung)	2019	je 100 Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	2	95,3	TH	95,8	HB	87,0
Veränderung	2009–2019	je 100 Kinder	14	-0,8	HH	10,2	BE	-1,8
Betreuungsschlüssel unter 3-Jähriger (Kindertageseinrichtungen)*	2019	Kinder je Betreuungsperson	3	3,7	HB	3,0	MV	6,0
Veränderung*	2012–2019	Kinder je Betreuungsperson	7	-0,3	HH ST	-1,2	SL	0,3
Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes	2017	je 10 000 Einwohner/-innen	11	115	HH	154	SL	101
Anteil der Männer	2017	%	13	26,1	SN	34,4	SL	22,4
Durchschnittliches monatliches Elterngeld Frauen	2017	EUR	14	561	HH	702	HB	528
Durchschnittliches monatliches Elterngeld Männer	2017	EUR	6	1 194	BW	1 328	TH	1 001
Armutsgefährdungsquote	2018	%	6	15,4	BY	11,7	HB	22,7
Veränderung*	2008–2018	Prozentpunkte	10	0,9	MV	-3,1	NW	3,4
Unter 18-Jährige*	2018	%	6	20,8	BY	12,9	HB	35,8
65-Jährige und Ältere*	2018	%	14	16,9	SN	11,6	SL	17,1
Einkommensreichumsquote	2018	%	5	8,3	HH	12,3	ST	3,2
Veränderung	2008–2018	Prozentpunkte	14	-0,1	HB	2,1	SH	-0,6
Verbraucherinsolvenzen*	2019	je 10 000 Einwohner/-innen	4	6,7	BY	4,1	HB	12,1
Veränderung*	2009–2019	%	8	-39,9	BY	-50,6	MV	-19,5

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Bildung								
Allgemeinbildende Schulen								
Schüler/-innen	2018/19	Anzahl	6	408 325	NW	1 925 633	HB	66 938
Anteil der ausländischen Schüler/-innen	2018/19	%	10	9,3	HB	18,3	MV	5,5
Veränderung	2008/09–2018/19	Prozentpunkte	11	2,7	SL	5,9	HH	-0,6
Schülerzahl je Klasse an Grundschulen*	2018/19	Anzahl	1	18,5	RP	18,5	NW	23,5
Veränderung*	2008/09–2018/19	Anzahl	2	-2,7	HH	-3,4	ST	2,7
Schulentlassene	2018	Anzahl	6	41 772	NW	189 198	HB	7 146
Anteil Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss/Berufsreife*	2018	%	7	6,7	HE	4,9	ST	11,1
Veränderung*	2008-2018	Prozentpunkte	7	-0,3	BB	-2,0	TH	2,4
Anteil Lehrkräfte im Alter von 60 oder mehr Jahren*	2018/19	Anteil an allen Lehrkräften in %	8	12,1	HH	9,0	TH	19,2
Veränderung*	2008/09–2018/19	Prozentpunkte	6	2,3	HH	-5,0	MV	14,4
Vertragslösungsquote der Auszubildenden*	2018	%	8	28,6	BW	22,8	ST	34,7
Veränderung*	2013-2018	Prozentpunkte	11	2,2	MV	-0,6	HB	3,1
Integrierte Ausbildungsberichterstattung								
Anfängeranteil in Sektor I (Auszubildende)	2018	%	7	38,5	MV	43,3	SL	29,9
Anfängeranteil in Sektor II (Übergangsbereich)	2018	%	5	15,3	BW	19,8	HH	6,9
Anfängeranteil in Sektor III (Erwerb Hochschulreife)	2018	%	7	23,0	BB	35,0	HB	18,2
Anfängeranteil in Sektor IV (Studium)	2018	%	13	23,2	BE	38,2	SH	17,0
Studienanfängerquote nach Land des Studienortes	2018	%	13	50,8	BE	99,9	SH	36,3
Veränderung	2008-2018	Prozentpunkte	15	9,1	BE	45,9	SH	7,7
Anteil Bildungsausländer/-innen an allen Studierenden	WS 2018/19	%	11	9,4	BE	17,4	SH	6,4
Veränderung	WS 2008/09–WS 2018/19	Prozentpunkte	9	0,7	TH	8,4	HB	-0,6
Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen/-innen*	2018	Semester	7	8,2	TH	7,7	MV ST	8,9
Veränderung*	2008-2018	Semester	4	-1,6	HH	-2,3	ST	-0,8
Wanderungssaldo der Studierenden	WS 2018/19	Anzahl	11	-9 701	BE	39 463	NI	-48 523
Gesundheit und Soziales								
Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte*	2018	Einwohner/-innen je Ärztin/Arzt	13	750	HB	535	TH	856
Niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte*	2018	Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	15	1 933	BE	1 329	HB	1 946
* Niedrigster Wert = Rang 1.								

Zusammenfassung

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
noch: Gesundheit und Soziales								
Aufgestellte Betten in Krankenhäusern insgesamt	2017	je 100 000 Einwohner/-innen	10	612	HB	738	BW	508
Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitations-einrichtungen	2017	je 100 000 Einwohner/-innen	11	184	MV	647	NW	115
Anteil Pflegebedürftige (Pflegequote)*	2017	Anteil an Bevölkerung in %	6	4,0	BY	3,1	MV	5,7
Anteil reine Pflegegeldempfänger an allen Pflegebedürftigen	2017	%	3	54,6	BW	56,9	SH	43,5
Anteil Pflegebedürftige in ambulanter Pflege an allen Pflegebedürftigen	2017	%	14	22,3	HH	30,0	BW	18,9
Anteil Pflegebedürftige in stationärer Pflege an allen Pflegebedürftigen	2017	%	9	23,1	SH	32,5	BB	18,4
Durchschnittlicher Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren*	2017	kg/m ²	10	26,1	BE HH	25,3	MV	26,8
Veränderung*	2009–2017	kg/m ²	3	0,2	BE SL	0,1	HB TH	0,6
Anteil der Raucher/-innen an der Bevölkerung ab 15 Jahren*	2017	%	6	21,7	BY	20,5	MV	27,7
Veränderung*	2009–2017	Prozentpunkte	5	-3,5	BE	-5,9	TH	-0,5
Gesundheitsausgaben	2018	EUR je Einwohner/-in	8	4 748	BB	5 059	HB	4 282
Veränderung	2008–2018	%	11	41,9	SL	49,0	BE	37,4
Anteil Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft an allen Erwerbstätigen	2019	%	5	13,6	SL	15,1	BY	11,7
Veränderung	2009–2019	Prozentpunkte	9	1,1	MV	2,9	BE	-0,3
Grundsicherung für Arbeit-suchende (SGB II-Quote)*	2019	je 100 unter der Altersgrenze	3	6,5	BY	3,6	HB	17,7
Veränderung*	2009–2019	je 100 unter der Altersgrenze	12	-0,9	MV	-7,1	SL	0,6
Finanzen								
Kassenmäßige Steuerein-nahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände	2019	EUR je Einwohner/-in	16	4 922	HH	7 216	RP	4 922
Veränderung	2009–2019	%	7	61,8	HB	69,8	SN	35,4
Anteil Land	2019	%	10	75,6	MV	83,6	HH	66,1
Anteil Gemeinden und Gemeindeverbände	2019	%	7	24,4	HH	33,9	MV	16,4
Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich*	2019	EUR je Einwohner/-in	9	10 499	SN	925	HB	43 921
Veränderung*	2009-2019	%	9	10,1	SN	-63,7	HB	80,3
Schulden Länder*	2019	EUR je Einwohner/-in	9	7 295	SN	279	HB	43 921
Veränderung*	2009-2019	%	8	2,2	SN	-83,1	HB	80,3

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
noch: Finanzen								
Schulden Gemeinden und Gemeindeverbände*	2019	EUR je Einwohner/-in	12	3 205	SN	646	SL	3 646
Veränderung*	2009-2019	%	11	33,5	SN	-28,3	SL	57,3
Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich (VZÄ)	2019	je 1 000 Einwohner/-innen	10	41,3	BE	51,8	SH	38,8
Veränderung	2009-2019	je 1 000 Einwohner/-innen	9	4,1	HH	6,7	MV	0,8
Einnahmen im Länderfinanzausgleich	2019	Mill. EUR	10	308	BE	4 330	BY	-6 701
Veränderung	2009-2019	Mill. EUR	13	13	BE	1 437	BY	-3 331
Wahlen								
Wahlbeteiligung Landtagswahl	letzte	%	2	70,4	BY	72,3	ST	61,1
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung	letzte	%	3	35,6	HH	43,9	BW	24,5
Zweitstimmenanteil der späteren Regierungspartei	letzte	%	12	47,8	NI	70,6	TH	44,4
Veränderung	letzte-vorangegangene	Prozentpunkte	12	-3,3	NI	24,3	MV	-9,1
Wahlbeteiligung Bundestagswahl	2017	%	3	77,7	BW	78,3	ST	68,1
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung	2017	%	3	43,2	HB	66,7	SL	20,0
Wahlbeteiligung Europawahl	2019	%	2	64,8	SL	66,4	ST	54,7
Veränderung	2009-2019	Prozentpunkte	14	9,2	BB	29,6	SL	7,8
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen	2019	Mill. EUR	7	145 003	NW	711 419	HB	33 623
BIP preisbereinigt								
Veränderung	2010-2019	%	13	11,8	BE	27,7	SL	5,3
Veränderung	2018-2019	%	16	-1,3	BE	3,0	RP	-1,3
BIP in jeweiligen Preisen je Erwerbstätige/-n (Arbeitsproduktivität)	2019	EUR	9	70 842	HH	95 286	TH	61 047
Veränderung	2010-2019	%	11	20,0	TH	33,3	HH	16,0
Bruttowertschöpfung								
Anteil Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2019	%	4	1,7	MV	2,6	BE	0,0
Anteil Produzierendes Gewerbe	2019	%	6	32,3	BW	39,1	BE	14,5
Anteil Dienstleistungsbereiche	2019	%	13	65,9	BE	85,5	BW	60,3
Bruttoanlageinvestitionen (Anteil am BIP in jeweiligen Preisen)	2017	%	7	21,1	NI	25,4	HB	14,1
Veränderung	2010-2017	Prozentpunkte	6	1,1	BB	3,3	HH	-8,2
* Niedrigster Wert = Rang 1.								

Zusammenfassung

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
noch : Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen								
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2018	EUR je Einwohner/-in	5	23 197	BY	25 309	MV	19 470
Veränderung	2010–2018	%	9	20,5	MV	23,9	SL	13,3
Sparquote der privaten Haushalte	2018	%	5	11,4	BW	13,1	ST	6,3
Veränderung	2010–2018	Prozentpunkte	10	0,5	BE	1,9	ST	-1,3
Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Tourismus								
Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe	2019	EUR je Beschäftigte/-n	4	326 729	HH	860 770	TH	205 444
Veränderung	2010–2019	%	6	13,9	HB	54,9	HH	-5,0
Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe	2019	%	5	54,4	HB	63,1	ST	30,1
Veränderung	2010–2019	Prozentpunkte	9	4,2	MV	10,2	SH	-2,7
Umsatz im Bauhauptgewerbe	2019	EUR je Beschäftigte/-n	6	193 223	HH	276 020	HE	153 302
Veränderung	2010–2019	%	13	29,8	BW	51,0	HE	3,2
Übernachtungsintensität im Tourismus	2019	je 1 000 Einwohner/-innen	8	5 629	MV	21 205	NW	2 969
Veränderung	2010–2019	%	16	9,7	HH	66,4	RP	9,7
Anteil Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland an allen Übernachtungen	2019	%	3	23,2	BE	45,4	MV	3,2
Veränderung	2010–2019	Prozentpunkte	16	-3,0	SL	5,3	RP	-3,0
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus	2019	Tage	7	2,5	MV	4,1	HB	1,9
Veränderung	2010–2019	%	13	-5,8	HH	7,1	BY	-8,4
Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale								
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)	2018	Anteil am BIP in %	8	2,6	BW	5,7	ST SH	1,6
Veränderung	2010–2018	Prozentpunkte	3	0,5	BW	1,2	MV	-0,2
FuE-Personal (Vollzeitäquivalente)	2018	je 1 000 Erwerbstätige	11	11,3	BW	27,8	ST	8,2
Veränderung	2010–2018	je 1 000 Erwerbstätige	9	1,7	BW	6,3	BE	-0,4
Beschäftigte in Hochtechnologiebranchen	2019	Anteil an SV-Beschäftigten in %	4	14,2	BW	22,2	MV	5,6
Beschäftigte in wissensintensiven DL-Branchen	2019	Anteil an SV-Beschäftigten in %	14	37,6	BE	51,5	TH	36,9
Beschäftigte mit Hochschulabschluss	2019	Anteil an SV-Beschäftigten in %	14	12,3	BE	27,7	SH	11,7
Veränderung	2010–2019	Prozentpunkte	9	1,9	BE	7,9	TH	0,4
Patentdichte	2015–2019	je 100 000 Einwohner/-innen	8	23	BW	133	MV	8
Veränderung	2005–2009– 2015–2019	%	15	-36,1	NI	27,8	HE	-40,8

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

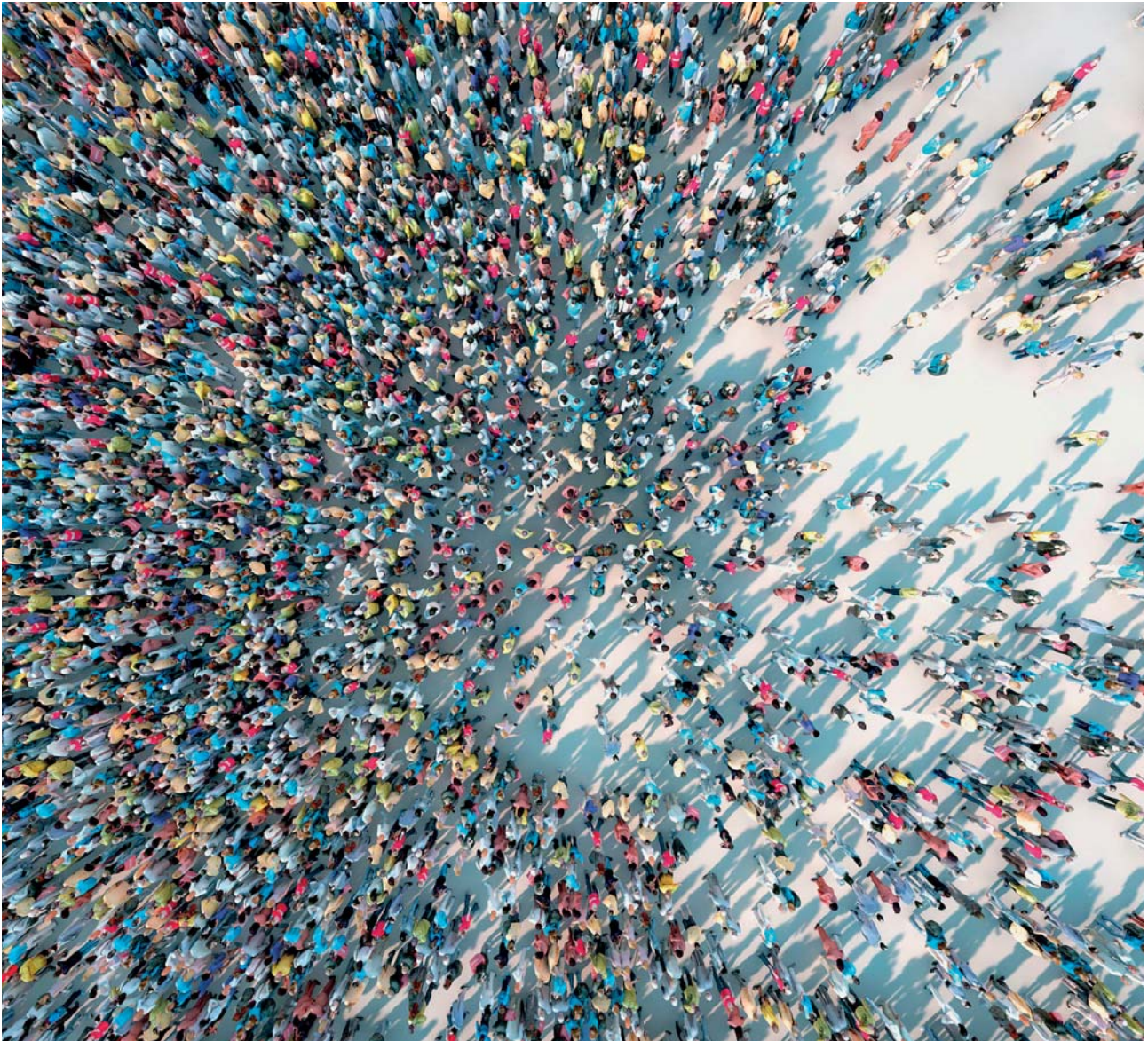
Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
noch: Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale								
Innovationsindex	2018	Wert (0–100)	7	49	BW	82	MV ST	28
Gründungsintensität	2015–2018	je 10 000 Erwerbsfähige	9	29	HH	53	TH	20
Veränderung	2007–2010– 2015–2018	%	14	-35,6	BE	-5,6	TH	-39,4
Gewerbeanmeldungen	2019	je 10 000 Einwohner/-innen	9	76,7	BE	114,2	ST	49,6
Betriebsgründungen	2019	je 10 000 Einwohner/-innen	8	13,7	HH	25,7	ST	11,3
Unternehmensinsolvenzen*	2019	je 10 000 Unternehmen	5	45,1	TH	30,4	BE	85,8
Voraussichtliche Forderungen*	2019	EUR je Unternehmen mit Insolvenzantrag	3	475 892	SL	187 368	HH	5 508 847
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt								
Erwerbstätige am Arbeitsort	2019	1 000	8	2 047	NW	9 636	HB	437
Veränderung	2010–2019	%	10	7,4	BE	21,8	ST	-2,1
Veränderung	2018–2019	%	9	0,6	BE	2,2	TH	-0,2
Arbeitsplatzdichte	2019	Erwerbstätige je 1 000 Einwohner/-innen	13	772	HH	1 038	BB	720
Veränderung	2010–2019	je 1 000 Einwohner/-innen	16	48	BE	132	RP	48
Anteil Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe	2019	Anteil an allen Erwerbstätigen in %	7	25,4	BW	31,1	BE	11,1
Veränderung	2010–2019	Prozentpunkte	12	-0,5	TH	0,7	SL	-1,8
Anteil Erwerbstätige in Dienstleistungsbereichen	2019	Anteil an allen Erwerbstätigen in %	11	72,6	BE	88,9	BW	67,8
Veränderung	2010–2019	Prozentpunkte	4	0,8	SL	1,8	MV ST TH	-0,4
Anteil Selbstständige	2019	Anteil an allen Erwerbstätigen in %	6	9,3	BE	11,4	HB	6,6
Veränderung	2010–2019	Prozentpunkte	10	-2,0	SL	-0,9	BY	-2,5
Arbeitsvolumen	2019	Stunden je Erwerbstätige/-n	15	1 356	ST	1 443	SL	1 349
Veränderung	2010–2019	%	5	-2,7	BW	-1,1	TH	-4,8
Anteil Teilzeitbeschäftigte	2019	Anteil an allen Erwerbstätigen in %	4	30,7	HB	31,8	ST	23,4
Veränderung	2010–2019	Prozentpunkte	6	2,3	MV	8,6	HB	-1,3
Frauerwerbsquote	2019	%	6	56,3	HH	61,1	SL ST	52,4
Veränderung	2010–2019	Prozentpunkte	7	4,6	HH	5,6	MV	-1,7
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	2019	je 1 000 Einwohner/-innen	5	61,1	SL	65,0	ST	33,6
Veränderung	2010–2019	%	1	-6,8	RP	-6,8	SN	-16,2

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
noch: Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt								
Arbeitslosenquote*	2019	%	3	4,3	BY	2,8	HB	9,9
Veränderung*	2010–2019	Prozentpunkte	15	-1,4	SN	-6,3	SL	-1,3
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen*	2019	%	3	4,0	BW BY	2,5	HB	9,1
Veränderung*	2010–2019	Prozentpunkte	12	-1,5	BE	-5,8	BW BY	-1,2
Pendlersaldo	2019	je 1 000 SV-Beschäftigte	14	-100	HB	252	BB	-169
Veränderung	2010–2019	je 1 000 SV-Beschäftigte	6	8	TH	32	HH	-37
Umwelt								
Bodenfläche	2018	km ²	9	19 858	BY	70 542	HB	420
Anteil Fläche für Wald	2018	%	1	40,6	RP	40,6	HB	1,1
Anteil Fläche für Landwirtschaft	2018	%	13	41,0	SH	68,7	BE	4,0
Anteil Fläche für Siedlung und Verkehr	2018	%	8	14,6	BE	70,5	MV	8,6
Energieproduktivität	2017	1991=100	14	117,1	TH	258,7	RP	117,1
Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung	2017	%	4	48,1	SH	69,3	HH	4,8
Veränderung	2007–2017	%	4	23,2	SH	50,3	HH	-10,7
Treibhausgasemissionen*	2017	t CO ₂ -Äquivalente je Einwohner/-in	6	7,8	BE	4,5	BB	24,9
Veränderung*	2010–2017	%	7	-7,1	BE	-23,7	HH	23,6
CO ₂ -Emissionen (energiebedingt)*	2017	t je Einwohner/-in	7	6,5	BE	4,4	BB	22,1
Veränderung*	2010–2017	%	9	-4,4	BE	-24,1	HH	26,5
Verkehr								
Straßendichte	2020	m je km ² Fläche	1	923	RP	923	HH	252
Pkw-Dichte	2020	Pkw je 1 000 Einwohner/-innen	2	625	SL	651	BE	333
Anteil Pkw-Bestand mit alternativen Antrieben	2020	%	10	2,0	BE	3,8	ST	1,7
Pkw-Neuzulassungen	2019	je 1 000 Einwohner/-innen	8	34	HH	76	BE	24
Anteil Pkw-Neuzulassungen mit alternativen Antrieben	2019	%	9	8,4	BE	12,5	NI	6,2
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden*	2019	je 100 000 Einwohner/-innen	7	353	TH	273	HB	464
Verkehrstote*	2019	je 1 Mill. Einwohner/-innen	8	37	BE	11	ST	62
Verunglückte Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern*	2019	je 100 000 Einwohner/-innen	4	68	TH	55	HB	184
Veränderung*	2015–2019	je 100 000 Einwohner/-innen	8	6	HB	-32	BY BB NW	14

* Niedrigster Wert = Rang 1.



1 Bevölkerung

Eheschließungen

Jugendquotient

Bevölkerungsbewegungen

Ausländische Bevölkerung

Wanderungen

Altersstruktur

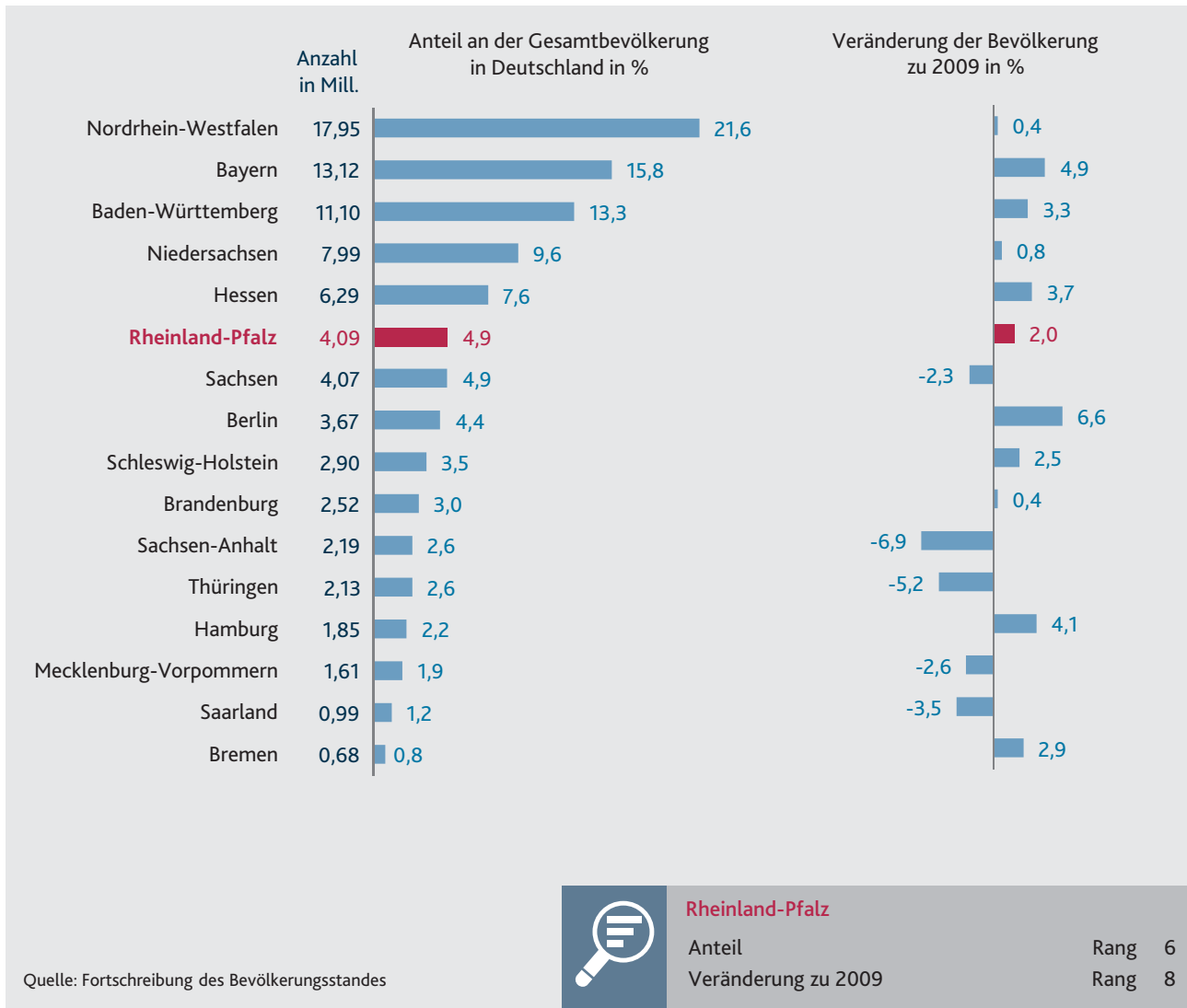
Migrationshintergrund

Bevölkerungsdichte

Altenquotient

Ehescheidungen

G1 Bevölkerung 2019

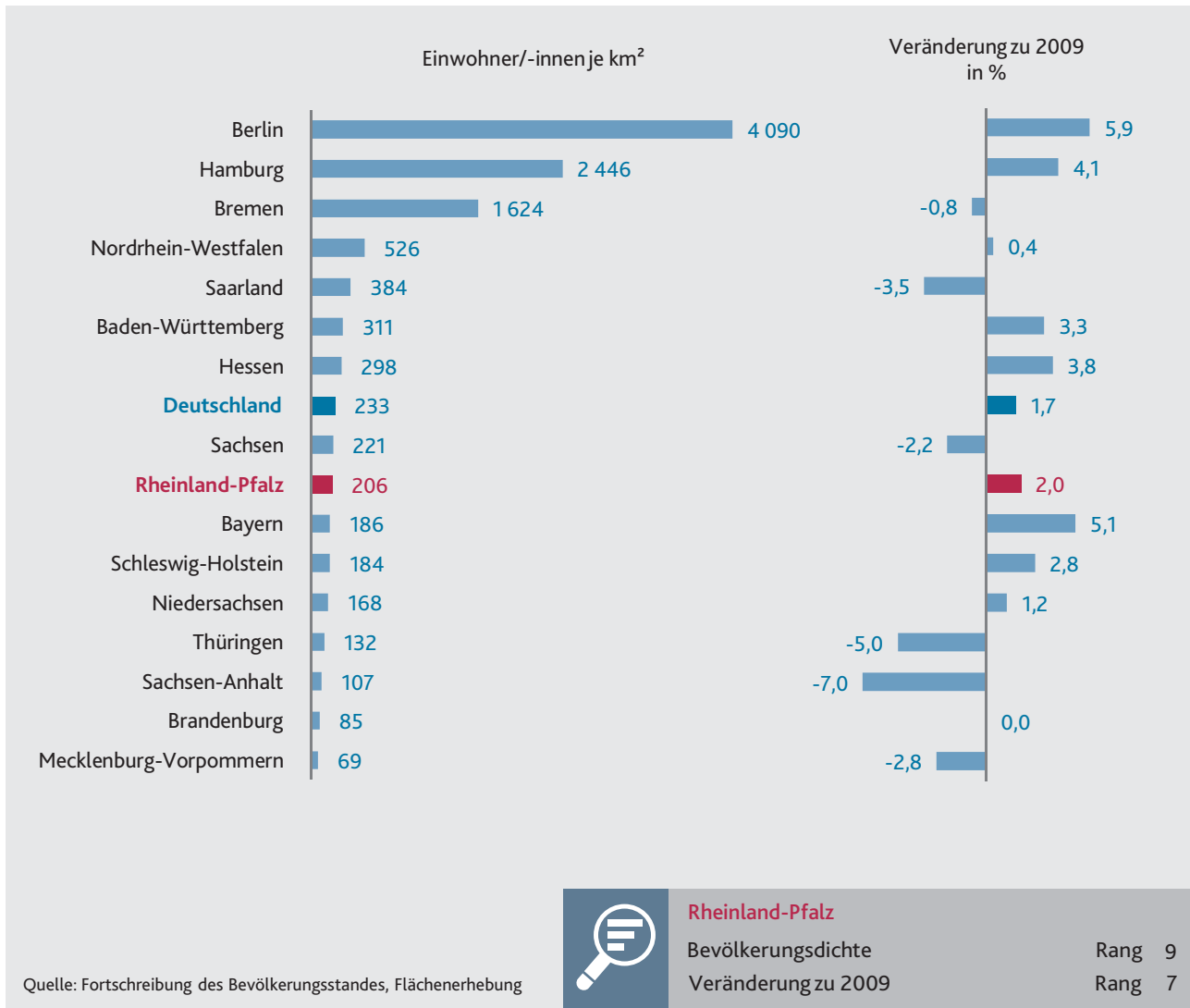


Bevölkerungszahl auf höchstem Stand

Ende 2019 wohnten in Rheinland-Pfalz 4,09 Millionen Menschen und damit fast fünf Prozent der 83,17 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands. Im Vergleich der Länder verbesserte sich das Land im Jahr 2018 auf Platz sechs, da einem Zuwachs gegenüber 2017 hierzulande (+0,3 Prozent) ein Rückgang in Sachsen (-0,1 Prozent) gegenüberstand. Den höchsten Anteil an der Bevölkerung in Deutschland hat Nordrhein-Westfalen (22 Prozent). Am geringsten ist der Anteil des Stadtstaates Bremen (0,8 Prozent).

Nach einem zwischenzeitlichen Höchststand von 4,06 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2004 ging die Bevölkerungszahl in den folgenden Jahren zurück, da die Geburtendefizite nicht mehr durch Wanderungsüberschüsse ausgeglichen wurden. Seit Mitte 2013 führte die sehr hohe Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden sowie die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien wieder dazu, dass die jährlichen Geburtendefizite überkompensiert wurden und die Einwohnerzahl stieg. Ende 2019 wurde mit mehr als 4,09 Millionen Menschen die höchste Einwohnerzahl in der Landesgeschichte registriert.

G2 Bevölkerungsdichte 2019

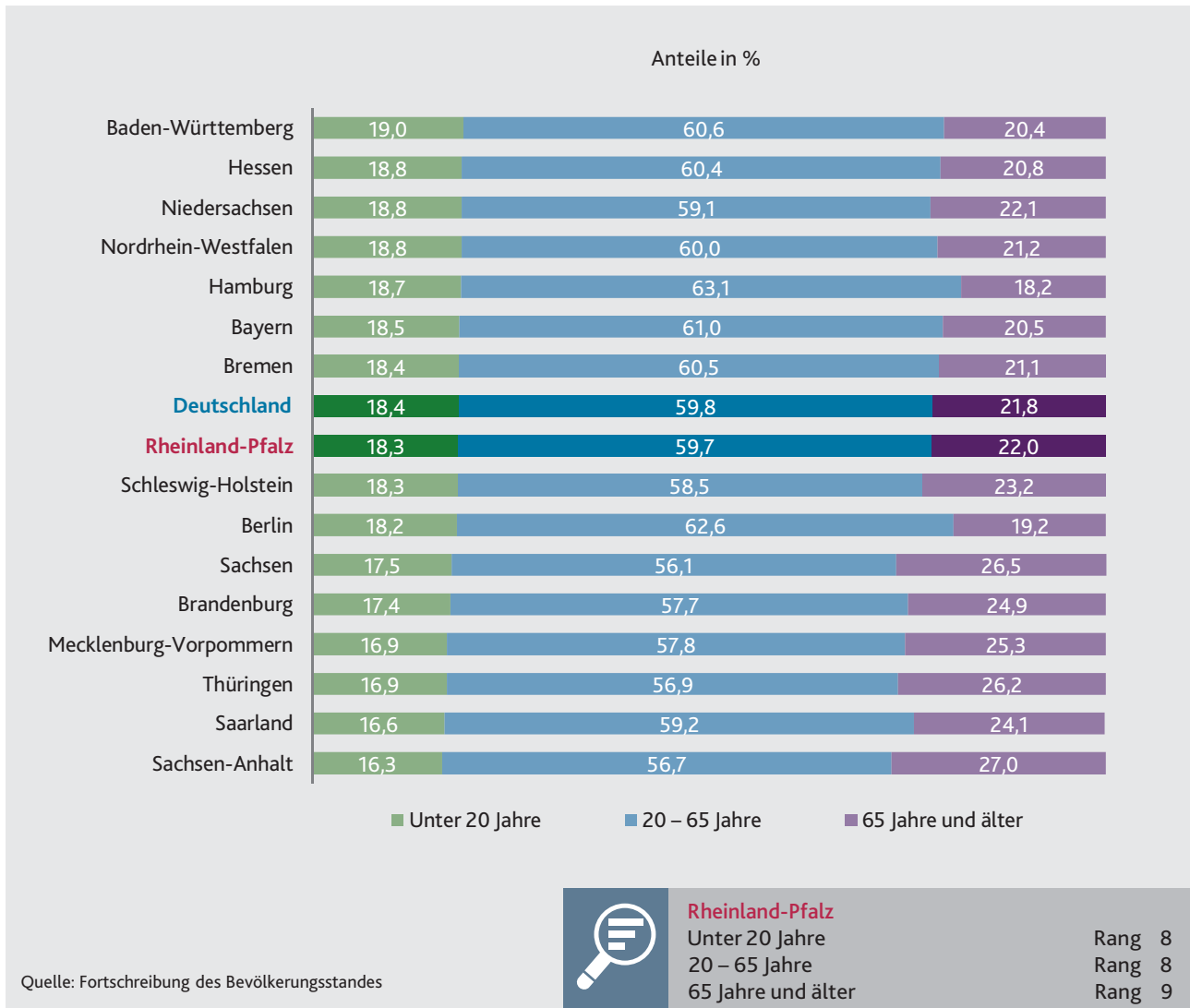


Unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte

Die Bevölkerungsdichte in Rheinland-Pfalz liegt mit 206 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer unter dem bundesweiten Durchschnitt von 233 Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vergleich der Bundesländer nimmt das Land damit den neunten Rang ein. Am dichtesten sind die Stadtstaaten besiedelt. Die Bundeshauptstadt Berlin hat mit 4 090 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer mit weitem Abstand die Spitzenposition vor Hamburg und Bremen inne. Unter den Flächenländern weist Nordrhein-Westfalen mit 526 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer die höchste Bevölkerungsdichte auf. In Mecklenburg-Vorpommern leben dagegen auf einem Quadratkilometer lediglich 69 Einwohnerinnen und Einwohner.

In Rheinland-Pfalz ist vor allem die „Rhein-Schiene“ im Osten dicht besiedelt; hier liegen einige wirtschaftliche Schwerpunkte des Landes. Zudem reichen die Metropolregionen Rhein-Ruhr, Rhein-Main und Rhein-Neckar in das Land hinein. Die ländlichen Räume Eifel und Hunsrück sowie die Westpfalz sind dagegen relativ dünn besiedelt.

G3 Altersstruktur der Bevölkerung 2019

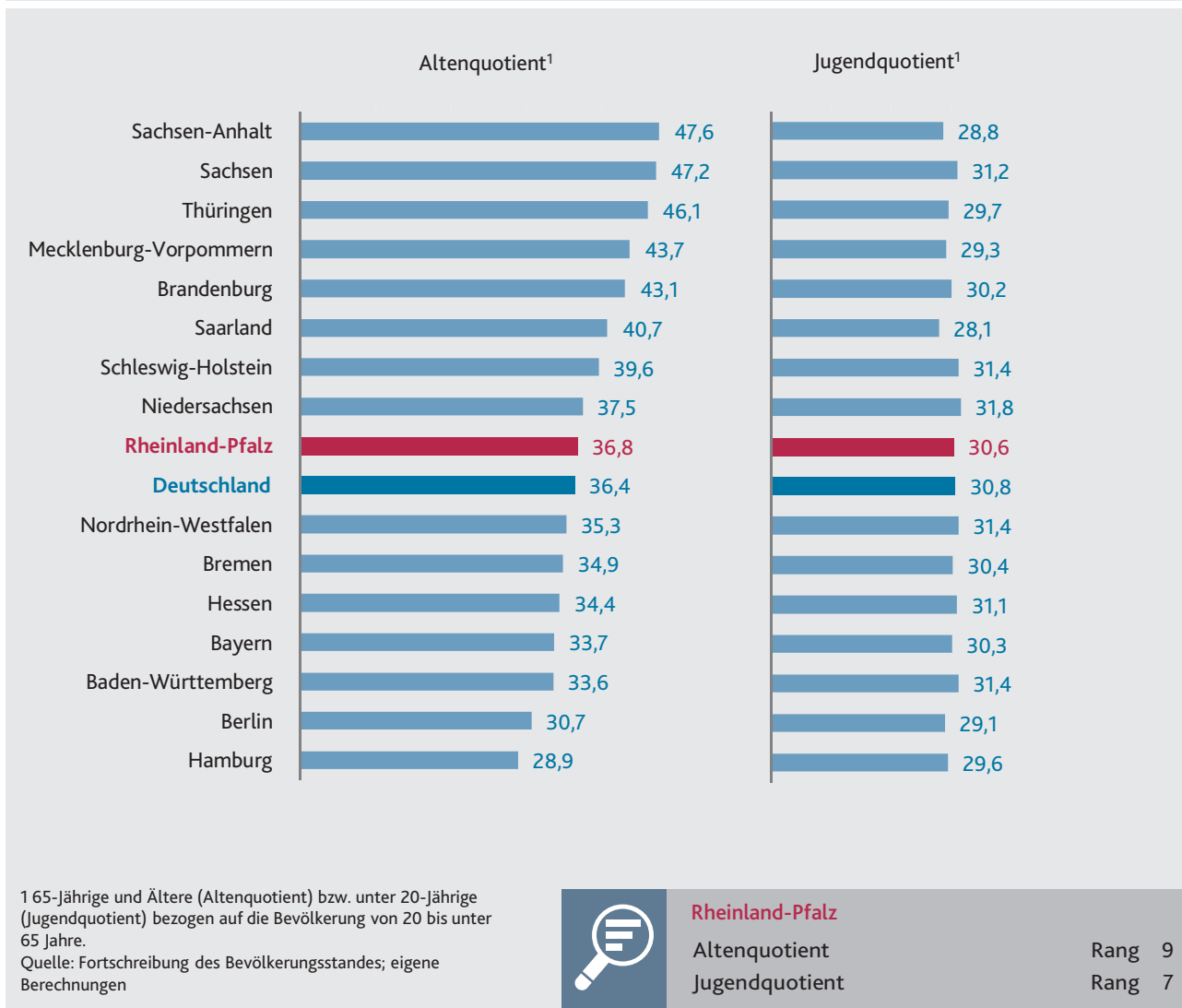


Mehr als jede bzw. jeder Fünfte hat das Ruhestandsalter bereits erreicht

Die demografische Alterung der Gesellschaft schreitet voran: In Rheinland-Pfalz war 2019 nur noch knapp ein Fünftel der Menschen jünger als 20 Jahre. Drei Fünftel waren zwischen 20 und 65 Jahre alt. Mehr als jede bzw. jeder Fünfte ist 65 Jahre oder älter. Dies entspricht der Altersstruktur in Deutschland.

Während der Anteil der 20- bis 65-Jährigen im Vergleich zu 2009 konstant bei rund 60 Prozent blieb, hat sich der Bevölkerungsanteil der Jüngeren um 1,2 Prozentpunkte auf 18,3 Prozent verringert. Der Anteil der älteren Bevölkerung ist um 1,3 Prozentpunkte auf 22 Prozent gestiegen. Nach der fünften regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes wird sich diese Entwicklung in Zukunft fortsetzen. Treffen die Annahmen der mittleren Variante zu, so sinkt die Bevölkerungszahl bis 2040 auf 3,97 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner (-2,6 Prozent gegenüber 2017). Davon wären etwa 17 Prozent unter 20 Jahre und nur noch 53 Prozent zwischen 20 und 65 Jahre alt. Dagegen könnte der Anteil der 65-Jährigen und Älteren auf 30 Prozent zunehmen.

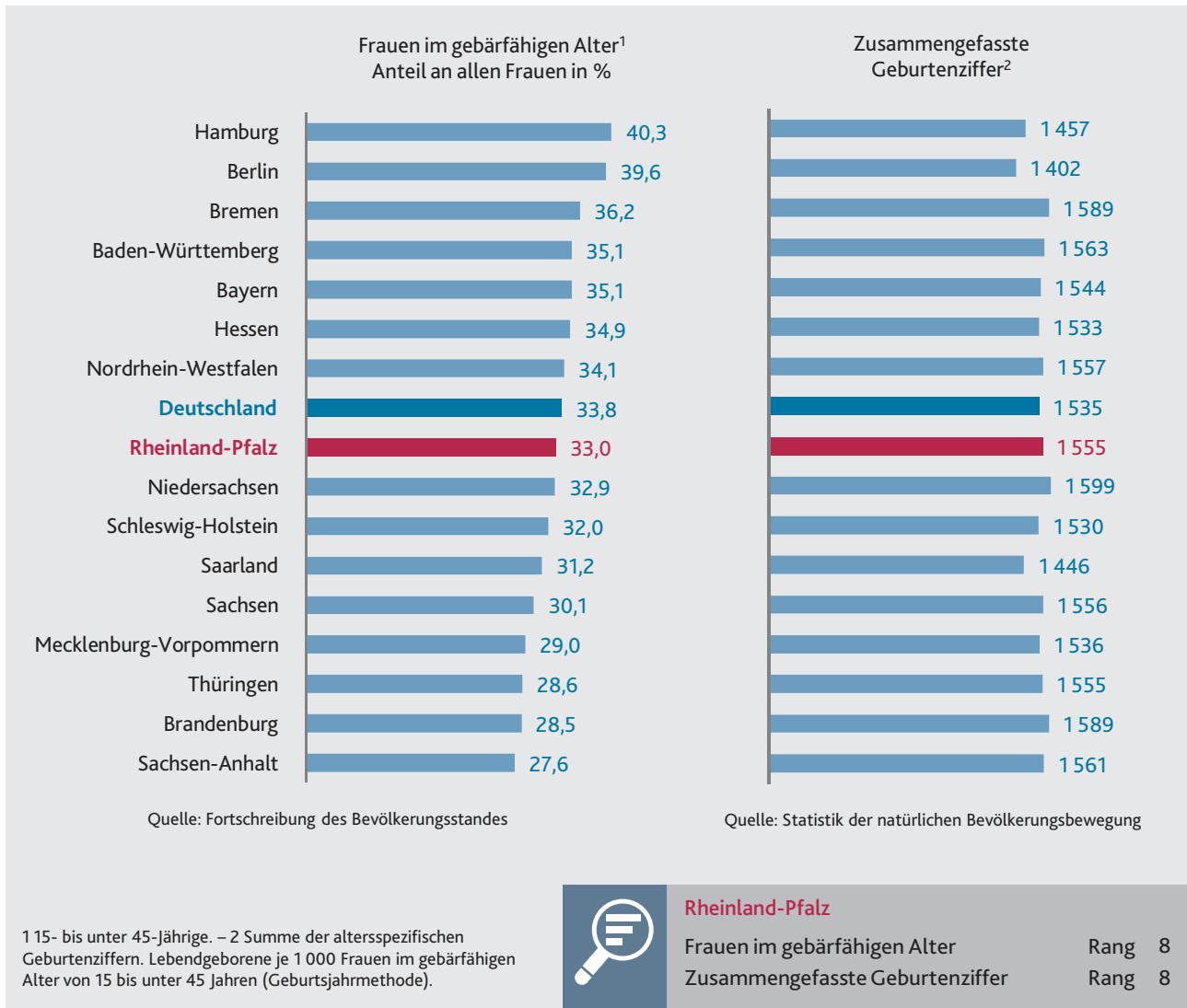
G4 Alten- und Jugendquotient 2019

**Altenquotient steigt deutlich**

Jugend- und Altenquotient vermitteln einen Eindruck von den Belastungen der erwerbsfähigen Bevölkerung durch Transfers aus dem gesamtwirtschaftlichen Einkommen an die jüngeren und älteren Menschen. Die Jüngeren sind in der Regel noch nicht erwerbstätig, die Älteren nicht mehr.

Beide Kennzahlen liegen für Rheinland-Pfalz nahe am Bundesdurchschnitt. Auf 100 Menschen von 20 bis 65 Jahren kommen in Rheinland-Pfalz derzeit knapp 31 unter 20-Jährige. Gegenüber 2009 ist der Jugendquotient um fast zwei Punkte gesunken. Dagegen ist der Altenquotient in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen: Seit 2009 erhöhte er sich um gut zwei Punkte auf knapp 37. Hier wird der demografische Wandel sichtbar, der durch den starken Geburtenrückgang Anfang der 70er-Jahre in Gang gesetzt wurde und sich gemäß der fünften regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes auch in Zukunft fortsetzen wird. Nach der mittleren Variante dieser Vorausberechnung könnte der Altenquotient bis 2040 sogar um 20 Punkte auf 57 steigen, während sich der Jugendquotient nur um zwei Punkte auf 33 erhöhen würde.

G5 Frauen im gebärfähigen Alter und zusammengefasste Geburtenziffer 2019

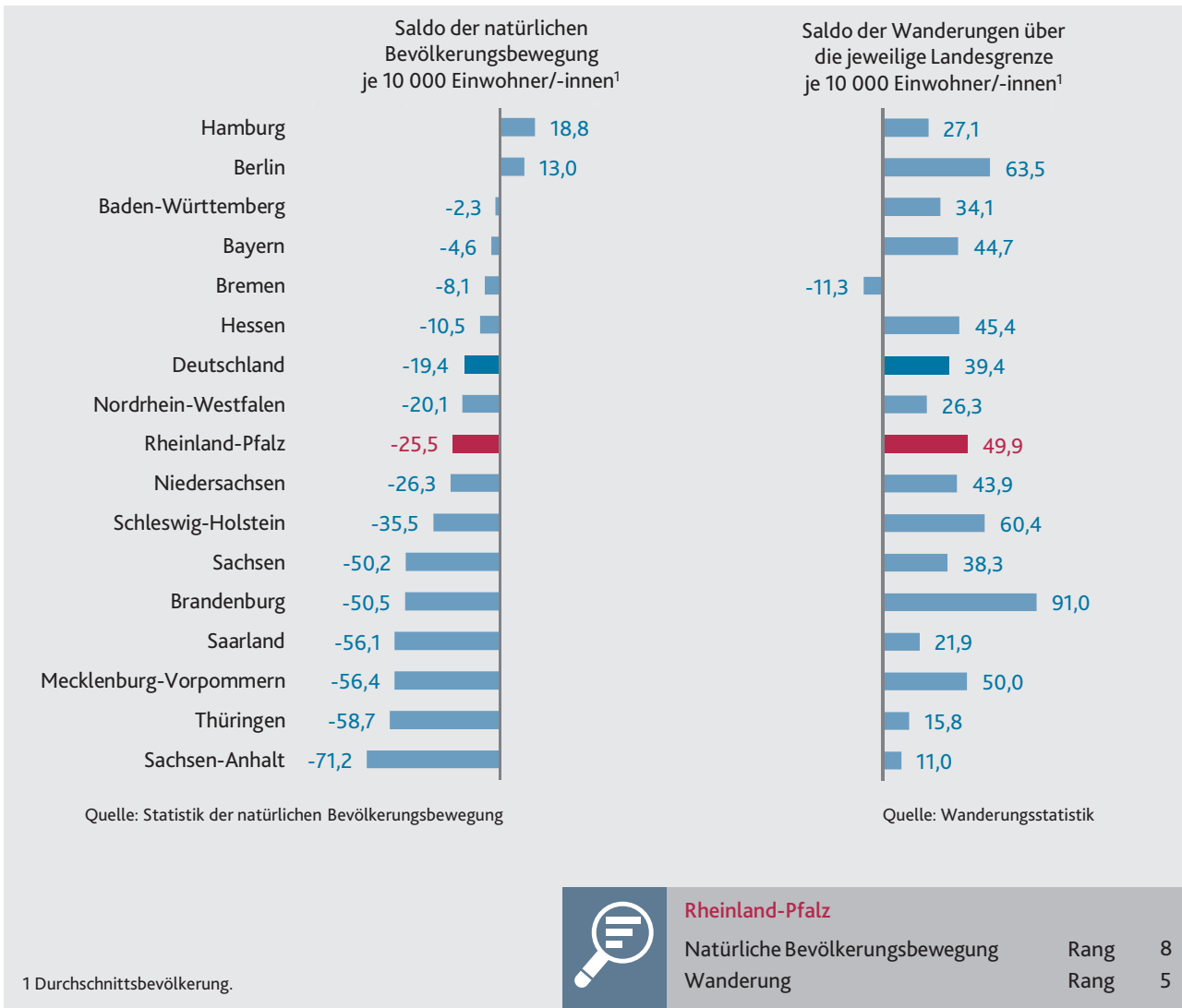


Steigende Geburtenrate führt seit 2014 zu einem kleinen Babyboom

Im Jahr 2019 kamen in Rheinland-Pfalz 37 200 Kinder zur Welt; zehn Jahre zuvor waren es nur 30 900; damit war 2009 das geburtenschwächste Jahr seit der Landesgründung. Von 1954 bis 1967 gab es jährlich noch mehr als 60 000 Lebendgeborene im Land. Auf die Geburtenzahl wirken zwei Einflussgrößen: die Zahl der Frauen im „gebärfähigen Alter“ und die zusammengefasste Geburtenziffer. Diese statistische Kennzahl für das Gebärverhalten gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich bekommt.

Die Zahl der Rheinland-Pfälzerinnen zwischen 15 und 45 Jahre ging von 737 500 im Jahr 2009 bis 2019 um 7,4 Prozent auf 683 100 zurück. Zudem war der Anteil der Frauen dieser Altersklasse in allen Ländern rückläufig. Zuletzt lag der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter hierzulande mit 33 Prozent etwas niedriger als in Deutschland (34 Prozent) und auf Rang acht der Länder. Dagegen stieg die zusammengefasste Geburtenziffer seit 2014 überall in Deutschland deutlich an. Im Jahr 2018 kam Rheinland-Pfalz mit 1 585 Kindern je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren auf den höchsten Wert seit 1972. Der Wert lag 2019 mit 1 555 etwas darunter.

G6 Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Saldo der Wanderungen 2019

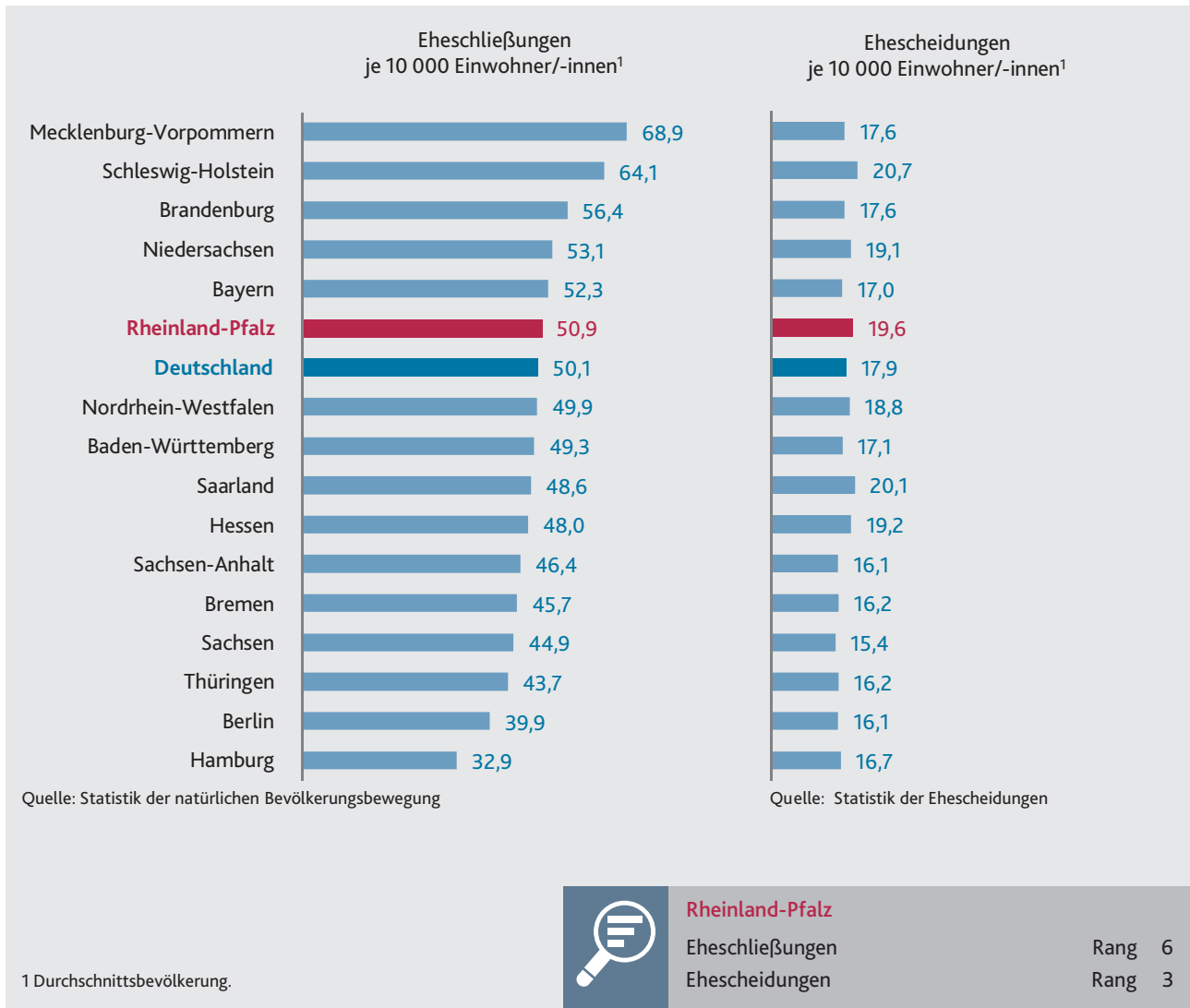


Hohe Zuwanderung übertrifft das Geburtendefizit deutlich

Im Jahr 2019 wurden in Rheinland-Pfalz 37 200 Kinder geboren und 47 600 Menschen starben. Das Geburtendefizit von 10 400 Personen wird für regionale Vergleiche auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner bezogen. Der Saldo von 26 Menschen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt den achten Rang im Ländervergleich. Im selben Jahr zogen 149 600 Menschen nach Rheinland-Pfalz und 129 200 Menschen verließen das Land. Der Wanderungssaldo belief sich damit auf 20 400 Personen bzw. 50 Menschen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Rang fünf).

Die stärksten Wanderungsbewegungen mit den anderen Bundesländern gab es 2019 zwischen Rheinland-Pfalz und seinen Nachbarländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen. Allein aus Nordrhein-Westfalen kamen 18 400 Menschen, 17 300 Personen zogen dorthin. Kräftige Wanderungsbewegungen gab es auch zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland. Rund 68 100 Menschen zogen aus dem Ausland zu und 47 900 Personen verließen das Land.

G7 Eheschließungen und Ehescheidungen 2019

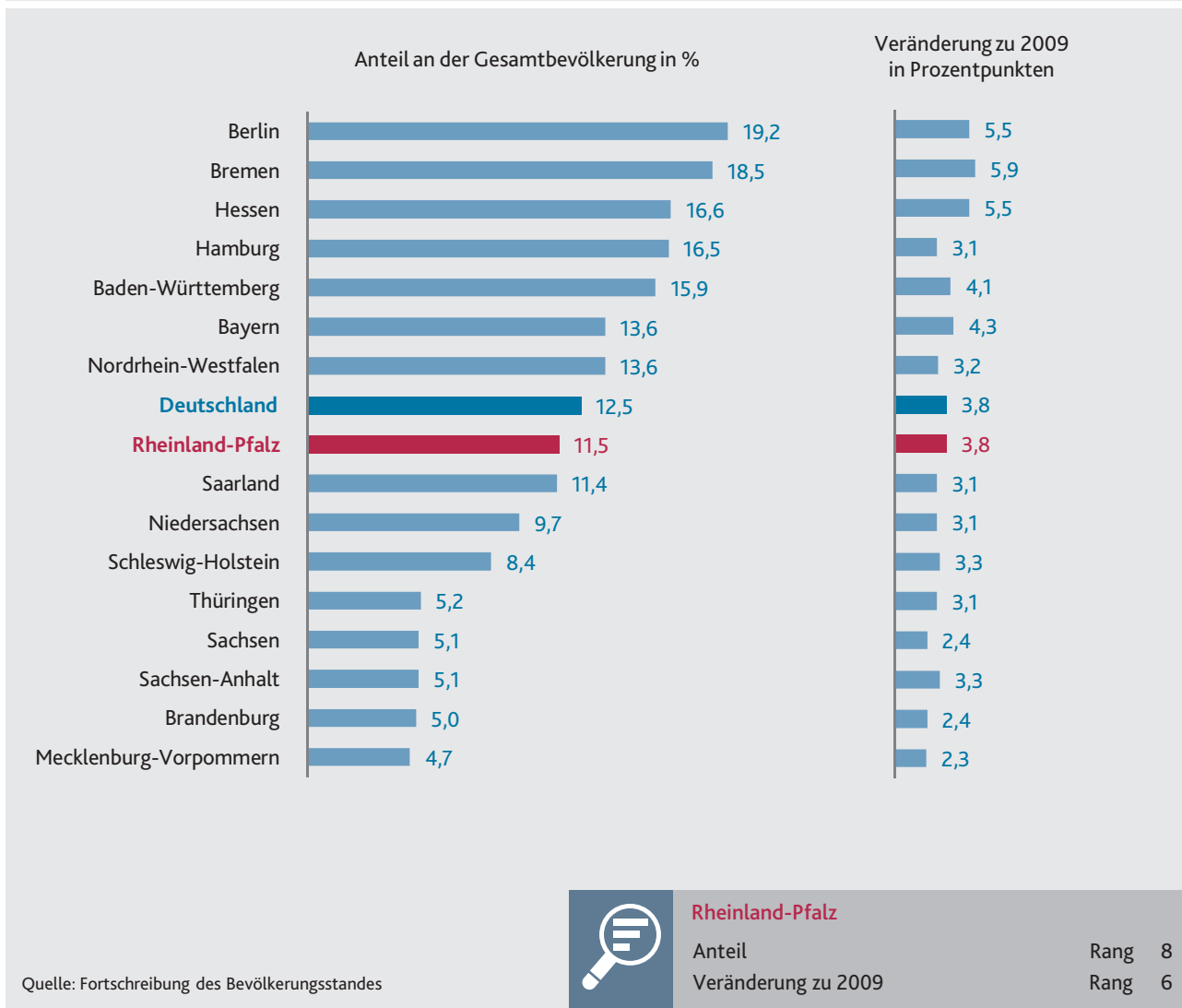


Viele Hochzeiten, aber auch viele Scheidungen

Im Jahr 2019 gab es in Rheinland-Pfalz bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner rund 51 Eheschließungen. Damit steht das Land auf dem sechsten Rang (Deutschland: 50). Die höchsten Relationen ergaben sich für Mecklenburg-Vorpommern (69) und Schleswig-Holstein (64). Die beiden Küstenländer bieten jedoch auch für viele Menschen aus anderen Regionen attraktive Heiratsorte. Die hohe Zahl der Eheschließungen geht daher nicht allein auf die eigene Bevölkerung zurück. Die niedrigste Zahl an Eheschließungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner errechnet sich für die Stadtstaaten Hamburg (33) und Berlin (40).

Aber hierzulande wird nicht nur häufig geheiratet, sondern Ehen werden auch häufig geschieden. Rheinland-Pfalz hat mit knapp 20 Scheidungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner nach Schleswig-Holstein (21) und dem Saarland (20) die dritthöchste Scheidungsrate (Deutschland: 18). Die niedrigsten Scheidungsquoten gab es in Sachsen, Berlin und Sachsen-Anhalt mit jeweils rund 15 bzw. 16 Scheidungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Einflüsse der unterschiedlichen Altersstrukturen in den Ländern wurden nicht berücksichtigt.

G8 Ausländische Bevölkerung 2019

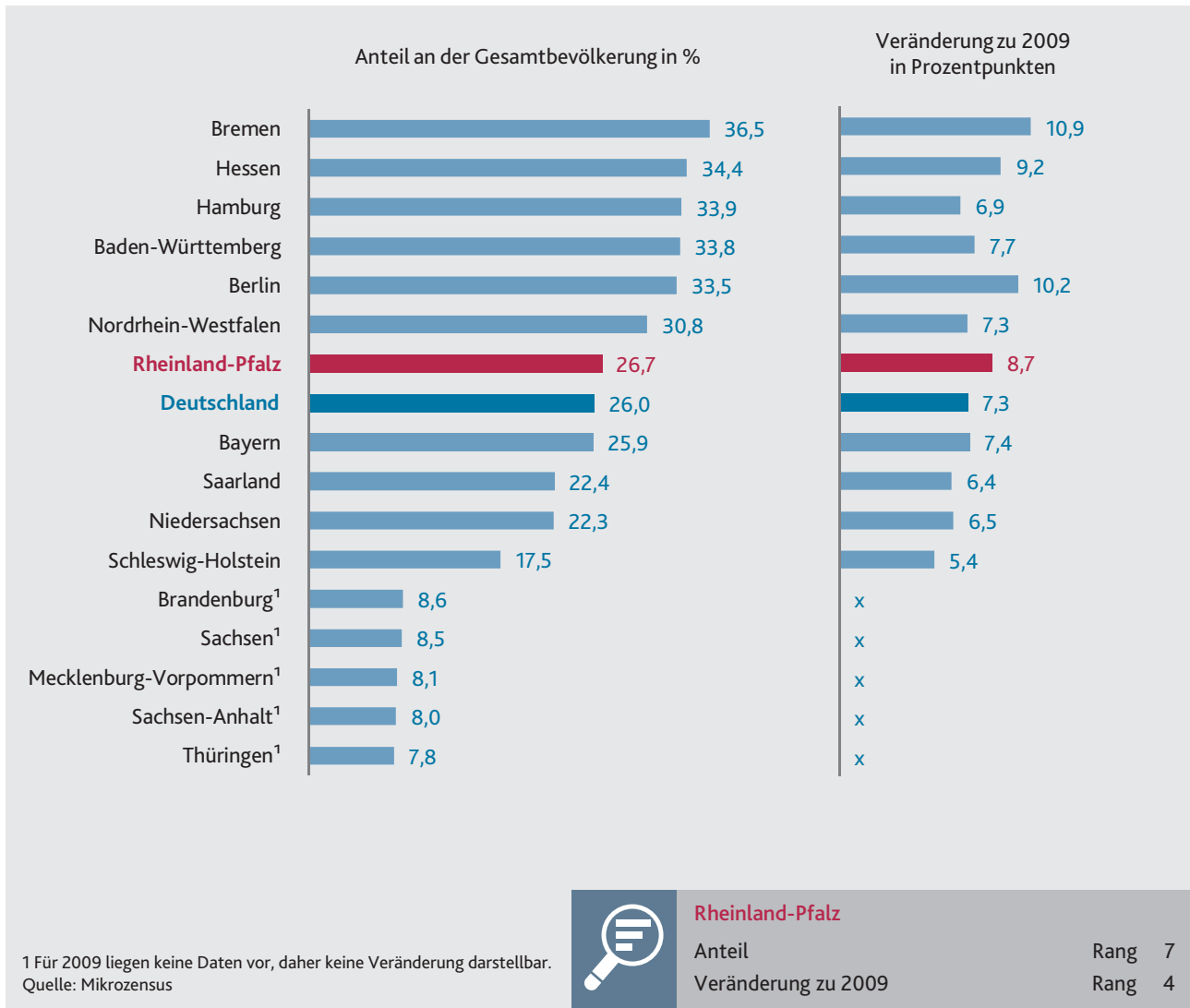


Fast die Hälfte der Ausländerinnen und Ausländer kommen aus EU-Mitgliedstaaten

Ende 2019 lebten in Rheinland-Pfalz 470 200 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Das sind gut elf Prozent der Bevölkerung; deutschlandweit waren es gut 13 Prozent. Eine Ursache für den unterdurchschnittlichen Ausländeranteil mag die eher ländliche Siedlungsstruktur und die geringe Zahl an Großstädten in Rheinland-Pfalz sein, da tendenziell ein positiver Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Ausländeranteil besteht. Die höchsten Ausländeranteile errechnen sich daher für die Stadtstaaten Berlin und Bremen (jeweils 19 Prozent). Hamburg liegt nach dem Flächenland Hessen auf dem vierten Platz (jeweils 17 Prozent).

Die meisten im Ausländerzentralregister geführten Ausländerinnen und Ausländer, die in Rheinland-Pfalz leben, stammen aus der Türkei (58 400). Werden nur die EU-Staaten betrachtet, so leben hierzulande besonders viele Menschen aus Polen (44 000), Rumänien (38 800) und Italien (31 500). Im Jahr 2019 kamen 234 100 Einwohnerinnen und Einwohner (47 Prozent) aus den damals noch 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dazu zählten auch 3 400 Menschen aus dem Vereinigten Königreich, das zum 31. Januar 2020 aus der EU ausgetreten ist.

G9 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2019



Bevölkerung mit Migrationshintergrund wächst kontinuierlich

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hatte 2019 mehr als jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfälzer einen Migrationshintergrund. Das heißt, die Personen selbst oder mindestens ein Elternteil wurden nicht mit der deutschen Staatsbürgerschaft geboren. Seit 2009 ist der Bevölkerungsanteil der Personen mit Migrationshintergrund kontinuierlich und kräftig gewachsen (+8,7 Prozentpunkte). Ursächlich dafür ist neben dem Geburtenverhalten auch die Altersstruktur (die sich auf die Sterblichkeitsrate auswirkt) sowie die hohe Zuwanderung Schutzsuchender in den Jahren 2014 bis 2016, durch die insbesondere der Anteil der Personen mit eigener Migrationserfahrung und ausländischer Staatsangehörigkeit kurzfristig stieg.

Im Ländervergleich lag Rheinland-Pfalz 2019 knapp über dem bundesweiten Durchschnitt. Höhere Bevölkerungsanteile wiesen neben den drei Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin auch Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen auf. Hier hatte rund jede dritte Einwohnerin bzw. jeder dritte Einwohner einen Migrationshintergrund. In den ostdeutschen Ländern war es hingegen nicht einmal jede bzw. jeder Zehnte.



2 Haushalte, Familien und Lebensformen

Internetnutzung
Wohnfläche
Soziale Netzwerke
Verbraucherinsolvenzen
Wohneigentumsquote

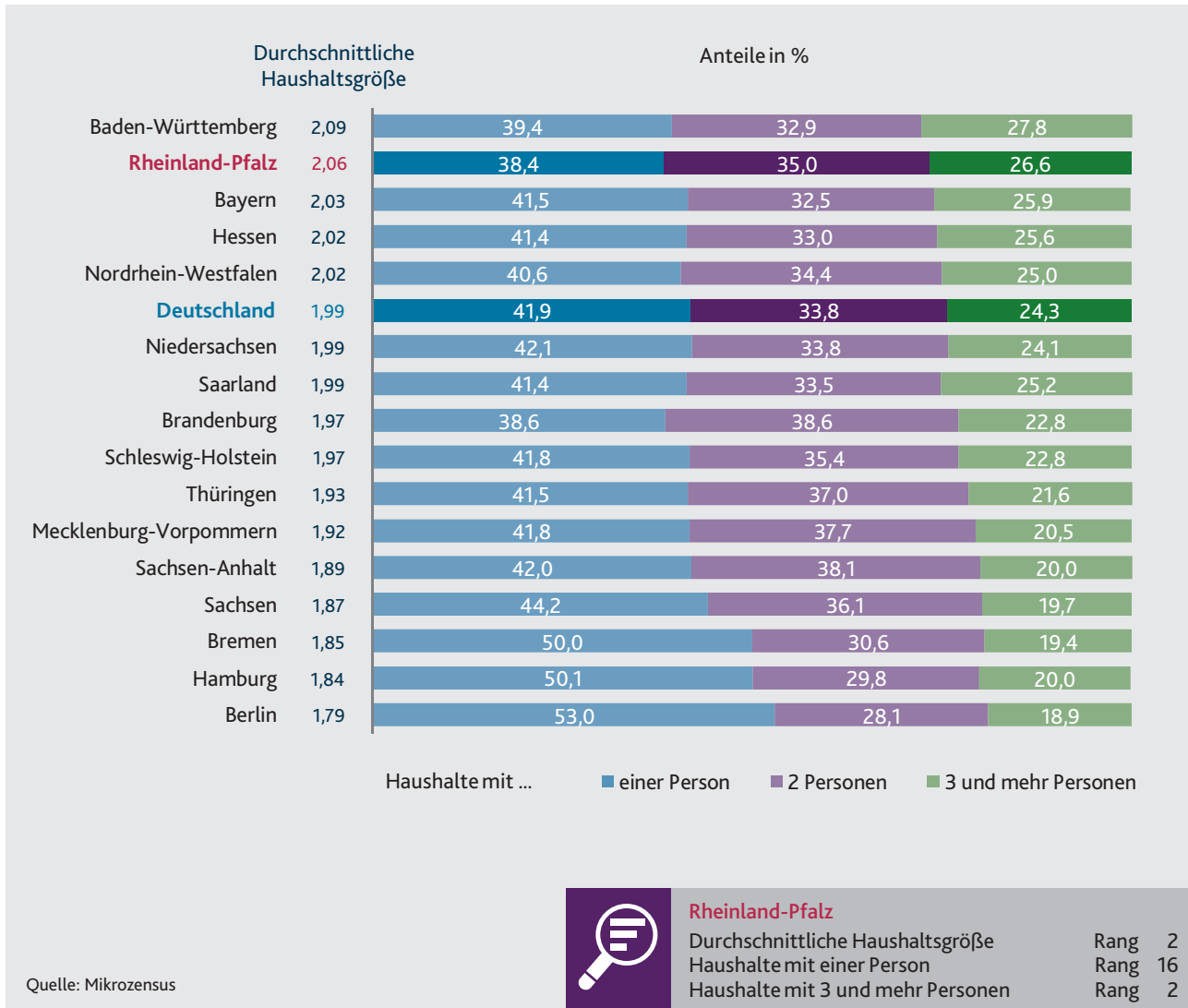
Elterngeld

Einkommensreichumsquote
Kindertagesbetreuung
Armutsgefährdungsquote

Warmmiete
Soziale Medien



G1 Haushalte 2018



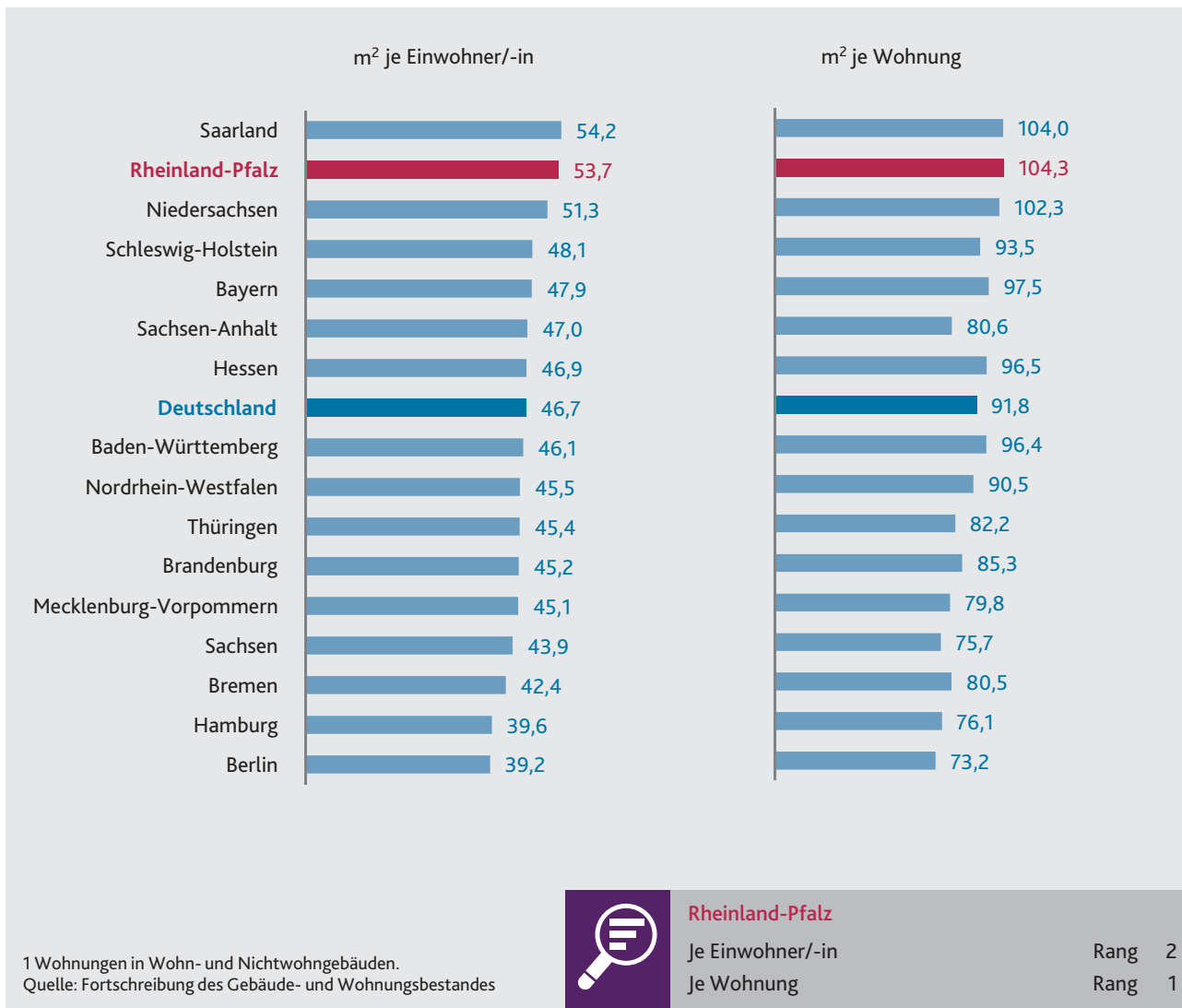
Platz zwei bei den großen Haushalten

Die Zahl der Haushalte in Rheinland-Pfalz ist im Vergleich zu 2008 um rund drei Prozent auf 1,9 Millionen gestiegen. Auch der Trend zu mehr Einpersonenhaushalten setzt sich in Rheinland-Pfalz fort – jedoch schwächer als in den anderen westdeutschen Flächenländern. In 38 Prozent der Haushalte lebte 2018 eine Person allein. Besonders häufig wohnen die unter 30-jährigen und die über 70-jährigen Bürgerinnen und Bürger in einem Einpersonenhaushalt. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte ist mit 35 Prozent ebenso hoch wie vor zehn Jahren. Im Jahr 2018 lebte jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfäler in einem Drei- oder Mehrpersonenhaushalt. Der Anteil großer Haushalte ging leicht zurück, Rheinland-Pfalz liegt hier auf Platz zwei hinter Baden-Württemberg.

Im Schnitt wohnen hierzulande 2,1 Personen in einem Haushalt. In den Stadtstaaten ist die durchschnittliche Haushaltsgröße besonders gering. Der vergleichsweise hohe Anteil von Mehrpersonenhaushalten in Rheinland-Pfalz könnte u. a. auf den hohen Bevölkerungsanteil, der in Familien lebt, zurückzuführen sein.



G2 Durchschnittliche Wohnfläche 2018



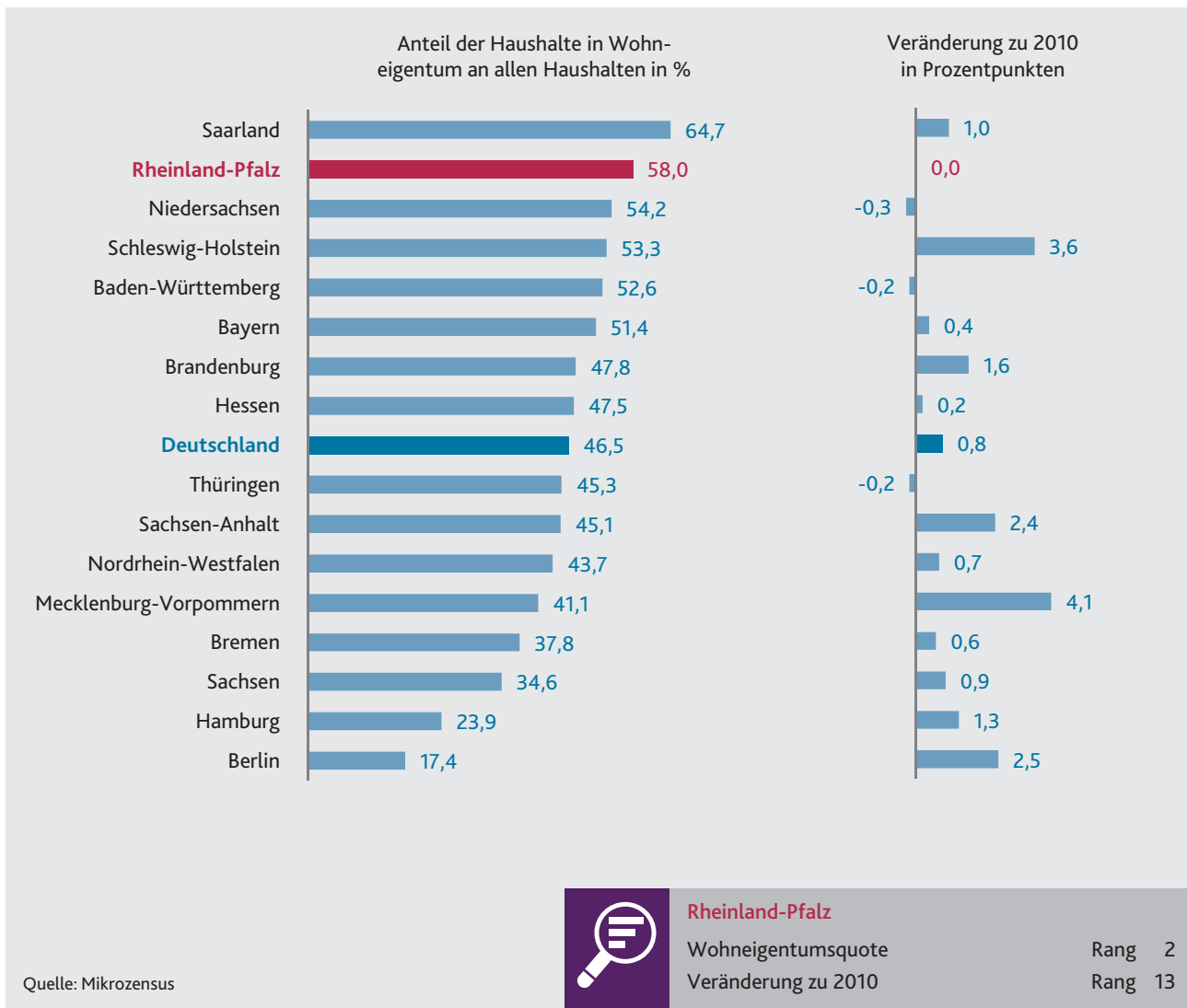
Spitzenplatz bei der Versorgung mit Wohnraum

Jeder Rheinland-Pfälerin und jedem Rheinland-Pfäler standen 2018 im Durchschnitt 54 Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich hinter dem Saarland auf Platz zwei. Im Bundesdurchschnitt waren es 47 Quadratmeter je Einwohnerin und Einwohner und damit etwa sieben Quadratmeter weniger als hierzulande. Am geringsten ist die Ausstattung mit Wohnraum in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Bei der durchschnittlichen Wohnungsgröße belegt Rheinland-Pfalz vor dem Saarland den ersten Rang. Die durchschnittliche Wohnfläche einer Wohnung beträgt hierzulande 104 Quadratmeter, während es im Bundesdurchschnitt nur 92 Quadratmeter sind. Am kleinsten ist die Durchschnittswohnung in Berlin mit einer Wohnfläche von lediglich 73 Quadratmetern.

Die überdurchschnittlich großen Wohnflächen in Rheinland-Pfalz stehen im Zusammenhang mit der hohen Wohneigentumsquote. Die Wohnfläche in Eigenheimen und Eigentumswohnungen ist tendenziell größer als in Mietwohnungen.



G3 Wohneigentumsquote 2018



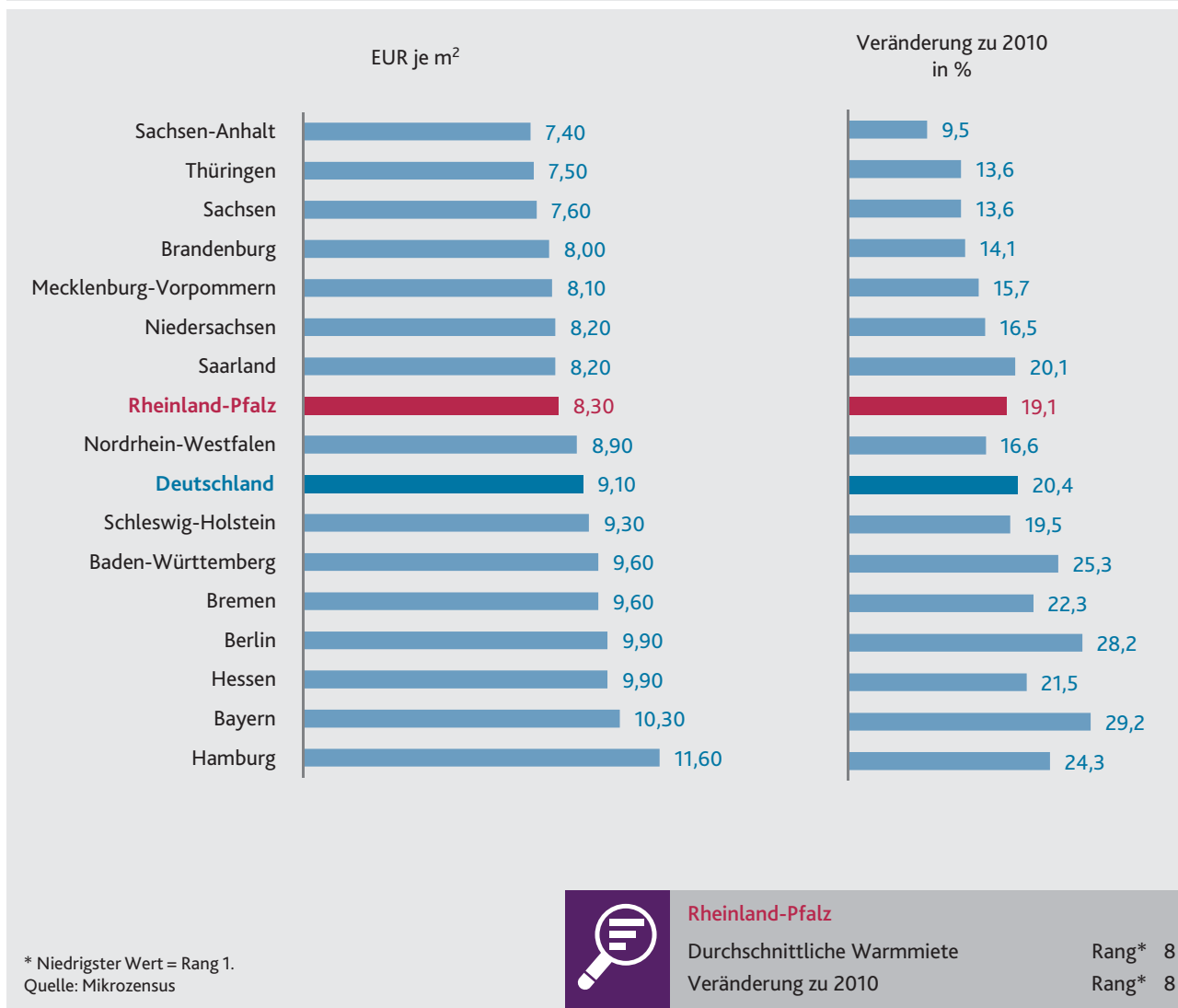
Nur im Saarland wohnen mehr Menschen in den eigenen vier Wänden

In Rheinland-Pfalz lebte 2018 mehr als die Hälfte der Haushalte in Wohneigentum (58 Prozent). Im Vergleich der Länder bedeutet dies Rang zwei; nur im Saarland ist die Quote höher (65 Prozent). Bundesweit wohnen knapp 47 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden. Am niedrigsten ist die Wohneigentumsquote in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Bei den Flächenländern ist ein West-Ost-Gefälle festzustellen: Während in den meisten westlichen Ländern die Quote überdurchschnittlich ist, liegt sie in den östlichen Ländern – mit Ausnahme von Brandenburg – unter dem Durchschnitt. Der hohe Anteil an Wohneigentum in Rheinland-Pfalz geht u. a. auf die ländliche Siedlungsstruktur zurück: In ländlichen Räumen wird eher Wohneigentum erworben als in den Städten.

Die Wohneigentumsquote ist ein wichtiger Indikator für den Stand der Vermögensbildung und der Altersvorsorge. Sie weist den Anteil der Haushalte, die in Wohneigentum leben, an der Gesamtzahl der Haushalte aus.



G4 Durchschnittliche Warmmiete 2018



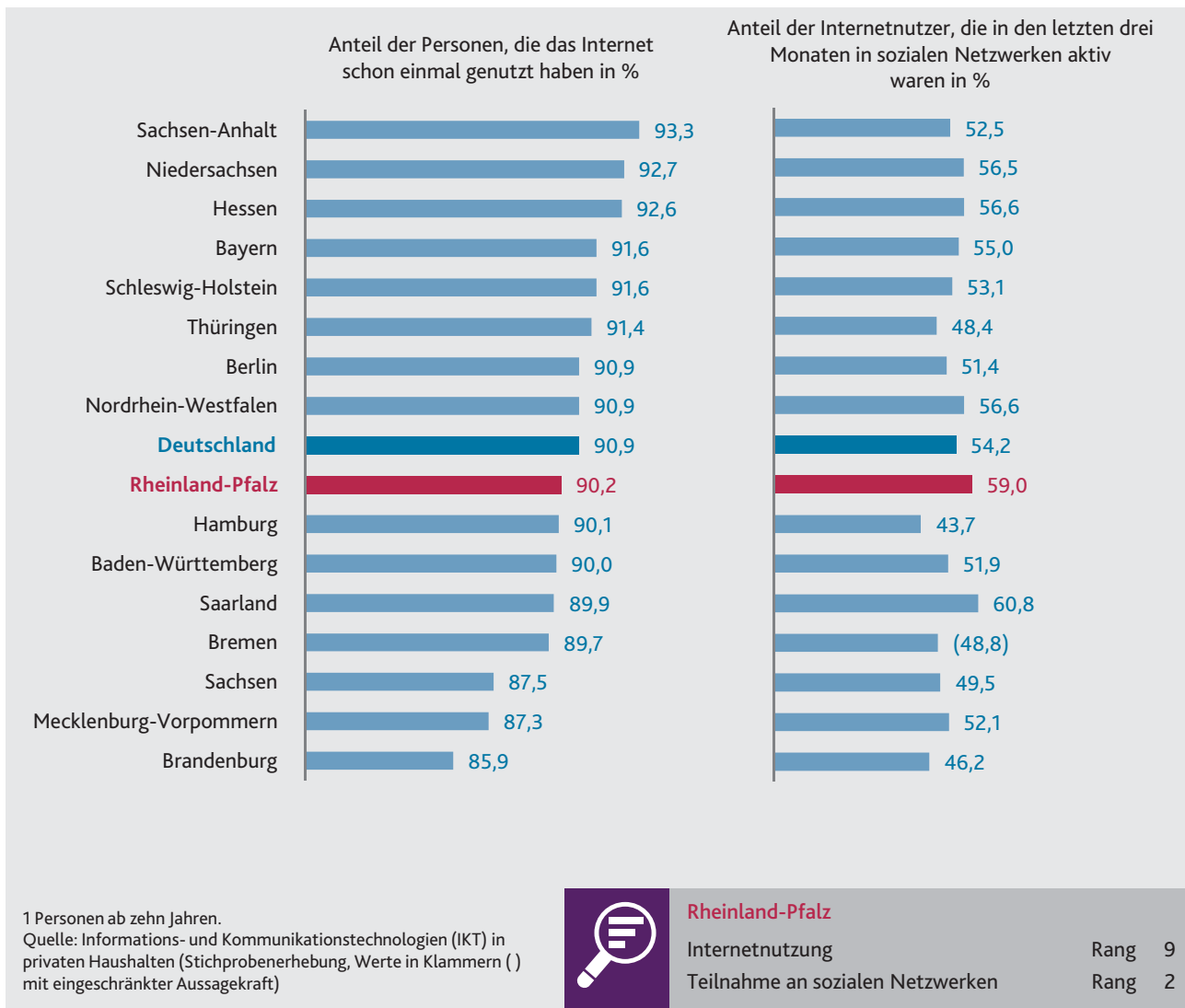
Mietkosten seit 2010 um knapp ein Fünftel gestiegen

Seit 2010 haben sich die Wohnkosten für Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler stark erhöht. Lag die durchschnittliche Warmmiete für Mieterinnen und Mieter 2010 erst bei knapp sieben Euro je Quadratmeter, belief sie sich acht Jahre später bereits auf rund 8,30 Euro (+19 Prozent). Die Mietbelastungsquote lag damit bei mehr als 27 Prozent, d. h. rheinland-pfälzische Mieterinnen und Mieter mussten durchschnittlich mehr als ein Viertel ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für Mietausgaben zurückhalten.

Im bundesweiten Vergleich nimmt Rheinland-Pfalz sowohl hinsichtlich der Höhe als auch der Entwicklung der durchschnittlichen Mietkosten einen Mittelfeldrang ein. Teurer war das Wohnen vor allem in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen, aber auch in den wirtschaftlich starken Flächenländern Bayern und Hessen. In diesen Ländern haben sich die Mietausgaben im Zeitverlauf zudem überdurchschnittlich stark erhöht. Vergleichsweise günstig wohnten die Menschen dagegen in den fünf ostdeutschen Flächenländern, insbesondere in Sachsen-Anhalt. Dort belief sich die durchschnittliche Warmmiete lediglich auf 7,40 Euro je Quadratmeter.



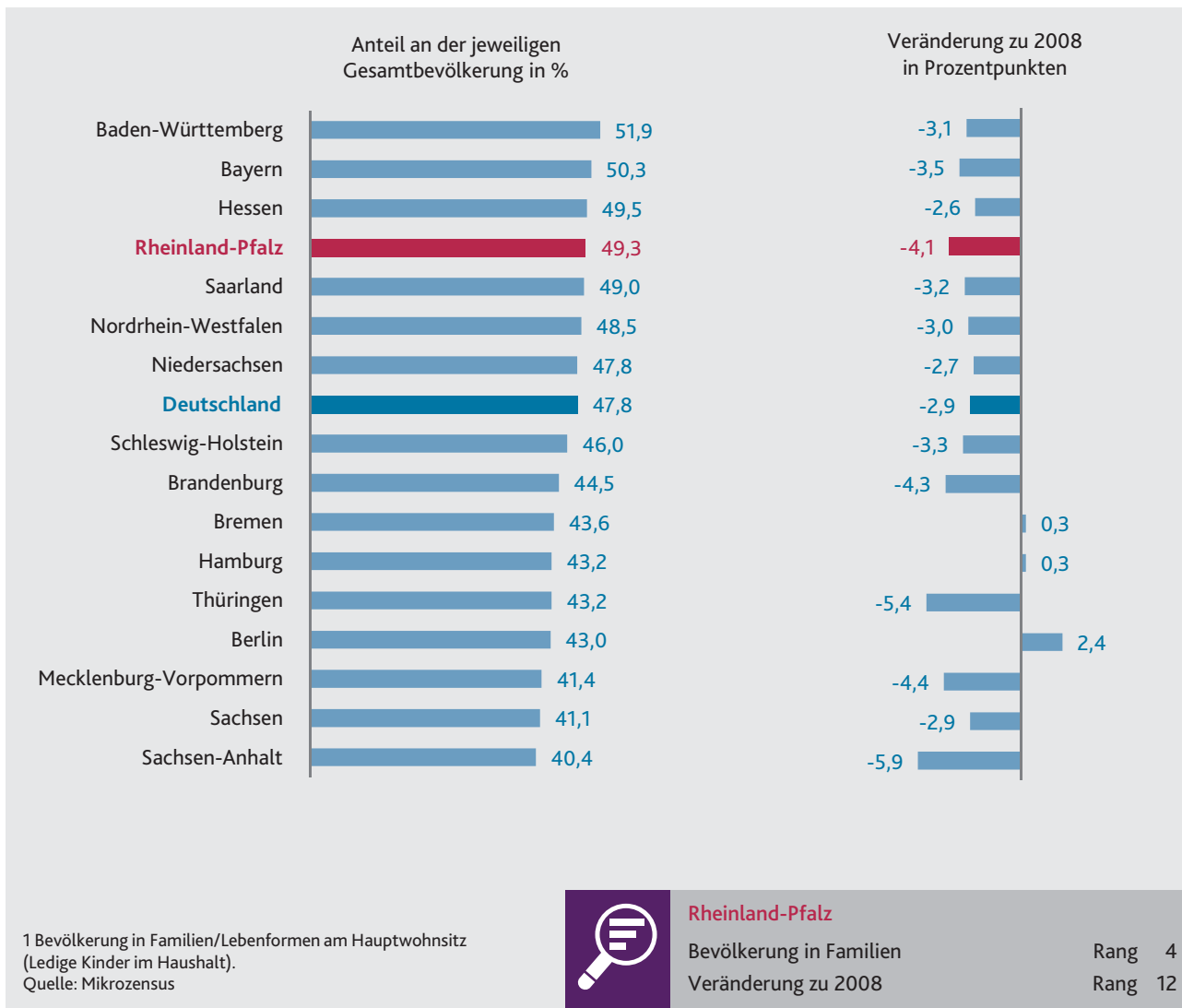
G5 Internetnutzung¹ und Teilnahme an sozialen Netzwerken 2019



Knapp drei von fünf Personen waren 2019 in einem sozialen Netzwerk aktiv

Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler weisen im bundesweiten Vergleich eine durchschnittliche Internetaffinität auf. Gut neun von zehn Landesbürgerinnen und Landesbürger gaben 2019 an, das Internet schon einmal genutzt zu haben. Bundesweit waren es knapp 91 Prozent. Vor allem unter den älteren Einwohnerinnen und Einwohnern ab 65 Jahren ist die Internetnutzung weniger verbreitet (59 Prozent). Dagegen lag die Nutzungsrate in allen jüngeren Altersgruppen bei mindestens 96 Prozent.

Stärkere Unterschiede zwischen den Bundesländern treten im Nutzungsverhalten des Internets auf. So waren 2019 knapp drei von fünf Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzern in einem sozialen Netzwerk aktiv. Das war deutschlandweit der zweithöchste Wert. Nur im Saarland waren relativ betrachtet mehr Personen auf Facebook, Twitter, Instagram, Snapchat oder in einem anderen sozialen Netzwerk unterwegs (61 Prozent). Deutlich seltener wurden soziale Netzwerke in Hamburg nachgefragt. Dort beteiligten sich 2019 lediglich knapp 44 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner an Social Media-Aktivitäten.

G6 Bevölkerung in Familien¹ 2018

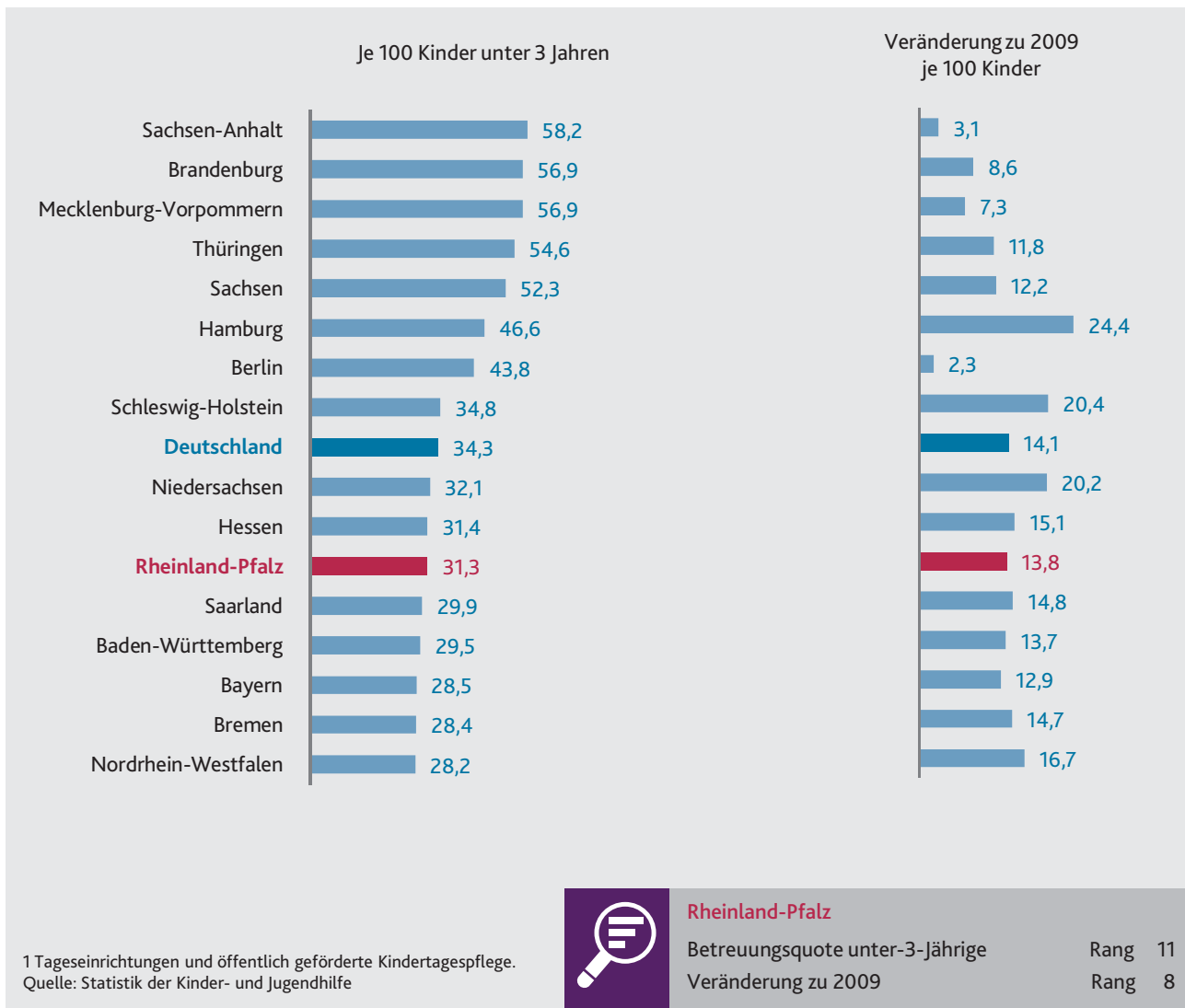
Rheinland-Pfalz ist ein Familienland

Die Art und Weise, wie Menschen ihr Zusammenleben und ihre privaten Beziehungen organisieren, unterliegt bereits seit vielen Jahren einem kontinuierlichen Wandel, der auch als Pluralisierung der Lebensformen beschrieben wird. Demnach differenzieren sich die Formen des Zusammenlebens immer weiter aus, während traditionelle Beziehungsstrukturen an Bedeutung verlieren. Dies zeigt sich beispielsweise an dem Anteil der Bevölkerung, der in Familien lebt, d. h. als Eltern-Kind-Gemeinschaft in einem gemeinsamen Haushalt wohnt und wirtschaftet. In allen Flächenländern war dieser Anteil zwischen 2008 und 2018 rückläufig, in Rheinland-Pfalz mit –4,1 Prozentpunkten sogar vergleichsweise stark.

Dennoch leben in Rheinland-Pfalz überdurchschnittliche viele Bürgerinnen und Bürger in Familien. Knapp jede zweite Einwohnerin bzw. jeder zweite Einwohner war 2019 ein Familienmitglied. Nur in Baden-Württemberg (52 Prozent), Bayern (50 Prozent) und Hessen (50 Prozent) wohnte und wirtschaftete ein höherer Bevölkerungsanteil als Eltern-Kind-Gemeinschaft in einem gemeinsamen Haushalt.



G7 Betreuungsquote unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung¹ 2019



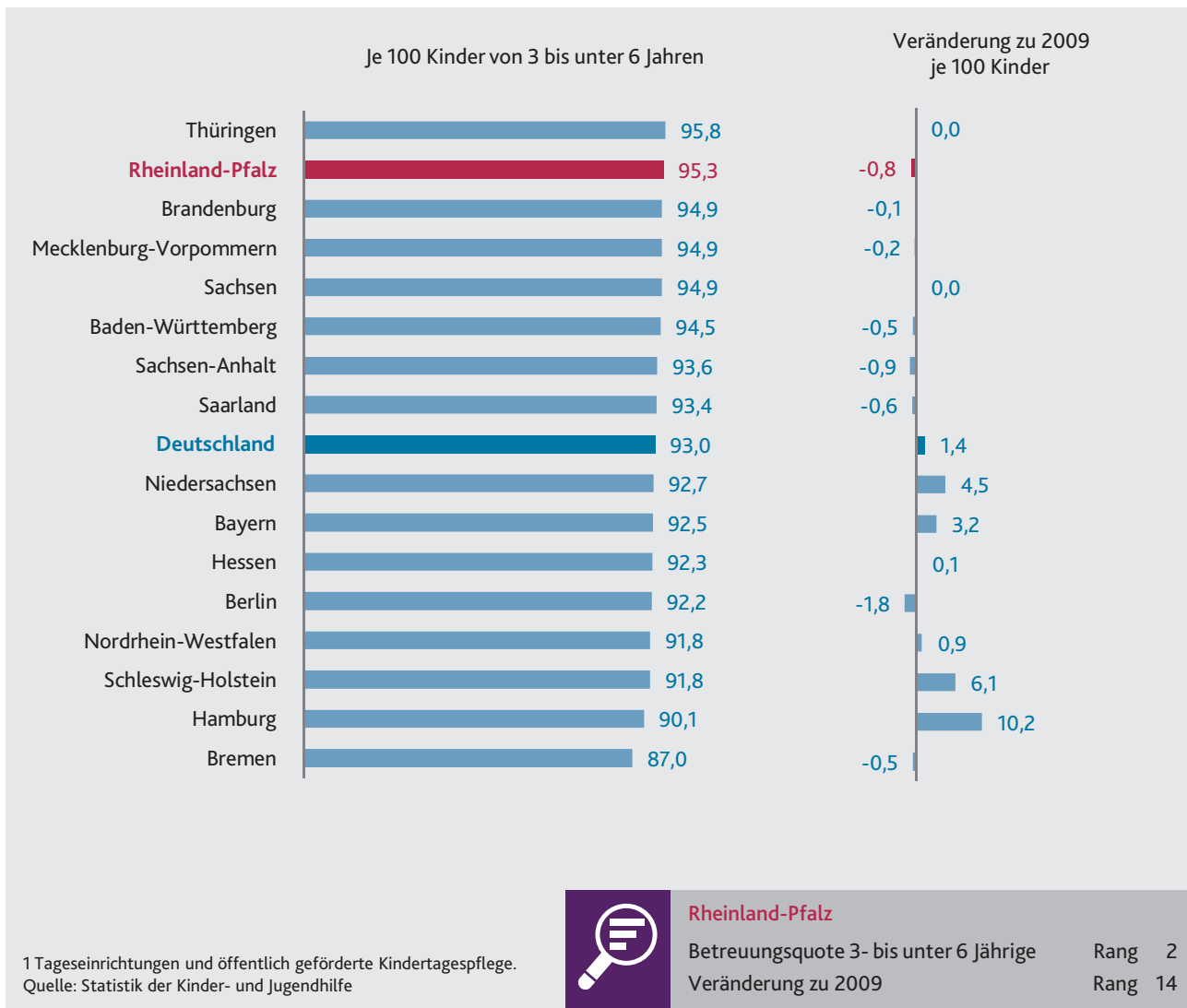
Tagesbetreuung von unter 3-Jährigen: Westdeutsche Länder holen auf

Kindertagesstätten und Tagespflegepersonen spielen für die Bildung und Erziehung der Kinder eine große Rolle und fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, wurde das Angebot für unter 3-Jährige in den vergangenen Jahren sukzessive ausgebaut. Die Betreuungskosten, die für die Eltern anfallen, sind je nach Land, Kommune oder Träger unterschiedlich hoch. Im Rahmen des Kita-Zukunfts-Gesetzes gilt z. B. in Rheinland-Pfalz seit dem 1. Januar 2020 eine Beitragsfreiheit für alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr für den Besuch eines Kindergartens oder einer Krippe.

In den ostdeutschen Ländern wurden 2009 bereits 45 Prozent aller Kinder der Altersgruppe in einer Betreuungseinrichtung oder bei Tagespflegepersonen betreut. Der Anteil ist bis 2019 auf 52 Prozent gewachsen. In Westdeutschland gab es in diesem Zeitraum einen gewissen Aufholprozess: Die U3-Betreuungsquote lag hier 2009 bei 14 Prozent und stieg innerhalb einer Dekade auf 31 Prozent. In Rheinland-Pfalz wuchs der Wert von 18 auf ebenfalls 31 Prozent. Damit liegt das Land im Mittelfeld der westdeutschen Flächenländer.



G8 Betreuungsquote 3- bis unter 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung¹ 2019



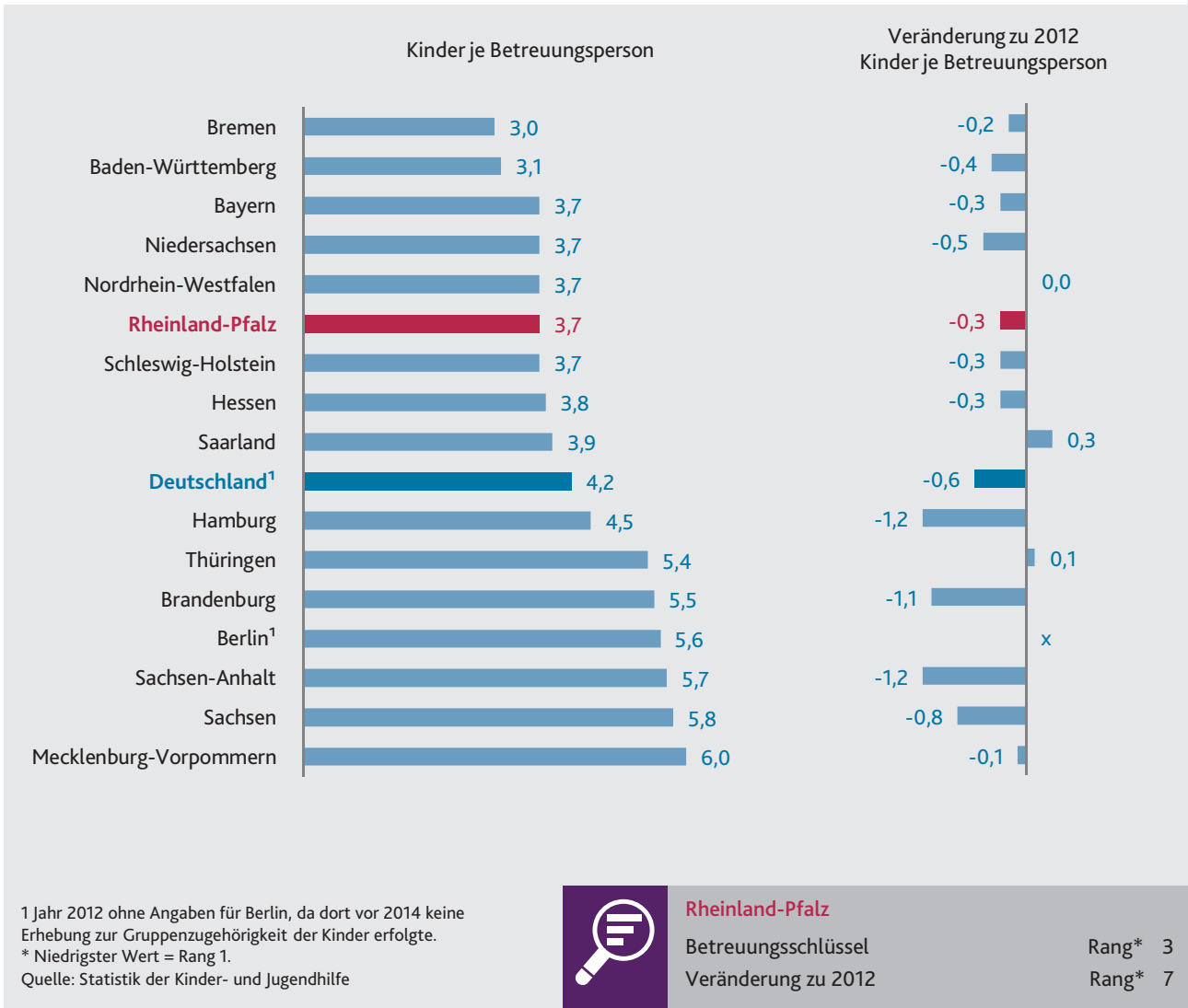
Tagesbetreuung der 3- bis unter 6-jährigen Kinder: Seit Jahren hohe Abdeckung in Rheinland-Pfalz

Auch mit Blick auf das klassische Kindergartenalter unternehmen die Länder regelmäßig Anstrengungen, um das Betreuungsangebot an die Anforderungen der heutigen Zeit anzupassen und die Qualität zu verbessern. In Rheinland-Pfalz wurde zuletzt mit dem im Herbst 2019 verabschiedeten Kita-Zukunfts-Gesetz ein Veränderungsprozess eingeleitet, der u. a. Investitionen in Ausstattung und Räumlichkeiten, die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte, die Schaffung neuer Förderangebote sowie einen erweiterten Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung umfasst. Die Finanzierung erfolgt u. a. über das Gute-Kita-Gesetz mit dem der Bund die Länder in den Jahren 2019 bis 2023 unterstützt.

Während einige westdeutsche Flächenländer 2009 noch Betreuungsquoten von weniger als 90 Prozent aufwiesen, sie aber in den letzten Jahren steigerten, lag der Wert in Rheinland-Pfalz schon damals bei über 95 Prozent. Weil die Zahl der Kinder in dieser Altersgruppe zuletzt stieg, ging die Betreuungsquote – trotz Zunahme der Betreuungsverhältnisse – zurück und Thüringen nahm die Spitzenposition ein.



G9 Betreuungsschlüssel für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen 2019



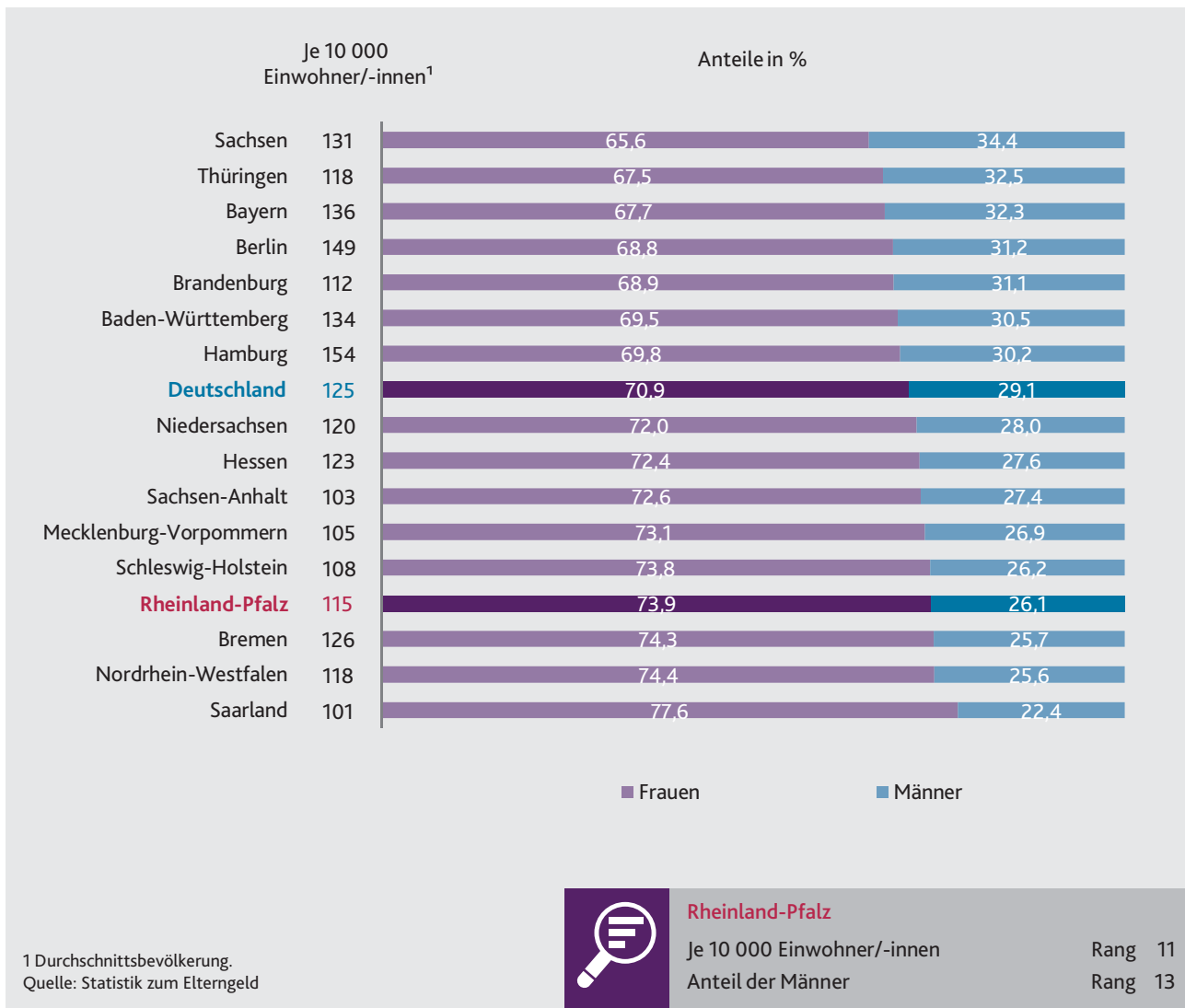
Rheinland-Pfalz bei Betreuungsschlüssel in der Spitzengruppe

Um eine qualitativ hochwertige pädagogische Betreuung sicherzustellen, muss der Ausbau der Betreuung in Kindertagesstätten mit einer entsprechenden Ausweitung des pädagogischen Personals flankiert werden. Eine zentrale Komponente des Kita-Zukunfts-Gesetzes ist daher die Rekrutierung zusätzlicher Fachkräfte und die Verbesserung des Betreuungsschlüssels. U. a. soll die Attraktivität der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern erhöht werden. Ein überarbeitetes Personalbemessungskonzept dient zukünftig der Angleichung der regional teilweise sehr unterschiedlichen Betreuungsschlüssel.

Im Jahr 2012 lag die Kennzahl für unter 3-Jährige in Rheinland-Pfalz bei vier Kindern je Fachkraft, während im Bundesdurchschnitt 4,8 Kinder von einer Erzieherin oder einem Erzieher betreut wurden. In den darauffolgenden Jahren wurden weitere Verbesserungen erzielt: 2017 lag das Verhältnis von Fachkraft zu Kindern hierzulande bei 1 zu 3,5 und bundesweit bei 1 zu 4,3. Bundesweit ist der Betreuungsschlüssel bis 2019 auf 4,2 gesunken. Rheinland-Pfalz liegt trotz leichter Verschlechterung (3,7) weiterhin in der Spitzengruppe des Länderrankings.



G10 Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes 2017



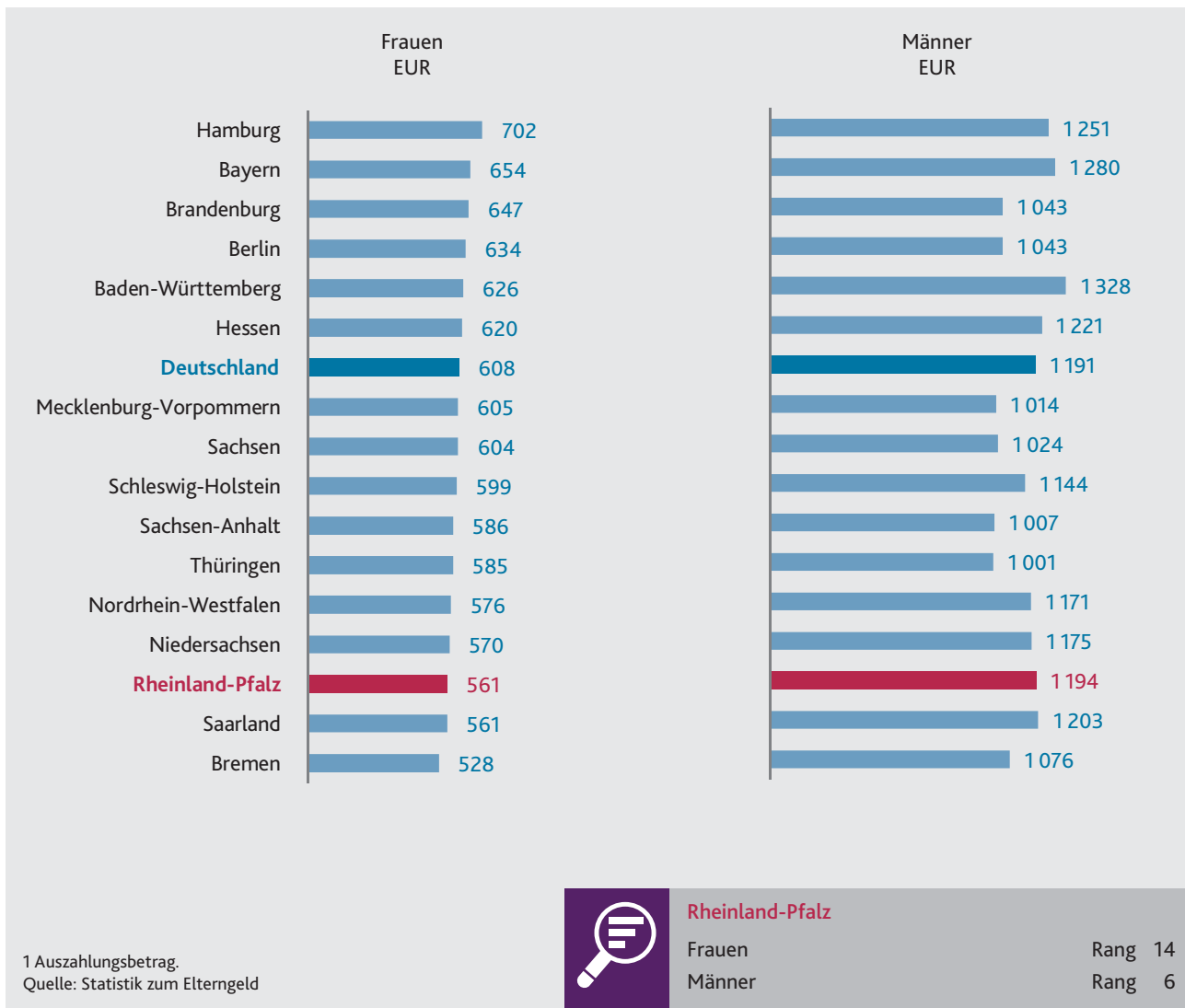
Anteilig mehr Mütter mit Elterngeldbezug – Väter nehmen Angebot aber immer häufiger wahr

Das Elterngeld ist eine staatliche Sozialleistung für Eltern, die ihr Kind nach der Geburt selbst betreuen und deshalb ihre berufliche Arbeit unterbrechen oder einschränken. Es löste ab dem 1. Januar 2007 das Erziehungsgeld ab. Das Elterngeld soll fehlendes Einkommen ausgleichen, die wirtschaftliche Existenz der Familien sichern und somit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern. In der Variante des Basiselterngelds steht den Eltern ein gemeinsamer Leistungsbezug von 14 Monaten zu. Ein Elternteil kann dabei mindestens zwei und höchstens zwölf Monate für sich in Anspruch nehmen. Seit 2015 unterstützt das ElterngeldPlus insbesondere Mütter und Väter, die während des Elterngeldbezugs wieder in Teilzeit arbeiten wollen.

In den vergangenen Jahren stieg der Anteil der Väter, die Elternzeit genommen und dabei Leistungen des Elterngeldes bezogen haben, mit jedem neuen Geburtsjahrgang. Nach wie vor entscheiden sich die Väter bei der Aufteilung der Elterngeldmonate für kürzere Bezugszeiten als Mütter, sodass der Frauenanteil an allen Leistungsempfängern bundesweit weiterhin sehr hoch ist.



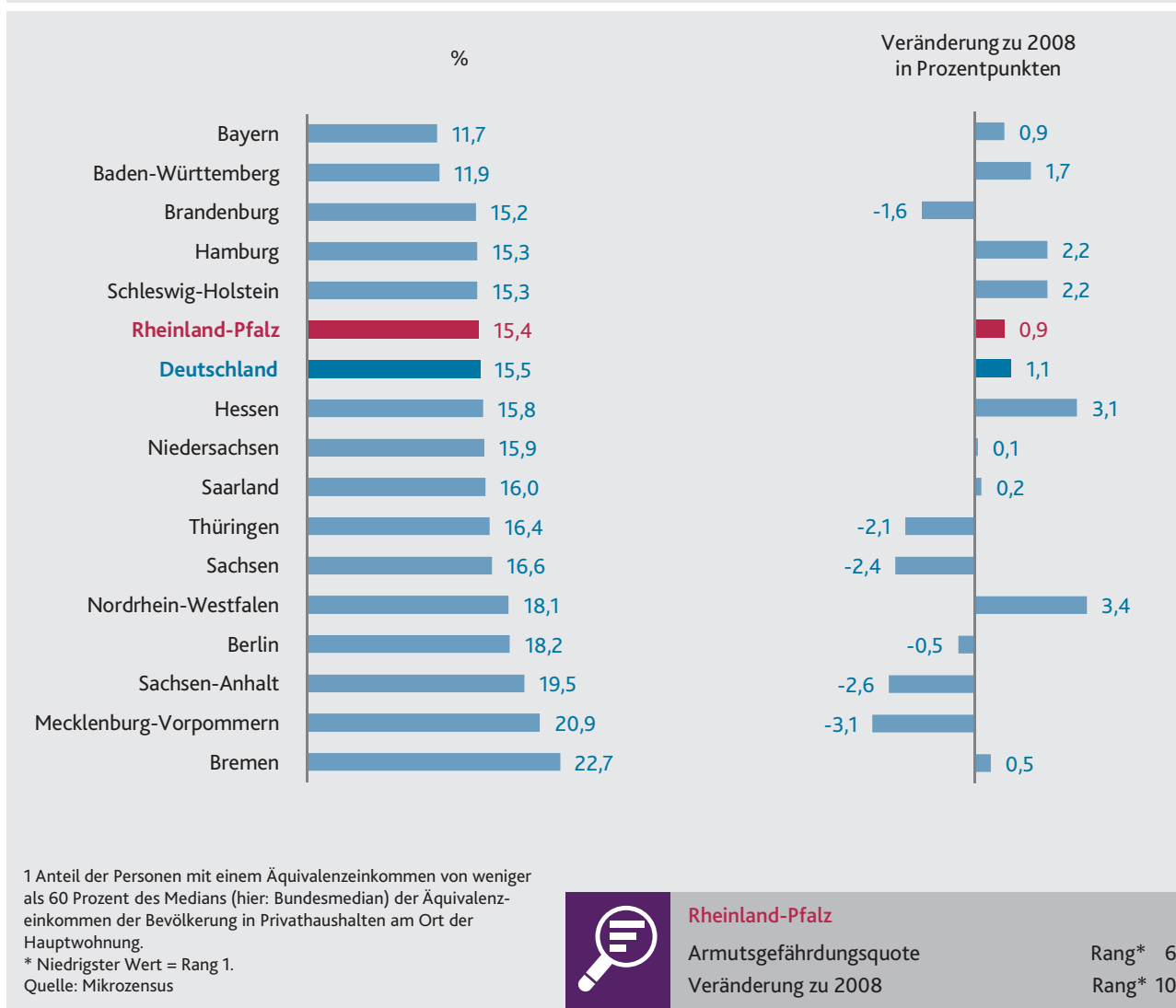
G11 Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes¹ nach Geburtsjahr des Kindes 2017



Deutliche Unterschiede bei der Höhe des Elterngeldanspruchs

Die Höhe des Elterngeldanspruchs wird auf Grundlage des durchschnittlichen Einkommens des jeweiligen Elternteils im Jahr vor der Geburt berechnet. Personen, die zuvor nicht erwerbstätig waren, erhalten den Mindestsatz von 300 Euro. Eltern mit höheren Einkommen erhalten 65 Prozent, Eltern mit niedrigeren Einkommen bis zu 100 Prozent des vorherigen Einkommens. Der maximale Betrag liegt bei 1 800 Euro pro Monat.

Der durchschnittliche Elterngeldanspruch der Mütter ist deutlich niedriger als der Anspruch der Väter. Dies zeigt sich für die Kinder des Geburtsjahrgangs 2017. Zum einen ist dies durch die im Vorfeld des Elterngeldbezugs höheren Nettoeinkommen der Männer erklärbar. Darüber hinaus wirkt sich die – im Vergleich zu Frauen – höhere Erwerbsbeteiligung der Männer positiv auf die Anspruchshöhe aus. Aufgrund der regionalen Unterschiede in der Arbeitsmarktintegration von Männern und Frauen liegen die geschlechterspezifischen Elterngeldansprüche je nach Bundesland unterschiedlich weit auseinander: In Rheinland-Pfalz fällt diese Differenz mit 633 Euro höher aus als im Bundesdurchschnitt (583 Euro).

G12 Armutsgefährdungsquote¹ 2018

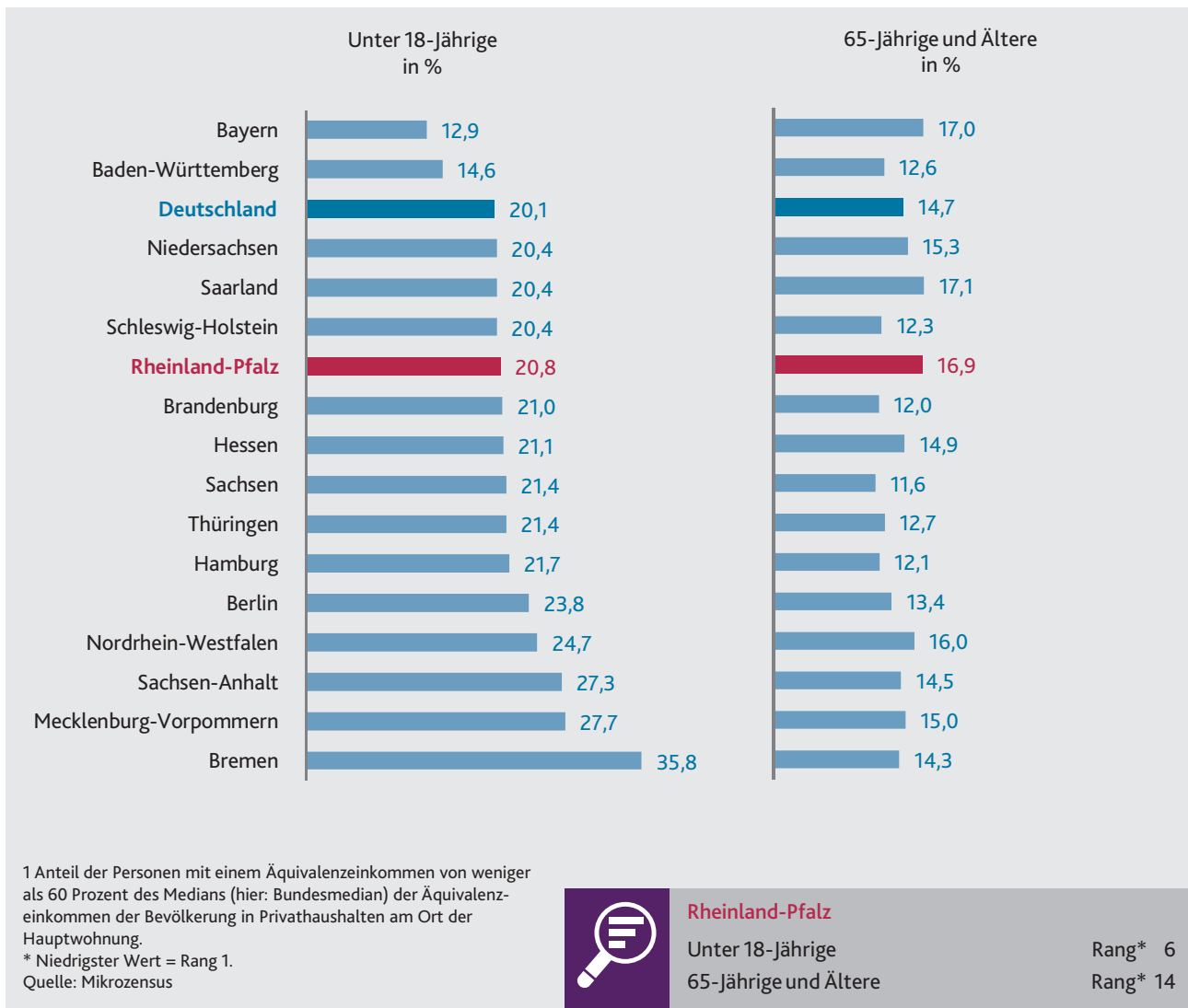
Mehr als jede siebte Einwohnerin bzw. jeder siebte Einwohner von Armut bedroht

Im Jahr 2018 waren 15 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung von relativer Einkommensarmut bedroht. Damit bewegt sich Rheinland-Pfalz nahe dem bundesweiten Durchschnitt und belegt Rang sechs im Ländervergleich. Vergleichsweise niedrige Armutsgefährdungsquoten weisen die wirtschaftsstarken Länder Bayern und Baden-Württemberg auf. Fast doppelt so hoch ist sie dagegen in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Vor allem der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte in den neuen Bundesländern zu einem Rückgang der Armutsgefährdungsquote geführt haben, der im Zehnjahresvergleich deutlich wird.

Die Armutsgefährdungsquote ist gemäß EU-Konvention der Anteil der Bevölkerung, dessen Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet lag die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt in Rheinland-Pfalz bei 1061 Euro. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren errechnete sich aufgrund von Einsparvorteilen großer Haushalte (z. B. geringerer Mietanteil) ein Grenzwert von 2 229 Euro.



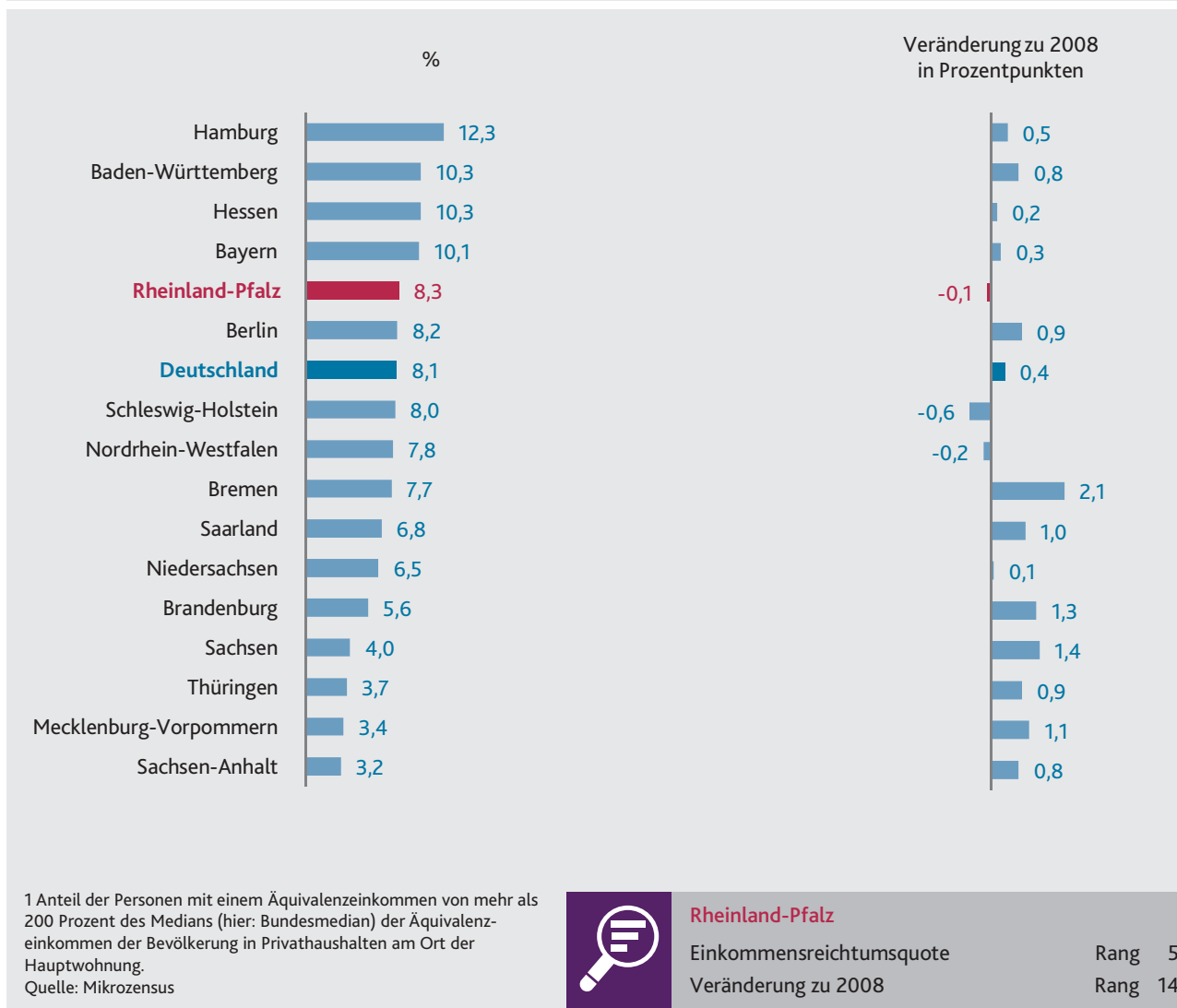
G13 Armutsgefährdungsquote¹ 2018 nach Altersgruppen



Jüngere sind häufiger armutsgefährdet als Ältere

Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich, dass junge Menschen, die sich oft noch in der Ausbildung und im elterlichen Familienverband befinden dürften, in erhöhtem Maß von Armut bedroht sind. Für die unter 18-Jährigen ergibt sich für das Jahr 2018 in Rheinland-Pfalz eine Quote von rund 21 Prozent. Deutlich seltener waren die Jugendlichen in Bayern mit 13 Prozent betroffen. In Bremen fiel dagegen mehr als jede bzw. jeder Dritte unter 18-Jährige unter die Armutsgefährdungsschwelle.

Auch die Älteren ab 65 Jahren wiesen 2018 in Rheinland-Pfalz mit 17 Prozent eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Im Ländervergleich ist das der dritthöchste Wert. Besonders Frauen dieser Altersgruppe waren von Armut bedroht (16 Prozent), während die Quote unter den gleichaltrigen Männern etwas niedriger lag (13 Prozent). Hier dürften unterbrochene Erwerbsbiografien der Frauen – z. B. durch Kindererziehungszeiten oder Pflege von Angehörigen – eine Rolle spielen. Im Zeitverlauf ist die Armutsgefährdungsquote unter den älteren Frauen und Männern trotz höherer Frauenerwerbsbeteiligung etwa gleich stark gestiegen.

G14 Einkommensreichumsquote¹ 2018

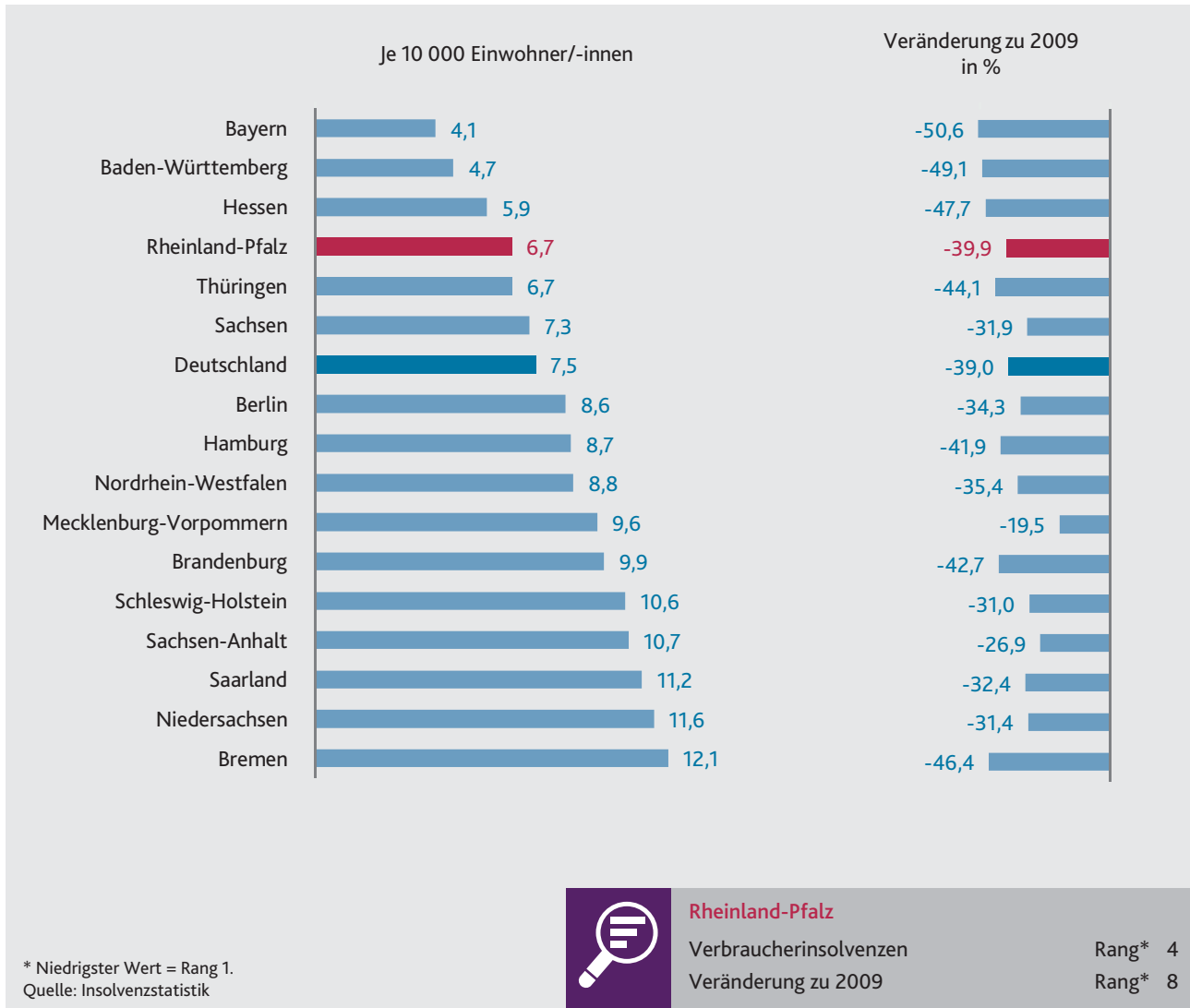
In Rheinland-Pfalz leben überdurchschnittlich viele Menschen mit hohem Einkommen

Das Gegenstück zur Armutsgefährdungsquote ist die Einkommensreichumsquote. Sie stellt den Anteil der Bevölkerung dar, dessen Einkommen mehr als 200 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung beträgt. Die Einkommensreichumsquote zählt damit ebenfalls zu den relativen Wohlstandsindikatoren, die sich nicht an einem absoluten Maßstab, sondern an der Einkommensverteilung und am Lebensstandard der Bevölkerung orientieren.

Im Jahr 2018 lag der Anteil der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit einem Einkommen über der 200-Prozent-Marke bei 8,3 Prozent. Im Vergleich der Bundesländer bedeutet dies Platz fünf. Die höchste Einkommensreichumsquote wird in Hamburg mit zwölf Prozent erreicht. Am niedrigsten war die Quote in den neuen Ländern. In Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern hatten nur 3,2 bzw. 3,4 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen in entsprechender Höhe. Neben Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ist Rheinland-Pfalz eines von nur drei Ländern, in denen die Quote seit 2008 gesunken ist.



G15 Verbraucherinsolvenzen 2019



Niedrigster Stand der Verbraucherinsolvenzen seit zehn Jahren

Im Jahr 2019 meldeten 2742 Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler Insolvenz an. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl bedeutet das 6,7 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Rheinland-Pfalz liegt damit im Ländervergleich hinter Bayern (4,1), Baden-Württemberg (4,7) und Hessen (5,9) gleichauf mit Thüringen (6,7) auf Rang vier. Der bundesweite Durchschnitt beträgt 7,5.

Die bislang höchste Zahl an Verbraucherinsolvenzen wurde 2010 als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise registriert. Seitdem geht die Zahl kontinuierlich zurück. Aufgrund von finanziellen Problemen nahmen 2019 mehr als 17 800 Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler die Hilfe von Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Anspruch. Nach Ergebnissen der Überschuldungsstatistik hatten die beratenen Personen im Durchschnitt 36 000 Euro Schulden. Die häufigste Ursache einer Privatinsolvenz war bei den 20- bis 65-Jährigen Arbeitslosigkeit. Weitere Ursachen waren bei den unter 25-Jährigen unwirtschaftliche Haushaltsführung und in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren Trennung, Scheidung oder Tod der Partnerin oder des Partners.



3 Bildung

Ausbildungsberichterstattung

Lehrkräfte

Allgemeinbildende Schulen

Wanderungssaldo

Vertragslösungsquote Auszubildende

Schulabgänge

Fachstudiendauer

Ausländische Schüler/-innen

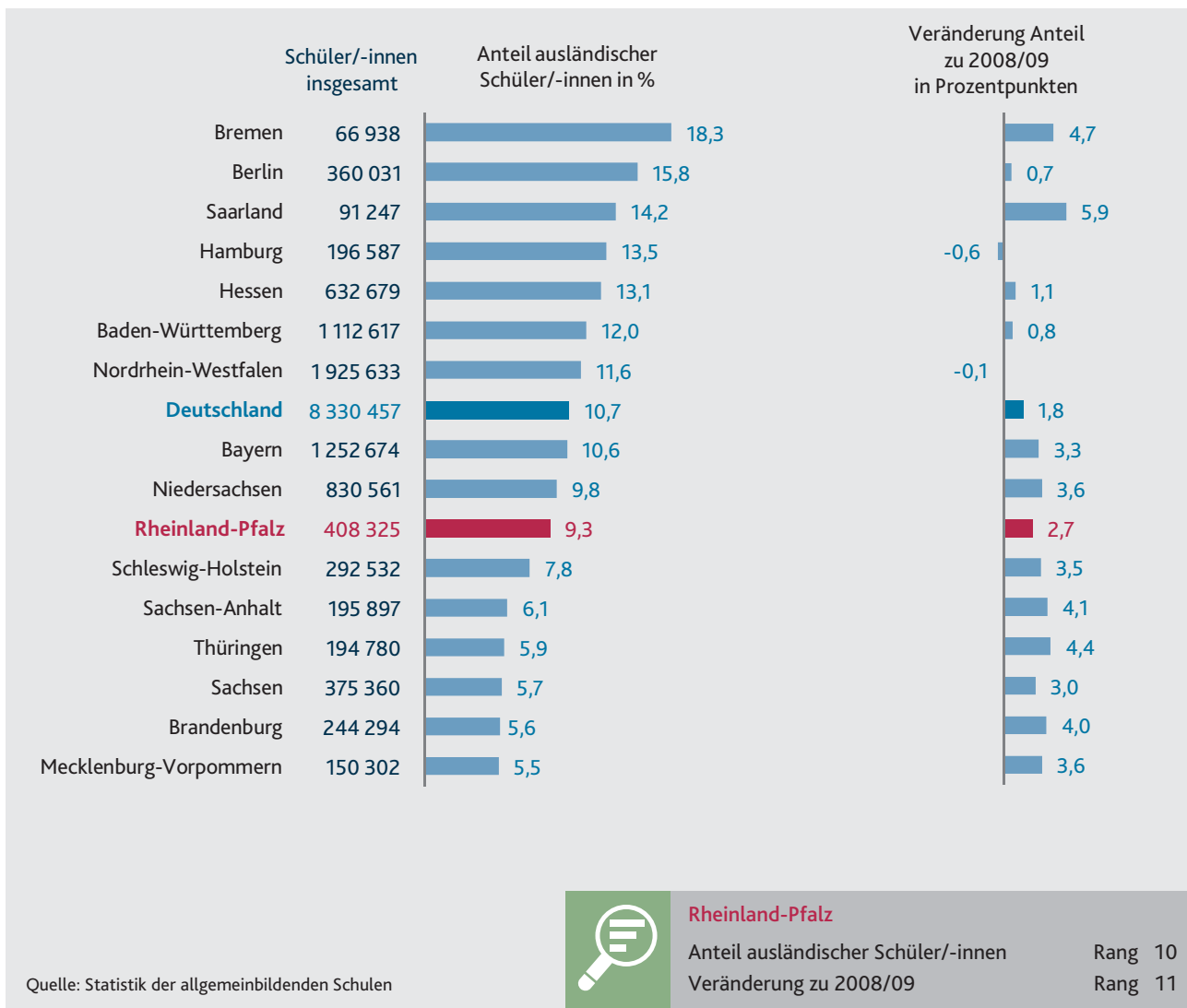
Schüler je Klasse

Bildungsausländer/-innen

Schulentlassene



G1 Ausländische Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2018/2019

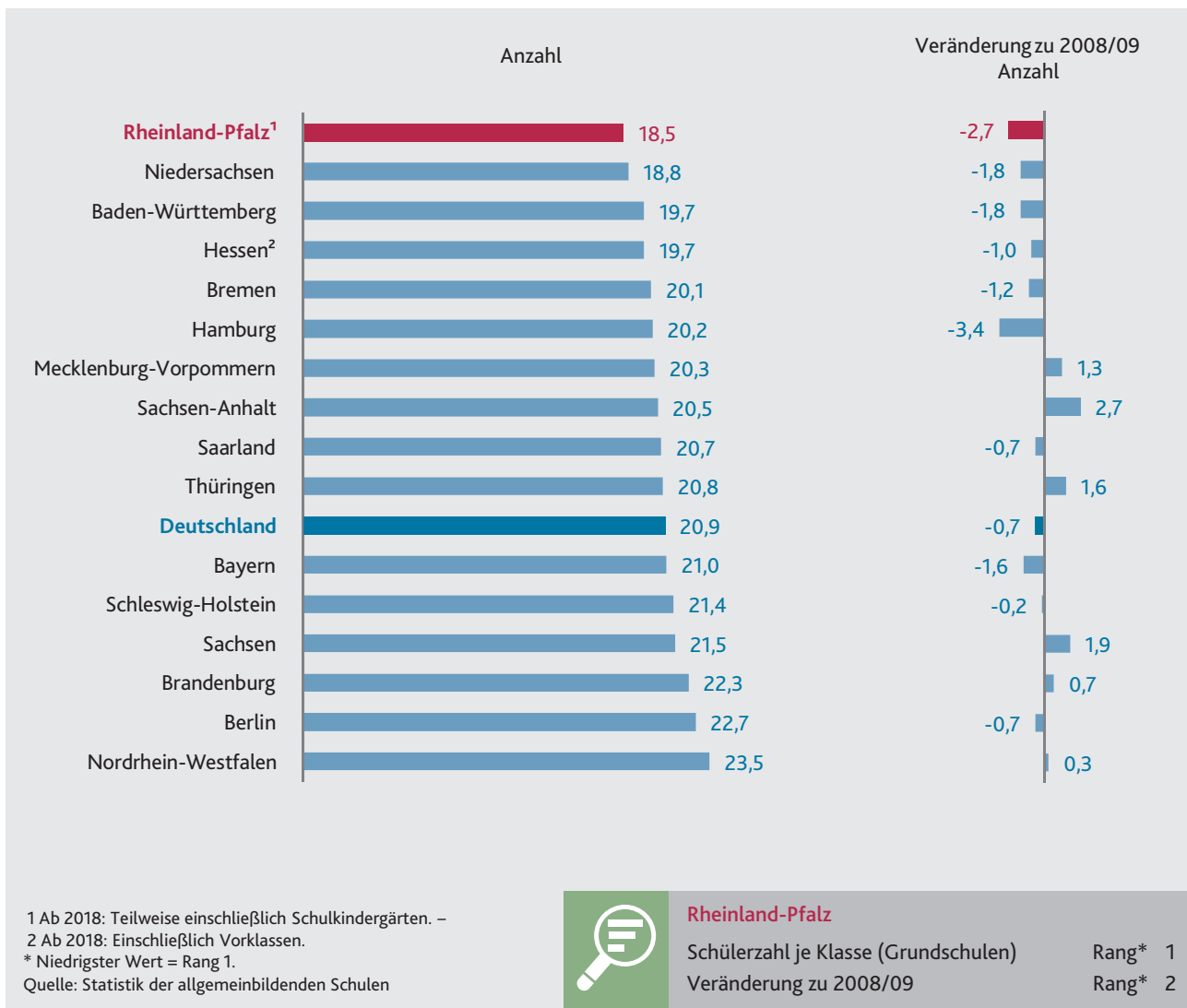


Ausländeranteil an rheinland-pfälzischen Schulen unter dem Bundesdurchschnitt

In der jüngeren Vergangenheit standen Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie bildungspolitische Entscheidungsträgerinnen und -träger zunehmend vor der Herausforderung, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Institution Schule zu integrieren, Bildungsangebote auf sie abzustimmen und Unterstützungsangebote zu etablieren. Besonders urban geprägte Bundesländer haben einen hohen Ausländeranteil unter der jungen, schulpflichtigen Bevölkerung.

Der vergleichsweise geringe Ausländeranteil von 9,3 Prozent an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz ist für die Einordnung im Bundesvergleich hilfreich. Allerdings kann er nur bedingt als Indikator für die Integrationsherausforderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund dienen. Werden neben der Staatsangehörigkeit auch die anderen von der Kultusministerkonferenz definierten Facetten des Migrationshintergrunds¹ wie eine nicht deutsche Familiensprache oder ein Geburtsort im Ausland berücksichtigt, steigt der Anteil der Migrantinnen und Migranten im Schuljahr 2018/19 auf 21 Prozent.

G2 Schülerzahl je Klasse an Grundschulen im Schuljahr 2018/19



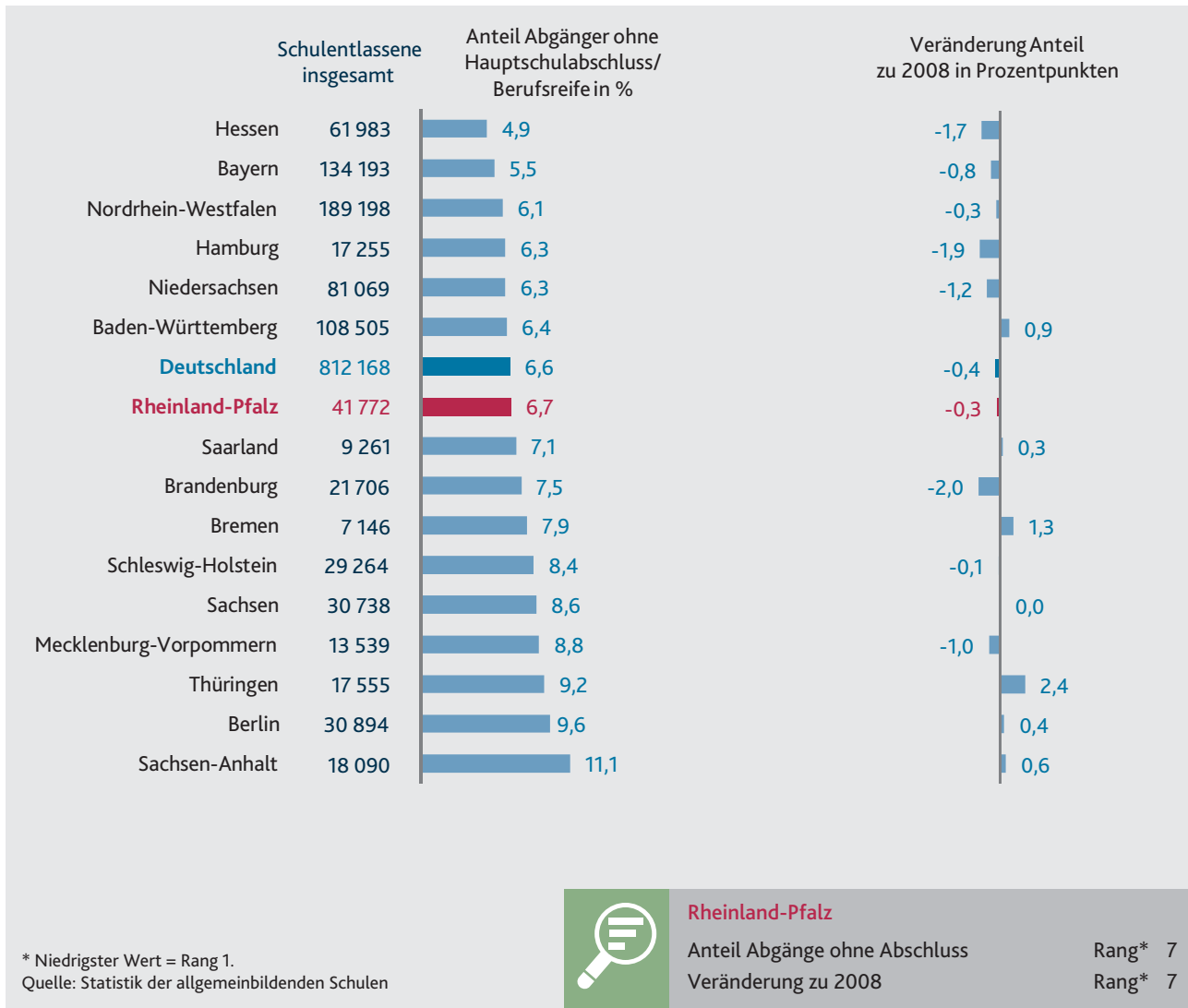
Kleinste Lerngruppen an Grundschulen im Vergleich der Länder

Im Schuljahr 2018/19 besuchten rund 136 000 Schulkinder in 7 300 Klassen eine Grundschule in Rheinland-Pfalz. Mit dem sich daraus ergebenden Durchschnittswert von knapp 19 Schülerinnen und Schüler je Grundschulklasse nahm Rheinland-Pfalz den ersten Platz im Ländervergleich ein. Die hohe Platzierung begründet sich u. a. damit, dass Rheinland-Pfalz im deutschlandweiten Vergleich aufgrund seiner ländlichen Struktur über die größte Zahl an Gemeinden bis 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner verfügt und daher auch verhältnismäßig kleine Grundschulen mit entsprechend wenigen Schülerinnen und Schülern hat.

Im Zehnjahresvergleich ist ein Rückgang um durchschnittlich drei Kinder je Klasse zu beobachten. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Stufenplan der rheinland-pfälzischen Landesregierung zur Senkung der maximalen Klassengrößen von 30 auf 24 anhand der sogenannten Klassenmesszahl zurückzuführen.²



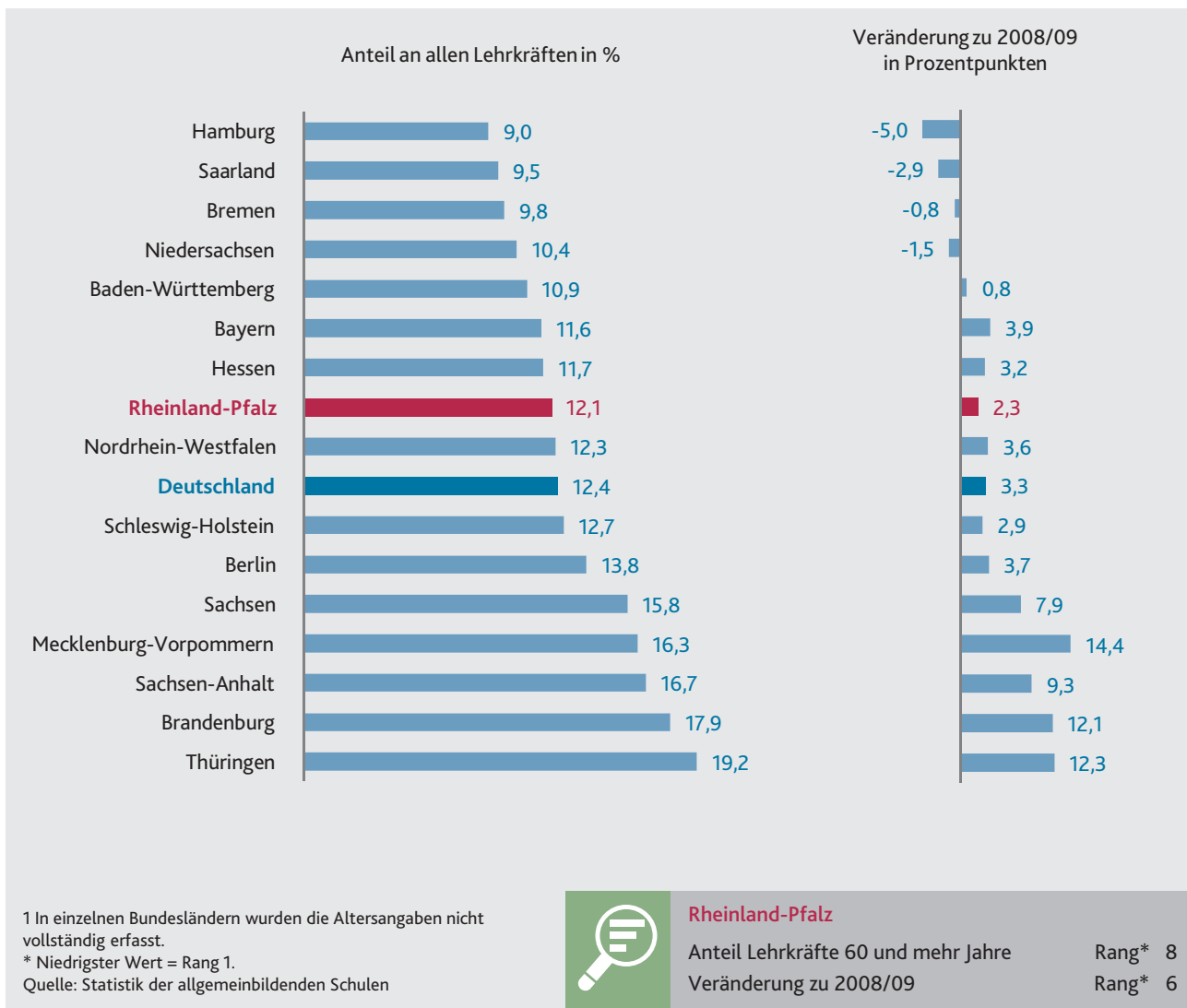
G3 Schulentlassene an allgemeinbildenden Schulen 2018



Wesentlich mehr Schulabbrechende in den neuen Bundesländern

Im Sommer 2018 gingen 2800 Schülerinnen und Schüler von einer allgemeinbildenden Schule in Rheinland-Pfalz ohne Berufsreife bzw. Hauptschulabschluss ab. Auffällig ist der hohe Anteil an Schulentlassenen ohne Abschluss in den neuen Bundesländern. Neben sozioökonomischen Effekten³ begründet sich diese Ost-West-Differenz durch bildungsstrukturelle Unterschiede: Der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die eine Förderschule besuchen, fiel in den neuen Bundesländern mit rund fünf Prozent höher aus als im Rest von Deutschland (drei Prozent). Förderschülerinnen und -schüler verlassen deutlich häufiger die Schule ohne Hauptschulabschluss als Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen, die einen inklusiven Unterricht anbieten.⁴

Der im Zehnjahresvergleich zu beobachtende geringfügige Rückgang der Abgängerinnen und Abgänger ohne Berufsreife ist im Wesentlichen auf die Initiative „Keine/r ohne Abschluss“ zurückzuführen. Dieses Programm ermöglicht, in einem freiwilligen Zusatzschuljahr den Berufsreifeabschluss nachzuholen.⁵

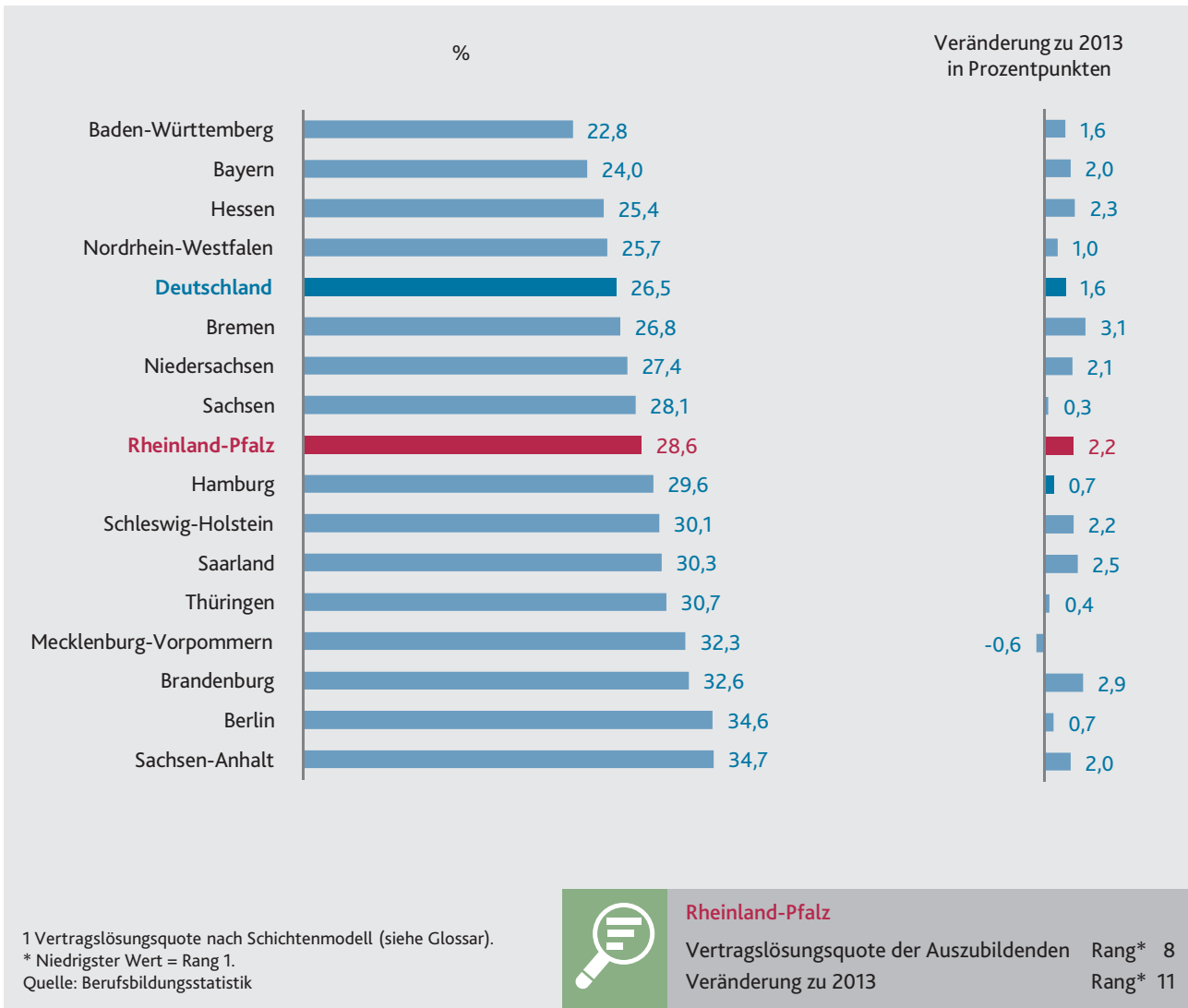
G4 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen im Alter von 60 und mehr Jahren¹ im Schuljahr 2018/19**Ältere Lehrkräfte als zu schützende Risikogruppe in der Corona-Krise**

Im Kontext der Corona-Krise sind Risikogruppen in ihrer beruflichen Tätigkeit in einem besonderen Maße zu schützen. Dazu gehören auch Lehrkräfte, die 60 Jahre und älter sind. So wurde auch in Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2020 im Rahmen der stufenweisen Schulöffnung festgelegt, dass „Lehrkräfte ab 60 Jahre [...] auf freiwilliger Basis im Präsenzunterricht“ eingesetzt werden können.⁶ Das betrifft in Rheinland-Pfalz rund zwölf Prozent der Lehrkräfte. Zudem waren im Schuljahr 2018/19 etwa 23 Prozent 55 Jahre und älter.

Neben der aktuellen Herausforderung der coronabedingten Gesundheitsgefährdung ist auch generell die Altersstruktur der Lehrkräfte von bildungspolitischem Interesse. Je mehr Lehrkräfte ausscheiden, desto mehr müssen nachbesetzt werden. Allerdings gingen 2018/19 nur 37 Prozent der Lehrkräfte, die eine rheinland-pfälzische Schule verließen, in den Ruhestand. Mit 54 Prozent war eine Versetzung, Abordnung oder Entlassung der häufigste Grund für den Abgang einer Lehrkraft. Weitere sieben Prozent schieden aufgrund einer Beurlaubung oder eines Auslandsschuldienstes und drei Prozent wegen Dienstunfähigkeit oder Tod aus dem Schuldienst aus.



G5 Vertragslösungsquote¹ der Auszubildenden 2018

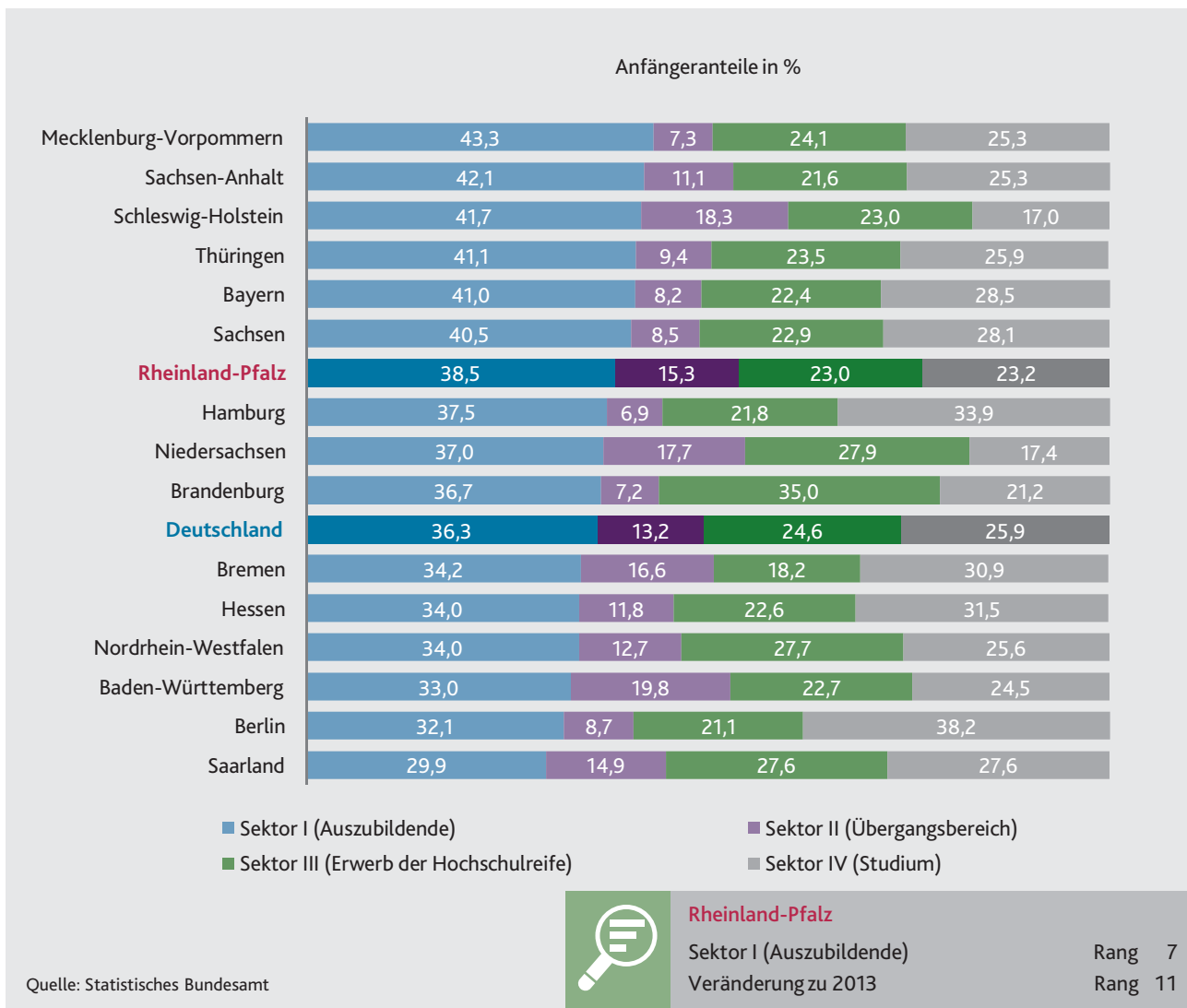


Vertragslösungsquote stieg in Rheinland-Pfalz seit 2013 um zwei Prozentpunkte

Aufgrund der Kosten und Belastung für Individuum und Bildungssystem ist ein Ausbildungsabbruch von hoher biografischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Die in der amtlichen Statistik ermittelte Vertragslösungsquote bietet hierzu Anhaltspunkte. Diese Quote ist nicht mit der Abbruchquote gleichzusetzen. Eine Vertragslösung kann zwar durch einen Ausbildungsabbruch bedingt sein, aber auch durch einen Wechsel des Betriebs, die Auflösung des Vertrags vor einer erfolgreichen Abschlussprüfung oder den Wechsel der Ausbildung. Verschiedene Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, „dass die Hälfte der Auszubildenden nach einer vorzeitigen Vertragslösung einen neuen Ausbildungsvertrag im dualen System abgeschlossen haben“.⁷

Obwohl die Abbruchquote nicht mit der Vertragslösungsquote identisch ist, kann davon ausgegangen werden, dass mit steigender Vertragslösungsquote die tatsächliche Abbruchquote zunimmt. In Rheinland-Pfalz wurde gegenüber 2013 mit einem Plus von 2,2 Prozentpunkten ein überdurchschnittlicher Anstieg der Vertragslösungsquote festgestellt (Deutschland: +1,6 Prozentpunkte).

G6 Sektoren der Integrierten Ausbildungsberichterstattung 2018



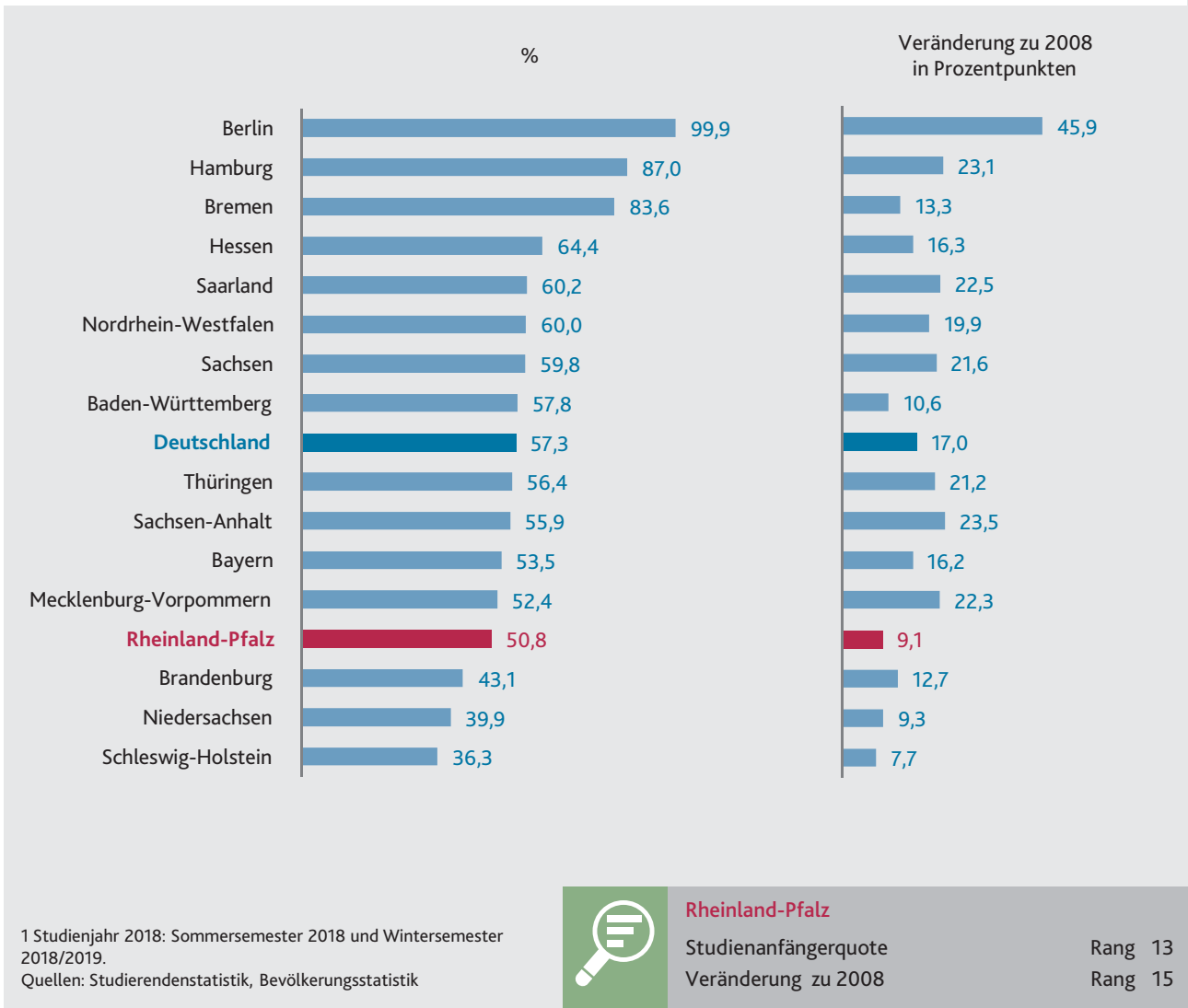
Überdurchschnittlich viele junge Menschen im beruflichen Übergangsbereich

Mit der integrierten Ausbildungsberichterstattung wird das Ziel verfolgt, das berufsorientierte Ausbildungsverhalten von Heranwachsenden im Anschluss an die Sekundarstufe I abzubilden. Dazu werden landes- wie bundesrechtlich geregelte Bildungsangebote systematisiert und einem der vier Sektoren (I) Berufsausbildung, (II) Übergangsbereich, (III) Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung oder (IV) Studium zugeordnet.

In Rheinland-Pfalz lag der Anteil des Übergangsbereichs mit 15 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Dies ist u. a. auf das vielfältige berufsbildende Angebot zurückzuführen, das möglichst vielen Jugendlichen den Übergang in eine Berufsausbildung ermöglichen soll. So besuchten 2018/19 rund 15 200 Schülerinnen und Schüler hierzulande ein berufliches Übergangsangebot. Das waren rund 5,4 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor. Ursächlich dafür ist im Wesentlichen die durch die Schutz- und Asylsuchenden gestiegene Teilnehmerzahl im Bildungsgang „BVJ-Sprache“. Das wesentliche Ziel des 2015 eingeführten Bildungsgangs ist es, Schülerinnen und Schüler in der deutschen Sprache bis zum Niveau B1 zu fördern und in die für sie neue Kultur einzuführen.⁸



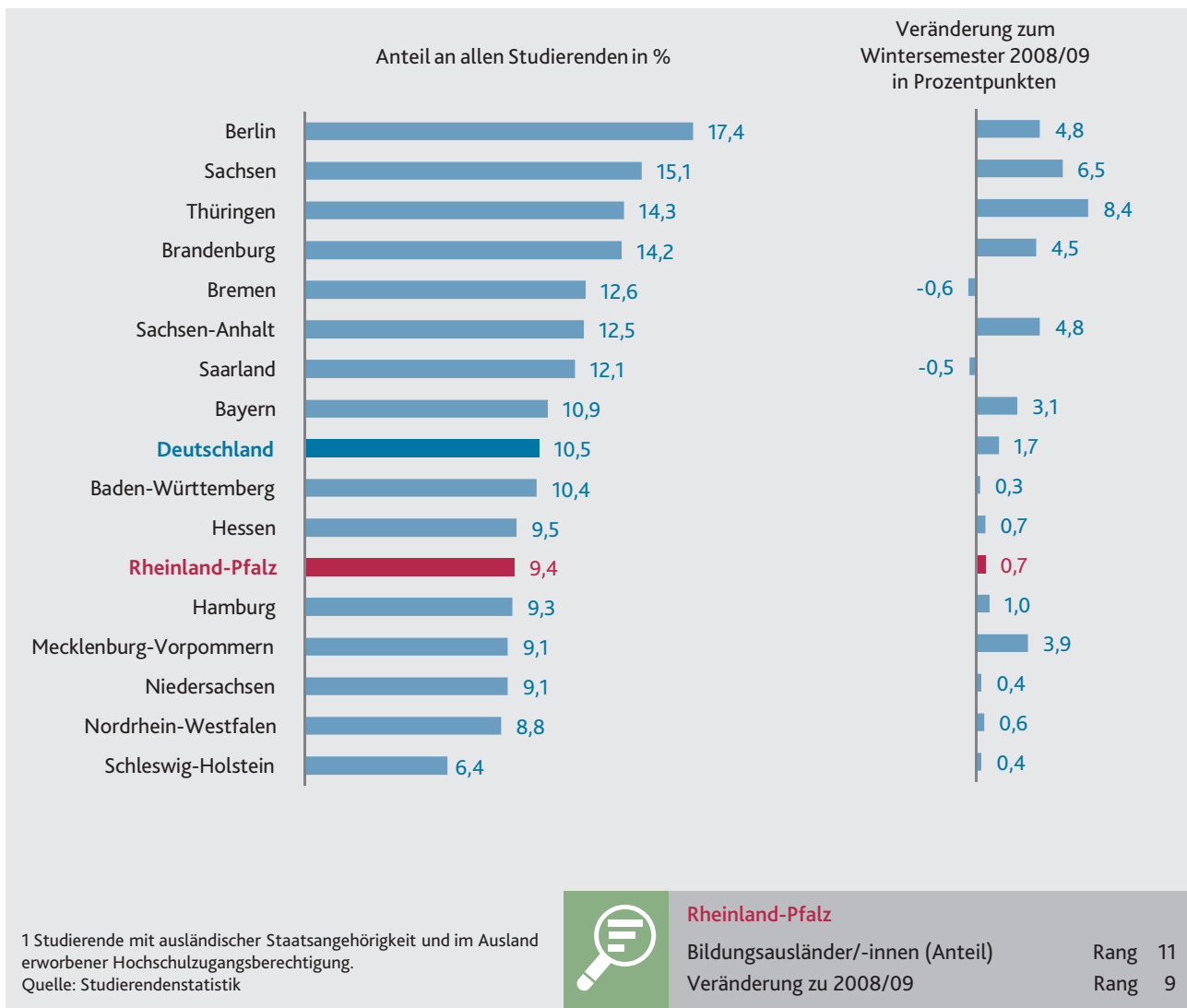
G7 Studienanfängerquote 2018¹ nach Land des Studienortes



Hohe Studienanfängerquote verringert Zahl der Auszubildenden

Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und der wachsenden Nachfrage nach qualifizierten akademischen Fachkräften gab der Wissenschaftsrat 2006 als Ziel eine Studienanfängerquote von 40 Prozent aus.⁹ Dieser Wert wurde in Rheinland-Pfalz mit knapp 51 Prozent 2018 deutlich übertroffen (2008: 42 Prozent). Hintergrund ist, dass immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene einen höheren Bildungsabschluss anstreben und der Zugang zum Hochschulstudium für Studieninteressierte ohne Abitur ermöglicht wurde.¹⁰

Obleich eine sehr hohe Studienanfängerquote zu einem hohen Bildungsstand und Akademisierungsgrad in der Bevölkerung führt, sinkt bei einer steigenden Studienanfängerquote und einem demografisch bedingten Rückgang der Zahl an jungen Menschen die Zahl der Auszubildenden. Zwischen 2008 und 2018 ging die Zahl der Auszubildenden in Rheinland-Pfalz um 19 Prozent zurück.

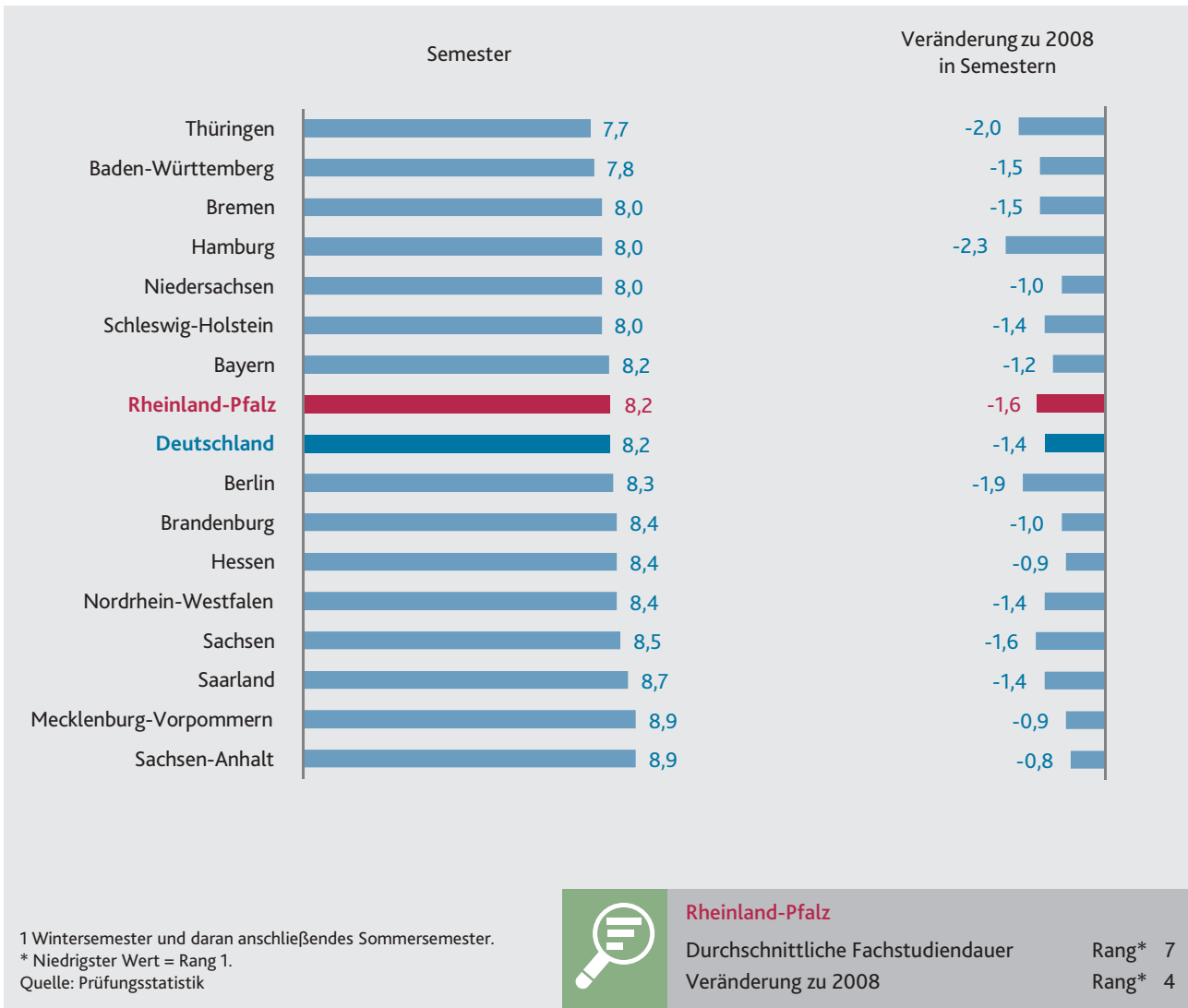
G8 Bildungsausländer/-innen¹ im Wintersemester 2018/19

Deutschland ist für Studierende aus vielen Ländern ein attraktiver Studienort

Deutschland ist inzwischen zum größten nicht englischsprachigen Gastgeber für ausländische Studierende aufgestiegen. Insgesamt belegte Deutschland in einer vom DAAD und DZHW herausgegebenen Analyse zur internationalen Studierendenmobilität hinter den USA, Großbritannien und Australien Platz vier bei der Zahl der internationalen Studierenden.¹¹ Knapp elf Prozent der Studierenden an einer deutschen Hochschule waren Bildungsausländerinnen und -ausländer, also Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit und einer im Ausland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung. In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer mit 9,4 Prozent etwas niedriger. Der Ausländeranteil unter den Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen variierte zwischen den einzelnen Hochschulen sehr deutlich. So lag ihr Anteil an der stärker international ausgerichteten Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung in Vallendar im Wintersemester 2018/19 bei 23 Prozent, während an der auf die Beamtenausbildung spezialisierten Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer nur vier Prozent der Studierenden eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit besaßen.



G9 Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen/-innen im Prüfungsjahr¹ 2018

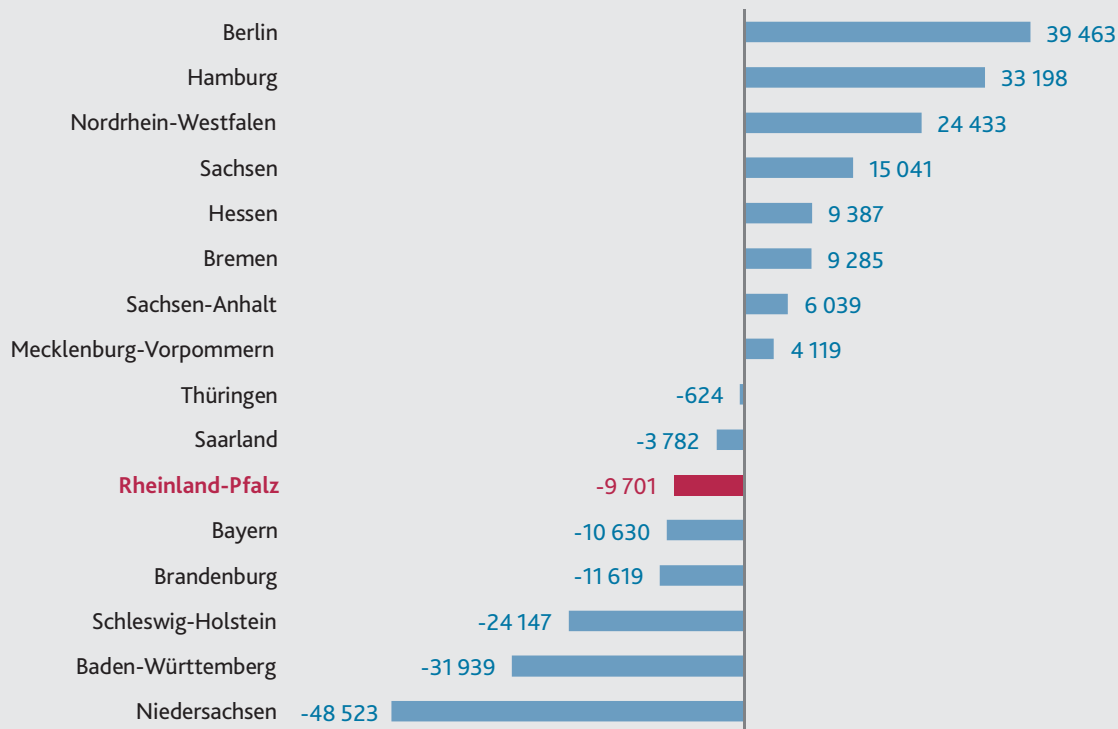


Nur wenige Studierende schließen ihr Studium in der Regelstudienzeit ab

Mit rund acht Fachsemestern benötigten die Erstabsolventinnen und -absolventen an rheinland-pfälzischen Hochschulen für ihr Studium durchschnittlich so lange wie im Bundesdurchschnitt.

Gegenüber dem Prüfungsjahr 2008 verkürzte sich die Fachstudiendauer allerdings in allen Bundesländern. Hintergrund hierfür ist die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge, die durch ihre kürzere Regelstudienzeit deutlich früher zum Abschluss führen als die „klassischen“ Diplom- oder Magisterstudiengänge. Die vorgesehene Regelstudienzeit wird jedoch nur selten eingehalten: Etwa 27 Prozent der Absolventinnen und Absolventen schlossen in Rheinland-Pfalz ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit ab, 73 Prozent benötigten länger. Besonders häufig wurde die Regelstudienzeit im Lehramtsstudium überschritten (Bachelor: 88 Prozent; Master: 77 Prozent). In Studiengängen, die zu einem Erstabschluss führen¹², lag der Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die das Studium in der vorgesehenen Regelstudienzeit abschlossen, bei 29 Prozent.

G10 Wanderungssaldo der Studierenden im Wintersemester 2018/19



Quelle: Studierendenstatistik



Rheinland-Pfalz
Wanderungssaldo

Rang 11

Immer mehr Studienberechtigte zieht es in die Nachbarländer

Im Wintersemester 2018/19 entschieden sich rund 67 000 rheinland-pfälzische Studienberechtigte für ein Studium in einem anderen Bundesland. Umgekehrt studierten 57 300 junge Erwachsene in Rheinland-Pfalz, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen Bundesland erworben haben. Werden die abgewanderten von rheinland-pfälzischen Studienberechtigten von den aus anderen Bundesländern zugezogenen Studierenden abgezogen, ergibt sich der sogenannte Wanderungssaldo, der mit –9 700 deutlich negativ ausfiel.

Im letzten Jahrzehnt wurde der zunächst positive Wanderungssaldo kontinuierlich kleiner, seit 2014/15 ist er negativ. Ursache dafür ist u. a. der Wegfall der Studiengebühren in den anderen Bundesländern und die hohe Attraktivität einzelner Hochschulen in benachbarten Bundesländern, beispielsweise die „Exzellenz-Universitäten“ in Köln (bis 2019), Aachen, Bonn, Karlsruhe und Heidelberg. So haben wesentlich mehr rheinland-pfälzische Studienberechtigte in den Ländern Nordrhein-Westfalen (Saldo –7 100) und Baden-Württemberg (Saldo –4 300) ein Studium aufgenommen als umgekehrt.





4 Gesundheit und Soziales

Ärztinnen und Ärzte

Krankenhausbetten

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

SGB II-Quote

Rauchgewohnheiten

Stationäre Pflege

Pflegequote

Ambulante Pflege

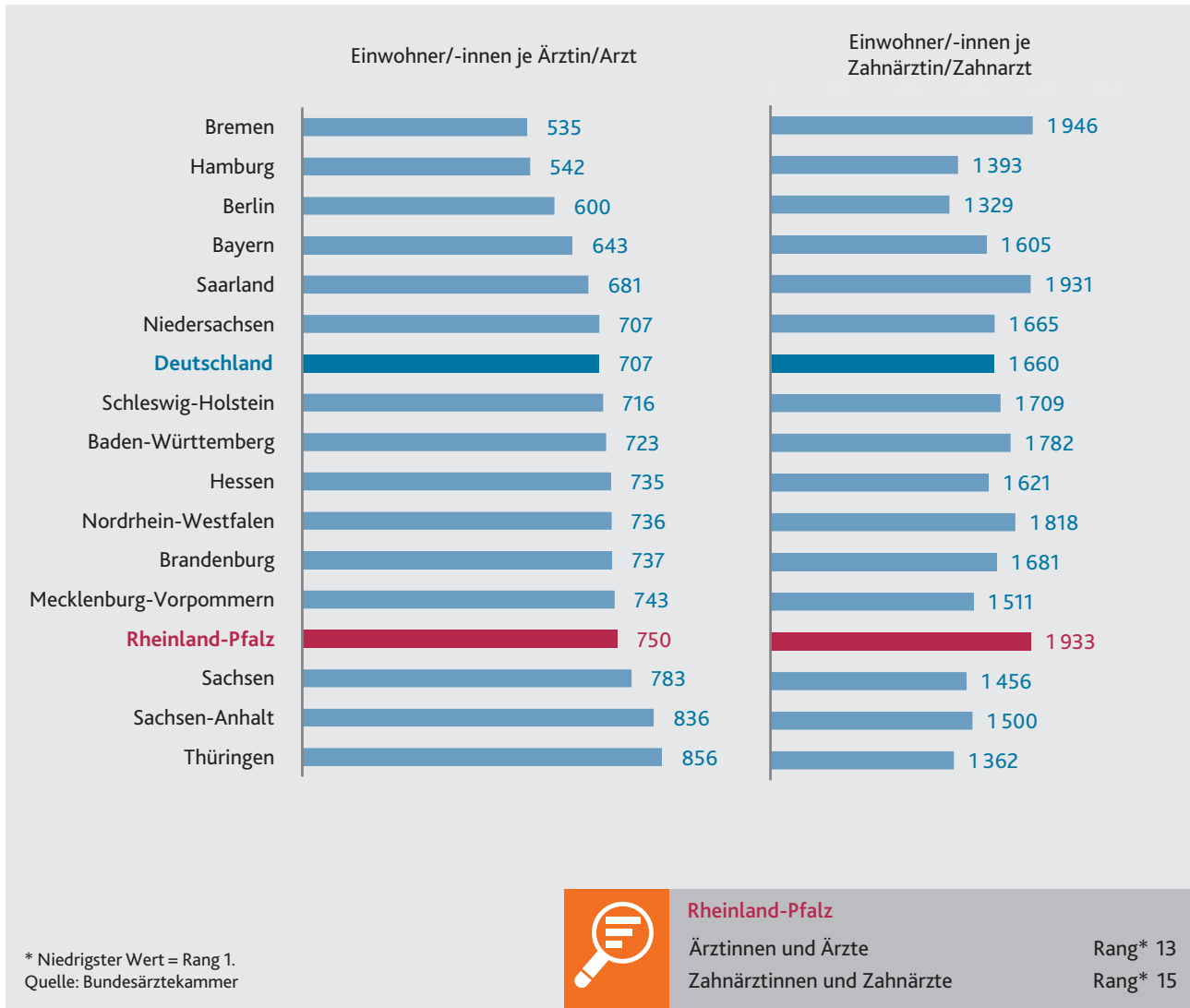
Pflegegeld

Zahnärztinnen und Zahnärzte

Body-Mass-Index



G1 Niedergelassene Ärztinnen bzw. Ärzte und Zahnärztinnen und Zahnärzte 2018



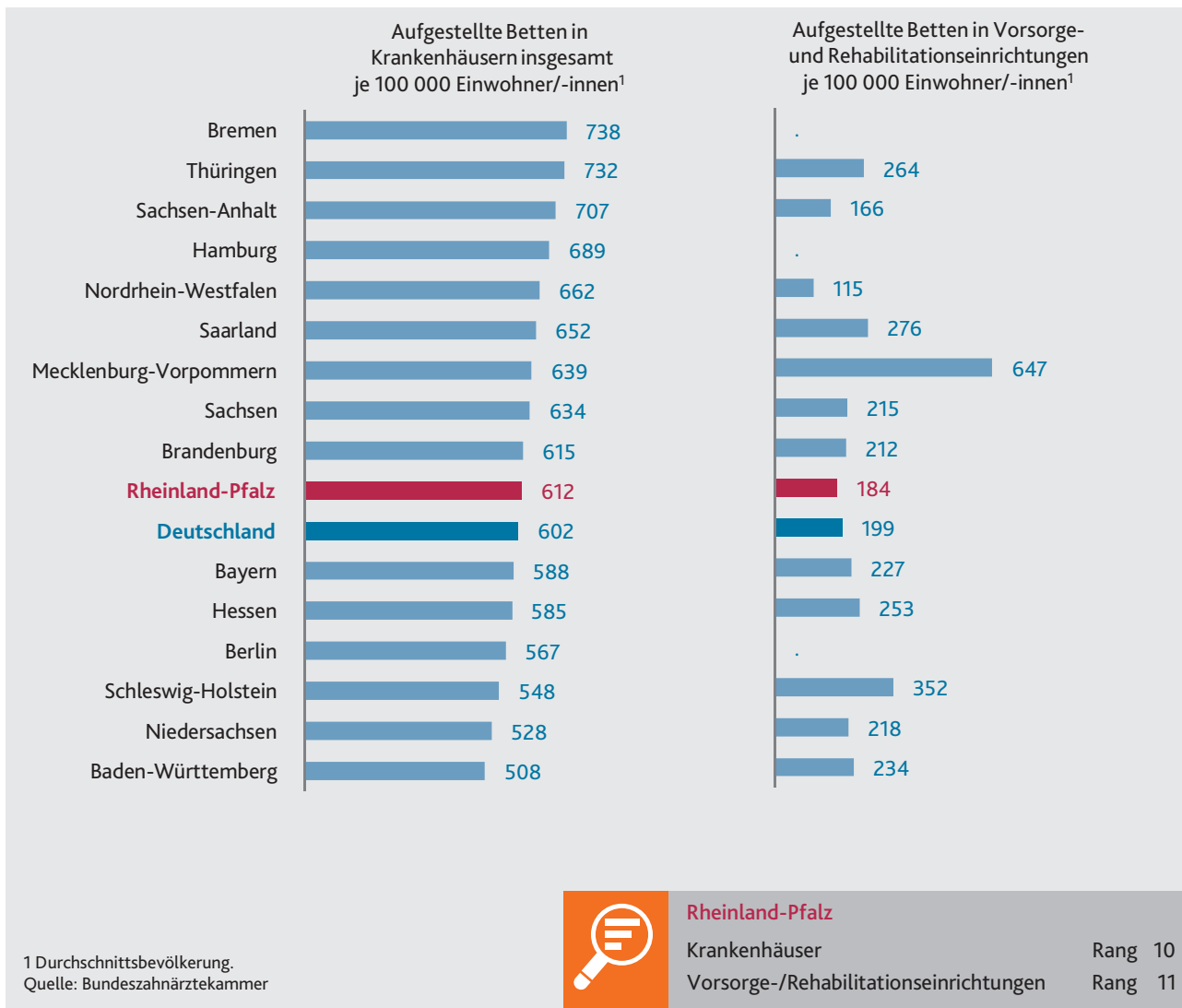
Unterdurchschnittliche Dichte von Arzt- und Zahnarztpraxen in Rheinland-Pfalz – bundesweit fallende Tendenz

Zu den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten bzw. Zahnärztinnen und -ärzten werden nur solche gezählt, die eine eigene Praxis führen. Setzt man ihre Zahl in Relation zur jeweiligen Bevölkerung einer Region, lassen sich Aussagen über die ambulante medizinische Versorgungsstruktur vor Ort treffen. Inwieweit die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten vor Ort – beispielsweise durch in diesen Praxen zusätzlich angestellte Ärztinnen und Ärzte bzw. Zahnärztinnen und Zahnärzte – tatsächlich gewährleistet ist, lässt sich mit dieser Kennzahl jedoch nicht vollständig abbilden.

Zwischen 2008 und 2018 ist die Zahl der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in Rheinland-Pfalz von 6 016 auf 5 450 gesunken. Dies entspricht einem Rückgang von 9,4 Prozent. Im Bundesdurchschnitt ist die Zahl der Praxen im gleichen Zeitraum um 6,6 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Zahnarztpraxen hat sich zwischen 2008 und 2018 von 2 273 auf 2 113 verringert (-7 Prozent; Deutschland: -9,4 Prozent).



G2 Aufgestellte Betten in Krankenhäusern sowie in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2017

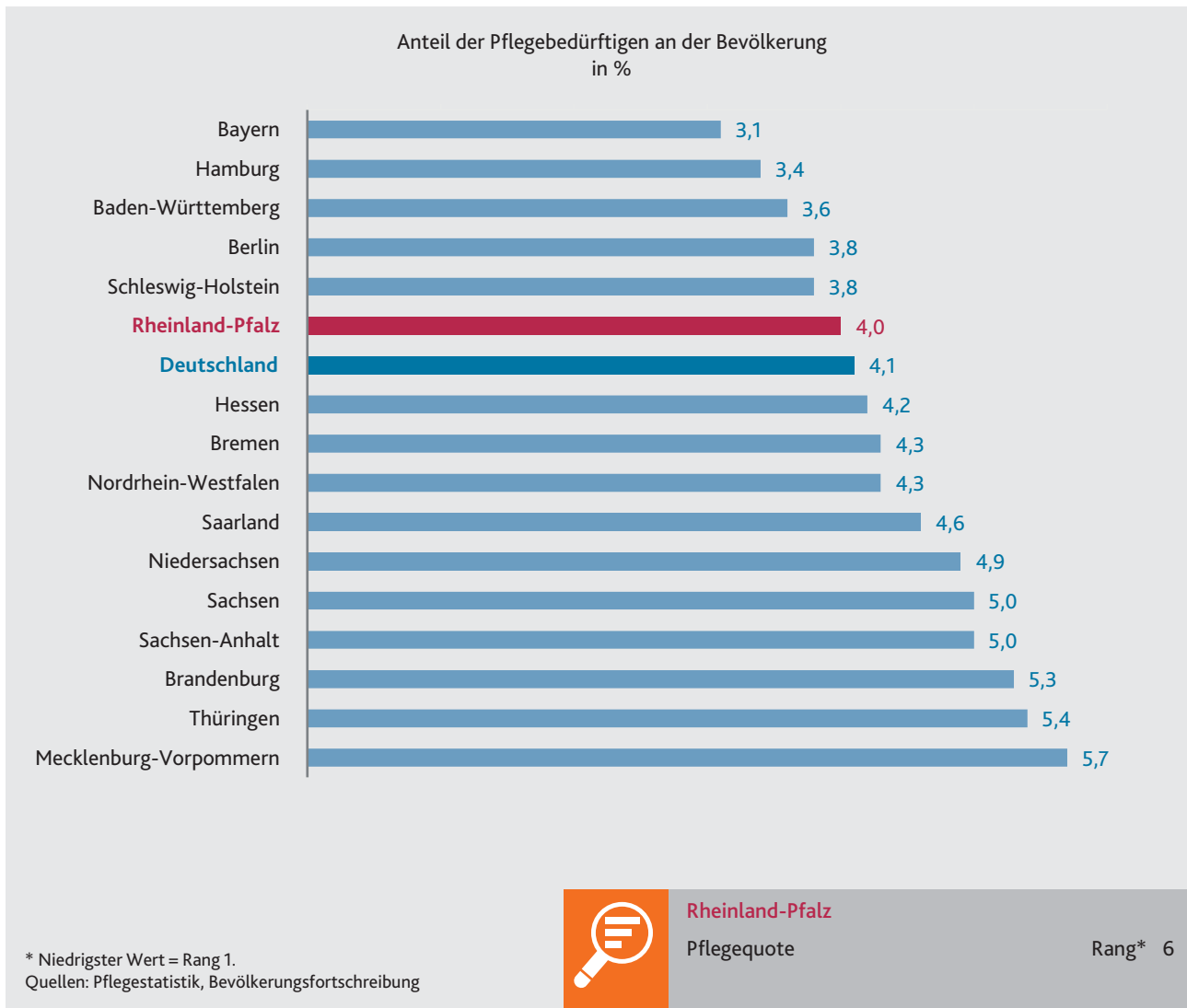


Langfristig deutlicher Bettenabbau in Krankenhäusern sowie Vorsorge- und Reha-Einrichtungen

Reformen des Gesundheitswesens, Voll- und Teilschließungen von Krankenhausstandorten sowie der Zusammenschluss von Kliniken zu größeren Verbänden haben die stationäre Versorgungslandschaft verändert: Die Zahl der Krankenhausbetten sank zwischen 2007 und 2017 von 25 571 auf 24 897 (–2,6 Prozent; Bundesdurchschnitt: –1,9 Prozent). Im gleichen Zeitraum nahmen die stationär behandelten Fälle als Folge des erhöhten Erkrankungsrisikos einer alternden Bevölkerung nahezu kontinuierlich um insgesamt 13 Prozent zu. Möglich war dies u. a., weil die durchschnittliche Verweildauer sank. Darüber hinaus konnte ein noch stärkerer Anstieg stationärer Behandlungsfälle durch die zunehmende Bedeutung von Behandlungsformen mit Aufenthaltszeiten von weniger als 24 Stunden – wie beispielsweise ambulante Operationen und teilstationäre Klinikaufenthalte – abgemildert werden. Auch in den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sind die Bettenkapazitäten bundesweit langfristig gesunken – alleine zwischen 2007 und 2017 ist ein Rückgang um 3,9 Prozent zu beobachten. In Rheinland-Pfalz fiel der Abbau mit einem Minus von 7,2 Prozent (von 8 062 auf 7 479 Betten) vergleichsweise stark aus.



G3 Pflegequote 2017

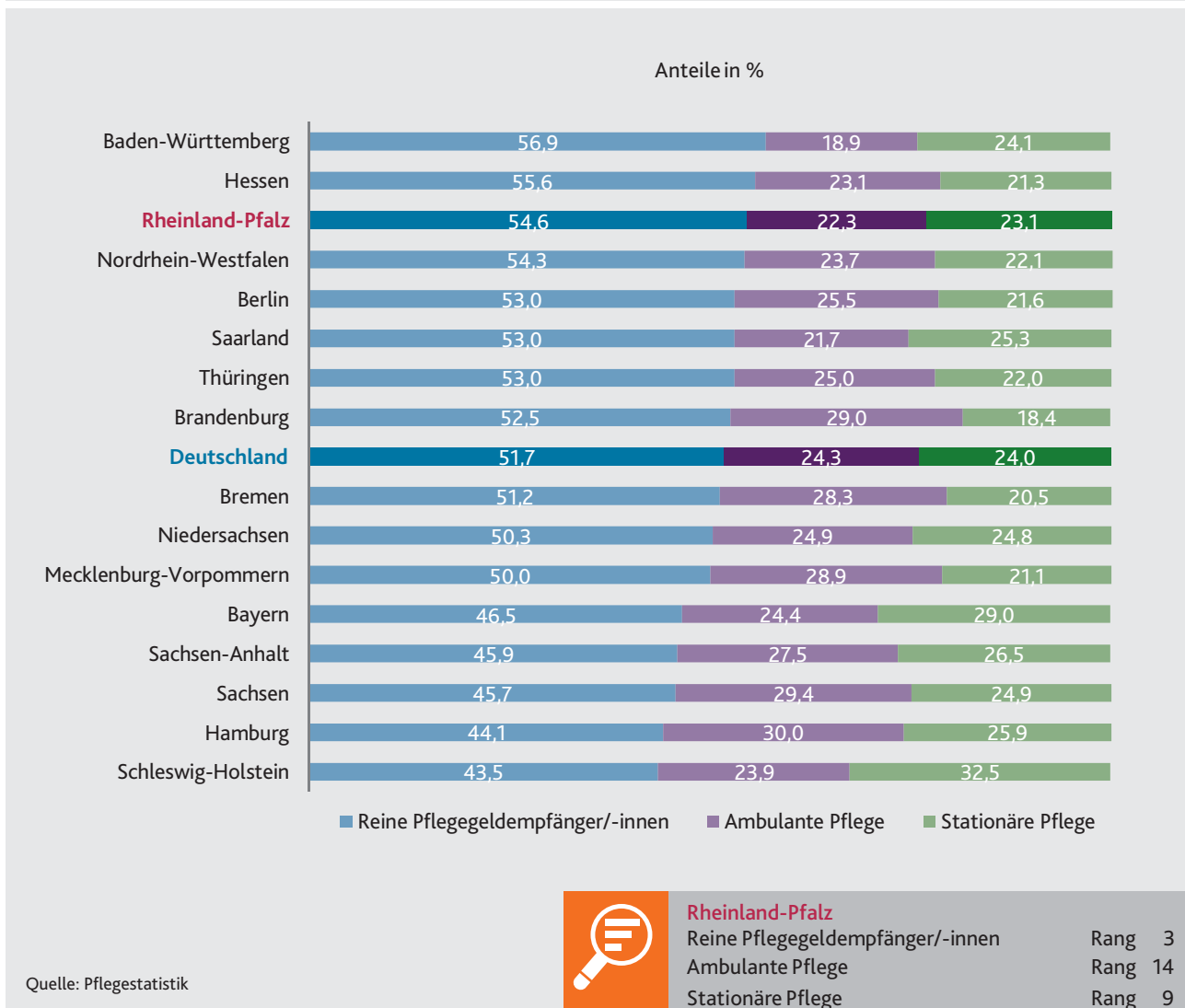


Thema Pflege gewinnt an Bedeutung – durchschnittliche Betroffenheit in Rheinland-Pfalz

Das Thema Pflege gewinnt angesichts des fortschreitenden demografischen Wandels eine immer größere Bedeutung. Die Zahl der Pflegebedürftigen erhöhte sich den letzten Jahren kontinuierlich: Im Jahr 2017 waren es rund 161 200 Personen; das sind 57 Prozent mehr als 2007 (102 400 Personen). In Relation zur Bevölkerung liegt die Betroffenheit in Rheinland-Pfalz mit einer Pflegequote von vier Prozent nahe am Bundesdurchschnitt. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird infolge der alternden Bevölkerung zukünftig weiter steigen, da das Risiko pflegebedürftig zu werden mit steigendem Lebensalter zunimmt: Im Jahr 2017 waren fast acht von zehn Pflegebedürftigen 70 Jahre oder älter, sechs von zehn hatten bereits das 80. Lebensjahr vollendet. Die Gesellschaft steht vor der großen Herausforderung, der zunehmenden Nachfrage nach Pflegeleistungen eine adäquate Versorgung gegenüberzustellen. Das Versorgungsangebot wurde bereits deutlich erhöht: Die amtliche Pflegestatistik erfasste 2017 insgesamt 516 ambulante Dienste mit 15 300 Beschäftigten; das waren 32 bzw. 62 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Die stationäre Versorgung gewährleisteten 539 Pflegeheime mit 34 900 Beschäftigten. Seit 2007 wurden 104 zusätzliche Heime in Betrieb genommen (+24 Prozent) und der Personalzuwachs betrug 32 Prozent.



G4 Pflegebedürftige 2017 nach Art der Versorgung

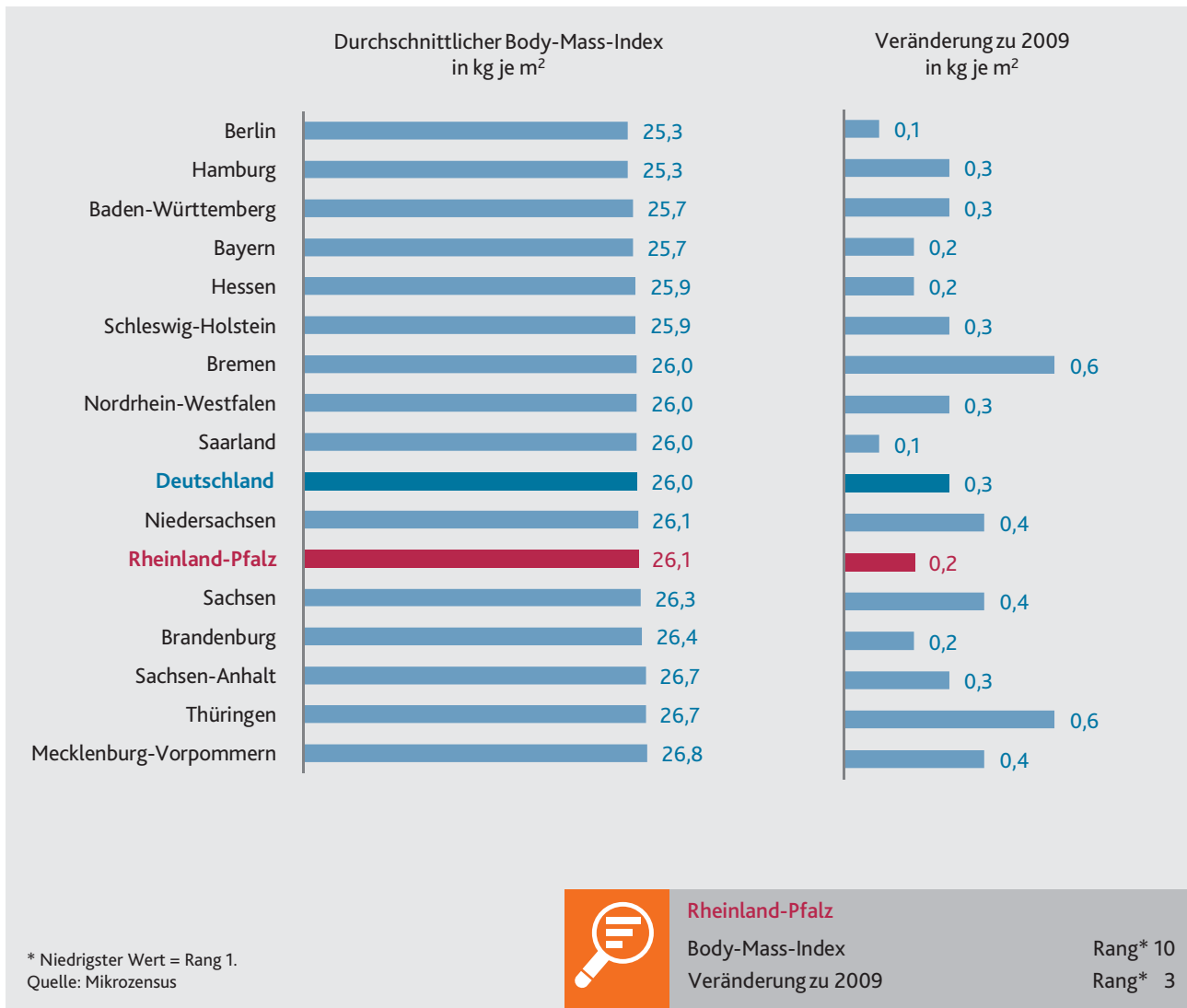


Pflegerische Versorgung überwiegend zu Hause – Grundsatz „ambulant vor stationär“

Jede bzw. jeder vierte Pflegebedürftige war 2017 zur vollstationären Versorgung in einem Heim untergebracht (37 100 Personen). Knapp 22 Prozent (36 000 Personen) unterstützte ein ambulanter Pflegedienst in den eigenen vier Wänden. Über die Hälfte (88 000 Personen) erhielten ausschließlich Pflegegeld und wurden zu Hause – überwiegend durch Angehörige – betreut. Der Anteil ist nur in Baden-Württemberg und Hessen höher. Insgesamt erhielten somit rund drei Viertel (77 Prozent) eine pflegerische Betreuung im häuslichen Umfeld. Der im Sozialgesetzbuch (SGB XI) ausdrücklich eingeräumte Vorrang der häuslichen Pflege kommt hier zahlenmäßig zum Ausdruck. Seit 2007 sind die Versorgungsfälle in allen drei Versorgungsarten nahezu kontinuierlich gestiegen. Die größte Wachstumsdynamik zeigte die ambulante Pflege (+88 Prozent bzw. +16 000 Personen). Die Zahl der reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger erhöhte sich um 67 Prozent; absolut betrachtet ist dies mit einem Plus von 35 200 Personen der größte Zuwachs innerhalb der drei Versorgungsformen. Die geringste Steigerung der Fallzahlen verzeichnete die vollstationäre Versorgung (+25 Prozent bzw. +7 500 Personen).



G5 Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren 2017



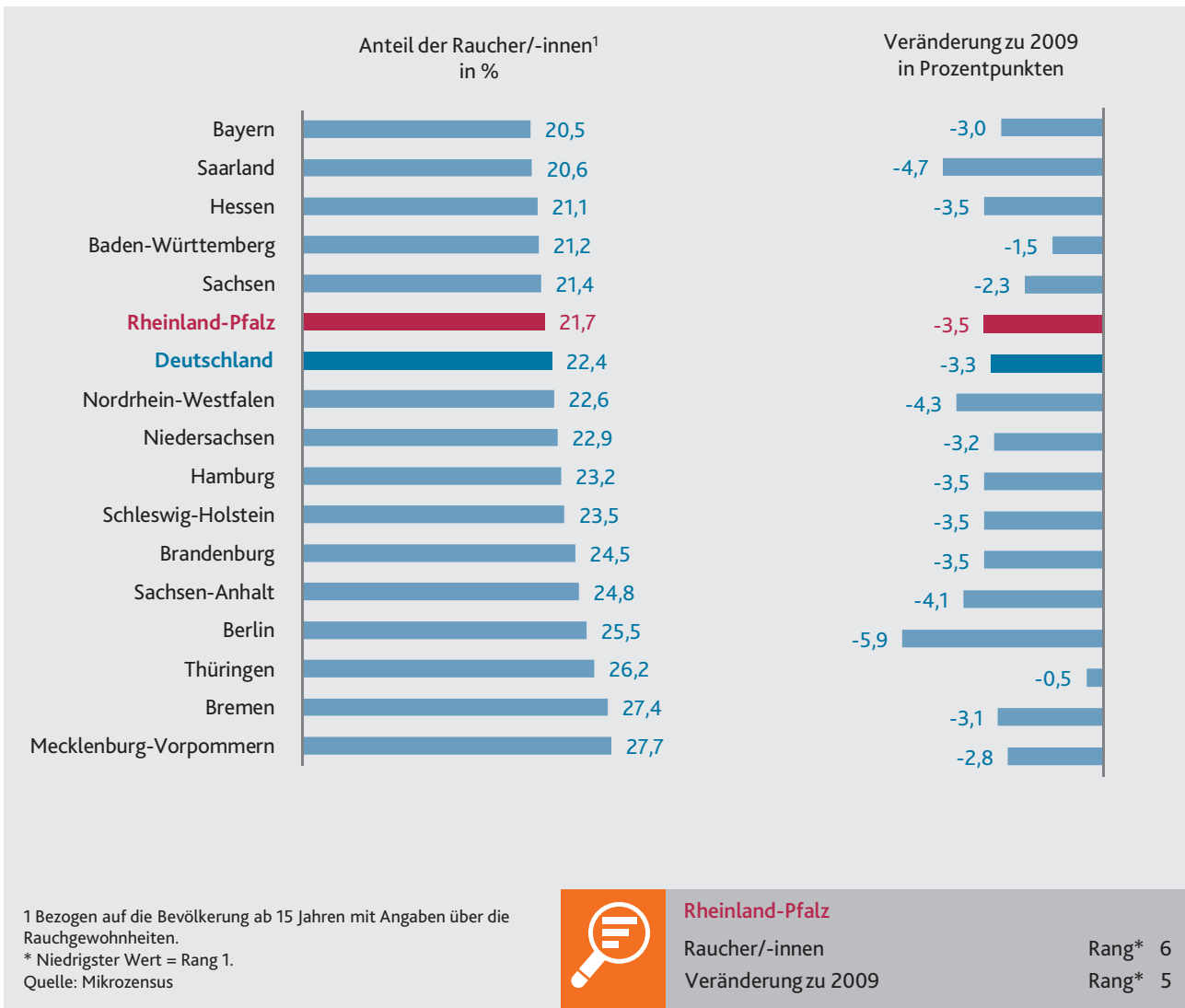
Mehr als die Hälfte der Erwachsenen in Rheinland-Pfalz hat Übergewicht

Übergewicht wird nach dem sogenannten Body-Mass-Index (BMI) bestimmt. Der Index wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird. Eigenschaften wie Geschlecht, Alter oder Körperbau (z. B. Muskelmasse) bleiben bei der Berechnung allerdings unberücksichtigt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, Werte über 30 gelten als starkes Übergewicht.

Im Jahr 2017 lag der durchschnittliche Body-Mass-Index in Rheinland-Pfalz bei 26. Insgesamt 54 Prozent der Erwachsenen – 65 Prozent der Männer und 44 Prozent der Frauen – waren übergewichtig. Im Bundesdurchschnitt war der Body-Mass-Index ähnlich hoch. Besonders unter den Älteren finden sich vermehrt Menschen mit Übergewicht. Während der Anteil der Personen mit einem BMI über 25 in der Gruppe der 18- bis 40-jährigen 2017 nur bei 39 Prozent lag, belief sich der Anteil bei den 65-Jährigen und Älteren auf knapp 64 Prozent. Im Zeitverlauf ist der Anteil der Personen mit Übergewicht in allen Bundesländern gestiegen.



G6 Rauchgewohnheiten der Bevölkerung ab 15 Jahren 2017



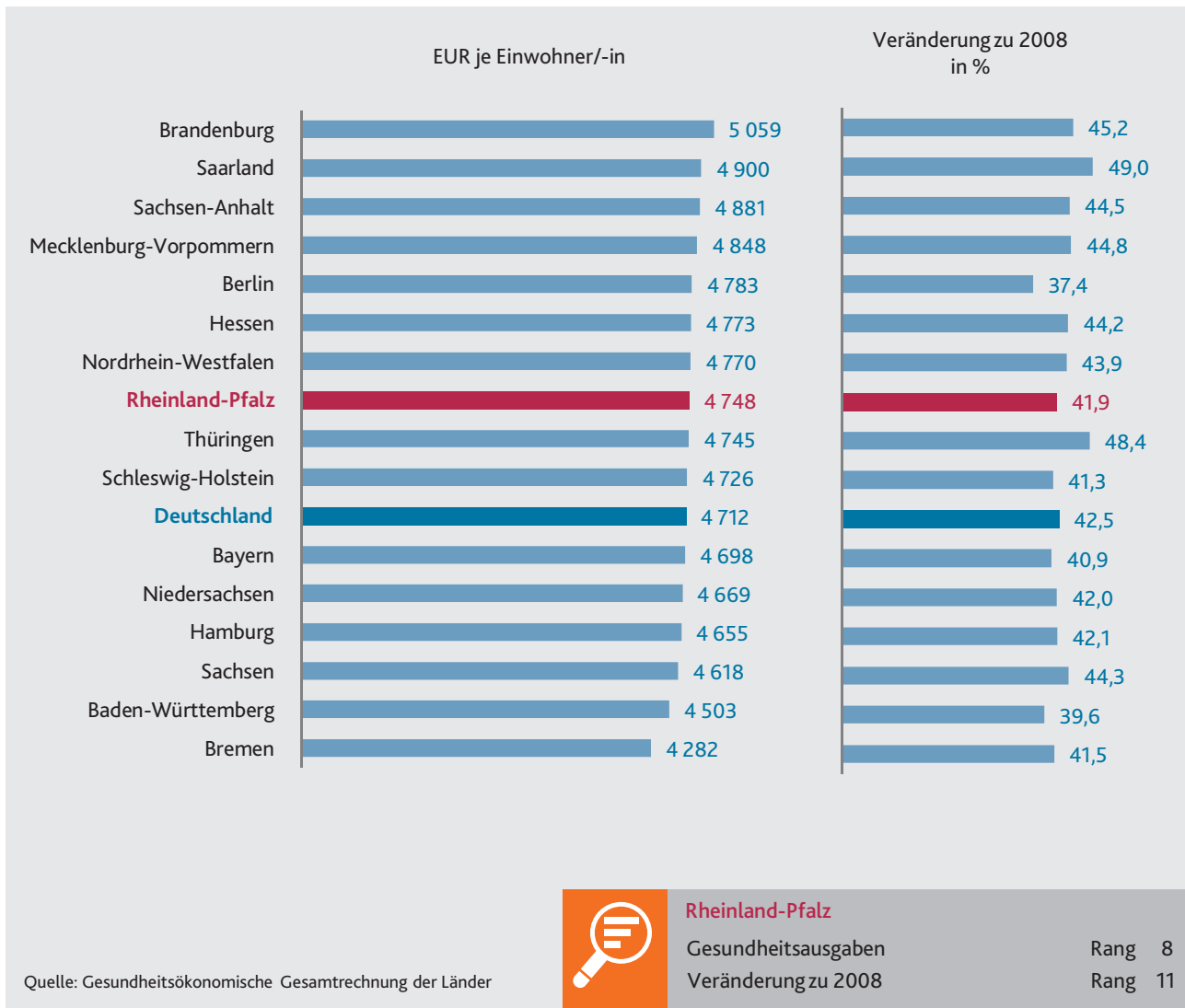
Mehr als drei Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind Nichtraucher

In Rheinland-Pfalz waren 2017 mehr als drei Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner über 15 Jahren Nichtraucherin bzw. Nichtraucher. Etwa 56 Prozent hatten noch nie geraucht, gut 22 Prozent gaben an, früher geraucht zu haben. Bei den Frauen liegt der Anteil der Nichtraucherinnen mit 81 Prozent höher als der Anteil der Nichtraucher bei den Männern mit 75 Prozent. Von allen Raucherinnen und Rauchern gab der überwiegende Teil an, regelmäßig zu rauchen (82 Prozent). Von den aktiven Raucherinnen und Rauchern quantifizierte der Großteil (78 Prozent) den täglichen Konsum mit fünf bis 20 Zigaretten.

Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil der Raucherinnen und Raucher bei 22 Prozent. Der geringste Raucheranteil wurde mit 21 Prozent in Bayern registriert. In Mecklenburg-Vorpommern ist der Anteil der Raucherinnen und Raucher mit 28 Prozent am höchsten. Im Vergleich zu 2009 ist der Anteil der Raucherinnen und Raucher in allen Bundesländern gesunken, in Rheinland-Pfalz mit -3,5 Prozentpunkten sogar überdurchschnittlich.



G7 Gesundheitsausgaben je Einwohner/-in 2018



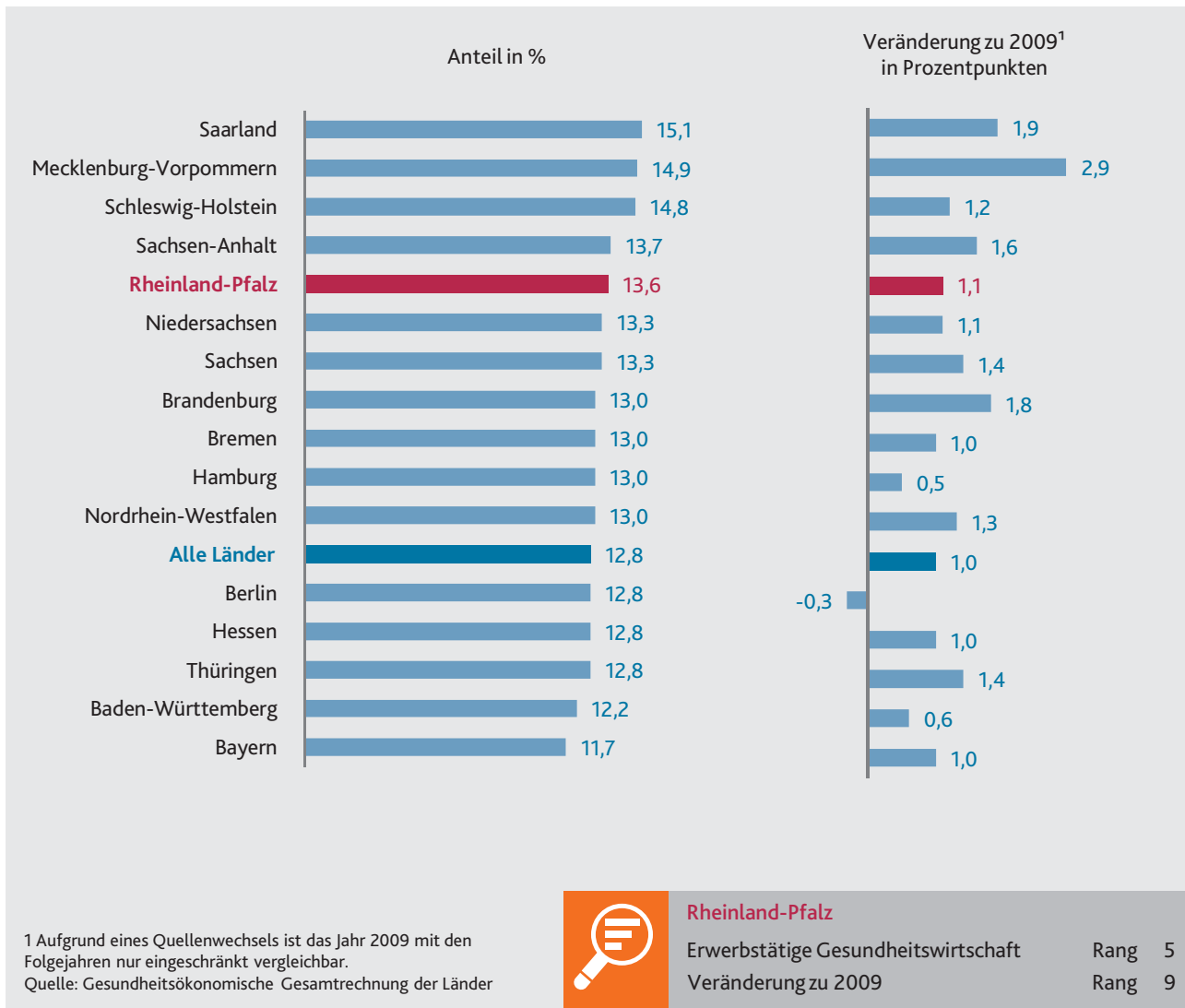
Gesundheitsausgaben über dem Bundesdurchschnitt

In Rheinland-Pfalz beliefen sich die Gesundheitsausgaben je Einwohnerin und Einwohner 2018 auf 4 748 Euro. Im Bundesländervergleich bedeutete dies den achten Platz. Die Ausgaben lagen über dem Bundesdurchschnitt (4 712 Euro). In allen Bundesländern wurde mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. In Rheinland-Pfalz war ihr Anteil mit 55 Prozent unterdurchschnittlich, genauso wie der Anteil der sozialen Pflegeversicherung (9,6 Prozent). Überdurchschnittlich waren hingegen die Anteile der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck (14 Prozent) sowie der privaten Krankenversicherung (9,7 Prozent).

In allen Bundesländern sind die Gesundheitsausgaben in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen. In Rheinland-Pfalz waren die Ausgaben je Einwohnerin bzw. Einwohner 2018 um 42 Prozent höher als 2008. Am stärksten nahmen in allen Ländern die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung zu. Dabei dürften u. a. die demografische Alterung und die Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten eine Rolle spielen.



G8 Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an allen Erwerbstätigen 2019



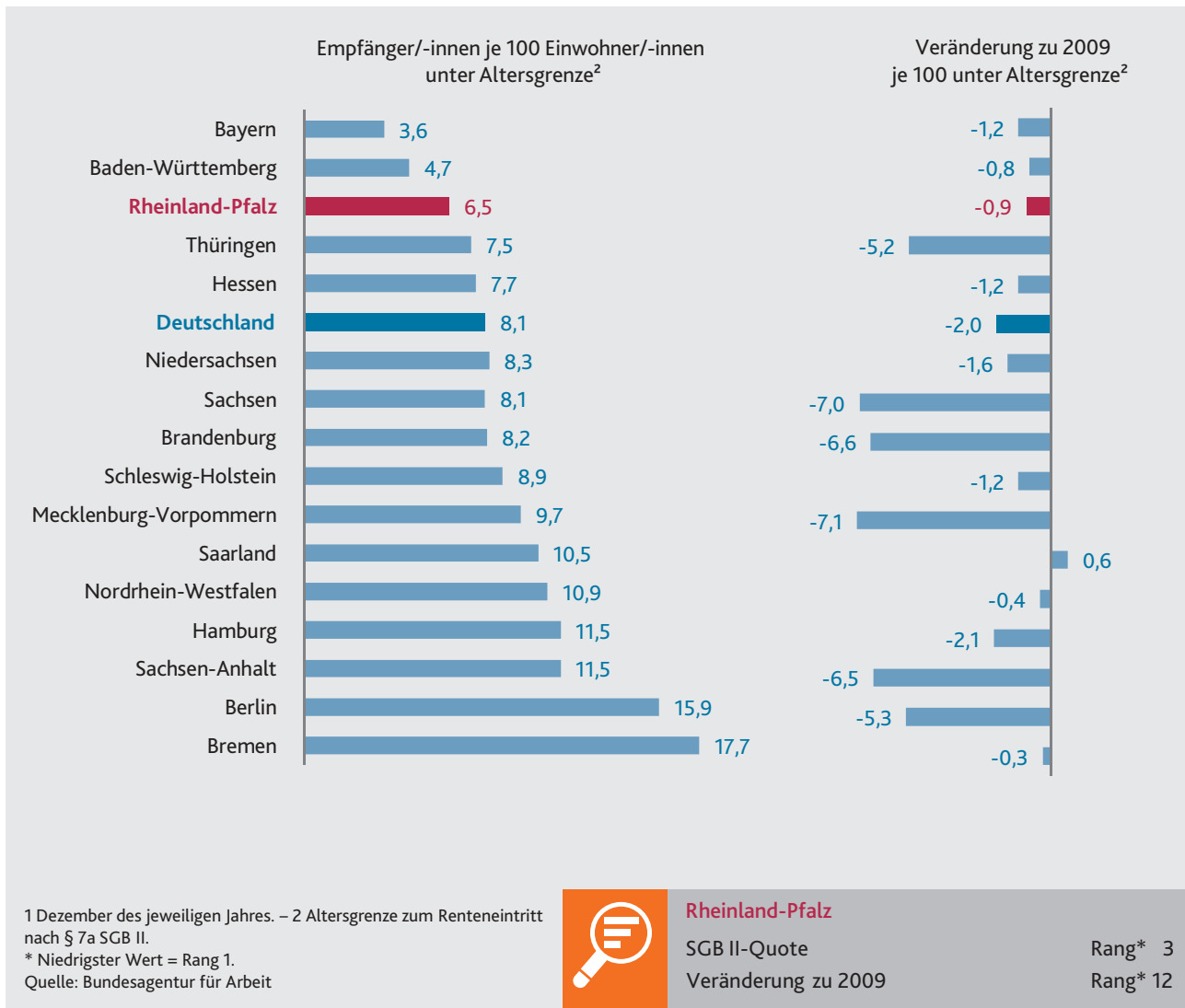
14 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten in der Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft hat eine große Bedeutung für den Arbeitsmarkt. Im Jahr 2019 waren rund 278 300 Personen in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft tätig. Dies entspricht einem Anteil von knapp 14 Prozent an allen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, was im Bundesländervergleich den fünften Rang bedeutet. Am höchsten war der Erwerbstätigenanteil der Gesundheitswirtschaft im Saarland (15 Prozent) und am niedrigsten in Bayern (zwölf Prozent).

Die Gesundheitswirtschaft ist eine dynamisch wachsende Branche, in der in den vergangenen Jahren viele neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Neben dem gesundheitsrelevanten Teil des Wirtschaftsbereichs „Gesundheits- und Sozialwesen“, zu dem beispielsweise Krankenhäuser und Arztpraxen gehören, zählen u. a. auch die Pharmaindustrie und Teile des Einzelhandels zur Gesundheitswirtschaft. Der Anteil der Branche an den Erwerbstätigen ist in den vergangenen Jahren in fast allen Bundesländern gestiegen, weil die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft stärker zunahm als in der Gesamtwirtschaft.



G9 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) 2019¹



Vergleichsweise geringe Abhängigkeit von Leistungen des SGB II in Rheinland-Pfalz

Seit den Arbeitsmarktreformen zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben erwerbsfähige Personen, die trotz Bemühungen keinen Arbeitsplatz finden oder mit ihrer Erwerbstätigkeit ein nicht bedarfsdeckendes Einkommen erzielen, Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Form des Arbeitslosengelds II. Darüber hinaus erhalten nichterwerbsfähige Personen unterhalb der gesetzlichen Regelaltersgrenze, die in den gleichen Bedarfsgemeinschaften leben (vor allem deren Kinder), das Sozialgeld. Die SGB-II-Quote setzt diesen Personenkreis in Relation zur jeweiligen Bevölkerung unterhalb der Altersgrenze und ermöglicht Rückschlüsse auf die Abhängigkeit dieser Bevölkerungsgruppe von staatlichen Transfers zur Sicherung des Lebensunterhalts. Die Zahl der Bezieherinnen und Bezieher der Hartz-IV-Leistungen ging bundesweit von 2009 bis 2019 – u. a. infolge der guten Arbeitsmarktlage – um 19 Prozent zurück. In Rheinland-Pfalz betrug die Reduzierung elf Prozent. Der Rückgang der SGB-II-Quote fällt hier deshalb unterdurchschnittlich aus. Allerdings weist Rheinland-Pfalz seit Jahren einen im Ländervergleich niedrigen Wert auf. Dieser korrespondiert mit einer ebenfalls vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquote: Auch hier belegt das Land seit vielen Jahren den dritten Rang hinter Bayern und Baden-Württemberg.



5 Finanzen

Steuereinnahmen der Länder

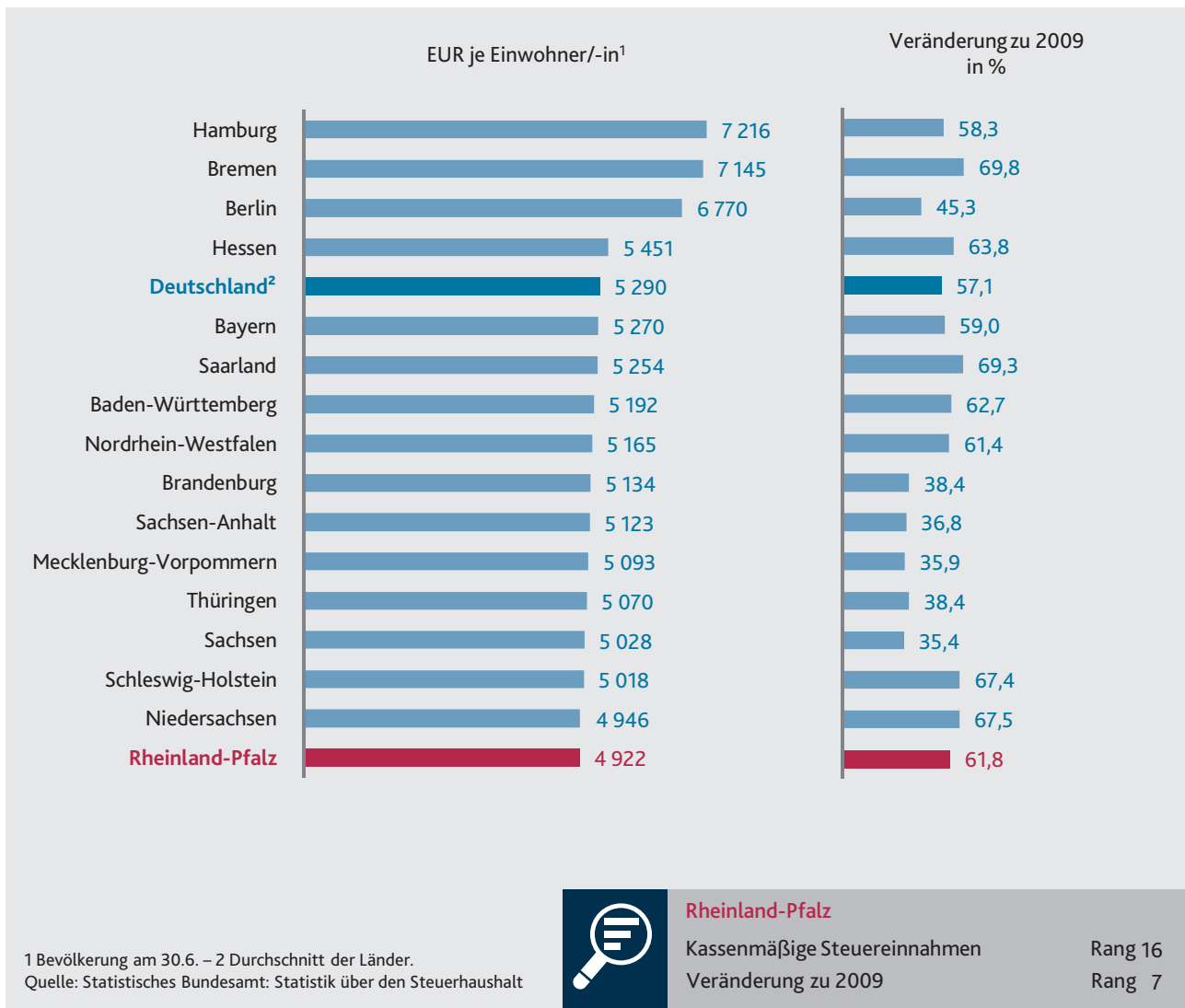
Personal im öffentlichen Dienst

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Länderfinanzausgleich

Schulden der Länder

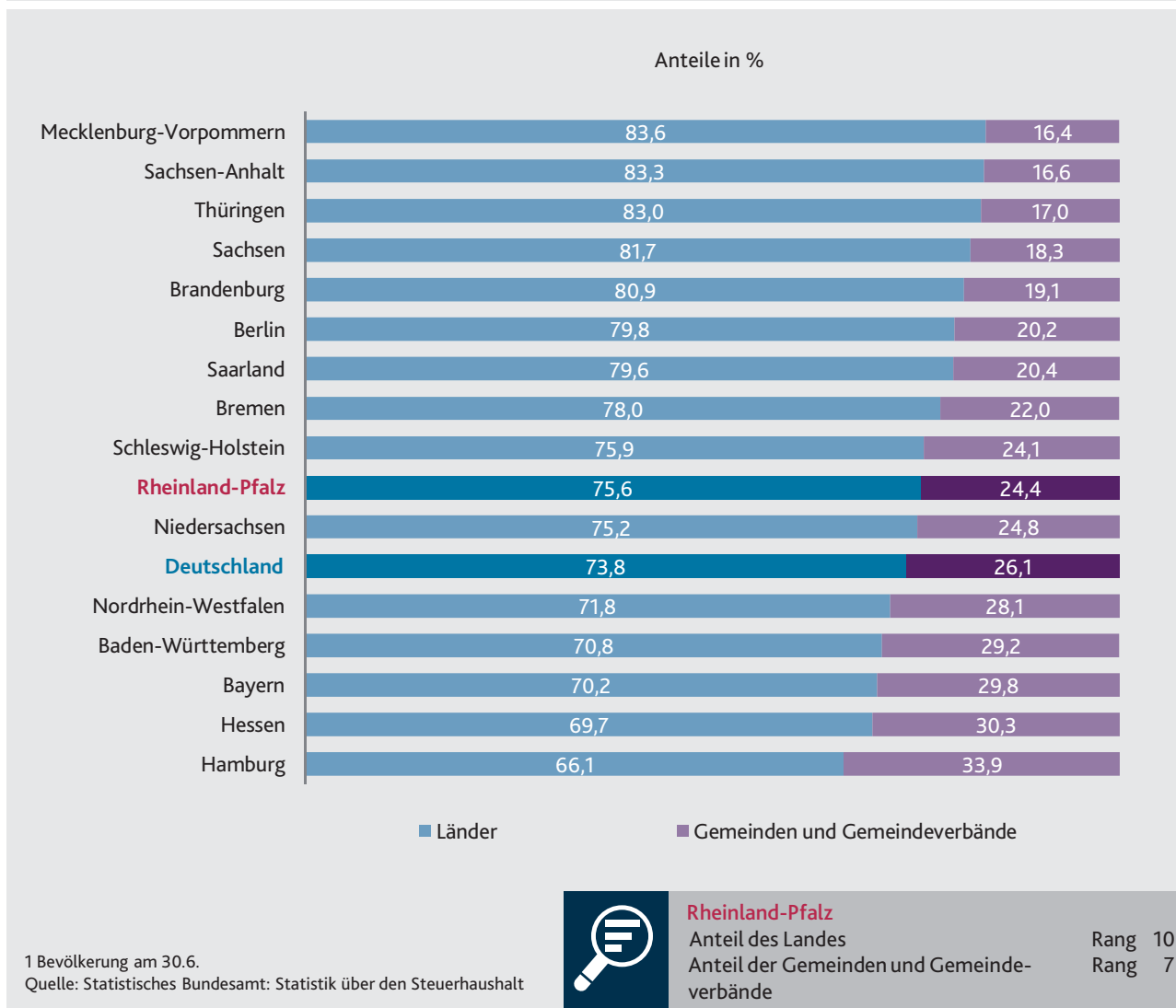
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände

G1 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerverteilung 2019

Allzeithoch bei den kassenmäßigen Steuereinnahmen in 2019

Das Land Rheinland-Pfalz und seine Gemeinden und Gemeindeverbände nahmen 2019 zusammen 20,1 Milliarden Euro Steuern ein. Das waren 4 920 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Der seit 2009 anhaltende Aufwärtstrend setzte sich 2019 fort und es wurde erneut ein Allzeithoch erreicht. Von 2009 bis 2019 sind die kassenmäßigen Steuereinnahmen pro Kopf in Rheinland-Pfalz um 62 Prozent gestiegen. Das rheinland-pfälzische Steuerwachstum lag damit über dem Bundesdurchschnitt (+57 Prozent). Dennoch belegte Rheinland-Pfalz bei den Steuereinnahmen im Ländervergleich 2019 nur den letzten Platz.

Die Stadtstaaten besetzen im Vergleich der Länder stets die Spitzenplätze: 2019 lag Hamburg mit 7 220 Euro je Einwohnerin und Einwohner knapp vor Bremen (7 150 Euro). Berlin folgte mit 6 770 Euro. Hessen belegte mit 5 450 Euro wieder den vierten Rang und damit den Spitzenplatz unter den Flächenländern.

G2 Kassenmäßige Steuereinnahmen (nach Steuerverteilung) 2019 nach Gebietskörperschaften

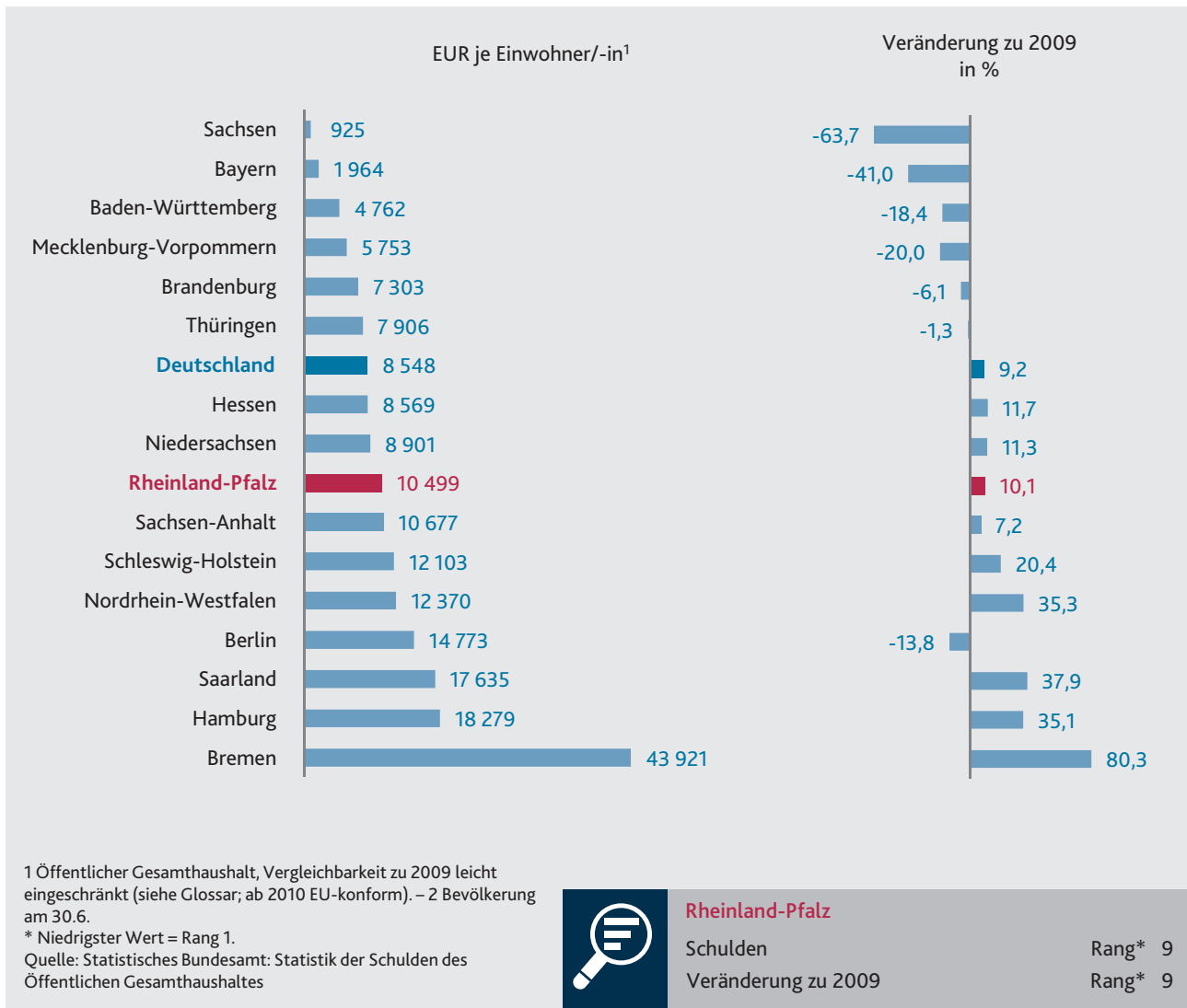


Aufteilung bis 2019 relativ stabil – Verwerfungen durch Corona ab 2020 erwartet

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen kamen in Rheinland-Pfalz zu 76 Prozent dem Land und zu 24 Prozent den Gemeinden und Gemeindeverbänden zugute. Die Verteilung blieb in den letzten Jahren relativ konstant. Im Durchschnitt der Länder betrug der Landesanteil 74 Prozent.

Die Corona-Krise dürfte jedoch beträchtliche Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen haben: Die ersten Statistiken zeigen, dass die Gewerbesteuererinnahmen in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem ersten Halbjahr 2019 um 18 Prozent eingebrochen sind. Diese Einnahmen machten 2019 mit rund 40 Prozent einen großen Teil der kassenmäßigen Steuereinnahmen der Kommunen aus. Die Zahlen zeigen, dass die Bundesländer unterschiedlich stark betroffen sind. Während beispielsweise Schleswig-Holstein nur einen vergleichsweise geringen Rückgang von 17 Prozent meldet, gingen die kassenmäßigen Gewerbesteuererinnahmen in Hamburg um 39 Prozent zurück. Hessen, als Nachbarland von Rheinland-Pfalz, registrierte einen Rückgang von 24 Prozent.

G3 Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich¹ 2019

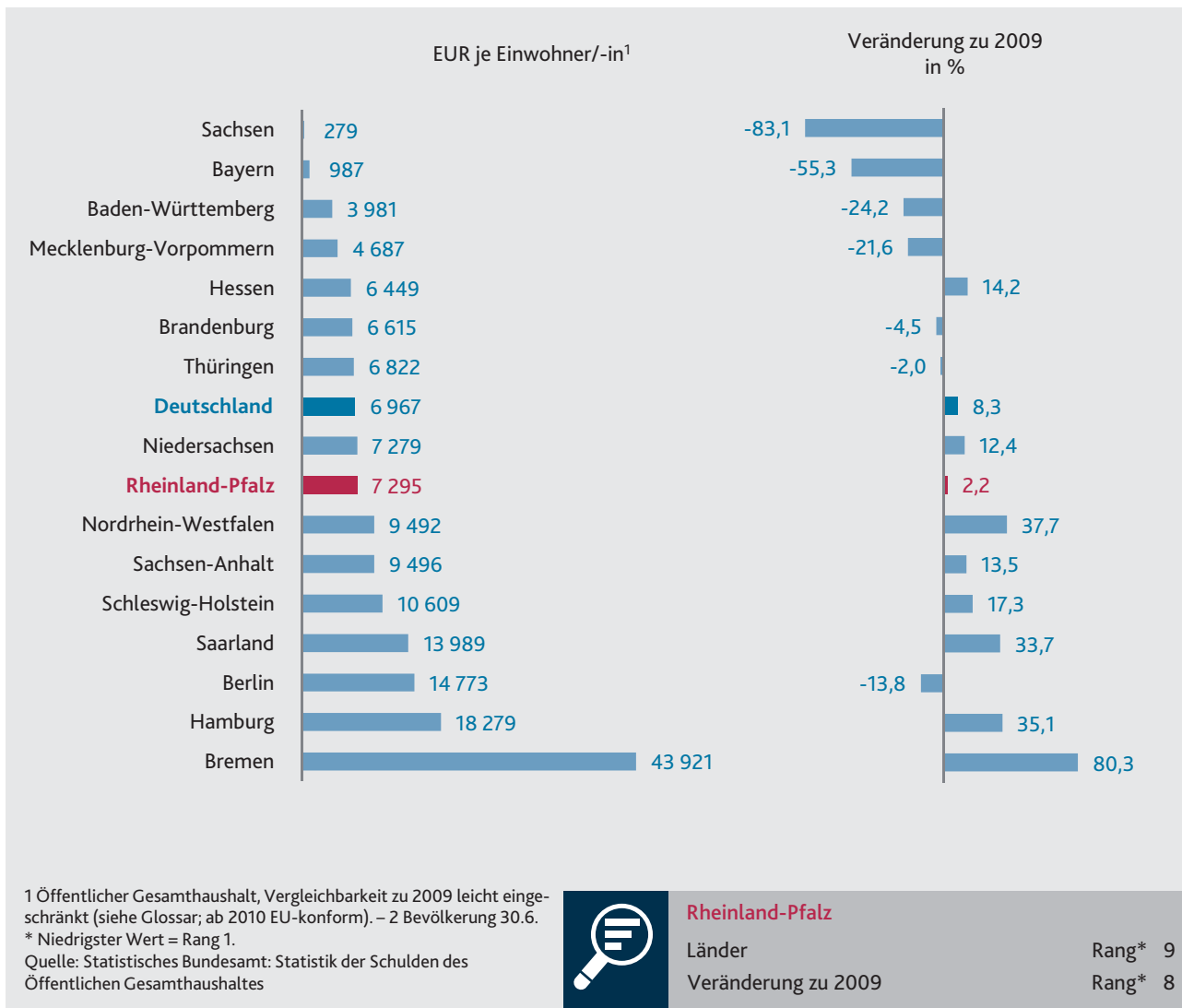


Schuldenlast der öffentlichen Haushalte deutlich über dem Bundesdurchschnitt

Die Schulden des Landes Rheinland-Pfalz sowie seiner Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich (z. B. bei Banken und Kreditinstituten) betragen 2019 rund 10 500 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Der Bundesdurchschnitt liegt mit 8 550 Euro deutlich darunter. Im Ländervergleich belegt Rheinland-Pfalz den neunten Platz. Die Stadtstaaten sowie das Saarland, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt sind noch höher verschuldet.

Wie in den Vorjahren war die Schuldenlast in Sachsen und Bayern mit Abstand am niedrigsten. Hier betragen die Schulden je Einwohnerin und Einwohner lediglich rund 930 bzw. 1 960 Euro. Mit 4 760 Euro folgt Baden-Württemberg auf Rang drei. Besonders hoch sind die Schulden in Bremen. Hier stieg die Verschuldung von 2018 auf 2019 sprunghaft um 38 Prozent bzw. 8,3 Milliarden Euro. Bremen musste zur Absicherung von Finanzderivatgeschäften 2019 knapp neun Milliarden Euro als Bareinlagen hinterlegen – Geld das nicht mit Steuereinnahmen erzielt werden konnte und deshalb als zusätzlicher Kredit aufgenommen werden musste.

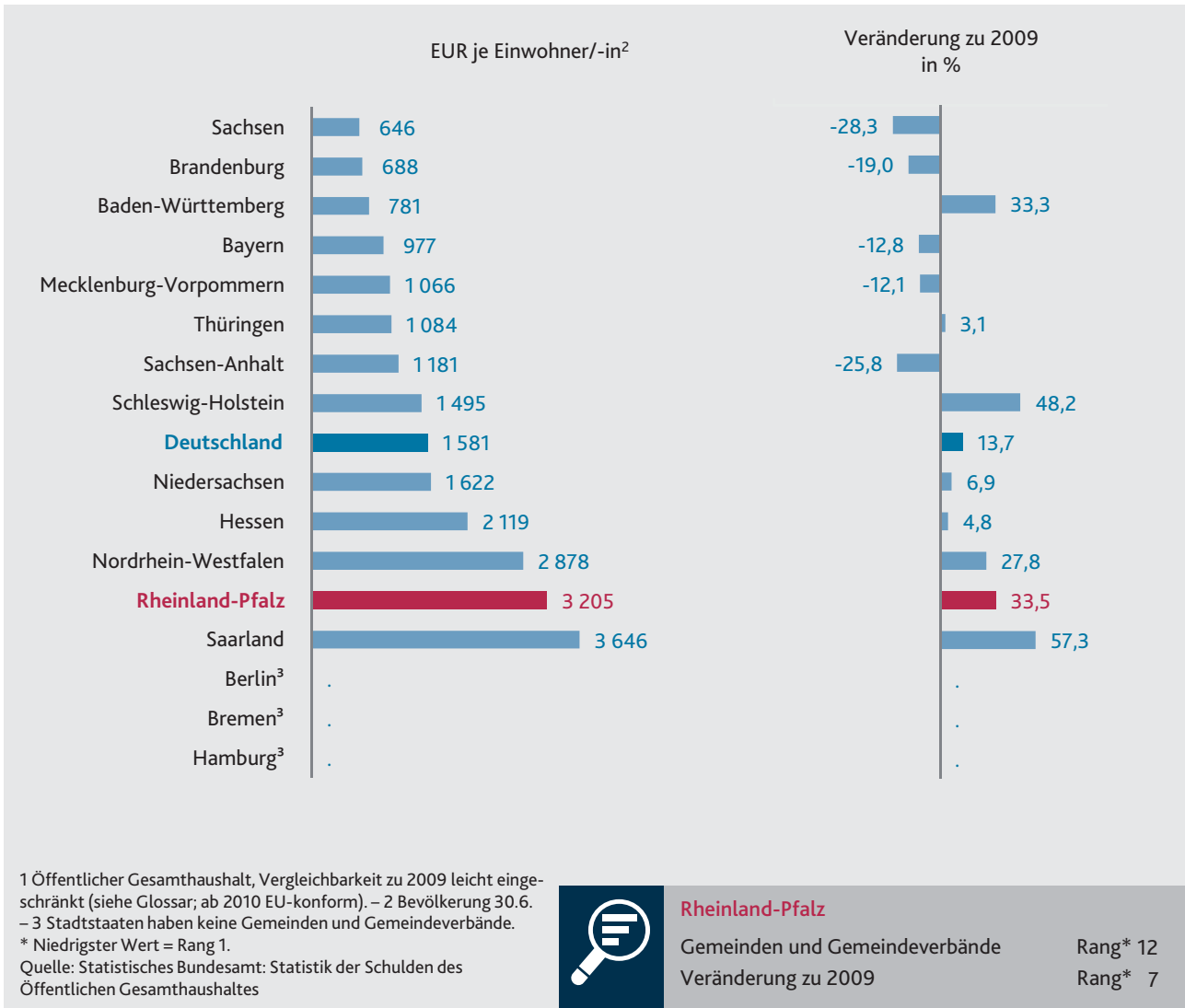
G4 Schulden der Länder beim nicht-öffentlichen Bereich¹ 2019



Großteil der Schulden entfällt auf die Haushalte der Länder

Die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich (z. B. bei Banken und Kreditinstituten) betrifft in Rheinland-Pfalz zu 69 Prozent die Landesebene (bundesweit: 78 Prozent). Das Land war 2019 mit 7 290 Euro je Einwohnerin und Einwohner verschuldet und lag damit im Ländervergleich auf Rang neun. Unter den Flächenländern variierte der Anteil des Landeshaushalts an den Gesamtschulden zwischen 89 Prozent in Sachsen-Anhalt und 30 Prozent in Sachsen. Die Schulden des Landes Rheinland-Pfalz sind in den letzten zehn Jahren um 2,2 Prozent gewachsen. In Relation zu den anderen Bundesländern hat sich Rheinland-Pfalz aber sogar etwas verbessert: 2009 belegte das Land Rang 10 und 2019 kam es auf den 9. Platz. Auch der Abstand zum Bundesdurchschnitt schrumpfte. Im Jahr 2009 lag Rheinland-Pfalz noch rund 700 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner über dem Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2019 betrug dieser Abstand nur noch rund 330 Euro. Der Abstand hatte sich demnach mehr als halbiert. Besonders niedrige Schuldenstände haben Sachsen und Bayern. Sie kommen auf lediglich 280 bzw. 990 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Diese beiden Bundesländer belegten auch schon 2009 die ersten beiden Plätze.

G5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich¹ 2019

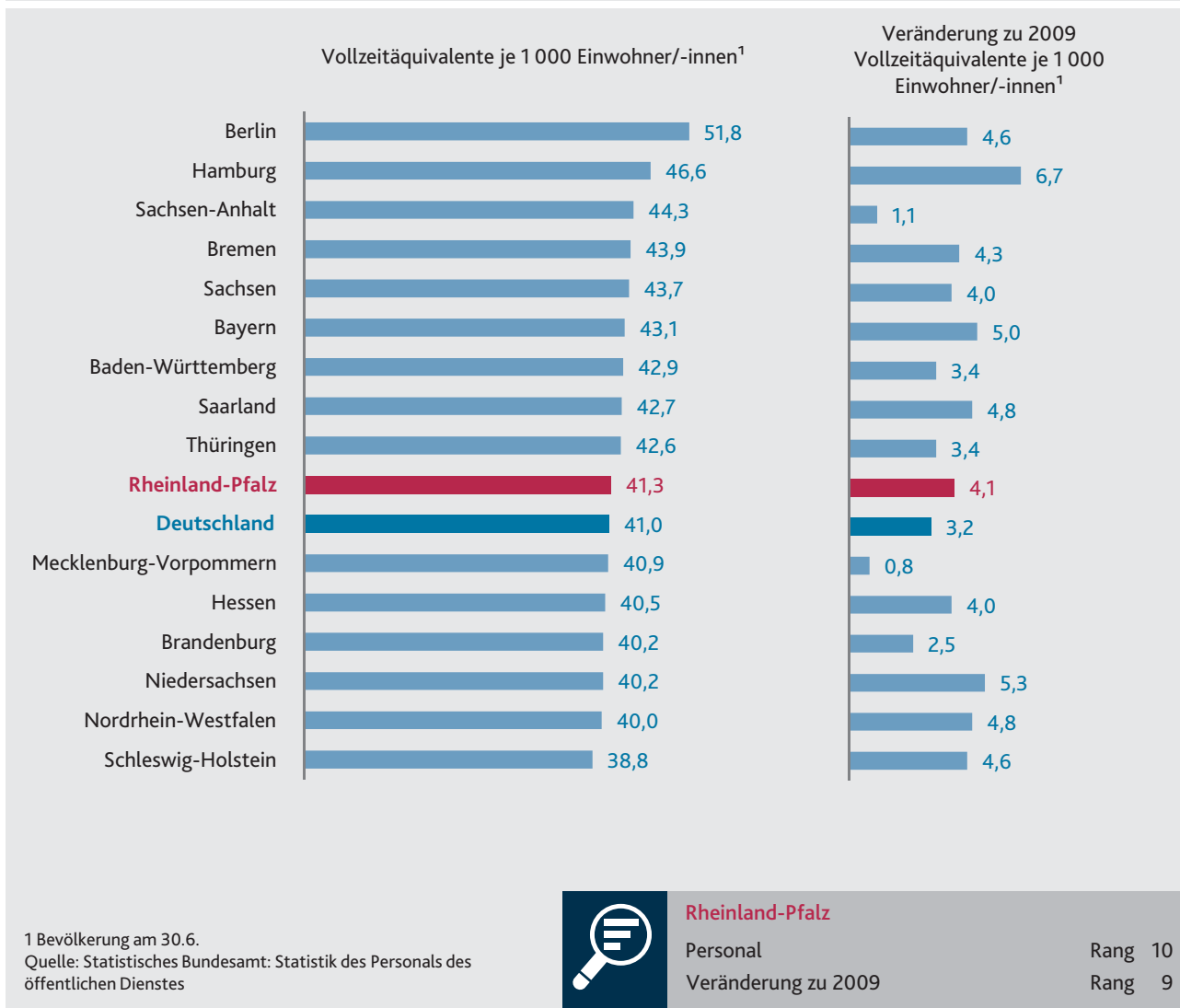


Kommunen in Rheinland-Pfalz stark verschuldet

Im Jahr 2019 waren die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände mit rund 3 200 Euro je Einwohnerin und Einwohner beim nicht-öffentlichen Bereich verschuldet. Die Schulden der Kommunen erhöhten sich in den letzten zehn Jahren um 34 Prozent. Zudem hat sich der Abstand zum Bundesdurchschnitt vergrößert: Lagen die rheinland-pfälzischen Schulden 2009 noch rund 1 010 Euro über dem Durchschnitt der Flächenländer, so beträgt der Abstand 2019 bereits gut 1 620 Euro je Einwohnerin und Einwohner.

Im Vergleich zu den anderen Flächenländern belegt Rheinland-Pfalz 2019 den vorletzten Platz. Nur die Kommunen im Saarland sind noch höher verschuldet. Diese Position nehmen die rheinland-pfälzischen Kommunen bereits seit vielen Jahren ein. Im Jahr 2009 lagen sie sogar auf den letzten Platz – das Saarland folgte damals mit nur geringem Abstand. Die geringste Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen hat 2019 Sachsen mit 650 Euro. Die rheinland-pfälzischen Kommunen sind demnach rund fünfmal so hoch verschuldet wie die sächsischen Kommunen und doppelt so hoch, wie der Bundesdurchschnitt (1 580 Euro).

G6 Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich 2019

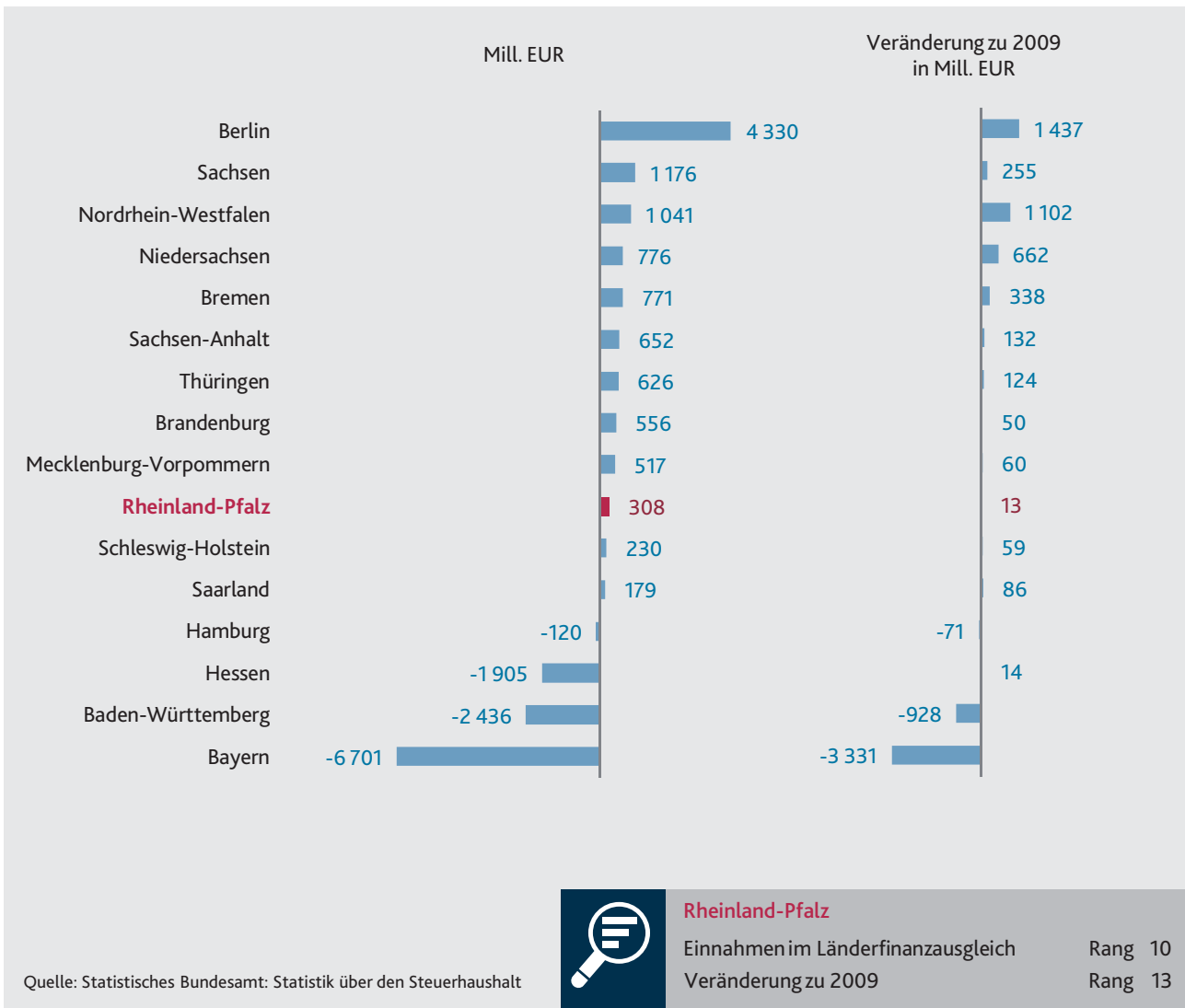


Personalstand des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz knapp unterdurchschnittlich

Der öffentliche Dienst umfasst die klassischen Behörden (z. B. Ministerien, Gemeindeverwaltungen) sowie Sonderrechnungen (z. B. Landesbetriebe) und Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (z. B. Universität Mainz). Bundesweit wurde die Entwicklung des Personalstands in den letzten Jahren durch die wachsende Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung geprägt. Um den Personalstand angesichts regional unterschiedlicher und sich im Zeitverlauf verändernder Teilzeitquoten vergleichen zu können, erfolgt eine Umrechnung der Beschäftigtenzahlen in Vollzeitäquivalente.

Im öffentlichen Dienst von Rheinland-Pfalz waren 2019 rechnerisch 41,3 Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner tätig. Damit lag die Personalausstattung leicht über dem Bundesdurchschnitt von 41 Vollzeitäquivalenten. Den mit Abstand höchsten Wert verzeichnete Berlin (51,8 Vollzeitäquivalente). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Land Berlin etliche Sonderaufgaben als Bundeshauptstadt wahrnimmt (unter anderem Personen-/ Objektschutz bei Staatsbesuchen in Berlin).

G7 Einnahmen im Länderfinanzausgleich 2019



Länderfinanzausgleich bringt Rheinland-Pfalz 308 Millionen Euro

Der Länderfinanzausgleich ist ein Mechanismus, bei dem „reichere“ Bundesländer (Geberländer) Ausgleichszahlungen an die „ärmeren“ Länder (Nehmerländer) leisten. Ob ein Bundesland Geber- oder Nehmerland ist, wird durch die Berechnung gesetzlich festgelegter Kennzahlen ermittelt.

Seit mehreren Jahrzehnten gehört Rheinland-Pfalz zu den Nehmerländern. Im Jahr 2019 erhielt das Land Zuweisungen in Höhe von 308 Millionen Euro. Somit bekam es 2,8 Prozent der verteilten Mittel. Am stärksten profitierte Berlin vom Länderfinanzausgleich. Die Zuweisungen an Berlin beliefen sich auf 4,3 Milliarden Euro. Hierdurch flossen rund 39 Prozent der Verteilungsmasse an die Bundeshauptstadt. Geberländer sind zurzeit Bayern (6,7 Milliarden Euro), Baden-Württemberg (2,4 Milliarden Euro), Hessen (1,9 Milliarden Euro) und Hamburg (120 Millionen Euro). Das Gesamtvolumen des Länderfinanzausgleichs belief sich 2019 auf 11,2 Milliarden Euro. Das Volumen ist in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen. Es war 2019 rund 62 Prozent höher als 2009.



6 Wahlen

Landtagswahlen

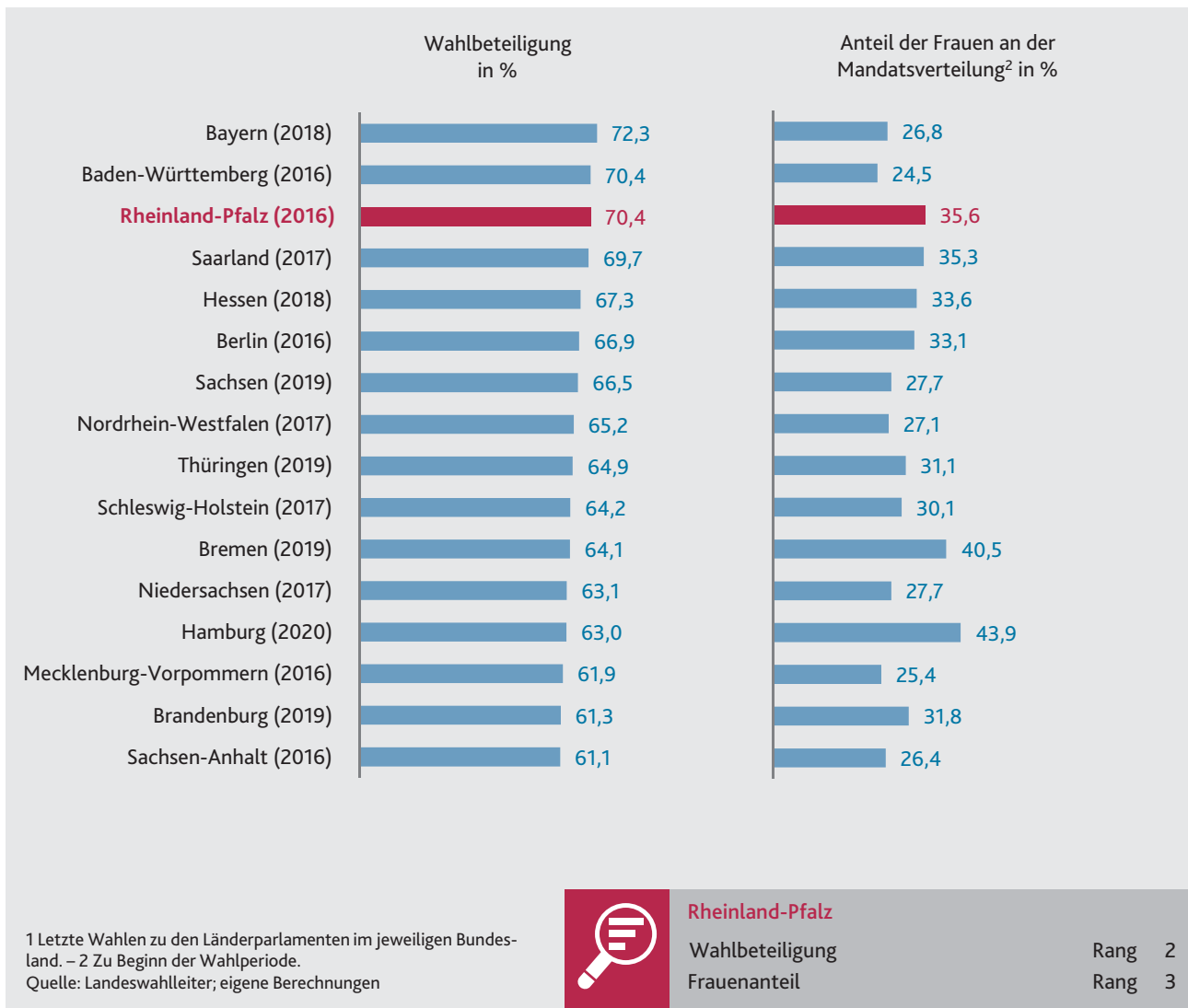
Wahlbeteiligung

Frauenanteil an der Mandatsverteilung

Bundestagswahlen

Europawahlen

Zweitstimmenanteil der späteren Regierungspartei

G1 Landtagswahlen¹

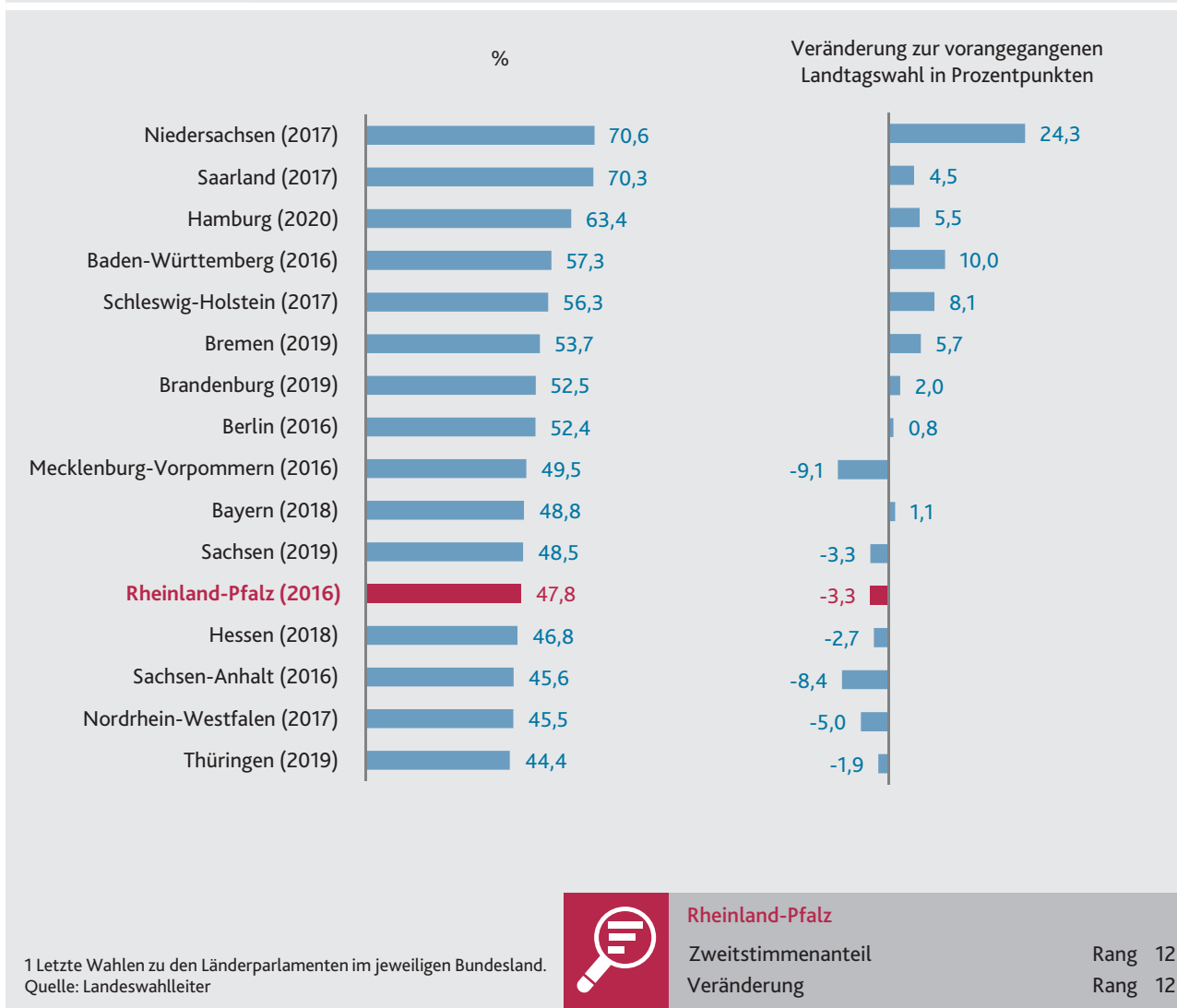
Hohe Wahlbeteiligung bei rheinland-pfälzischer Landtagswahl

Bei der Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag im Jahr 2016 stimmten 70,4 Prozent aller Wahlberechtigten ab. Gemeinsam mit Baden-Württemberg liegt Rheinland-Pfalz damit auf Rang zwei. Am höchsten war die Wahlbeteiligung mit 72,3 Prozent 2018 in Bayern. Die niedrigsten Wahlbeteiligungen gab es 2016 in Sachsen-Anhalt (61,1 Prozent) und 2019 in Brandenburg (61,3 Prozent). Da die Wahlen zu den Landesparlamenten nicht zeitgleich stattfinden, wird für die Gegenüberstellung die jeweils letzte Wahl herangezogen. Im Vergleich zur Landtagswahl 2011 stieg die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz um 8,6 Prozentpunkte. Dabei hat das Wahlinteresse bei beiden Geschlechtern und in allen Altersgruppen deutlich zugenommen. Am stärksten stieg die Wahlbeteiligung bei den 25- bis 29-jährigen Frauen.

Knapp 36 Prozent der Mandate gingen 2016 in Rheinland-Pfalz an Frauen; das bedeutet hinter Hamburg und Bremen Platz drei im Vergleich der Bundesländer. Den geringsten Anteil an Mandatsträgerinnen hatten Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern; hier ging nur jeder vierte Sitz an Politikerinnen.



G2 Zweitstimmenanteil der späteren Regierungsparteien bei der letzten Landtagswahl¹



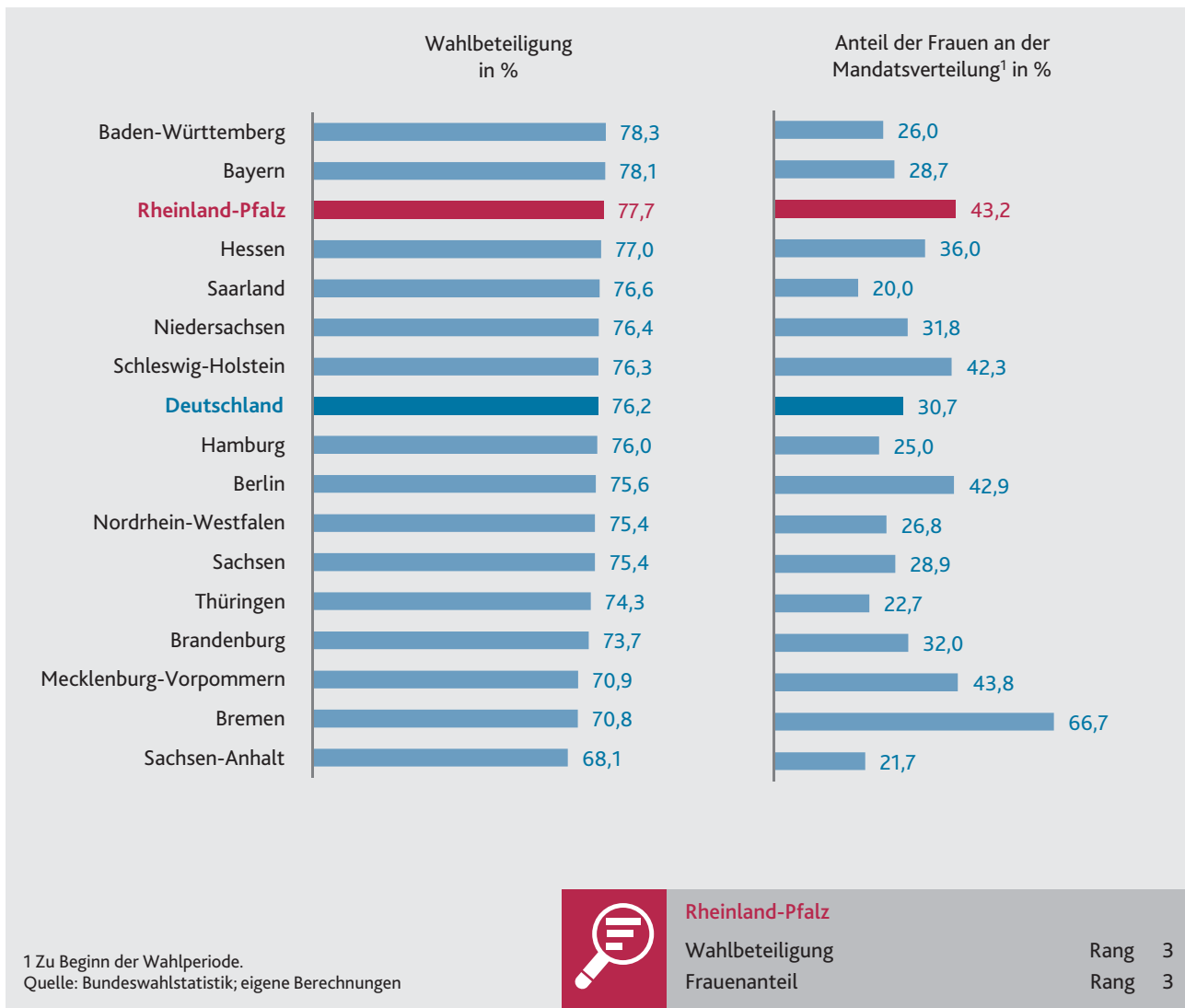
Rheinland-Pfalz mit aktuell einziger Ampelkoalition in Länderparlamenten

Bei der Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz entfielen auf die SPD 36,2 Prozent, auf die CDU 31,8 Prozent, auf die AfD 12,6 Prozent, auf die FDP 6,2 Prozent und auf die GRÜNEN 5,3 Prozent der gültigen Stimmen. Bei den anschließenden Verhandlungen einigten sich SPD, FDP und die GRÜNEN auf die Bildung einer Ampelkoalition – zur Zeit die einzige in Deutschland. Der Landesstimmenanteil der drei Regierungsparteien beläuft sich auf 47,8 Prozent. Das bedeutet Rang zwölf im Ländervergleich. Die höchsten Stimmenanteile weisen die beiden großen Koalitionen aus SPD und CDU in Niedersachsen und im Saarland auf (70,6 bzw. 70,3 Prozent). Den niedrigsten Wert erreicht die Koalition aus DIE LINKE, der SPD und den GRÜNEN in Thüringen (44,4 Prozent).

Die SPD sowie die CDU/CSU stehen in jeweils sieben Länderparlamenten der Koalition vor. In Baden-Württemberg stellen die GRÜNEN mit Winfried Kretschmann, in Thüringen DIE LINKE mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten. Neben der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) steht mit Manuela Schwesig (SPD) in Mecklenburg-Vorpommern lediglich eine weitere Frau einer Landesregierung vor.



G3 Bundestagswahl 2017



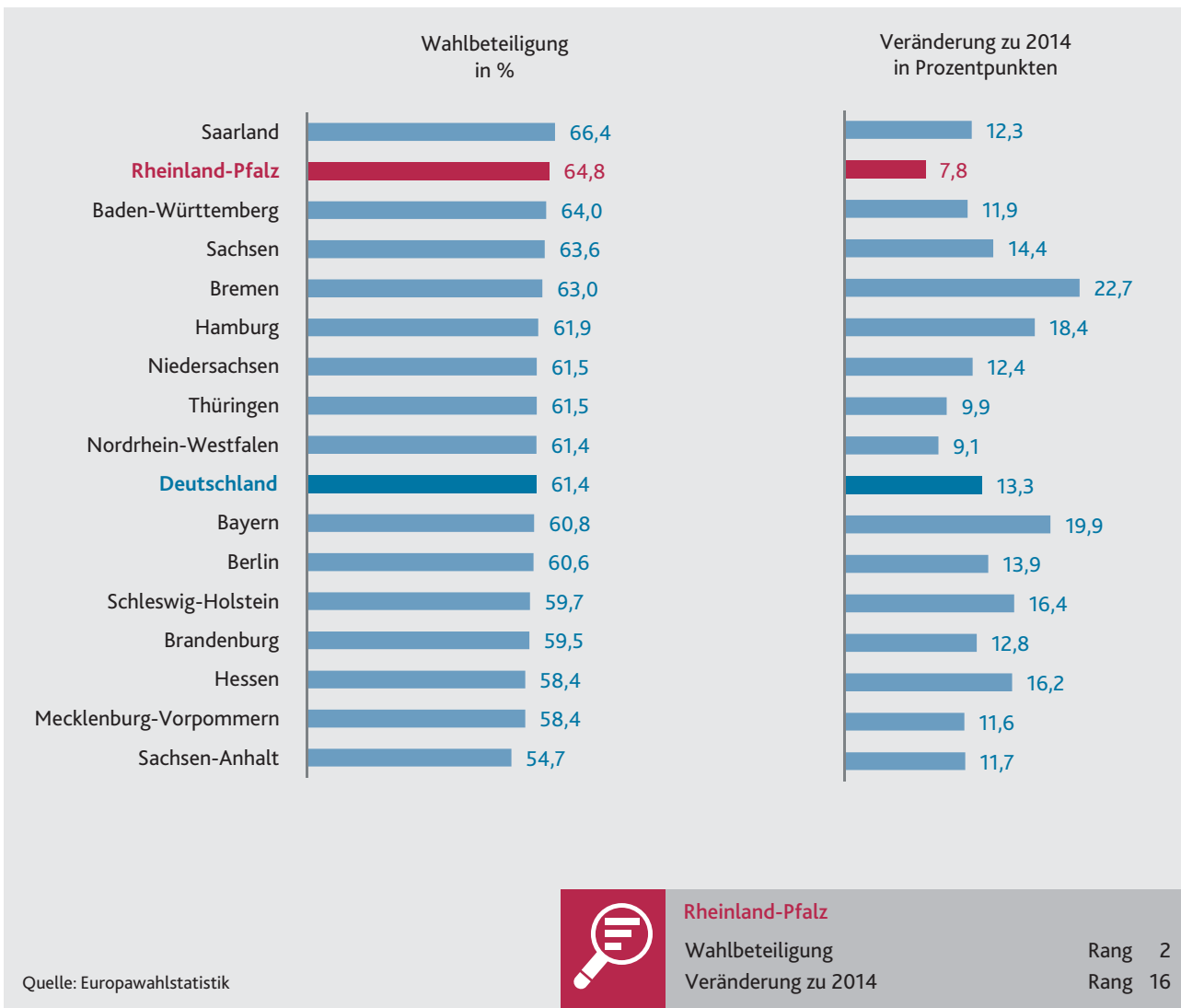
Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 um fast fünf Prozentpunkte gestiegen

An der Bundestagswahl 2017 beteiligten sich bundesweit 76,2 Prozent der Wahlberechtigten. Die Beteiligung ist damit gegenüber 2013 von 71,5 Prozent um 4,7 Prozentpunkte gestiegen. In Rheinland-Pfalz machten überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger von ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch. Eine Wahlbeteiligung von 77,7 Prozent bedeutet Platz drei im Ländervergleich (+4,9 Prozent). Die höchste Wahlbeteiligung erreichte Baden-Württemberg vor Bayern (78,3 bzw. 78,1 Prozent). Am wenigsten gingen die Menschen in Sachsen-Anhalt zur Wahl (68,1 Prozent). Aber auch in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern gaben nur 70,8 bzw. 70,9 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Unter den 709 Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag sind 218 Parlamentarierinnen. Das entspricht einem Frauenanteil von 31 Prozent. Von den Mandatsträgern aus Rheinland-Pfalz sind 43 Prozent weiblich. Das ist im Vergleich der Länder Platz drei. Mit Abstand am höchsten liegt der Frauenanteil mit 67 Prozent bei den Mandatsträgern aus Bremen. Am niedrigsten ist der Frauenanteil mit lediglich 20 Prozent im Saarland.



G4 Europawahl 2019



Beteiligung bei der Europawahl in Rheinland-Pfalz am zweithöchsten

In Rheinland-Pfalz gaben 64,8 Prozent aller Wahlberechtigten ihre Stimme bei der Europawahl 2019 ab. Da es 2014 mit 57 Prozent im Land sogar die mit Abstand höchste Wahlbeteiligung gab, fiel der Anstieg bei dieser Wahl schwächer aus als in den übrigen Ländern (+7,8 Prozent). Aufgrund der am gleichen Tag stattfindenden Kommunalwahlen ist die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz stets relativ hoch. Allerdings wurde auch in neun weiteren Ländern auf kommunaler Ebene gewählt. Die höchste Wahlbeteiligung gab es im Saarland (66,4 Prozent). Am niedrigsten war das Interesse an der Europawahl in Sachsen-Anhalt (54,7 Prozent).

Im internationalen Vergleich fiel die Wahlbeteiligung in Deutschland mit 61,4 Prozent überdurchschnittlich aus (+13,3 Prozent gegenüber 2014). In der Europäischen Union stimmten 50,7 Prozent der Wahlberechtigten ab (+8,1 Prozent). Die höchste Wahlbeteiligung wurde in Belgien und Luxemburg mit 88,5 bzw. 84,2 Prozent ermittelt. Dort gibt es allerdings eine Wahlpflicht. Am niedrigsten war das Wahlinteresse mit nur 22,7 Prozent wieder in der Slowakei.





7 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Verfügbares Einkommen

Arbeitsproduktivität

Bruttoinlandsprodukt

Sparquote

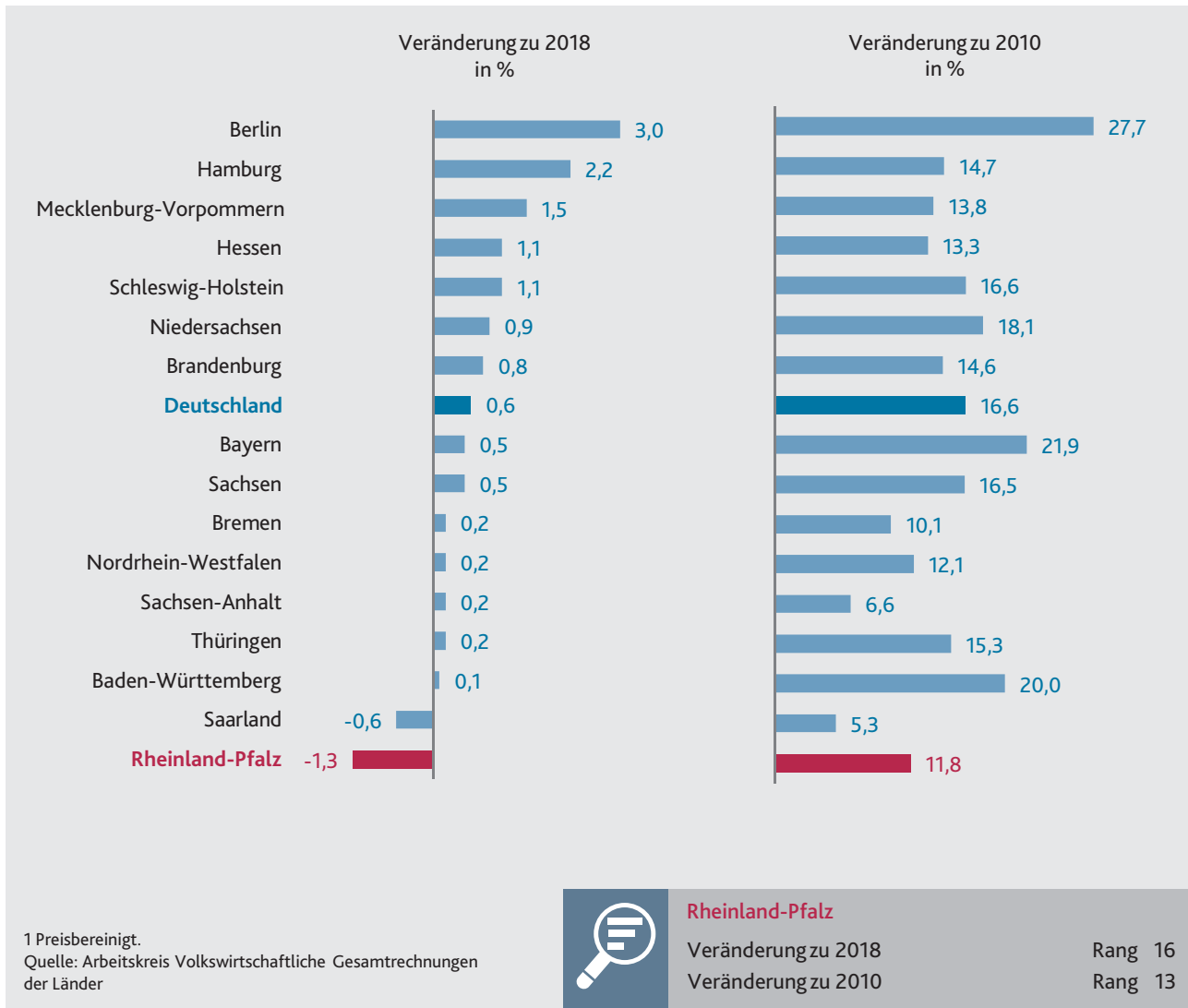
Bruttoanlageinvestitionen

Bruttowertschöpfung

Wirtschaftsbereiche



G1 Bruttoinlandsprodukt¹ 2019



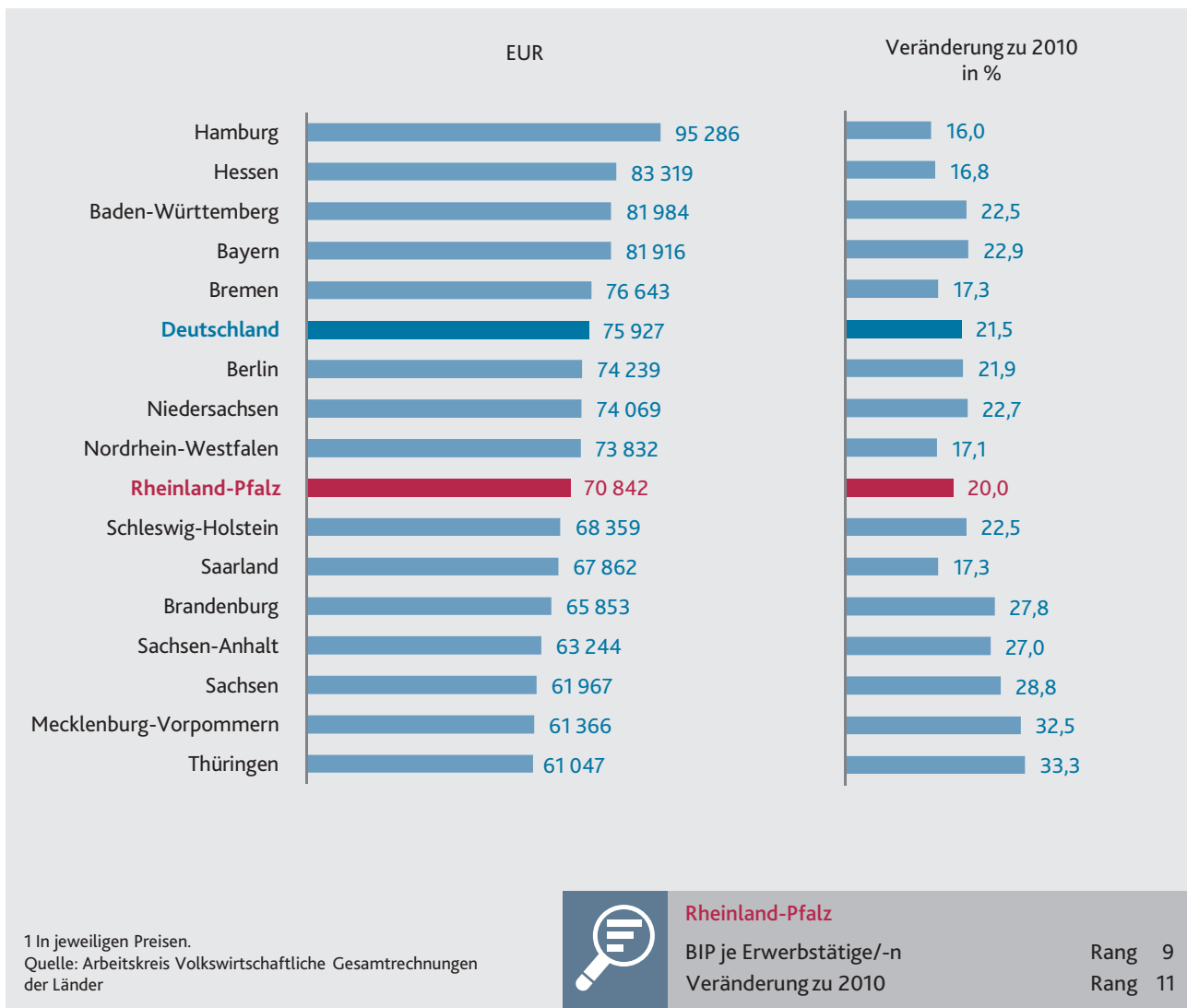
Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz wächst unterdurchschnittlich

Seit 2010 stieg die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz um knapp zwölf Prozent und damit deutlich schwächer als in Deutschland (+17 Prozent). Berlin erzielte als Spitzenreiter im Vergleich der Länder ein langfristiges Wachstum von 28 Prozent. Ursache für das schwache Abschneiden der rheinland-pfälzischen Wirtschaft war das sehr verhaltene Wachstum der Industrie. Während das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland seit 2010 um 18 Prozent zulegte, kam es in Rheinland-Pfalz nur auf ein Plus von 1,3 Prozent. Der Dienstleistungssektor entwickelte sich in Rheinland-Pfalz mit +16 Prozent hingegen ähnlich stark wie im Bundesdurchschnitt (+17 Prozent).

Im Jahr 2019 befand sich die rheinland-pfälzische Wirtschaft sogar in einer Rezession. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte kräftig, und zwar – nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – um 1,3 Prozent (Deutschland: +0,6 Prozent). Dieses schwache Ergebnis ist aber auch auf einen statistischen Basiseffekt in der Industrie zurückzuführen: Durch einen Sondereffekt stieg der Umsatz der Pharmaindustrie 2018 außergewöhnlich stark und schrumpfte 2019 wieder deutlich.



G2 Bruttoinlandsprodukt¹ je Erwerbstätige/-n (Arbeitsproduktivität) 2019



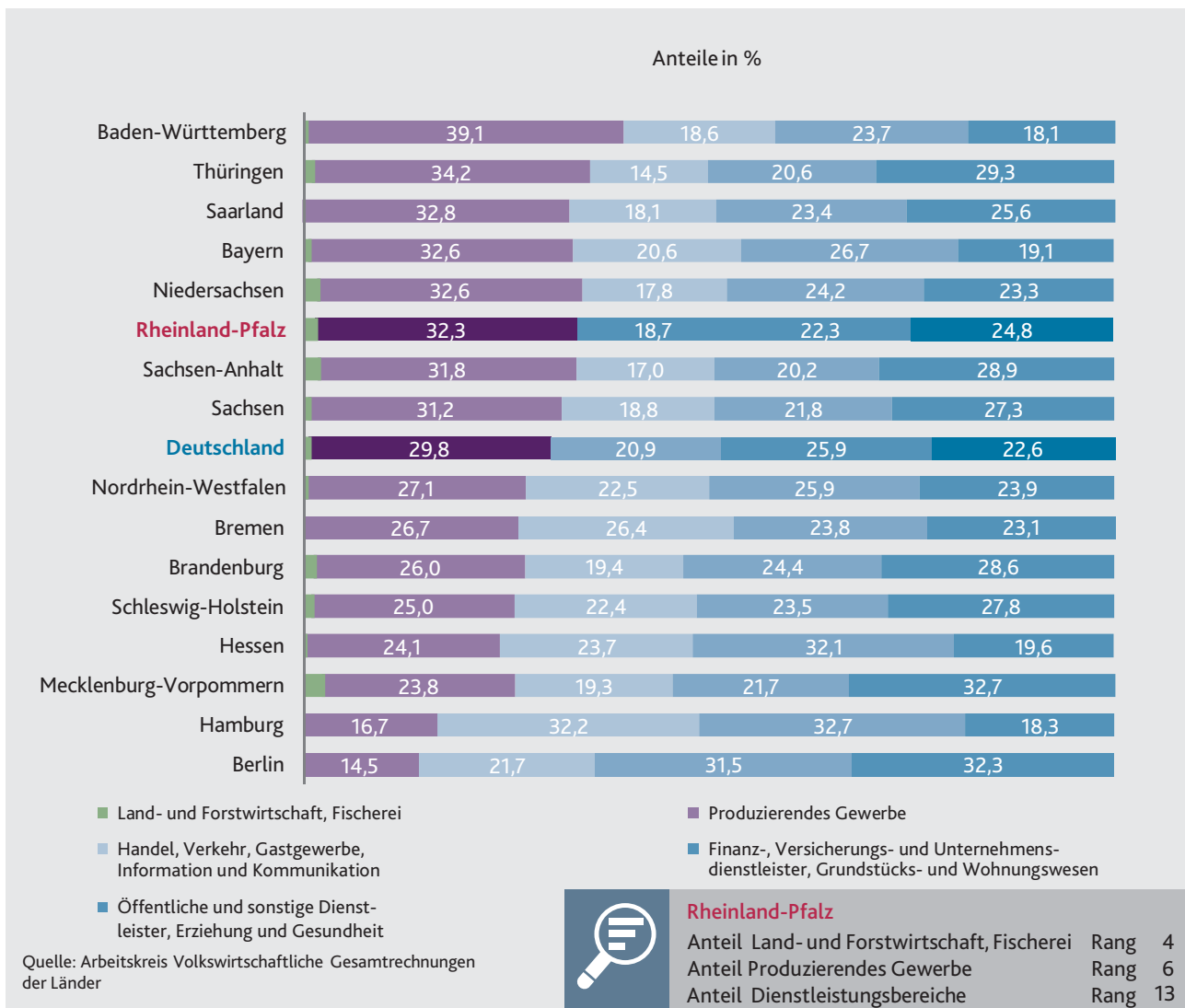
Arbeitsproduktivität verbessert sich seit 2010 um 20 Prozent

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (in jeweiligen Preisen) gibt Auskunft über die Produktivität der Arbeit. Es wird oft als Maß für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft verwendet. Jede in Rheinland-Pfalz erwerbstätige Person erwirtschaftete 2019 Waren und Dienstleistungen im Wert von 70 800 Euro (Deutschland: 75 900 Euro). Im Vergleich der Länder nimmt Rheinland-Pfalz damit einen Rang im Mittelfeld ein. Am produktivsten waren die Erwerbstätigen in Hamburg; sie erzielten im Durchschnitt 95 300 Euro pro Kopf.

Die unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ist auf die Dienstleistungsbereiche zurückzuführen. Während die Industrie im Vergleich der Länder eine überdurchschnittliche Produktivität aufweist, liegt sie in den Dienstleistungsbereichen unter dem Bundesdurchschnitt. Zwischen 2010 bis 2019 stieg die Arbeitsproduktivität in jeweiligen Preisen in Rheinland-Pfalz um 20 Prozent (Deutschland: +22 Prozent). In den alten Bundesländern (ohne Berlin) verbesserte sie sich um 20 Prozent und in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) sogar um 30 Prozent. Spitzenreiter ist Thüringen mit einem Plus von mehr als 33 Prozent.



G3 Bruttowertschöpfung 2019 nach Wirtschaftsbereichen



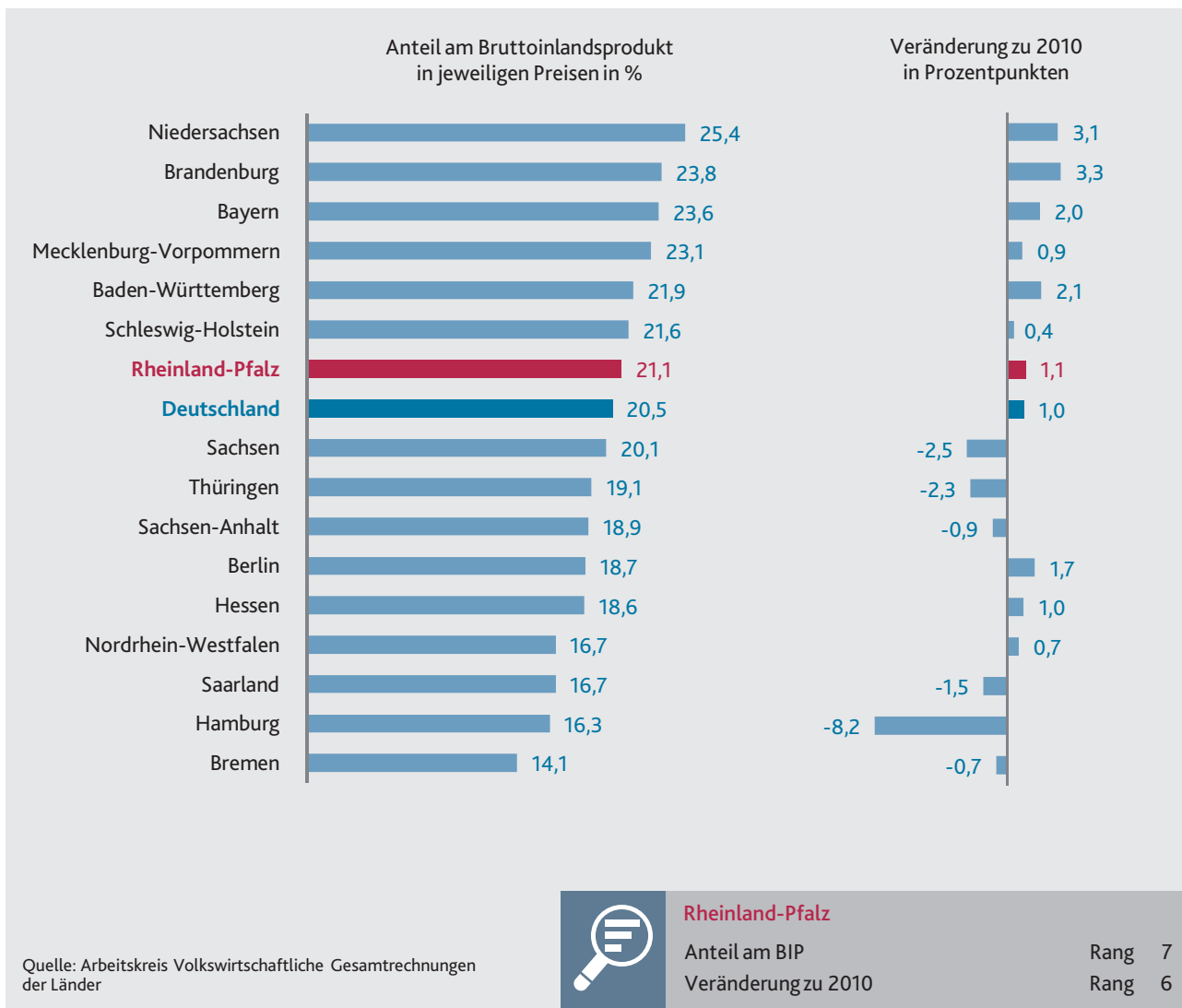
Überdurchschnittlicher Beitrag des Produzierenden Gewerbes zur Wirtschaftsleistung

In Rheinland-Pfalz wird ein überdurchschnittlicher Teil der Wirtschaftsleistung vom Produzierenden Gewerbe erbracht; im Jahr 2019 war es fast ein Drittel (32 Prozent; Deutschland: 30 Prozent). Das liegt vor allem am Verarbeitenden Gewerbe, das den Bundesdurchschnitt um gut einen Prozentpunkt übersteigt (23 Prozent; Deutschland: 22 Prozent). Aber auch das Baugewerbe hat einen überdurchschnittlichen Wertschöpfungsanteil (sechs Prozent; Deutschland: 5,6 Prozent).

Dementsprechend ist der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung unterdurchschnittlich: Er lag 2019 bei 66 Prozent, und damit drei Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Verantwortlich dafür sind die Teilbereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ (19 Prozent; Deutschland: 21 Prozent) und „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“ (22 Prozent; Deutschland: 26 Prozent). Eine überdurchschnittliche Wirtschaftsleistung erbringt der Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“ (25 Prozent; Deutschland: 23 Prozent).



G4 Bruttoanlageinvestitionen 2017



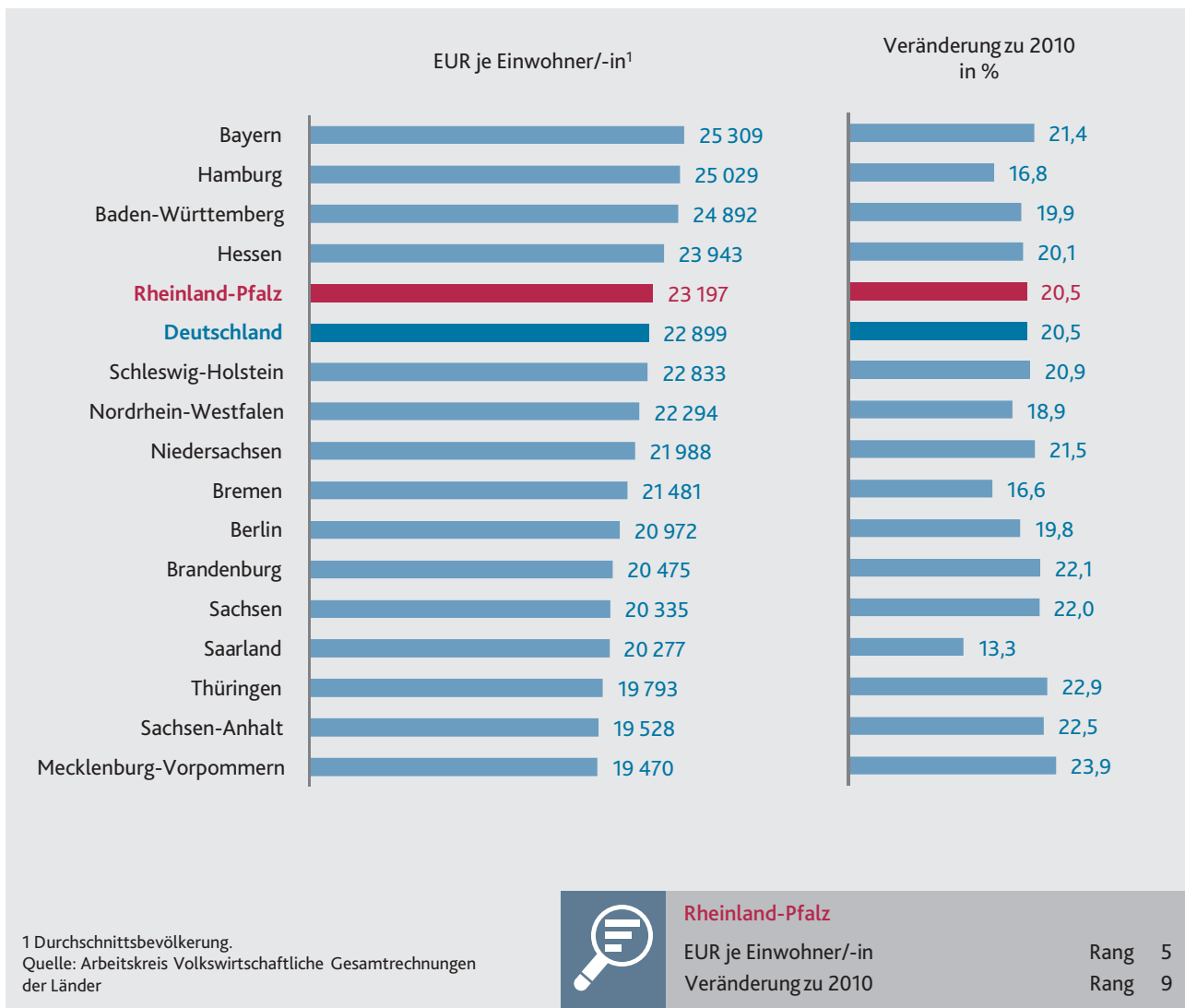
Leicht überdurchschnittliche Investitionsquote

Bruttoanlageinvestitionen sorgen dafür, dass der Kapitalstock der Volkswirtschaft erhalten bleibt oder sogar wächst. Im Jahr 2017 wurden in Rheinland-Pfalz 29,5 Milliarden Euro für die Anschaffung neuer oder gebrauchter Anlagen ausgegeben. Der Anteil dieser Ausgaben am nominalen Bruttoinlandsprodukt, also die Investitionsquote, belief sich auf 21 Prozent (Deutschland: ebenfalls 21 Prozent). Seit 2010 stieg die Investitionsquote in Rheinland-Pfalz um 1,1 Prozentpunkte und damit in einer ähnlichen Größenordnung wie in Deutschland (+1 Prozentpunkt). Die Quote nahm zu, weil in dem Zeitraum 2010 bis 2017 die Bruttoanlageinvestitionen deutlich stärker zulegten als das nominale Bruttoinlandsprodukt (+31 Prozent gegenüber +24 Prozent).

Die Ausgaben für neue Anlagen lassen sich in Bau- und Ausrüstungsinvestitionen untergliedern (für die gebrauchten Anlagen ist das nicht möglich). In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Bau- bzw. Ausrüstungsinvestitionen an den Gesamtausgaben für neue Anlagen 2017 bei jeweils 50 Prozent (Deutschland: 46 bzw. 54 Prozent).



G5 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2018



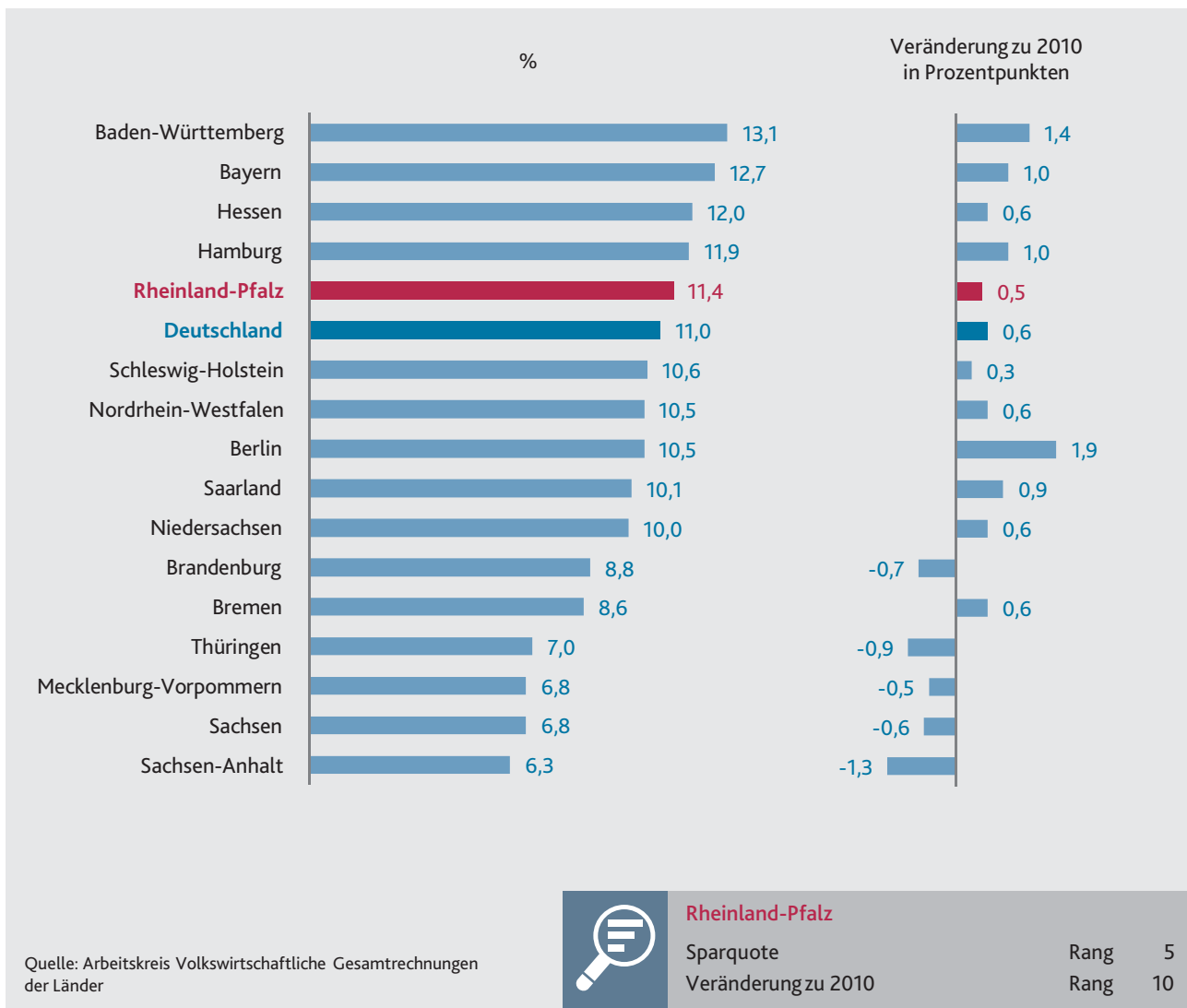
Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte liegt über dem Bundesdurchschnitt

Das (nominale) verfügbare Einkommen der privaten Haushalte lag 2018 bei 23 200 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Damit hatten die privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz pro Kopf etwa 300 Euro mehr für Konsumzwecke und Ersparnisbildung zur Verfügung als im Bundesdurchschnitt (22 900 Euro). Das verfügbare Einkommen ergibt sich aus dem Erwerbs- und Vermögenseinkommen abzüglich der direkten Steuern und der Sozialbeiträge und zuzüglich der empfangenen laufenden Transfers (Renten, Pensionen und Sozialleistungen). Im Vergleich der Länder hatten die privaten Haushalte in Bayern 2018 das höchste Pro-Kopf-Einkommen (25 300 Euro); Rheinland-Pfalz belegt in der Rangliste Platz fünf.

Seit 2010 stieg das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 20 Prozent und damit in einer ähnlichen Größenordnung wie im Bundesdurchschnitt (+21 Prozent). In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) erhöhte sich das verfügbare Einkommen mit +23 Prozent stärker als im Durchschnitt aller Länder. Spitzenreiter ist Mecklenburg-Vorpommern (+24 Prozent).



G6 Sparquote der privaten Haushalte 2018

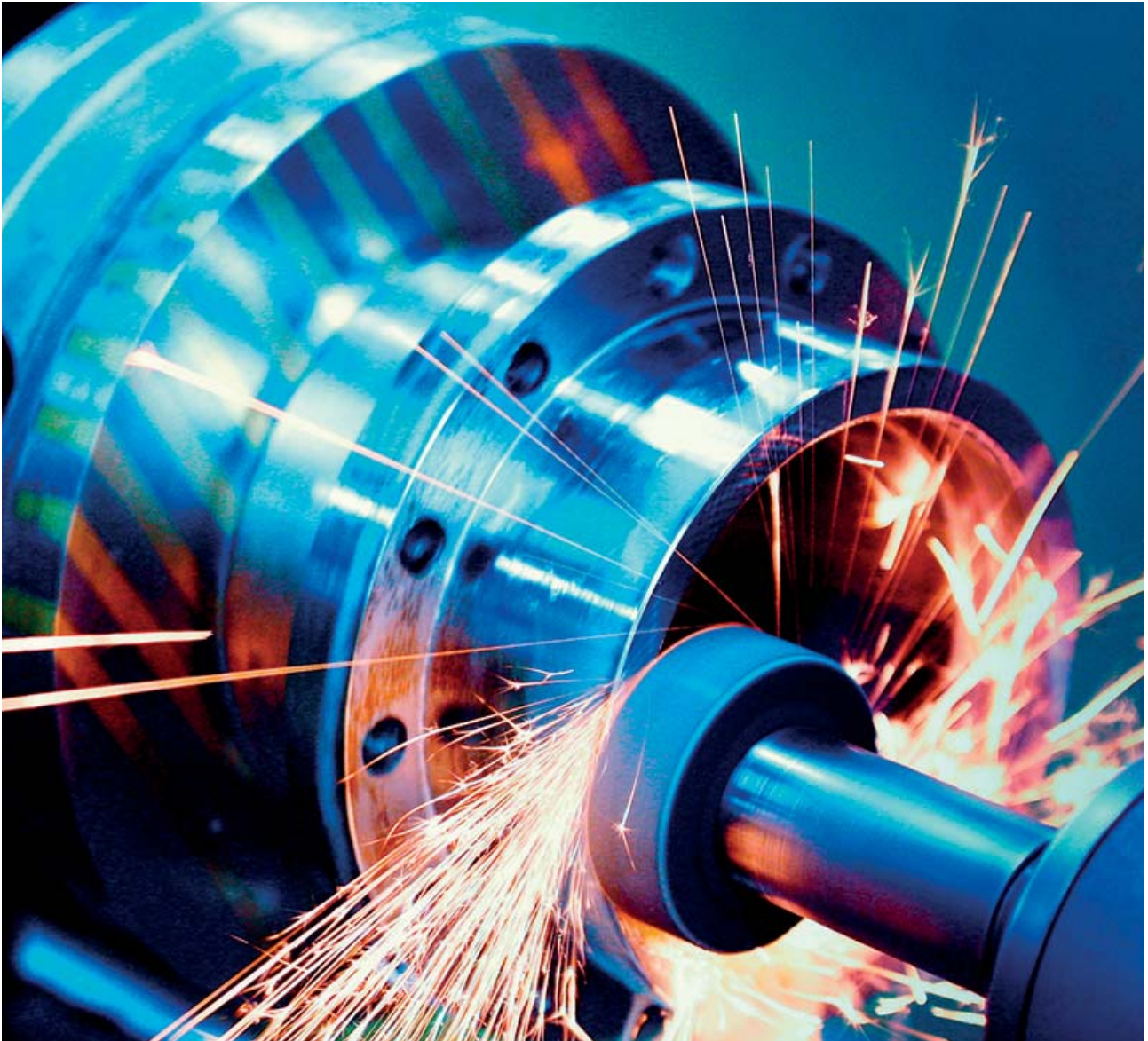


Zehn Prozent des verfügbaren Einkommens fließen in die Vermögensbildung

Die Sparquote misst den Teil des verfügbaren Einkommens (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche), der nicht für Konsumausgaben verwendet wird. In Rheinland-Pfalz sparten die privaten Haushalte 2018 gut elf Prozent ihres verfügbaren Einkommens und damit einen im Vergleich der Länder leicht überdurchschnittlichen Teil (Deutschland: elf Prozent). In Euro ausgedrückt belief sich der Betrag, der von den privaten Haushalten in Rheinland-Pfalz gespart wurde, 2018 auf durchschnittlich 2 700 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner, das sind rund 100 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt. Am fleißigsten sparten die privaten Haushalte in Baden-Württemberg (13 Prozent); deutlich geringer war die Sparquote in Sachsen-Anhalt (6,3 Prozent).

Im Vergleich der Länder entwickelte sich die Sparquote seit 2010 uneinheitlich: In Rheinland-Pfalz nahm sie – wie im Bundesdurchschnitt – leicht zu (+0,5 Prozentpunkte; Deutschland: +0,6 Prozentpunkt). In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) war sie dagegen rückläufig (–0,8 Prozentpunkte).





8 Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Tourismus

Übernachtungsintensität

Exportquote

Verarbeitendes Gewerbe

Umsatz

Tourismus

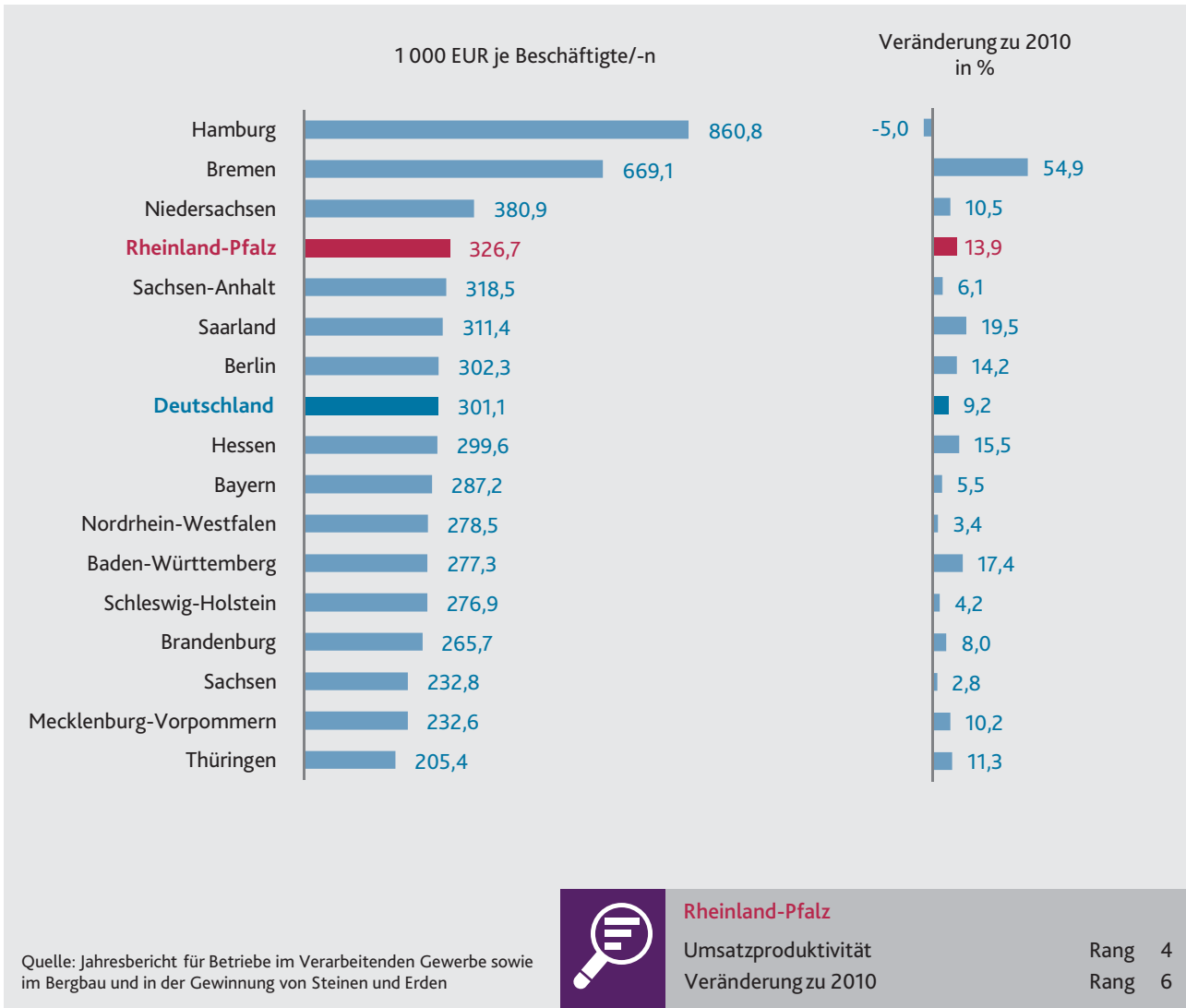
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Bauhauptgewerbe

Verweildauer



G1 Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2019



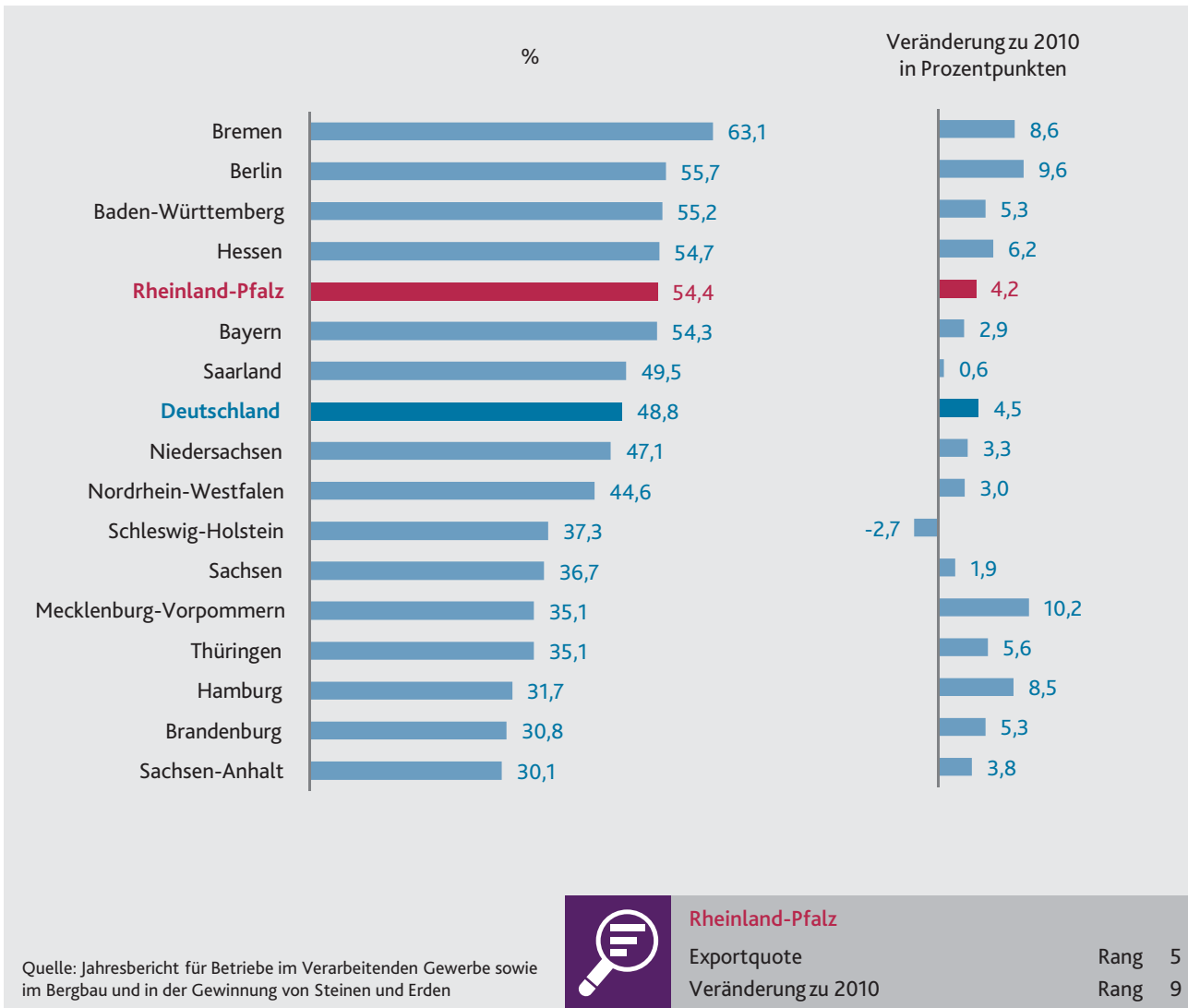
Umsatzproduktivität der rheinland-pfälzischen Industrie liegt über dem Durchschnitt

Die Umsatzproduktivität, also der Umsatz je Beschäftigten, gilt als Indikator für die Effizienz des im Produktionsprozess eingesetzten Faktors Arbeit. Jede bzw. jeder Beschäftigte im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden erwirtschaftete 2019 im Durchschnitt einen Umsatz von 326700 Euro. Im Bundesländervergleich belegte das Land Rang vier. Ein Grund für die vergleichsweise hohe Umsatzproduktivität ist der große Stellenwert der Chemieindustrie in Rheinland-Pfalz. In dieser Branche, die 2019 rund 29 Prozent zum Industrieumsatz des Landes beisteuerte, war die Produktivität mit 585 000 Euro je Beschäftigten weit überdurchschnittlich. Die Spitzenstellung Hamburgs ist u. a. auf die Unternehmen der Mineralölverarbeitung zurückzuführen, die mit relativ geringer Beschäftigtenzahl hohe Umsätze erzielen.

Die Umsatzproduktivität der rheinland-pfälzischen Industrie war 2019 um 14 Prozent höher als 2010. Der Anstieg lag über dem Bundesdurchschnitt (+9,2 Prozent) und bedeutete Rang sechs im Ländervergleich.



G2 Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2019



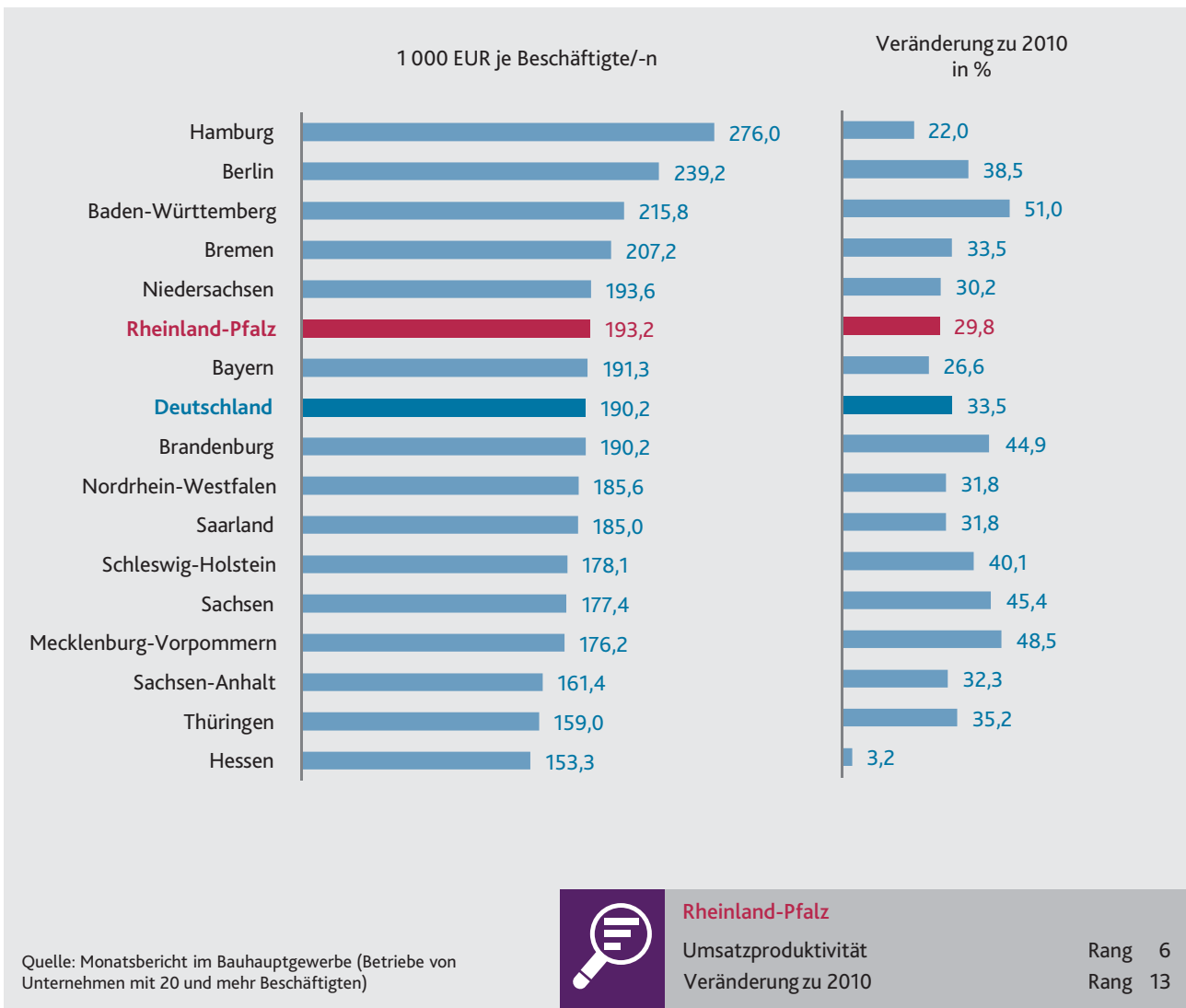
Auslandsgeschäft macht mehr als die Hälfte der Industrieumsätze aus

Der Export hat für die rheinland-pfälzische Industrie einen hohen Stellenwert. Die Unternehmen erzielen mehr als die Hälfte ihrer Umsätze im Ausland. Die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden lag 2019 mit 54 Prozent über dem Bundesdurchschnitt (49 Prozent). Im Ländervergleich belegte Rheinland-Pfalz Rang fünf. Die den rheinland-pfälzischen Export bestimmenden Branchen sind die Chemische Industrie, der Fahrzeugbau und der Maschinenbau. Dort entfallen mehr als 60 Prozent – in der Chemie sogar rund 70 Prozent – der Erlöse auf das Auslandsgeschäft. Am höchsten war die Exportquote in Bremen (63 Prozent) und am niedrigsten in Sachsen-Anhalt (30 Prozent).

Die Handelsbeziehungen mit dem Ausland haben sich in den vergangenen Jahren intensiviert. In fast allen Bundesländern ist die Exportquote gestiegen. In Rheinland-Pfalz war sie 2019 um 4,2 Prozentpunkte höher als 2010. Der Zuwachs lag im Ländervergleich knapp unter dem Durchschnitt; die deutsche Exportquote erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 4,5 Prozentpunkte.



G3 Umsatz im Bauhauptgewerbe 2019



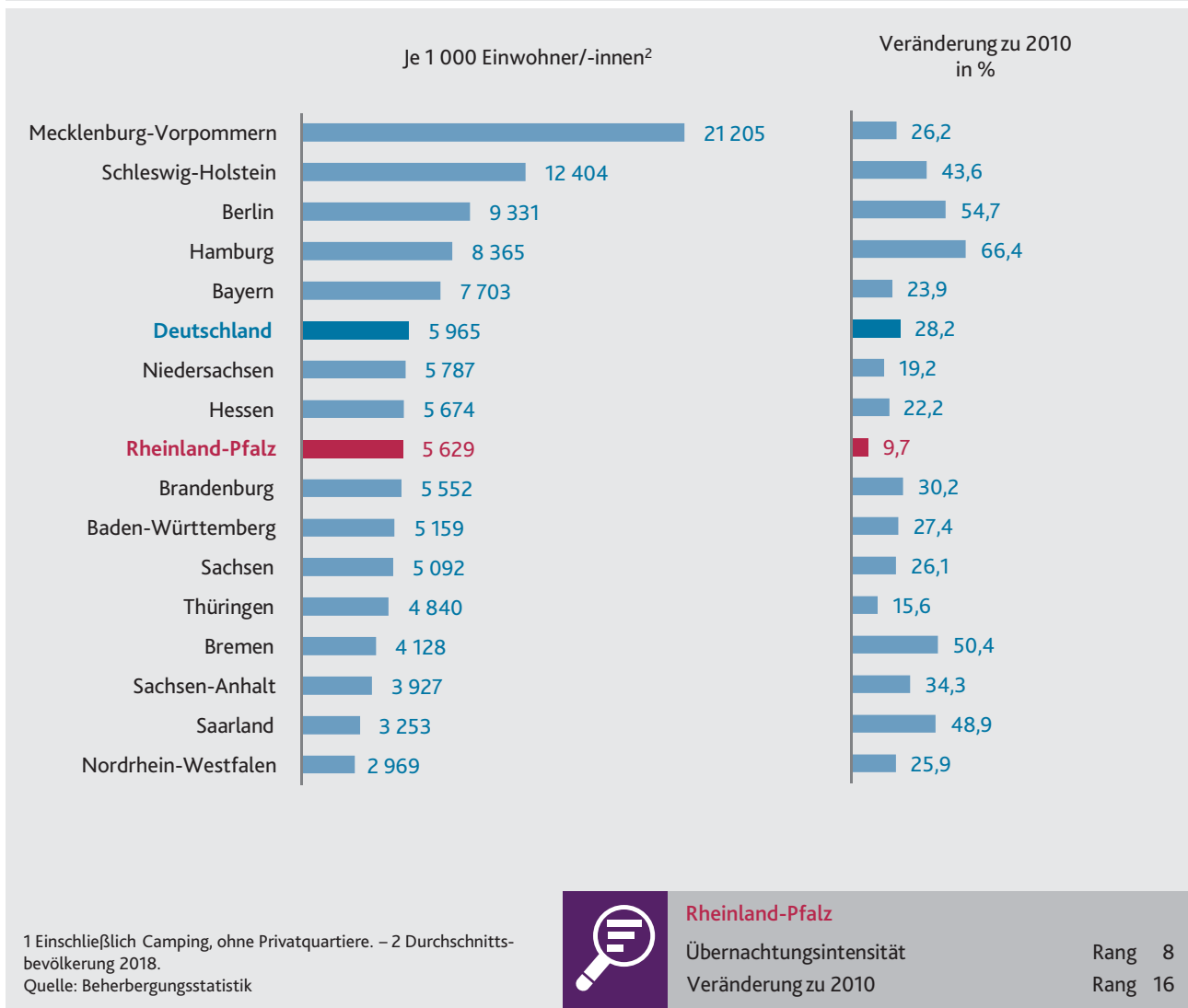
Leicht überdurchschnittliche Umsatzproduktivität im Bauhauptgewerbe

Die mit Abstand höchste Umsatzproduktivität weisen die Betriebe von Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten in Hamburg auf. Ihr Gesamtumsatz je Beschäftigten belief sich 2019 auf 276 000 Euro. Am geringsten war die Produktivität dieser Betriebe in Hessen mit 153 300 Euro je Beschäftigten. In Rheinland-Pfalz lag die Umsatzproduktivität mit 193 200 Euro leicht über dem Bundesdurchschnitt; im Ländervergleich bedeutete dies Rang sechs.

Im Jahr 2019 war die Umsatzproduktivität im Bauhauptgewerbe in allen Bundesländern höher als 2010. Den größten Zuwachs gab es in Baden-Württemberg (+51 Prozent). Rheinland-Pfalz rangiert mit einer Produktivitätssteigerung um 30 Prozent im unteren Bereich. Einem Umsatzplus von 52 Prozent stand ein Beschäftigtenzuwachs um 17 Prozent gegenüber. Die geringste Zunahme der Umsatzproduktivität verzeichnete Hessen (+3,2 Prozent), weil sich die Erlöse nur geringfügig stärker erhöhten als die Beschäftigung.



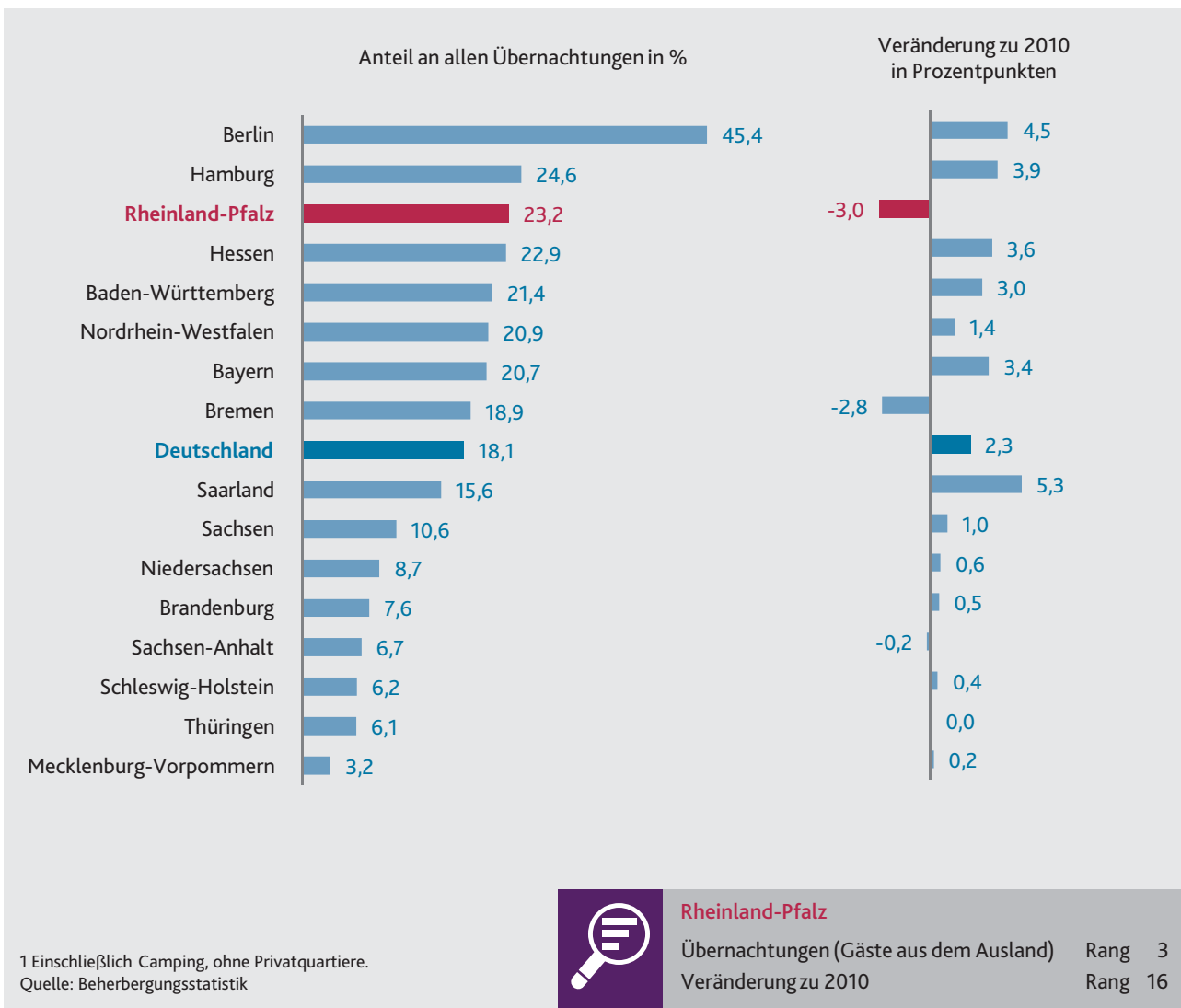
G4 Übernachtungsintensität im Tourismus¹ 2019



Vergleichsweise schwacher Anstieg der Übernachtungsintensität

In Deutschland wurden 2019 rund 496 Millionen Gästeübernachtungen gezählt. Mit 23 Millionen Übernachtungen entfielen 4,6 Prozent auf Rheinland-Pfalz. Ein Indikator für die Bedeutung des Tourismus in einer Region ist die Übernachtungsintensität, die Zahl der Übernachtungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die höchsten Übernachtungsintensitäten wiesen die relativ dünn besiedelten Küstenländer Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein auf. Die Stadtstaaten Berlin und Hamburg folgten auf Rang drei und vier. Rheinland-Pfalz belegte mit 5 600 Übernachtungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner Rang acht und lag unter dem Bundesdurchschnitt (6 000 Übernachtungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die geringste Übernachtungsintensität wies Nordrhein-Westfalen auf.

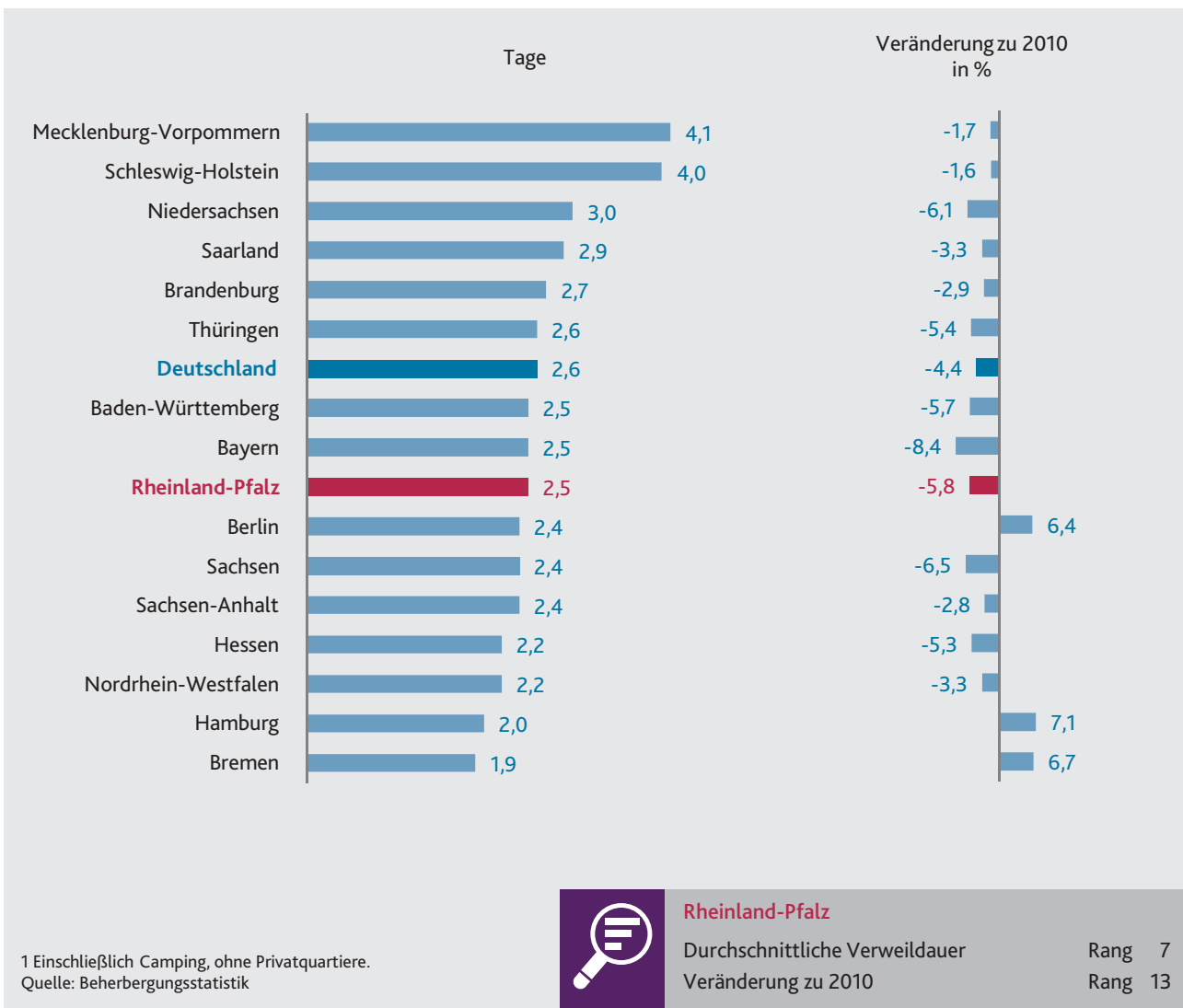
Die Übernachtungsintensität ist zwischen 2010 und 2019 in allen Bundesländern gestiegen. Sie nahm in den Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg um mehr als die Hälfte zu. In Rheinland-Pfalz war die Zahl der Übernachtungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner 2019 nur um 9,7 Prozent höher als 2010.

G5 Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland¹ 2019

Anteil der Übernachtungen der Gäste aus dem Ausland sinkt

Der Anteil der Übernachtungen der Gäste aus dem Ausland variiert stark zwischen den Bundesländern. Eine besondere Anziehungskraft übt die Hauptstadt Berlin aus – dort machten die Übernachtungen von Besucherinnen und Besuchern aus dem Ausland 2019 rund 45 Prozent des Übernachtungsaufkommens aus. In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland mit 23 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im Bundesländervergleich belegte das Land hinter Berlin und Hamburg den dritten Rang.

In den vergangenen Jahren hat Deutschland als Reiseziel bei Gästen aus dem Ausland an Beliebtheit gewonnen. Der Anteil der Übernachtungen von Besucherinnen und Besuchern aus dem Ausland war 2019 um 2,3 Prozentpunkte höher als 2010. Ihr Anteil an den Übernachtungen stieg in fast allen Bundesländern. In Rheinland-Pfalz war der Anteil der Übernachtungen der Gäste aus dem Ausland hingegen rückläufig (-3 Prozentpunkte), da die Gästezahl aus dem Inland stärker zunahm als die Zahl der Gäste aus dem Ausland. Damit war das Land bei der Entwicklung Schlusslicht im Bundesländervergleich.

G6 Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus¹ 2019

Trend zum Kurzurlaub senkt die Verweildauer

Bei der Verweildauer der Übernachtungsgäste gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. So blieben die Gäste 2019 in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlich vier Tage und damit mehr als doppelt so lang wie in Bremen (1,9 Tage). Die Verweildauer der Gäste hängt stark vom Zweck ihres Aufenthalts ab; Urlauberinnen und Urlauber verweilen tendenziell länger als Geschäftsreisende. Daher rangieren die Küstenländer – neben Mecklenburg-Vorpommern auch Schleswig-Holstein und Niedersachsen – auf den vorderen Plätzen, während die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie Nordrhein-Westfalen nur kurze Verweildauern aufweisen. Rheinland-Pfalz lag mit einer Verweildauer von 2,5 Tagen etwas unter dem Bundesdurchschnitt (2,6 Tage).

Der seit Jahren zu beobachtende Trend zum Kurzurlaub hält an. In vielen Bundesländern war die durchschnittliche Verweildauer 2019 geringer als 2010. Eine Ausnahme bilden die Stadtstaaten, die 2019 alle längere Verweildauern aufwiesen. In Rheinland-Pfalz war der Rückgang mit –5,8 Prozent überdurchschnittlich.





9 Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

Hochtechnologiebranchen

Gründungsintensität

Forschung und Entwicklung

Wissensintensive Dienstleistungsbranchen

Hochschulabschluss

Gewerbeanmeldungen

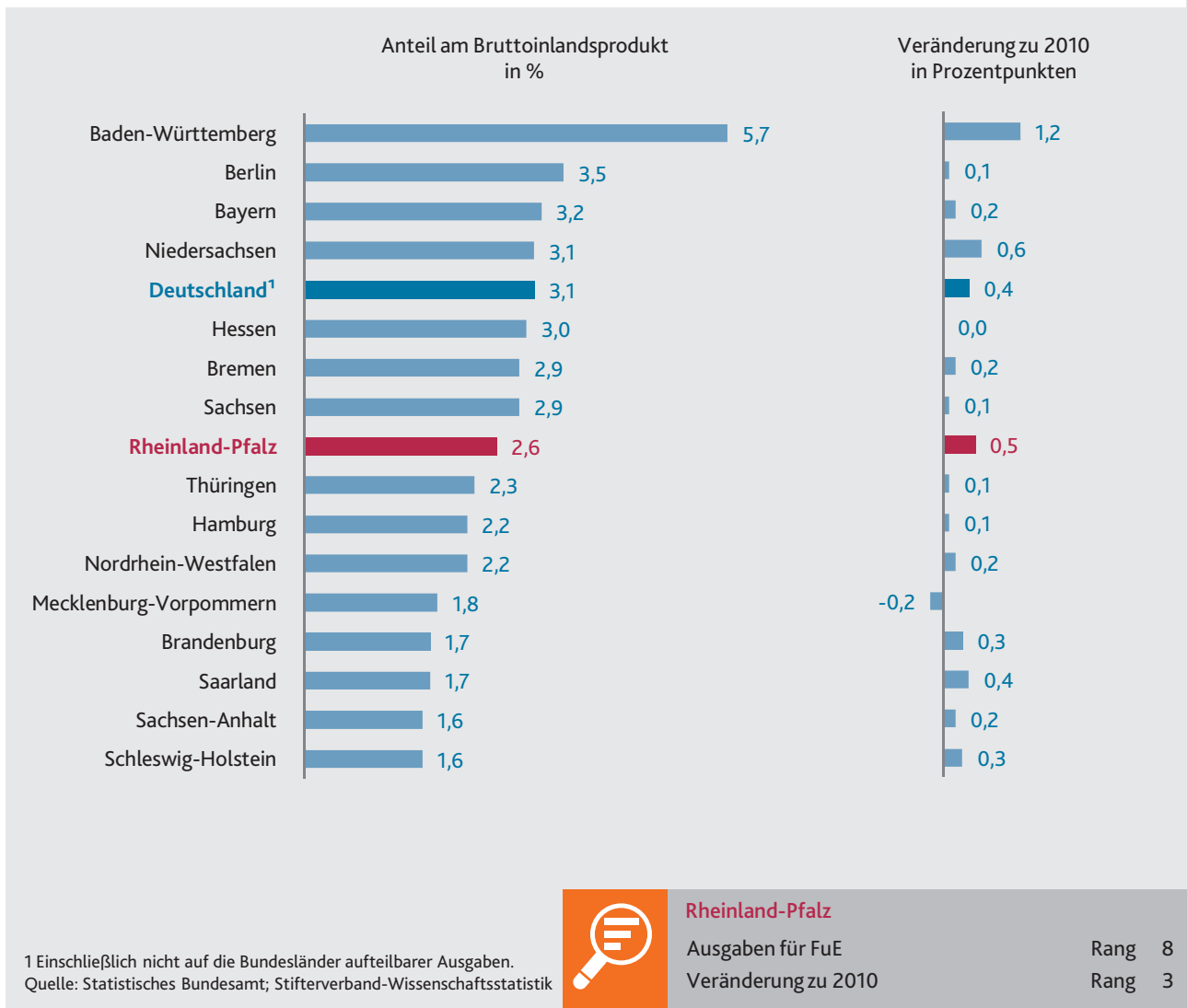
Insolvenzen

Innovationsindex

Patentdichte



G1 Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) 2018



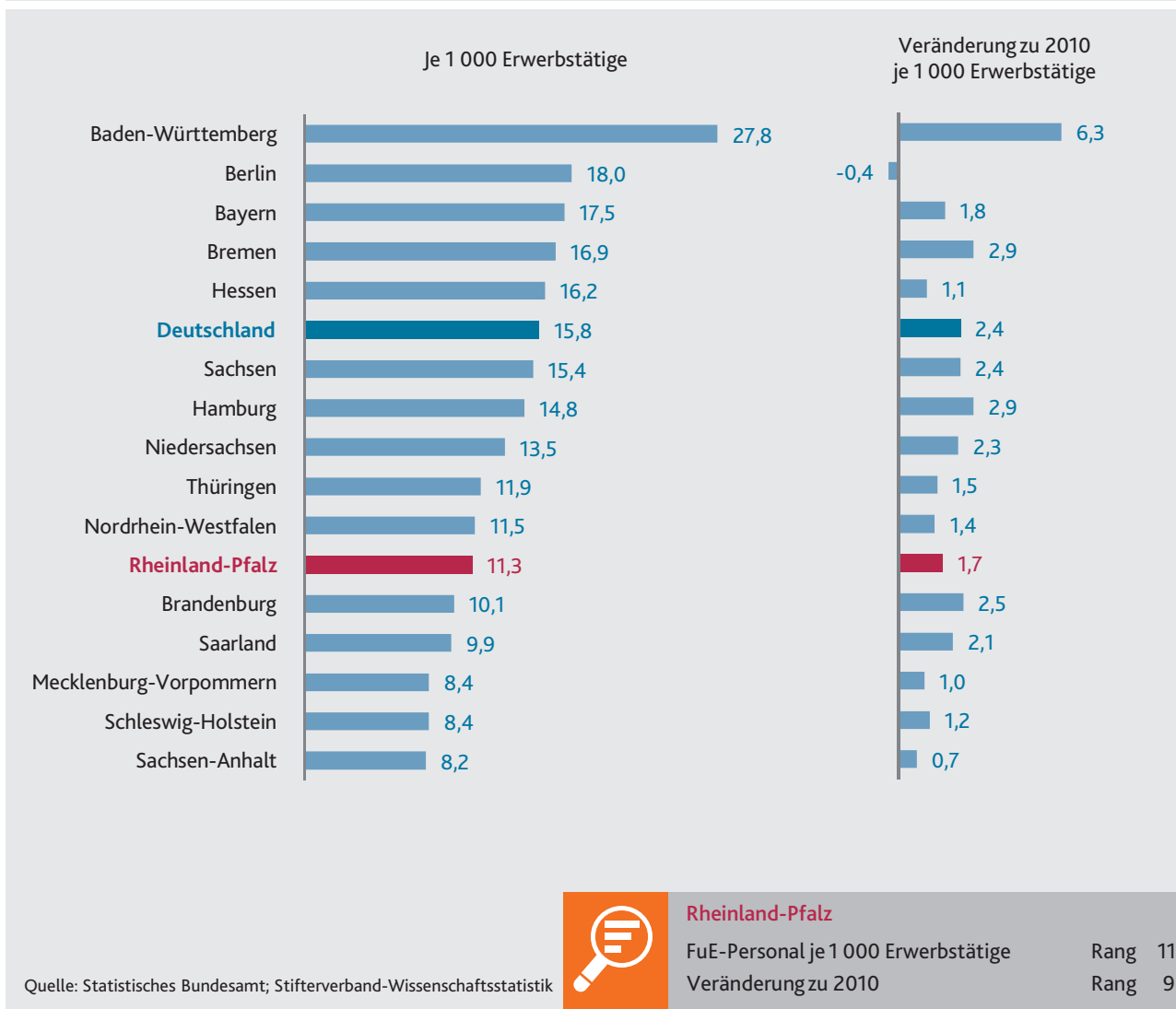
FuE-Intensität nimmt zu

Forschung und Entwicklung (FuE) ist eine wichtige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und die Mehrung des Wohlstands in einer Volkswirtschaft. Die EU hat sich daher mit der Strategie „Europa 2020“ das Ziel gesetzt, die sogenannte FuE-Intensität – den Anteil der Ausgaben für FuE am Bruttoinlandsprodukt – auf drei Prozent zu erhöhen. Deutschland überschritt 2018 mit einem Ausgabenanteil von 3,1 Prozent bereits diesen Zielwert. In Rheinland-Pfalz ist die FuE-Intensität unterdurchschnittlich (2018: 2,6 Prozent), was mit der vergleichsweise geringen Zahl institutioneller Forschungsstätten im Land zusammenhängen dürfte. In Rheinland-Pfalz wird ein Großteil der FuE-Ausgaben von der Wirtschaft getragen. Im Jahr 2018 lag ihr Anteil bei 73 Prozent; das war im Bundesländervergleich der vierthöchste Anteilswert.

Zwischen 2010 und 2018 ist die FuE-Intensität in Rheinland-Pfalz mit +0,5 Prozentpunkten stärker gestiegen als im Bundesdurchschnitt; nur in Baden-Württemberg und in Niedersachsen gab es höhere Zuwächse. Dadurch verbesserte sich Rheinland-Pfalz im Ländervergleich vom zehnten auf den achten Rang.



G2 FuE-Personal (Vollzeitäquivalente) 2018



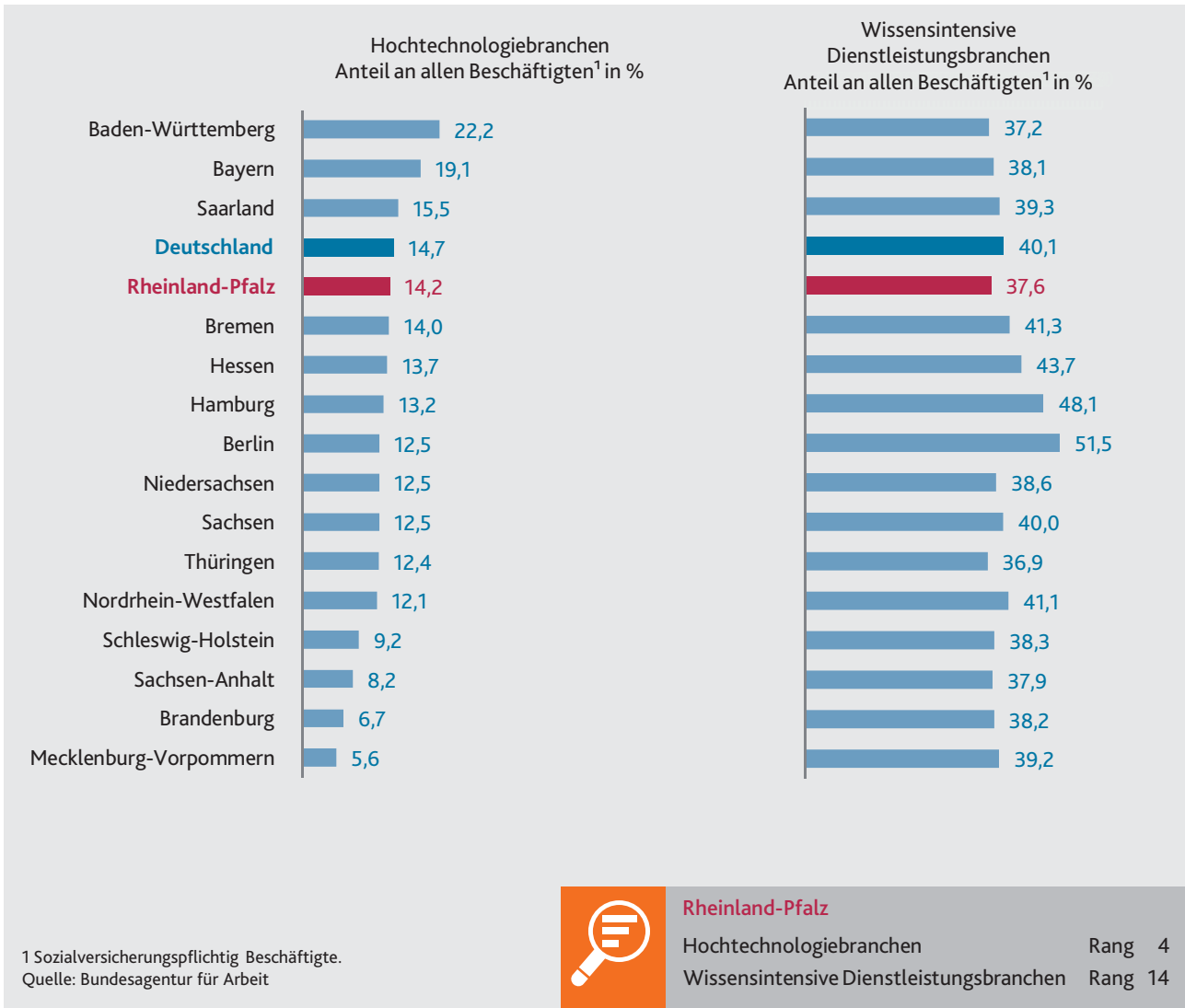
Mehr Beschäftigung im Bereich Forschung und Entwicklung

In Rheinland-Pfalz wurde 2018 Personal im Umfang von 23 100 Vollzeitäquivalenten im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) eingesetzt; das waren 26 Prozent mehr als 2010. Zwei Drittel davon entfielen auf die Wirtschaft, 22 Prozent auf die Hochschulen und elf Prozent auf den Staatssektor, d. h. auf wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb der Hochschulen, die überwiegend vom Staat finanziert werden.

Rechnerisch kamen 2018 auf 1000 Erwerbstätige elf Vollzeitbeschäftigte im Bereich Forschung und Entwicklung. Damit ist die Bedeutung des Forschungssektors für den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich; der Bundesdurchschnitt lag bei fast 16 Vollzeitäquivalenten je 1000 Erwerbstätige. Im Ländervergleich belegte Rheinland-Pfalz Rang elf; mit Abstand an der Spitze stand Baden-Württemberg mit 28 Vollzeitäquivalenten. Längerfristig ist der Anteil der Beschäftigten im FuE-Bereich an den Erwerbstätigen in fast allen Bundesländern gestiegen; nur in Berlin lag die Zahl der Vollzeitäquivalente je 1000 Erwerbstätige 2018 unter dem Niveau von 2010.



G3 Beschäftigte in Hochtechnologiebranchen und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen 2019

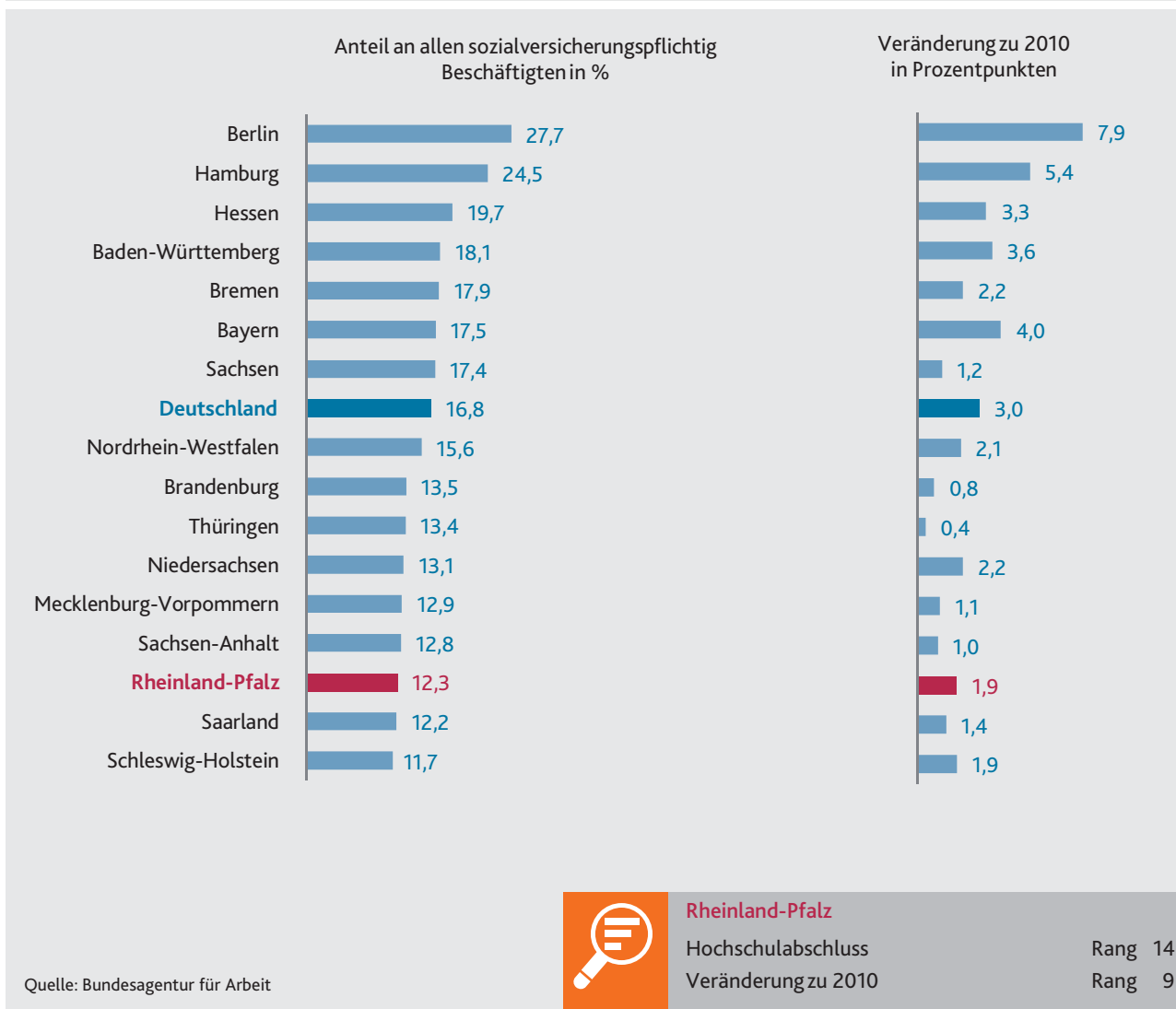


Beschäftigung in den „Zukunftsbranchen“ leicht unterdurchschnittlich

Branchen, in denen unter Verwendung von Spitzentechnologie oder hoch qualifiziertem Personal produziert wird, werden oft als „Zukunftsbranchen“ bezeichnet, weil ihnen ein hohes Wertschöpfungspotenzial zugeschrieben wird. Diese Bereiche werden nach einer EU-Systematik in „Hochtechnologiebranchen“ (z. B. Chemische Industrie, Maschinenbau, Forschung und Entwicklung) bzw. „wissensintensive Dienstleistungsbranchen“ (z. B. Kredit- und Versicherungsgewerbe, Forschung und Entwicklung, Gesundheits- und Sozialwesen) unterteilt. Hierzulande arbeiten gut 14 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer Hochtechnologiebranche; das ist der vierthöchste Wert im Ländervergleich. Vor allem die hohe Zahl der Beschäftigten in der Chemieindustrie trägt zu diesem Ergebnis bei. Im industriegeprägten Baden-Württemberg ist sogar mehr als jede bzw. jeder fünfte Beschäftigte im High-Tech-Bereich tätig. In den wissensintensiven Dienstleistungsbereichen arbeiten hingegen verhältnismäßig wenige Menschen in Rheinland-Pfalz. Vor allem in den Dienstleistungsbereichen der Informationstechnologie und der Unternehmensberatung sind die Anteile der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz geringer als im Bundesdurchschnitt.



G4 Beschäftigte mit Hochschulabschluss 2019



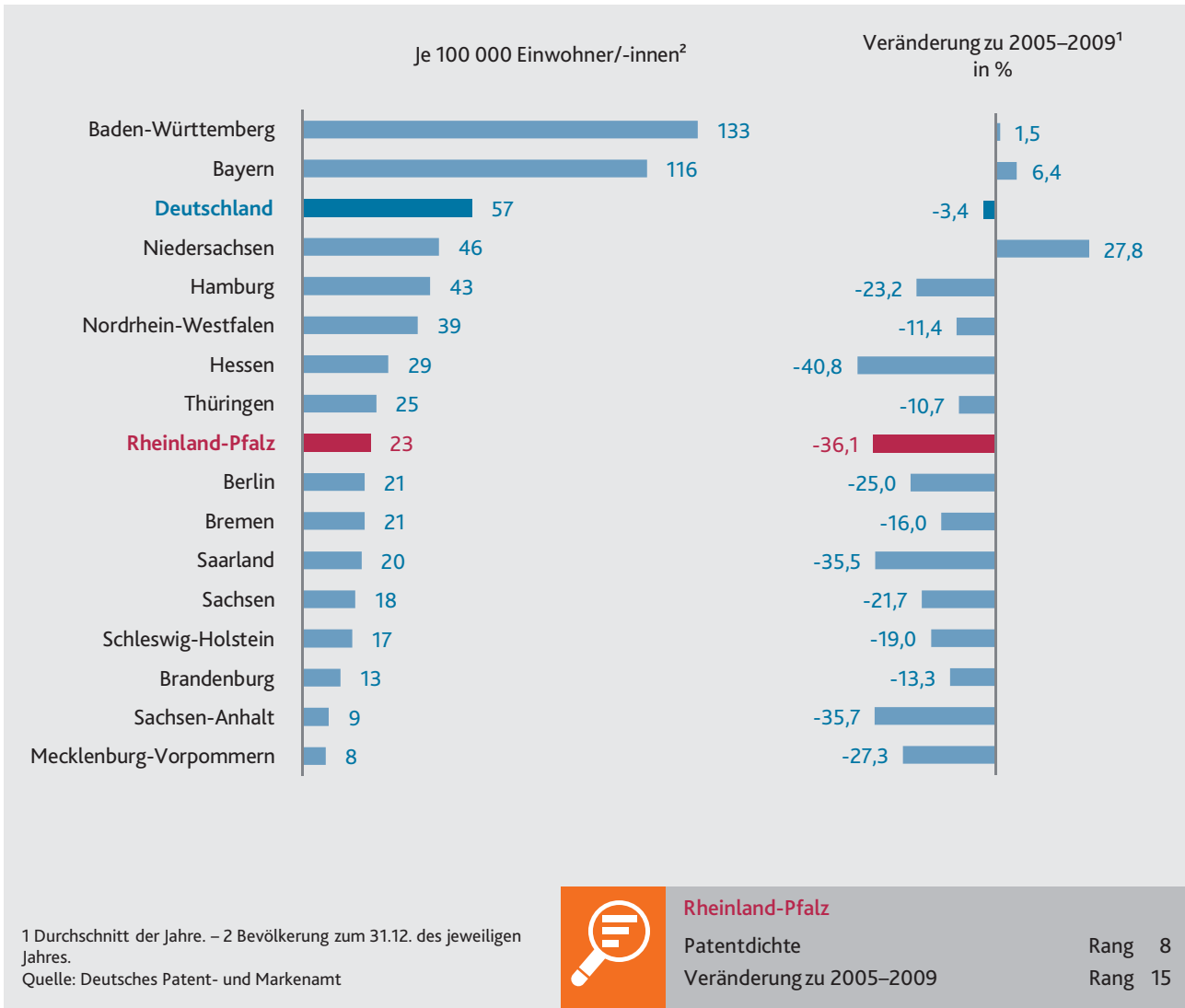
Vergleichsweise wenige Hochqualifizierte unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Die Entwicklung und Herstellung hochtechnologischer Produkte und Produktionsverfahren setzen hohe Qualifikationen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Unternehmen und Forschungseinrichtungen voraus. Diese Qualifikationen werden in der Regel mit einem Hochschulabschluss erworben.

Der Anteil der Akademikerinnen und Akademiker an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in allen Bundesländern seit 2010 weiter gestiegen. In Rheinland-Pfalz wuchs der Anteil mit +1,9 Prozentpunkten deutlich langsamer als im Bundesdurchschnitt (+3 Prozentpunkte). Mit einem Plus von 7,9 Prozentpunkten erhöhte sich die Zahl der abhängig Beschäftigten mit einem Hochschulabschluss in Berlin am kräftigsten. In der Bundeshauptstadt war deren Anteil mit knapp 28 Prozent 2019 zudem am höchsten. Von den abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz haben dagegen nur rund zwölf Prozent einen Hochschulabschluss erworben, das entspricht dem drittniedrigsten Wert im Ländervergleich.



G5 Patentdichte 2015–2019¹



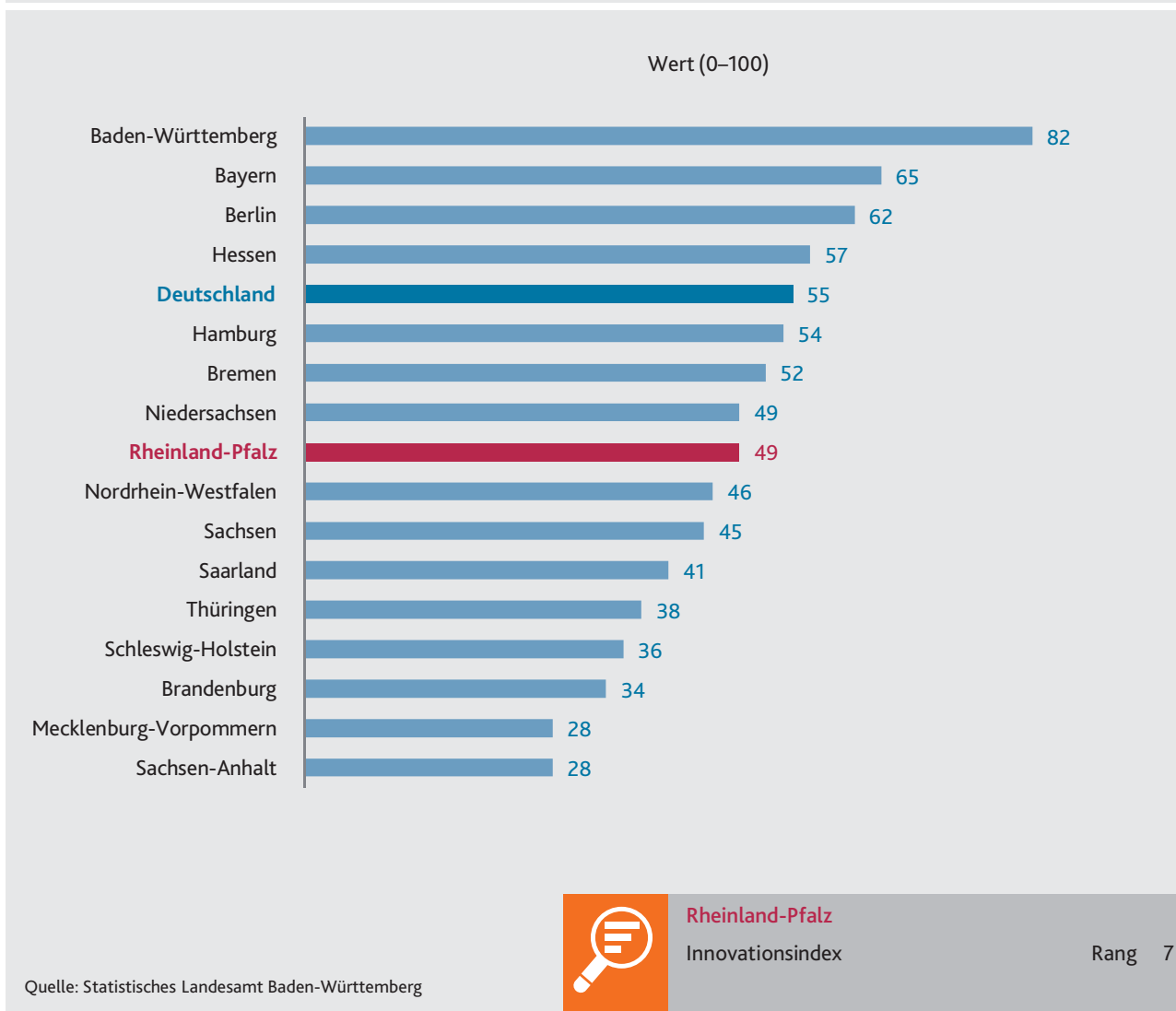
Patentaktivitäten rheinland-pfälzischer Erfinderinnen und Erfinder gehen zurück

Die Zahl der Patentanmeldungen gibt Hinweise über Innovationsanstrengungen. In den Jahren 2015 bis 2019 erfolgten beim Deutschen Patentamt je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner durchschnittlich 23 Patentanmeldungen von in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen oder Einzelerfinderinnen und -erfindern. Damit erreicht Rheinland-Pfalz den achten Rang im Ländervergleich. Wegen der herausragenden Positionen von Baden-Württemberg und Bayern liegt das Land aber deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 57 Patenten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Mehr als 60 Prozent dieser Patentanmeldungen kamen aus Baden-Württemberg und Bayern.

In Rheinland-Pfalz hat die Zahl der Anmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner gegenüber dem Zeitraum 2005 bis 2009 um mehr als ein Drittel abgenommen (–36 Prozent). Der stärkste Rückgang im Ländervergleich war in Hessen zu verzeichnen (–41 Prozent). Zunahmen waren lediglich in Niedersachsen (+28 Prozent), Bayern (+6,4 Prozent) und Baden-Württemberg (+1,5 Prozent) festzustellen.



G6 Innovationsindex 2018



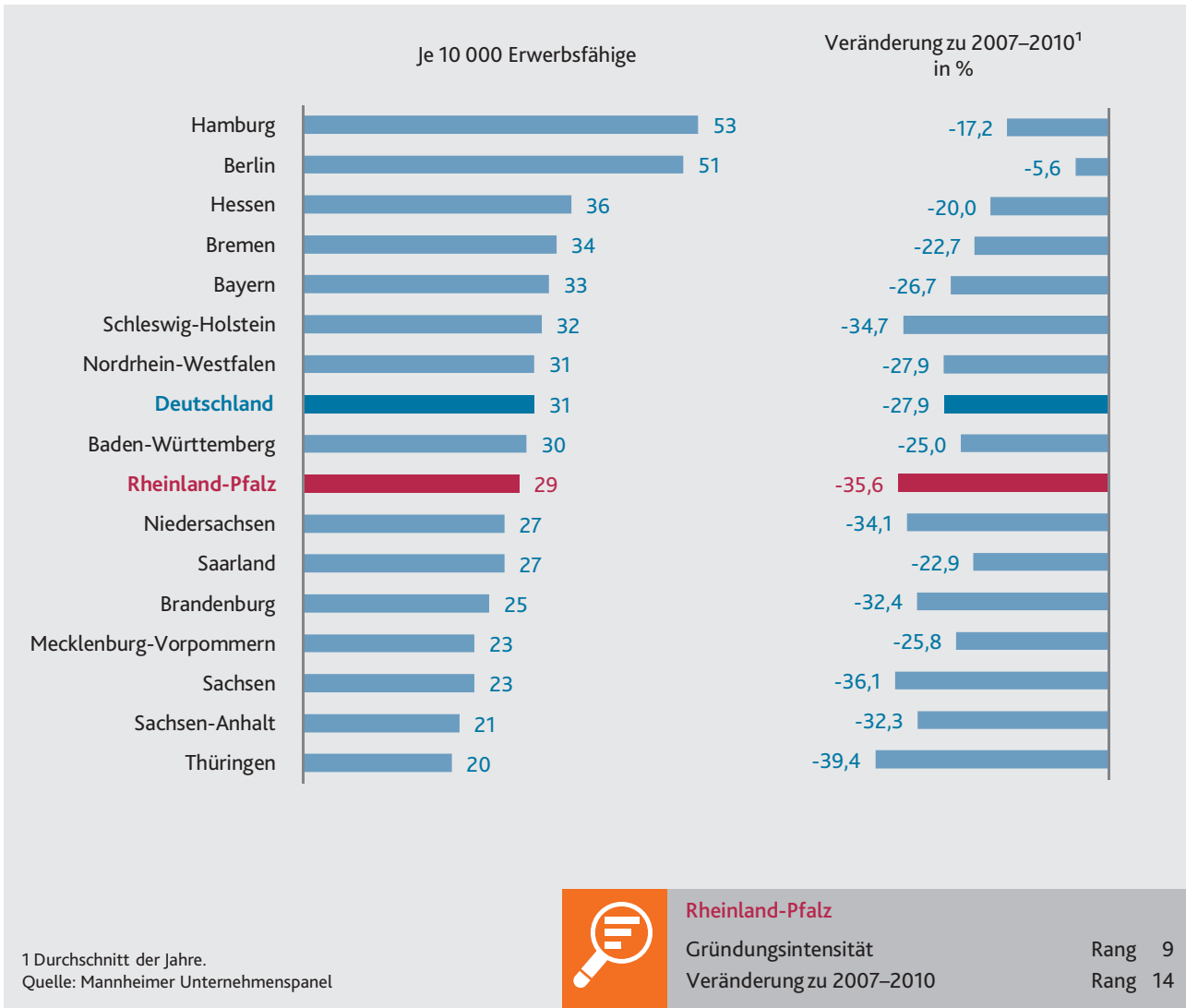
Steigende Innovationskraft

Innovationen, d. h. neue oder verbesserte Produkte, Prozesse und Dienstleistungen, sind eine wichtige Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung. Der Innovationsindex wird vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für die Länder bzw. Regionen der Europäischen Union berechnet.

Rheinland-Pfalz belegt beim Innovationsindex 2018 mit einem Indexwert von 49 Punkten gemeinsam mit Niedersachsen Platz sieben im Bundesländerranking. Im Vergleich zu 2016 hat sich Rheinland-Pfalz damit um einen Platz verbessert. Deutscher wie europäischer Spitzenreiter ist Baden-Württemberg mit einem Wert von 82 Punkten. Auf Platz zwei folgt Bayern mit einem Innovationsindex von 65 Punkten. Schlusslichter im Ländervergleich sind Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 28 Punkte). Unter den europäischen Staaten ist Deutschland Spitzenreiter.



G7 Gründungsintensität 2015–2018¹



Gründergeist in Rheinland-Pfalz wird schwächer

Die Intensität der Unternehmensgründungen spiegelt nicht nur den kreativen Unternehmergeist in einer Region wieder, sondern zeigt darüber hinaus Potenziale für Beschäftigungseffekte an einem Wirtschaftsstandort auf. Durch neue Produkte und Dienstleistungen fördern Start-ups zudem den Wettbewerb mit bestehenden Unternehmen und sind damit ein Treiber für den technologischen Fortschritt.

Bundesweit war die Zahl der Unternehmensgründungen je 10 000 Erwerbsfähige laut dem Mannheimer Unternehmenspanel des ZEW (Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) im Berichtszeitraum 2015 bis 2018 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2007 bis 2010 rückläufig: Sie sank von 43 auf 31. Die Gründungsintensität in Rheinland-Pfalz belief sich 2015 bis 2018 auf 29 Gründungen je 10 000 Erwerbsfähige. Dies entspricht dem neunten Platz im Ländervergleich. Im Zeitraum 2007 bis 2010 belegte Rheinland-Pfalz mit einer Intensität von 45 noch den vierten Rang. Damit entwickelte sich die Gründungsintensität hierzulande unterdurchschnittlich (Rheinland-Pfalz: –36 Prozent; Deutschland: –28 Prozent).



G8 Gewerbeanmeldungen 2019



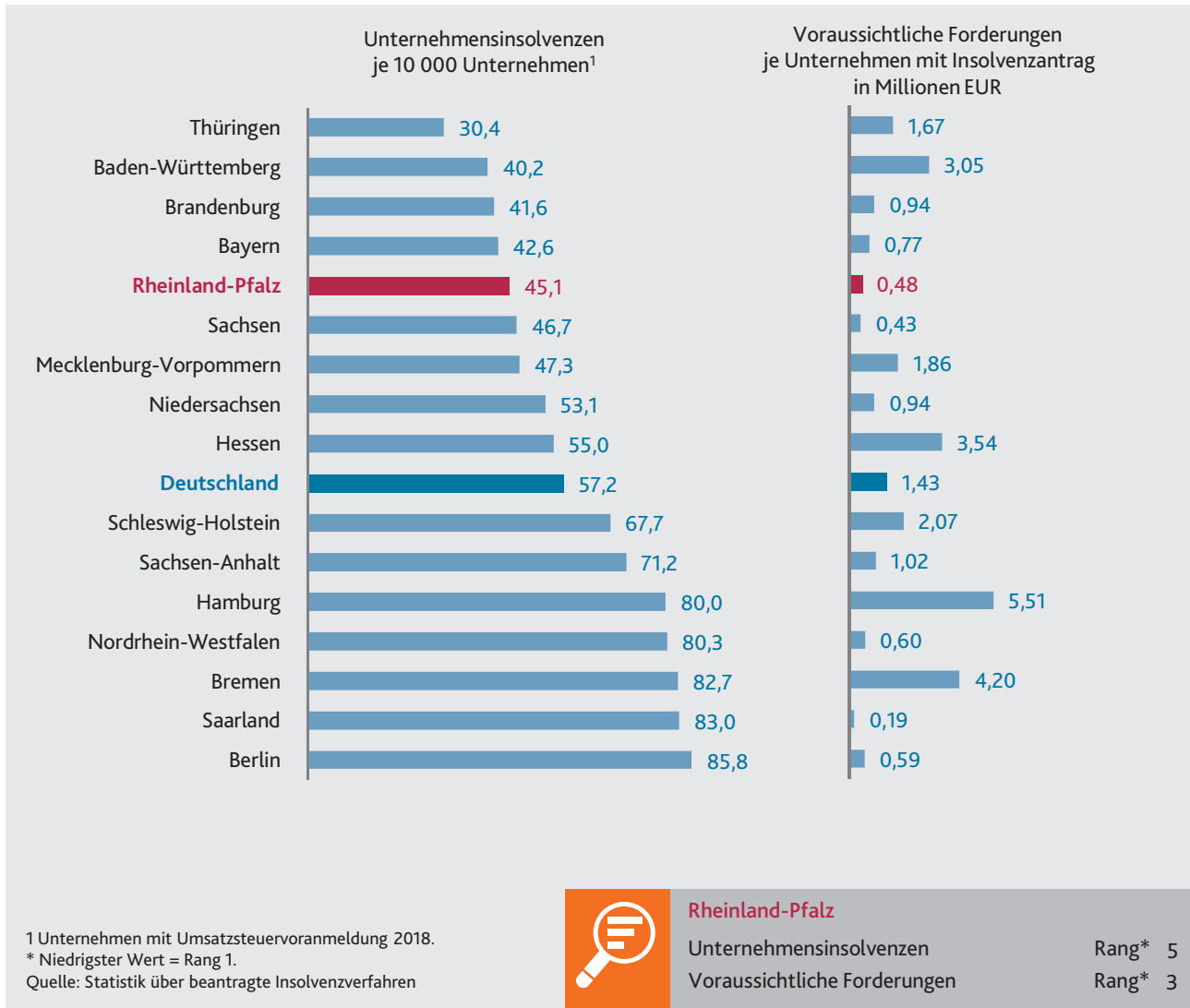
Gewerbeanmeldungen je Einwohnerin und Einwohner etwa im Bundesdurchschnitt

Im Jahr 2019 nahmen die Gewerbeämter in Rheinland-Pfalz 31 373 Gewerbeanmeldungen auf. Dies entspricht knapp 77 Anmeldungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer auf Rang neun.

Die meisten Gewerbeanmeldungen betrafen Neugründungen (83 Prozent). Die restlichen Anmeldungen waren Umwandlungen, Zuzüge oder Übernahmen. Nur ein Fünftel der Neugründungen in Rheinland-Pfalz waren sogenannte Betriebsgründungen, d. h. Gründungen von Unternehmen mit voraussichtlich größerer wirtschaftlicher Relevanz. Zu ihnen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie alle Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Nur in drei Bundesländern war der Anteil der Betriebsgründungen niedriger. Dementsprechend hoch war hier der Anteil der sonstigen Neugründungen. Diese beinhalten die Gründung von Klein- oder Nebenerwerbsbetrieben.



G9 Unternehmensinsolvenzen 2019



Fünftniedrigste Insolvenzhäufigkeit

Im Jahr 2019 beantragten 701 Unternehmen bei den Insolvenzgerichten in Rheinland-Pfalz die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Dies entspricht 45 Anträgen je 10 000 Unternehmen, die 2018 Umsatzsteuervoranmeldungen getätigt haben. Damit verzeichnete Rheinland-Pfalz die fünftniedrigste Insolvenzhäufigkeit. Die Unternehmensinsolvenzen nahmen seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 stetig ab.

Von den beantragten Verfahren wurden mit knapp drei Viertel vergleichsweise wenige eröffnet, d. h. rund ein Viertel der Anträge wurde mangels Masse abgelehnt. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubigerinnen und Gläubiger je Unternehmen betragen knapp 476 000 Euro. Dies ist der drittniedrigste Wert in Deutschland. In Rheinland-Pfalz sind vergleichsweise viele Einzelunternehmen angesiedelt. Der Umfang des Geschäfts der Einzelunternehmen und damit auch die eingegangenen Verbindlichkeiten sind in der Regel überschaubar. Ehemals selbstständig Tätige werden nicht zur Schuldnergruppe der Unternehmen gezählt, und zwar auch dann nicht, wenn gegen sie ein Regelinsolvenzverfahren eröffnet wurde.



10 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

Teilzeitbeschäftigte

Arbeitsvolumen

Erwerbstätige

Geringfügig entlohnte Beschäftigte

Arbeitslosenquote

Frauenerwerbsquote

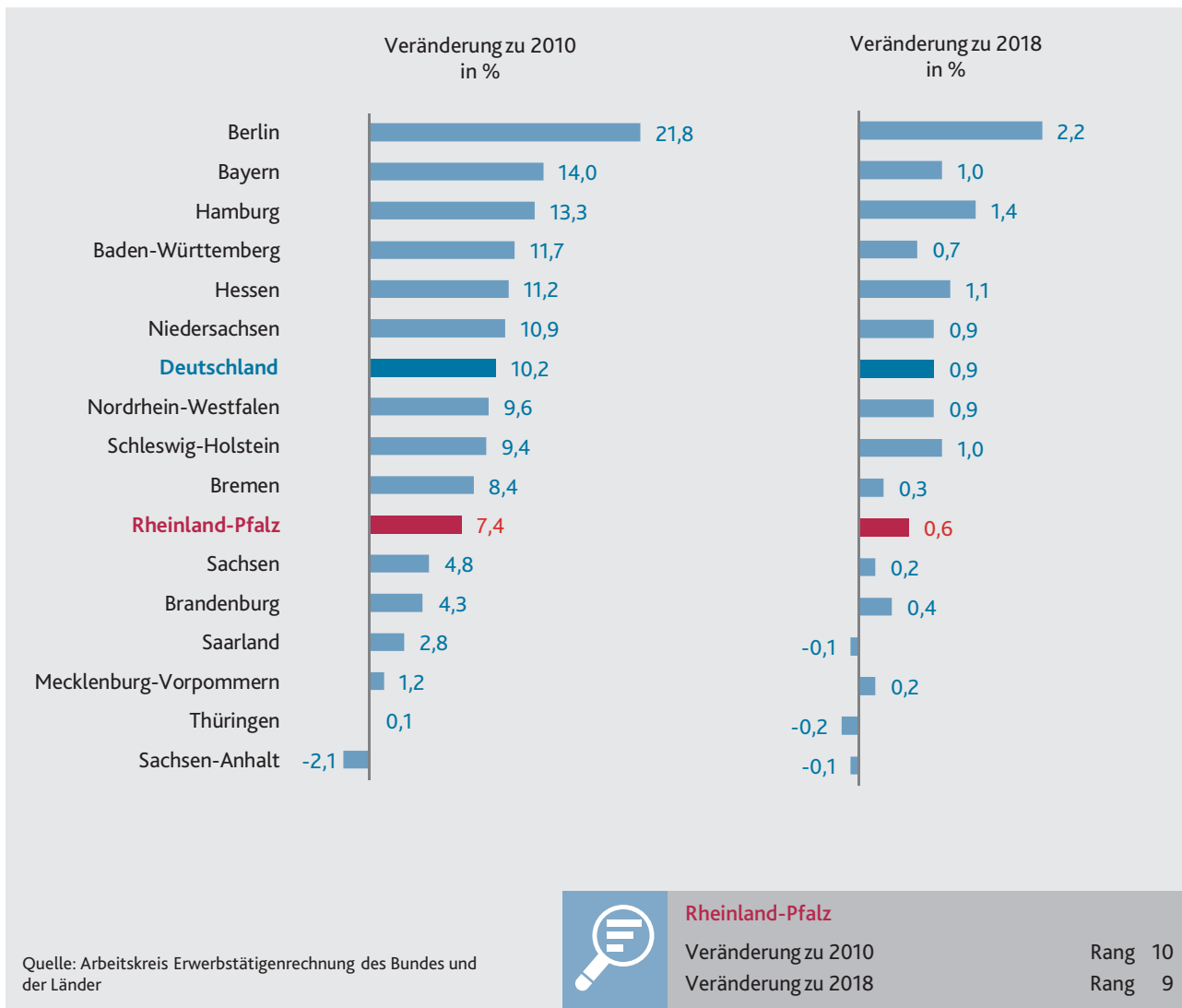
Arbeitsplatzdichte

Berufspendler/-innen

Selbstständige



G1 Erwerbstätige am Arbeitsort 2019



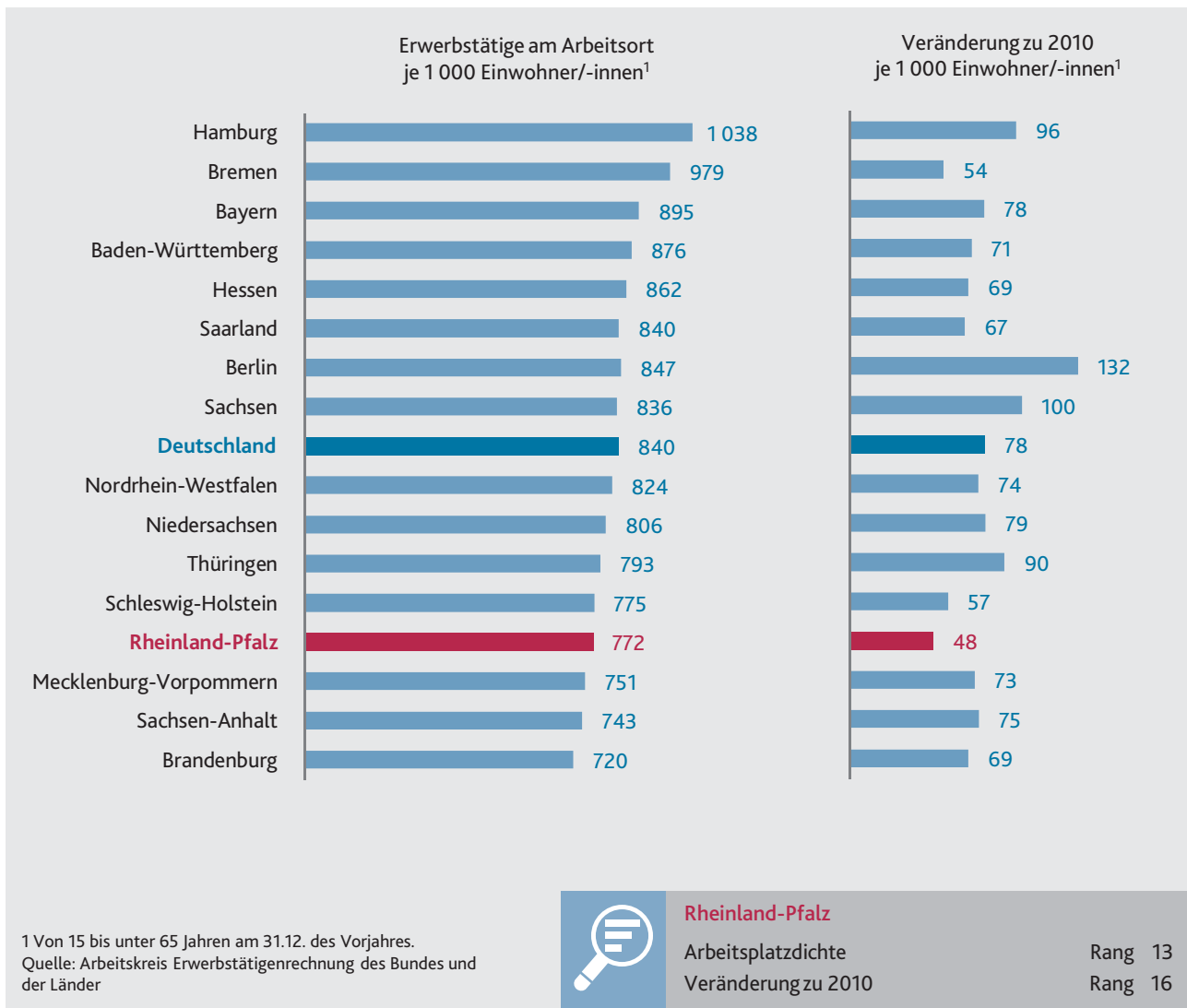
Zahl der Erwerbstätigen wächst vor allem im Baugewerbe

Mehr als 2,05 Millionen Erwerbstätige hatten 2019 ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz. Die Erwerbstätigkeit erreichte damit einen neuen Höchststand. Seit 2010 stieg sie um 7,4 Prozent und damit langsamer als im Durchschnitt aller Länder (+10 Prozent). Sowohl die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe als auch in den Dienstleistungsbereichen blieb hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. In Berlin war der langfristige Anstieg mit +22 Prozent – bedingt durch ein kräftiges Plus in den Dienstleistungsbereichen – fast dreimal so hoch.

Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz mit +0,6 Prozent ebenfalls leicht unterdurchschnittlich (Deutschland: +0,9 Prozent). Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden in Berlin (+2,2 Prozent). Vor allem der Dienstleistungssektor entwickelte sich im Bundesdurchschnitt besser als in Rheinland-Pfalz (+0,9 bzw. +0,6 Prozent). In Berlin war der Beschäftigungsanstieg in diesem Sektor mit +2,4 Prozent am kräftigsten. Wachstumsimpulse in Rheinland-Pfalz kamen vor allem aus dem Baugewerbe: Hier stieg die Zahl der Arbeitsplätze gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent).



G2 Arbeitsplatzdichte 2019



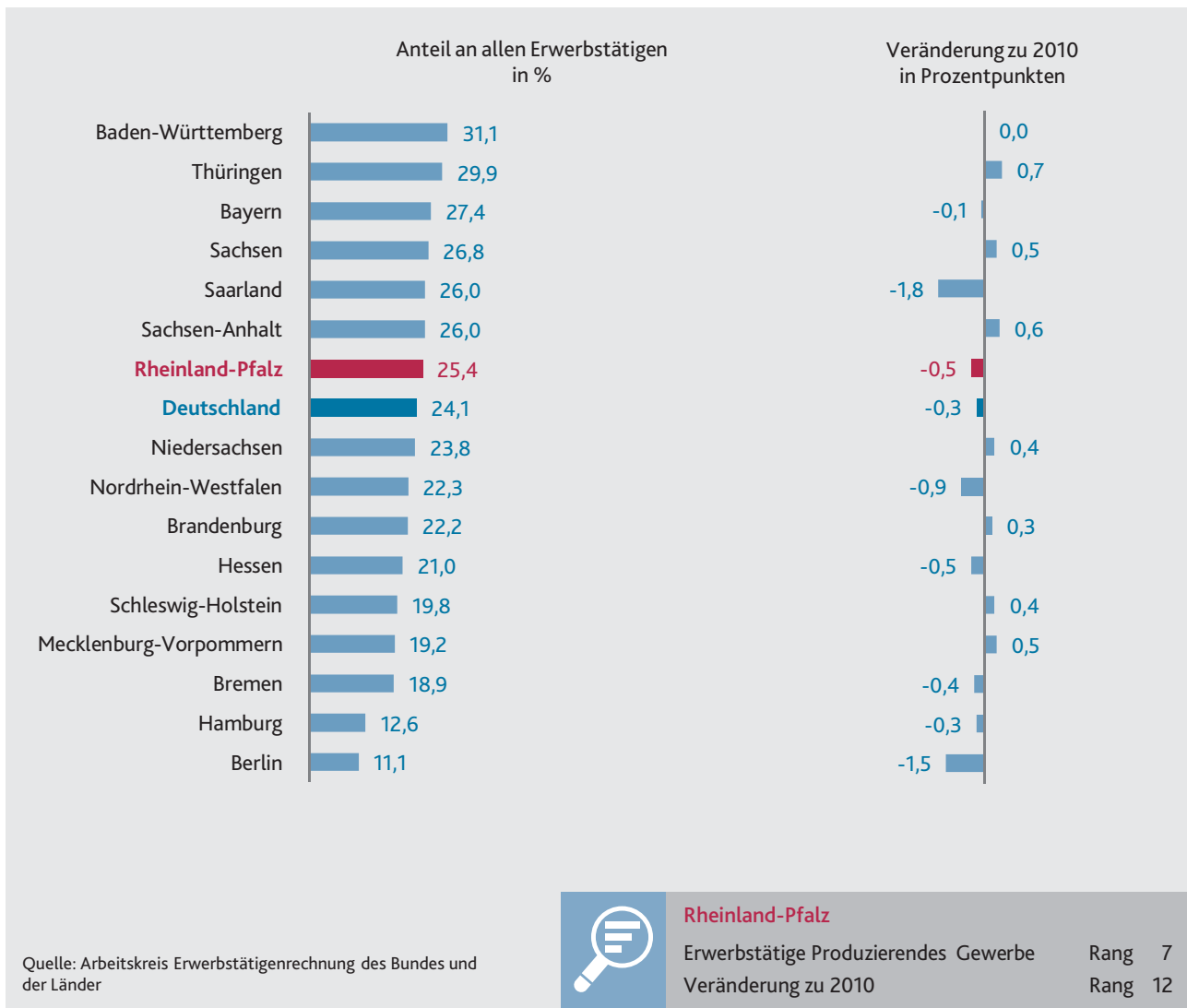
Hoher Anteil an Auspendlern führt zu niedriger Arbeitsplatzdichte

Die Arbeitsplatzdichte ist eine demografische Kennzahl und gibt Auskunft über das Verhältnis von Arbeitsplätzen zur Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15- bis 65-Jährige). In Rheinland-Pfalz lag die Kennzahl 2019 bei 772 Arbeitsplätzen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, dies entspricht im Ranking einem Platz im hinteren Mittelfeld. Hauptgrund für dieses Ergebnis ist die hohe Zahl der Auspendlerinnen und Auspendler, die in Rheinland-Pfalz leben, aber außerhalb arbeiten.

Verglichen mit den anderen Ländern stieg die Arbeitsplatzdichte in Rheinland-Pfalz seit 2010 am langsamsten. Bis 2019 entstanden lediglich 48 neue Arbeitsplätze je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (Deutschland: +78 Arbeitsplätze). Dies hat zwei Gründe: In den westdeutschen Bundesländern fiel der Anstieg der Arbeitsplatzdichte kräftiger aus, weil die Zahl der Arbeitsplätze dort stärker stieg als in Rheinland-Pfalz. In den östlichen Bundesländern entstanden zwar prozentual weniger neue Arbeitsplätze, dennoch stieg die Kennzahl dort – aufgrund der sinkenden Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter – stärker als hierzulande.



G3 Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe 2019



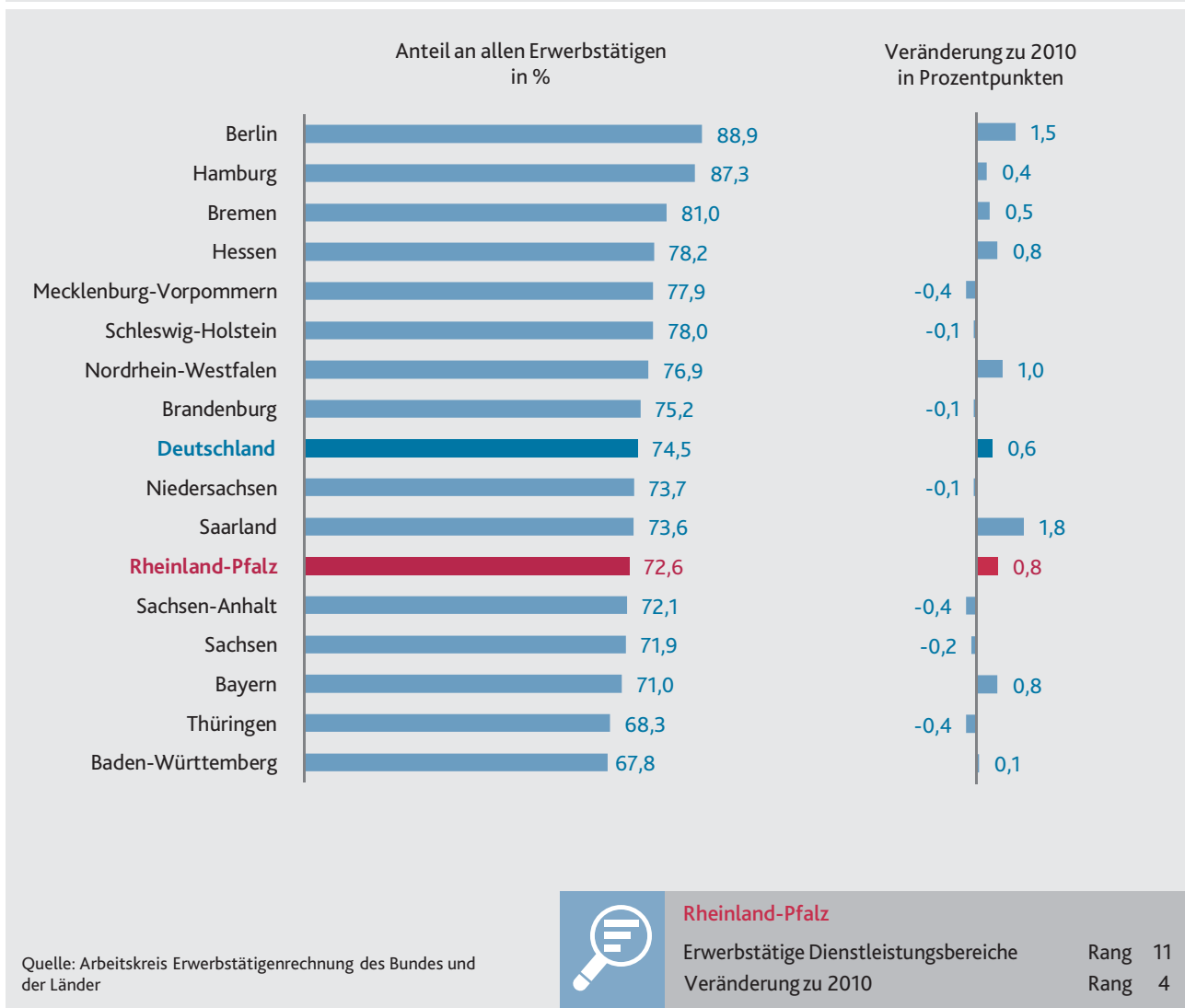
Überdurchschnittlicher Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe umfasst im Wesentlichen das Verarbeitende Gewerbe sowie das Baugewerbe und trägt knapp 30 Prozent zur Bruttowertschöpfung Deutschlands bei. Der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe unterscheidet sich erheblich zwischen den Bundesländern. Während im industriegeprägten Baden-Württemberg 31 Prozent aller Erwerbstätigen in diesem Bereich beschäftigt sind, liegt der Anteil in Berlin bei nur elf Prozent. In Rheinland-Pfalz ließen sich 2019 gut ein Viertel der Arbeitsplätze dem Produzierenden Gewerbe zuordnen (Deutschland: 24 Prozent).

Der strukturelle Wandel vom sekundären zum tertiären Sektor wirkte sich mittelfristig auf den Arbeitsmarkt weniger stark aus. Hierzulande fiel der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe seit 2010 um lediglich 0,5 Prozentpunkte (Deutschland: -0,3 Prozentpunkte). In den östlichen Bundesländern (ohne Berlin) stieg der Anteil seit 2010 aufgrund stagnierender Erwerbstätigenzahlen im tertiären Sektor sogar leicht (+0,5 Prozentpunkte). Stark war der Rückgang im Saarland und in Berlin (-1,8 bzw. -1,5 Prozentpunkte).



G4 Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen 2019



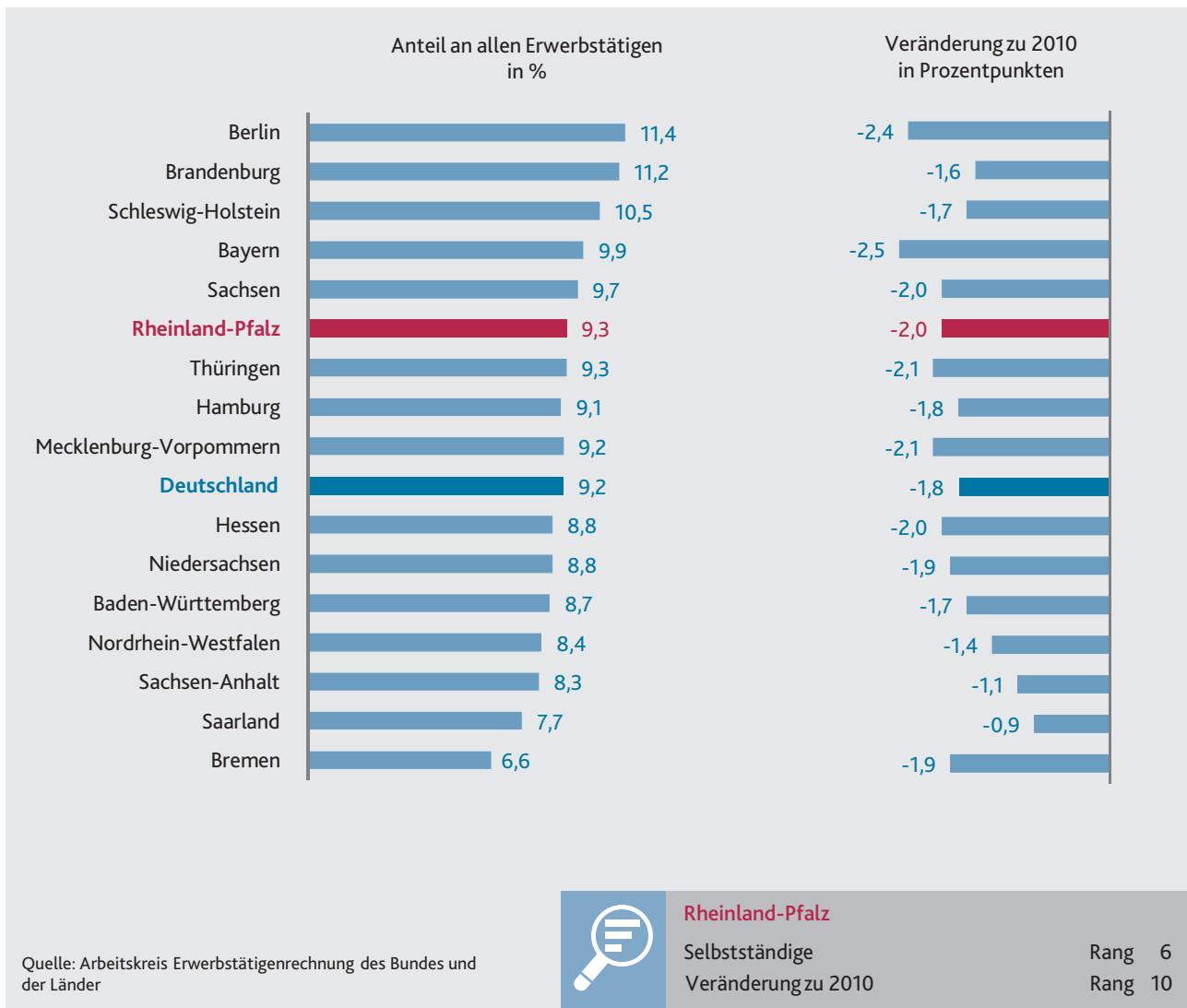
Anteil der Erwerbstätigen der Dienstleistungsbereiche steigt weiter

Der Dienstleistungssektor ist mit einem Wertschöpfungsanteil von 69 Prozent der wirtschaftlich bedeutendste Sektor in Deutschland und ist im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe deutlich personalintensiver: Etwa drei Viertel aller Erwerbstätigen in Deutschland hatten dort 2019 ihren Arbeitsplatz. Dabei reicht der Anteil von 68 Prozent in Baden-Württemberg bis zu 89 Prozent in Berlin. In Rheinland-Pfalz ist der Anteil leicht unterdurchschnittlich, was auch auf die verhältnismäßig hohe Zahl der Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe und in der Landwirtschaft zurückzuführen ist.

In Rheinland-Pfalz erhöhte sich der Anteil der Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen seit 2010 um 0,8 Prozentpunkte (Deutschland: +0,6 Prozentpunkte). Am deutlichsten fiel der Anstieg im Saarland aus (+1,8 Prozentpunkte). In den östlichen Bundesländern (ohne Berlin) ging der Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen dagegen leicht zurück (-0,3 Prozentpunkte).



G5 Selbstständige 2019



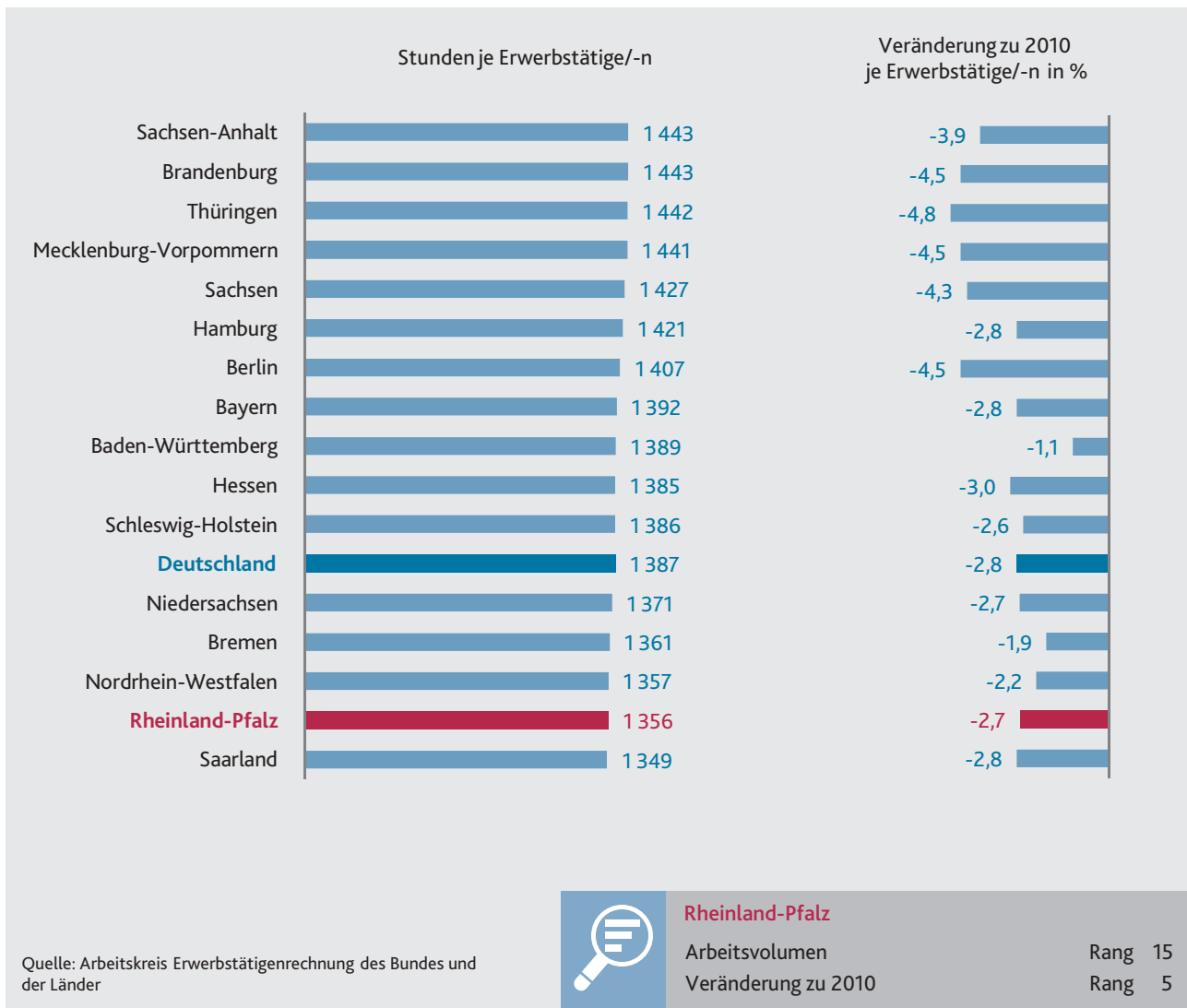
Zahl der Selbstständigen in allen Bundesländern rückläufig

Die Selbstständigen (einschließlich mithelfende Familienangehörige) sind neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Beamtinnen und Beamten sowie den marginal Beschäftigten eine Teilgruppe aller erwerbstätigen Personen. Ihr Anteil belief sich in Rheinland-Pfalz 2019 auf 9,3 Prozent (Deutschland: 9,2 Prozent). Damit waren etwa 190 100 der 2,05 Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz selbstständig. Den höchsten Anteil erreichen die Selbstständigen in Berlin (elf Prozent).

Die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen erreichte 2011 bundesweit ihren Höchststand von 4,5 Millionen Personen und nimmt seitdem in fast allen Bundesländern kontinuierlich ab. Ein Grund hierfür ist die seit 2010 günstige konjunkturelle Entwicklung und die damit verbundene arbeitnehmerfreundliche Lage auf dem Arbeitsmarkt. Verglichen mit 2010 ging die Zahl der Selbstständigen in Rheinland-Pfalz um zwei Prozentpunkte zurück (Deutschland: –1,8 Prozentpunkte). Den kräftigsten Rückgang verzeichneten Bayern und Berlin (–2,5 bzw. –2,4 Prozentpunkte).



G6 Arbeitsvolumen 2019



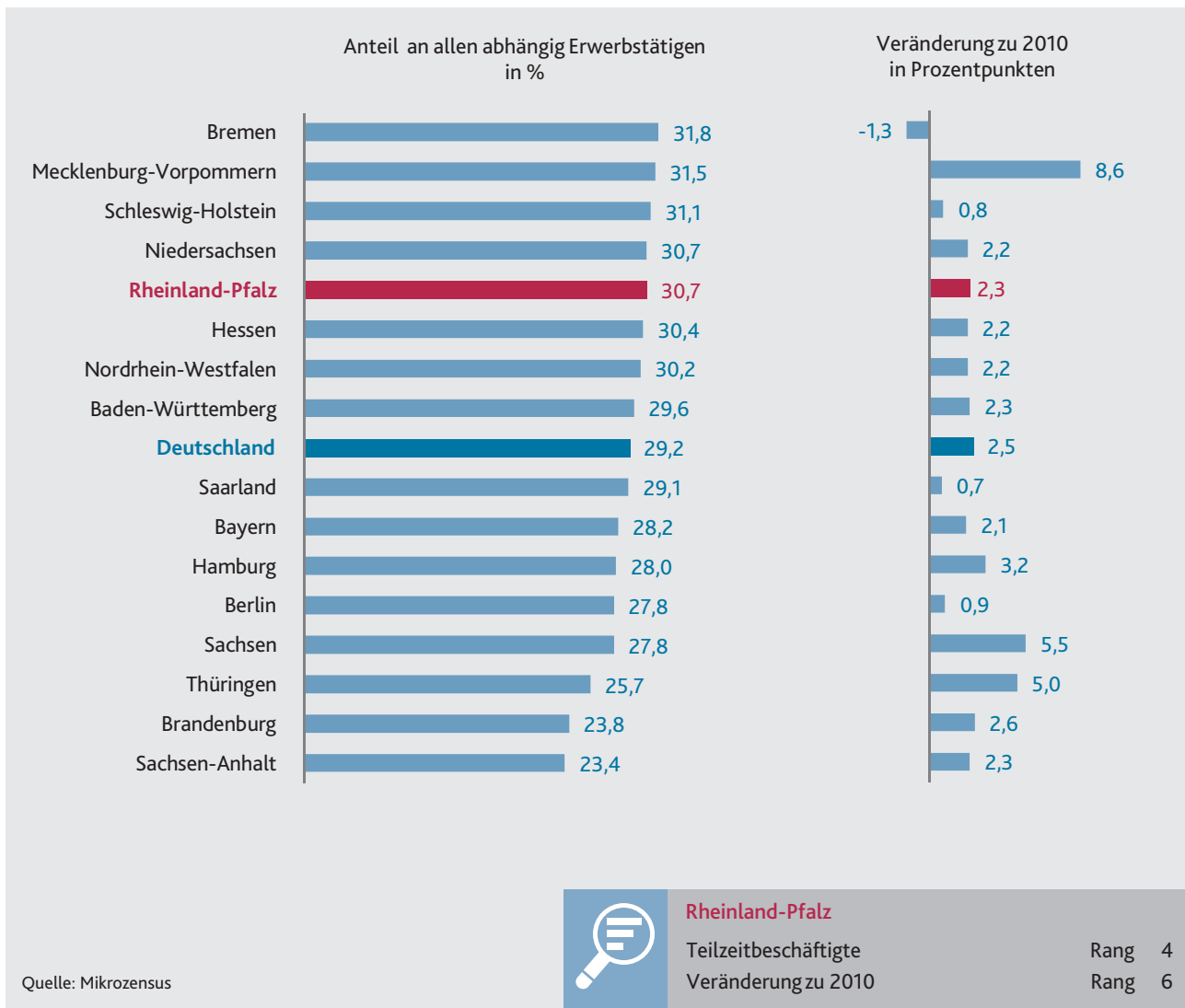
Rückgang des Arbeitsvolumens je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz am geringsten

In Rheinland-Pfalz erbrachte jede erwerbstätige Person 2019 rund 1360 Arbeitsstunden. Das ist das zweitniedrigste Arbeitsvolumen im Ländervergleich. Ein wesentlicher Grund für dieses Ergebnis ist der hohe Anteil Teilzeitbeschäftigter, die jeweils als ganze Arbeitskraft in die Berechnung der Kennzahl einfließen. Dies wird auch im Vergleich der östlichen und westlichen Bundesländer (jeweils ohne Berlin) deutlich: In den östlichen Bundesländern, mit einem deutlich niedrigeren Anteil Teilzeitbeschäftigter, erreichte das Arbeitsvolumen einen Wert von 1440 Arbeitsstunden je erwerbstätiger Person und lag damit etwa 60 Stunden über dem Ergebnis der westlichen Länder. Seit 2010 ging das Arbeitsvolumen in allen Bundesländern zurück und sank auf Bundesebene um 2,8 Prozent. Am stärksten war der Rückgang in Thüringen (-4,8 Prozent).

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen. Die durchschnittliche Arbeitszeit wird beeinflusst von der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie der unterschiedlichen Bedeutung einzelner Erwerbsformen, insbesondere von Selbstständigkeit, Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung.



G7 Teilzeitbeschäftigte 2019



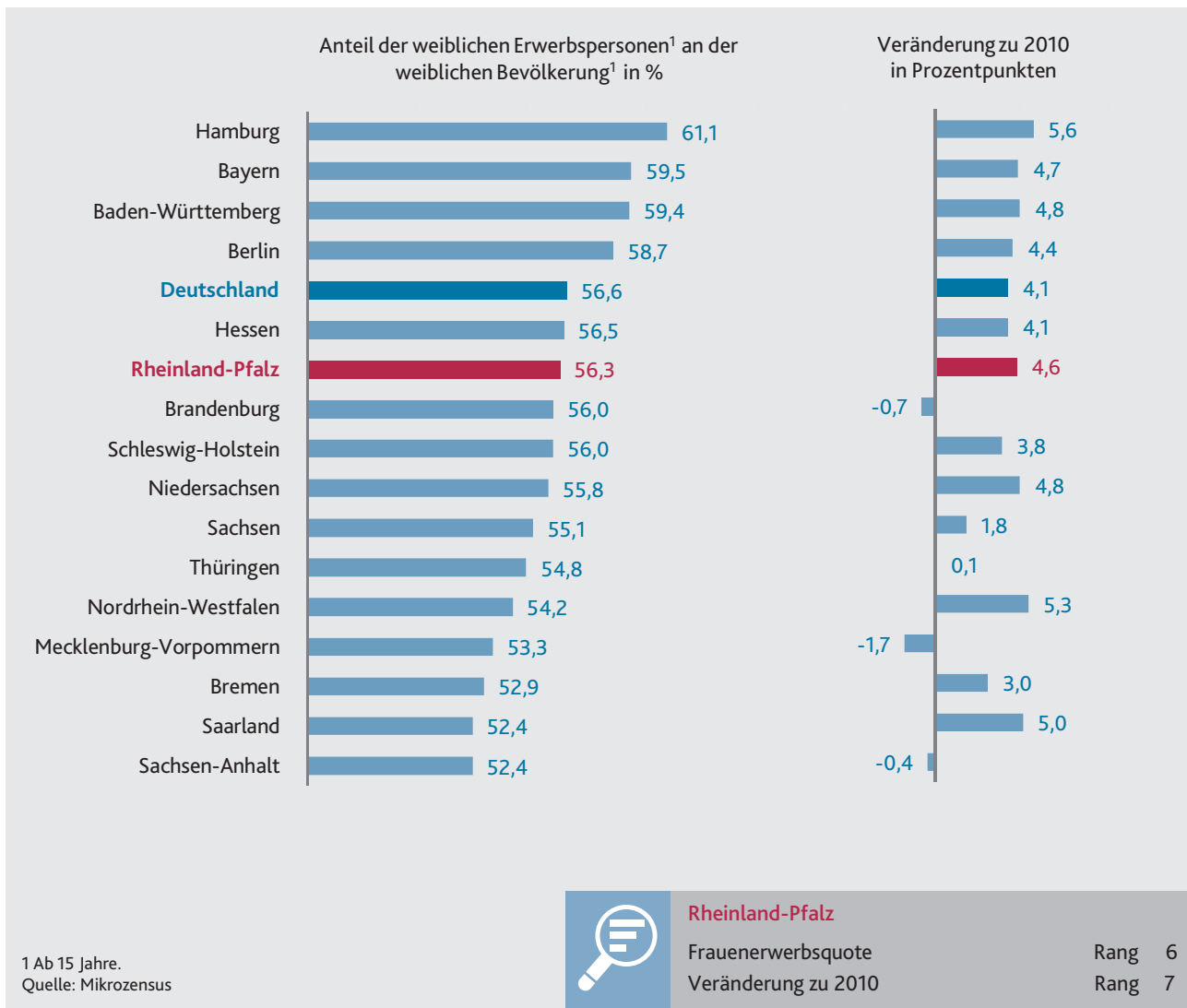
Mehr als 30 Prozent der Erwerbstätigen sind teilzeitbeschäftigt

Zu den Teilzeitbeschäftigten werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezählt, die regelmäßig kürzer arbeiten als eine Vollzeitbeschäftigte bzw. ein Vollzeitbeschäftigter. Nach der Definition des Mikrozensus fallen darunter Personen, die weniger als 25 Stunden pro Woche arbeiten, sowie Personen, die zwischen 25 und 36 Stunden pro Woche arbeiten und sich selbst als teilzeitbeschäftigt einstufen.

Von allen abhängig Erwerbstätigen waren 2019 in Rheinland-Pfalz 31 Prozent teilzeitbeschäftigt (Deutschland: 29 Prozent). Damit belegt das Land den vierten Rang im Bundesländervergleich. Im Osten Deutschlands ist diese Beschäftigungsform – mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns – zwar weniger verbreitet als im Westen, gleichwohl legte die Teilzeitquote in den östlichen Ländern gegenüber 2010 überdurchschnittlich zu. Insbesondere Frauen gehen häufig einer Teilzeitbeschäftigung nach. Im Jahr 2019 waren in Rheinland-Pfalz 81 Prozent der Teilzeitkräfte weiblich. Am häufigsten nannten die Teilzeitbeschäftigten die Betreuung von Kindern sowie sonstige persönliche oder familiäre Verpflichtungen als Grund für die kürzere Arbeitszeit.



G8 Frauenerwerbsquote 2019



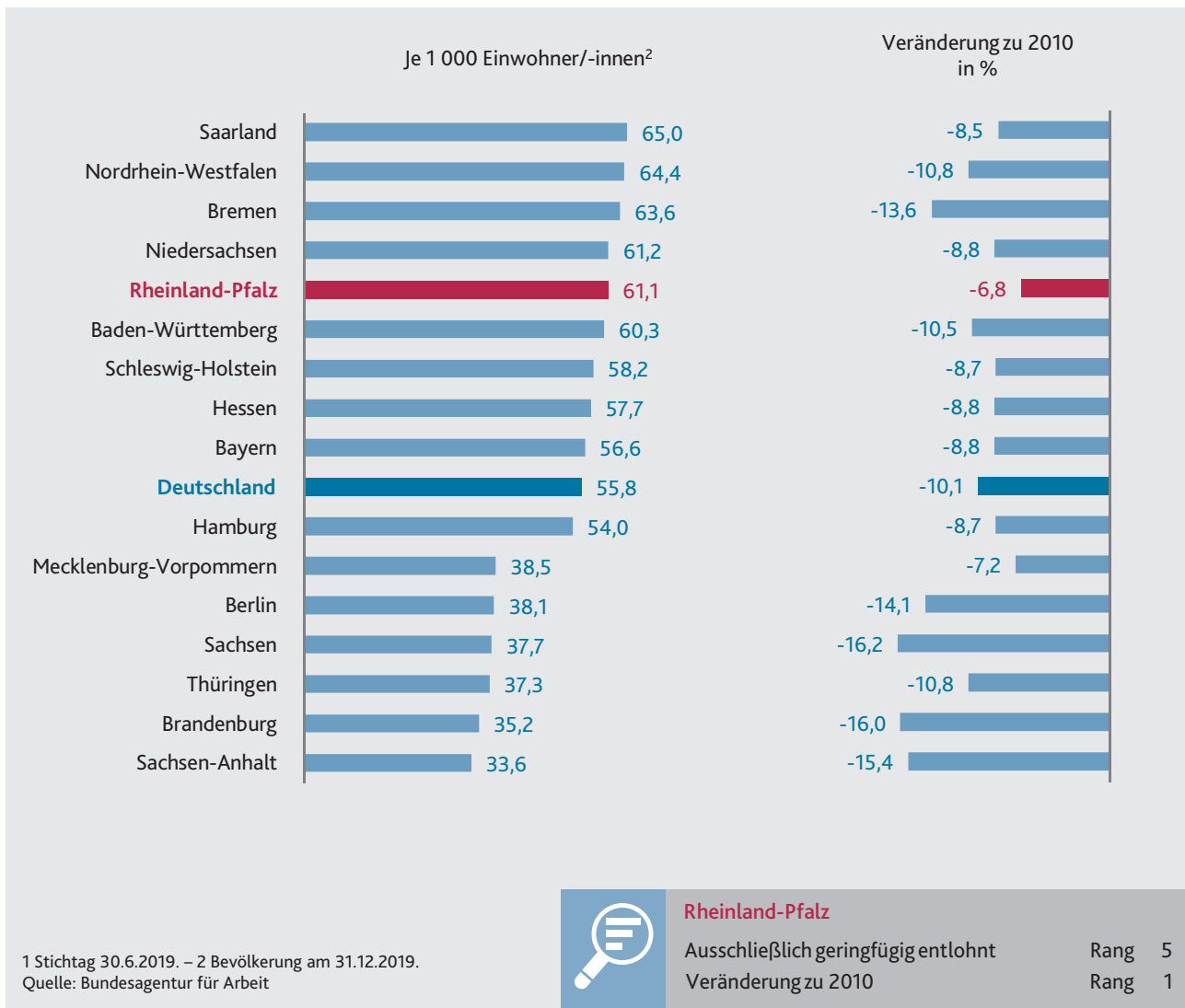
Frauenerwerbsquote in Rheinland-Pfalz nahe am Bundesdurchschnitt

Die Frauenerwerbsquote gibt Auskunft über die Erwerbsbeteiligung der Frauen. In der weiten Abgrenzung – wie sie von der Internationalen Arbeitsagentur verwendet wird – bezieht sie die weiblichen Erwerbspersonen auf die weibliche Bevölkerung ab 15 Jahren. Nach dieser Definition lag die Frauenerwerbsquote in Rheinland-Pfalz 2019 bei 56 Prozent und damit nahe am bundesweiten Durchschnittswert; zugleich blieb sie um elf Prozentpunkte hinter der Erwerbsquote der Männer zurück.

Traditionell beteiligen sich Frauen im Osten Deutschlands stärker am Erwerbsleben als im Westen. Dies wird insbesondere an den Frauenerwerbsquoten der 15- bis 65-Jährigen deutlich. In den östlichen Bundesländern belief sie sich im Durchschnitt auf 78 Prozent, in den westlichen nur auf 74 Prozent. Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, der sich im Zuge des demografischen Wandels für die Zukunft abzeichnet, wird vor allem in den westlichen Bundesländern eine deutliche Steigerung der Frauenerwerbsquote erfordern.



G9 Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte 2019¹



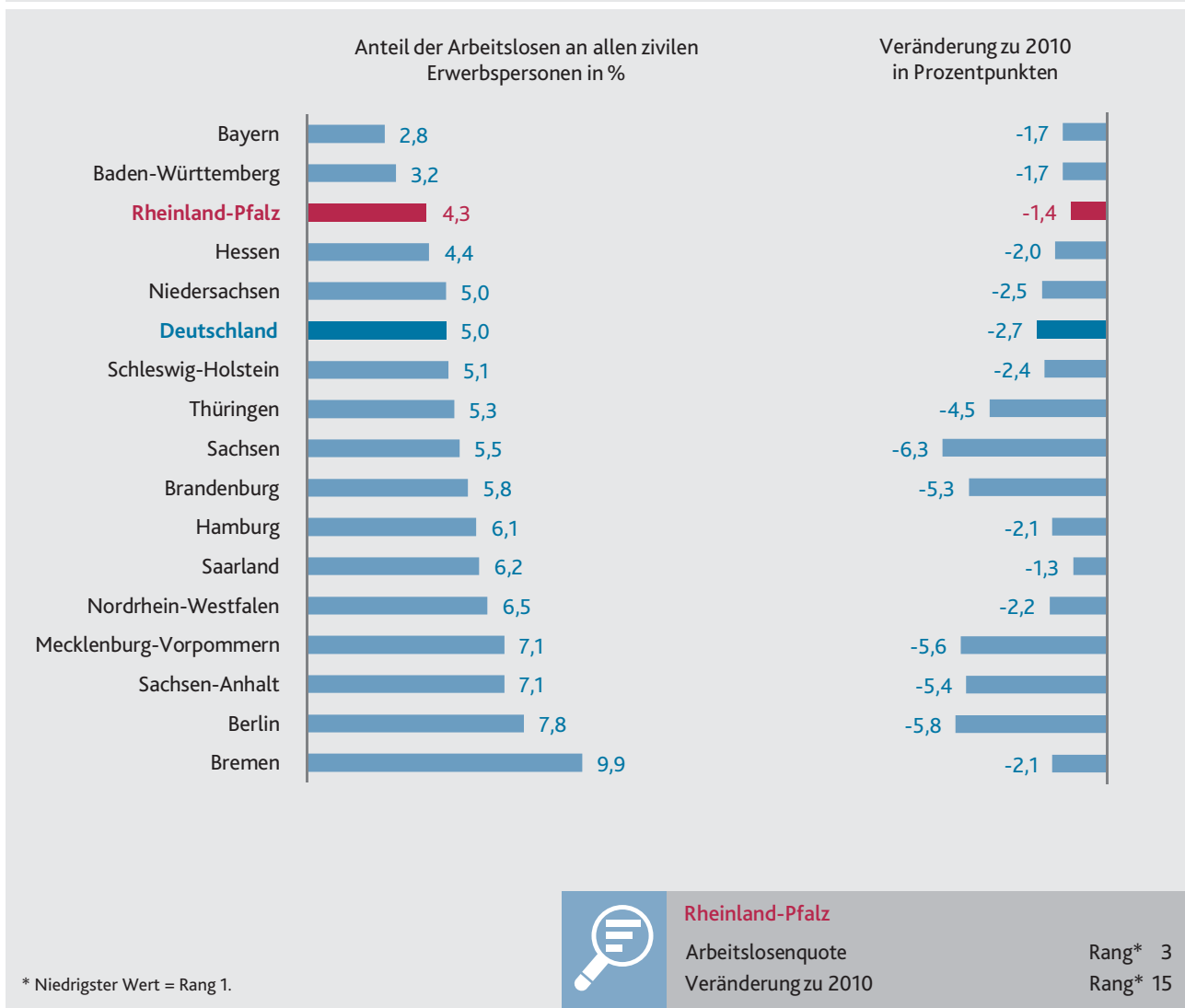
Anteil der ausschließlich geringfügig Entlohnnten in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich

Nach der Methodik der Bundesagentur für Arbeit liegt eine geringfügig entlohnte Beschäftigung vor, wenn das Arbeitsentgelt aus der Beschäftigung 450 Euro nicht übersteigt (bis 2012 betrug die Obergrenze 400 Euro). In Rheinland-Pfalz gingen 2019 von 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern 61 einer nach dieser Definition geringfügig entlohnnten Beschäftigung nach. Der Wert liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt von 56 Personen. Im Ländervergleich zeigt sich ein Gefälle zwischen Ost und West: Während in den östlichen Bundesländern (ohne Berlin) 37 von 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern einen Monatsverdienst von weniger als 450 Euro erhalten, liegt der Wert in den westlichen Bundesländern (ohne Berlin) bei mehr als 60 Personen.

Seit 2010 ist die Zahl der geringfügig entlohnnten Beschäftigten je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner deutschlandweit zurückgegangen. Mit einem Minus von 16 Prozent war der Rückgang in Sachsen und Brandenburg am kräftigsten. In Rheinland-Pfalz sank die Kennzahl dagegen nur um sieben Prozent (westliche Bundesländer ohne Berlin: -9,7 Prozent).



G10 Arbeitslosenquote 2019



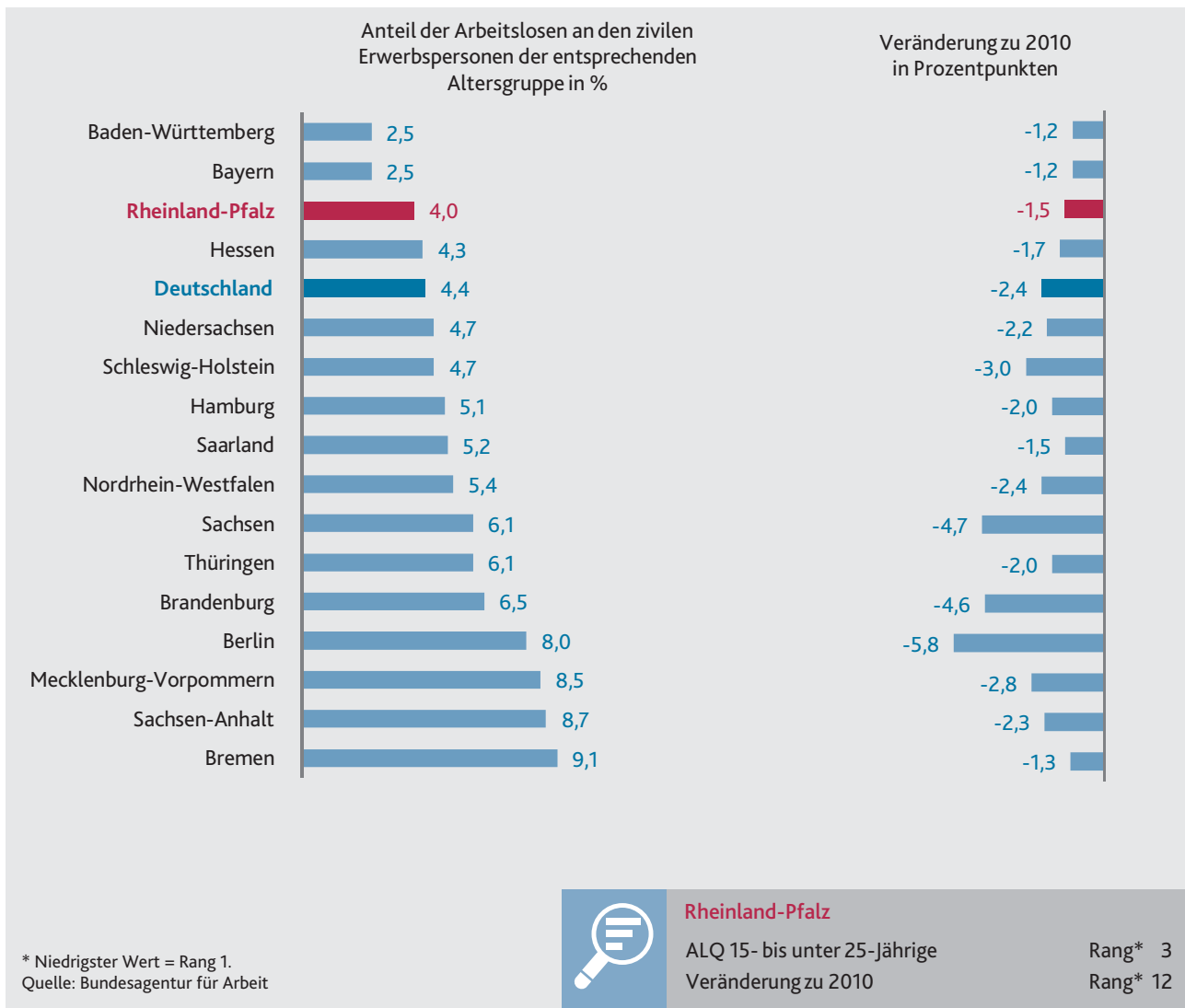
Rheinland-Pfalz mit drittniedrigster Arbeitslosenquote im Vergleich der Länder

Die Arbeitslosenquote bezieht den Anteil der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen. Rheinland-Pfalz wies 2019 mit 4,3 Prozent die drittniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer auf. Nur in Baden-Württemberg und Bayern ist der Anteil der Arbeitslosen noch geringer (3,2 bzw. 2,8 Prozent). Die höchste Arbeitslosenquote verzeichnete Bremen: Dort war 2019 jede zehnte Erwerbsperson als arbeitslos registriert.

Seit 2010 ist die Arbeitslosenquote vor allem in den östlichen Bundesländern (einschließlich Berlin) deutlich zurückgegangen: Im Betrachtungszeitraum fiel die Kennzahl in Ostdeutschland um 5,6 Prozentpunkte. Dagegen belief sich der Rückgang in den westlichen Bundesländern (ohne Berlin) auf nur 1,9 Prozentpunkte. Wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist die unterschiedliche Ausgangssituation in den westlichen und östlichen Bundesländern: In Ostdeutschland lag die Arbeitslosenquote 2010 noch bei durchschnittlich zwölf Prozent und damit 5,4 Prozentpunkte über der Arbeitslosenquote in Westdeutschland.



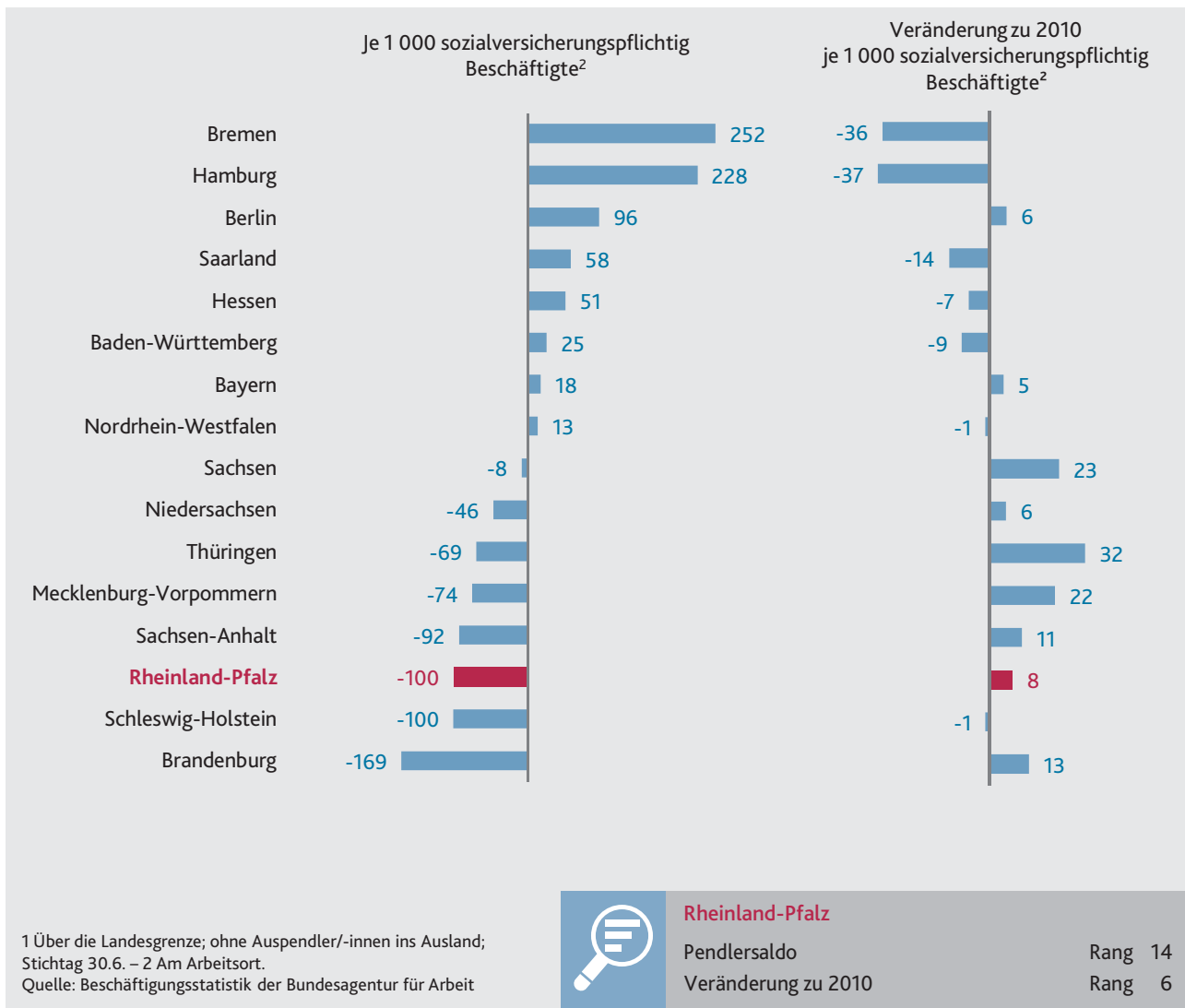
G11 Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen 2019



Rheinland-Pfalz auch bei der Jugendarbeitslosigkeit unter den besten drei Ländern

Junge Menschen sind das Zukunftspotential eines Landes und stehen daher auch beim Thema Arbeitslosigkeit im Fokus. Die Jugendarbeitslosigkeit, also die registrierte Arbeitslosigkeit unter den 15- bis 25-Jährigen, verzeichnete 2019 in Rheinland-Pfalz im Ländervergleich den drittniedrigsten Wert: Mit nur vier Prozent ist die Quote um 0,4 Prozentpunkte geringer als im Bundesdurchschnitt; lediglich in Baden-Württemberg und in Bayern ist sie noch niedriger (jeweils 2,5 Prozent).

Im Kontrast zur allgemeinen Arbeitslosenquote zeigt sich bei der Jugendarbeitslosigkeit auch 2019 noch ein Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland: Auch unter Berücksichtigung der Quote in Bremen (9,1 Prozent, Rang 16) ist die Arbeitslosenquote der 15- bis 25-Jährigen in den westdeutschen Bundesländern 3,2 Prozentpunkte geringer als in den östlichen Bundesländern (mit Berlin). Betrachtet man die Veränderung der Jugendarbeitslosigkeit seit 2010, haben die östlichen Bundesländer jedoch deutlich aufgeholt: Die Jugendarbeitslosigkeit ging dort um 3,9 Prozentpunkte zurück (westdeutsche Bundesländer: -1,8 Prozentpunkte).

G12 Pendlersaldo¹ 2019

Viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer arbeiten in einem Nachbarland

Die Zahl der Personen, die in Rheinland-Pfalz wohnen, jedoch in einem anderen Land arbeiten, ist deutlich höher als die Zahl der Einpendlerinnen und Einpendler, die hierzulande ihren Arbeitsort haben, aber in einem anderen Land wohnen. Dies spiegelt sich im Pendlersaldo – also der Differenz zwischen Ein- und Auspendlern – wider: Im Jahr 2019 lag der Saldo bei –100 Personen je 1 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Rheinland-Pfalz weist also einen hohen Auspendlerüberschuss aus. Nur in Brandenburg war der Auspendlerüberschuss noch höher. Wesentliche Gründe hierfür sind attraktive Wohnstandorte verbunden mit der räumlichen Nähe und guten Verkehrsanbindungen an große Ballungsgebiete in Nachbarländern wie Rhein-Main, Rhein-Neckar, Köln-Bonn und Luxemburg.

In den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin, die eine hohe Arbeitsplatzdichte aufweisen, arbeiten dagegen besonders viele Einpendlerinnen und Einpendler. In Bremen lag der Einpendlerüberschuss 2019 bei +252 Personen je 1 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Personen.





11 Umwelt

Treibhausgasemissionen

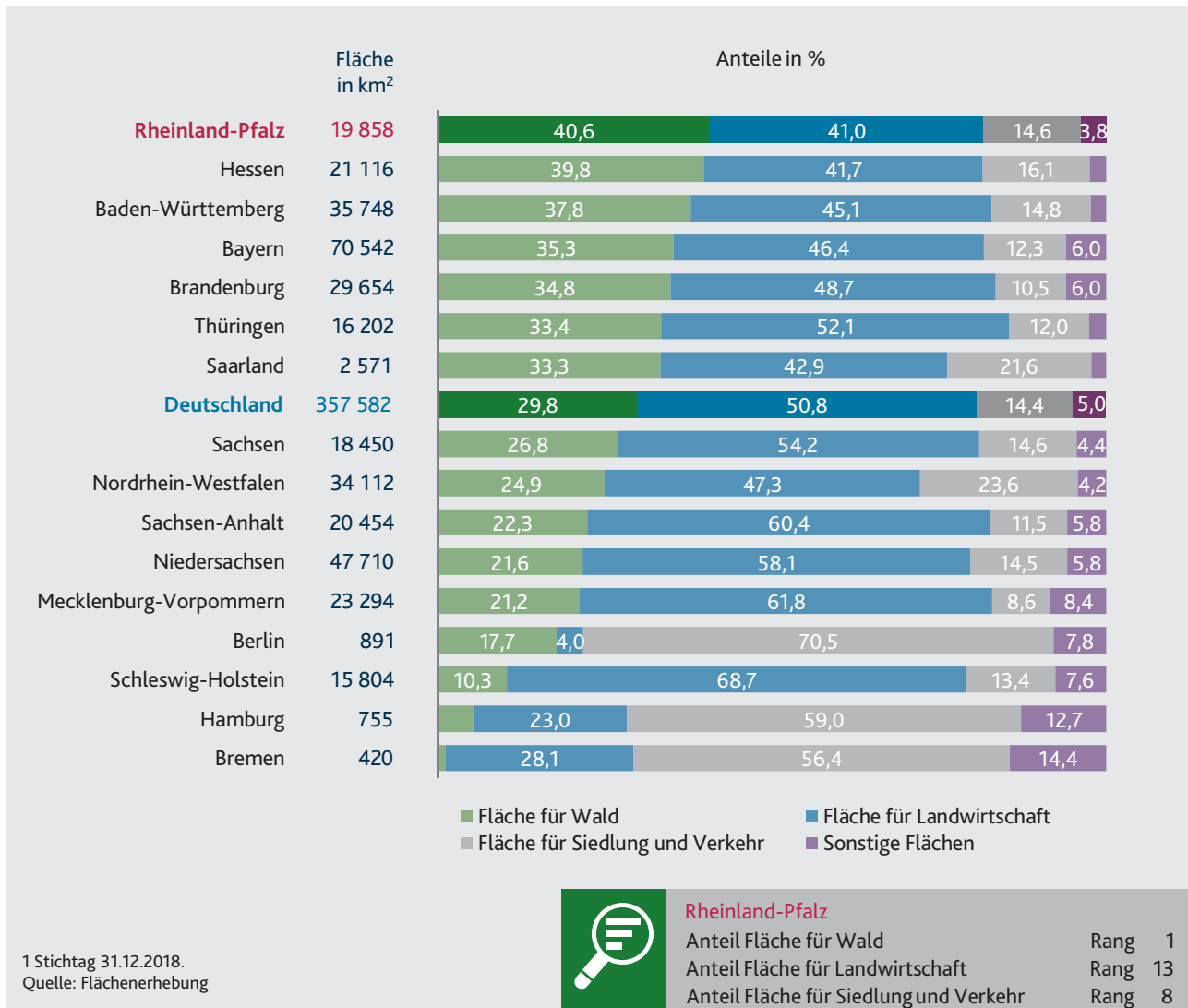
Fläche für Siedlung und Verkehr

Energieproduktivität

CO₂-Emissionen

Nutzung der Bodenfläche

Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung

G1 Nutzung der Bodenfläche 2018¹

Rheinland-Pfalz – waldreichstes Bundesland

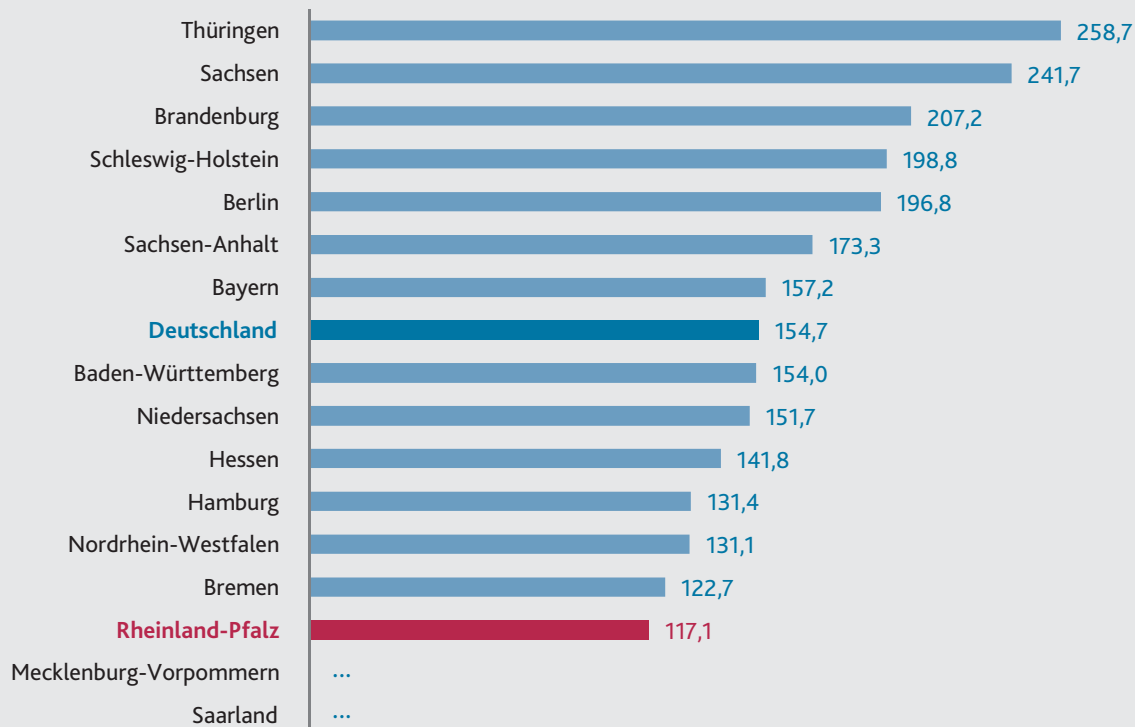
Rheinland-Pfalz ist mit einer Fläche von 19 858 Quadratkilometern das neuntgrößte Bundesland. Das flächenmäßig größte Bundesland Bayern ist dreieinhalb Mal so groß. Mit 41 Prozent hat Rheinland-Pfalz nach wie vor den größten Waldflächenanteil, gefolgt von Hessen mit 40 Prozent. Trotz der vergleichsweise großen Bedeutung der Landwirtschaft, insbesondere des Weinbaus, hat die landwirtschaftliche Fläche in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Flächenländer den geringsten Anteil an der Bodenfläche (41 Prozent). Seit 2017 nahm der Anteil der Landwirtschaftsfläche in Rheinland-Pfalz um –0,1 Prozentpunkte ab. Die Abnahme fällt geringer aus als im Bundesdurchschnitt (–0,2 Prozentpunkte).

In Rheinland-Pfalz werden rund 15 Prozent der Landesfläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke genutzt. Der Wert entspricht dem Bundesdurchschnitt. Mit 8,6 Prozent hat Mecklenburg-Vorpommern den geringsten Anteil unter den Flächenländern und Nordrhein-Westfalen mit 24 Prozent den höchsten. Im urbanen Berlin werden 71 Prozent der gesamten Fläche für Siedlung und Verkehr genutzt.



G2 Energieproduktivität¹ 2017

Messzahl: 1991=100



¹ Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet; VGRdL, Berechnungsstand: August 2019/Februar 2020) je eingesetzter Einheit Energie (Primärenergieverbrauch).

Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, UGRdL, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V., VGRdL



Rheinland-Pfalz

Energieproduktivität

Rang 14

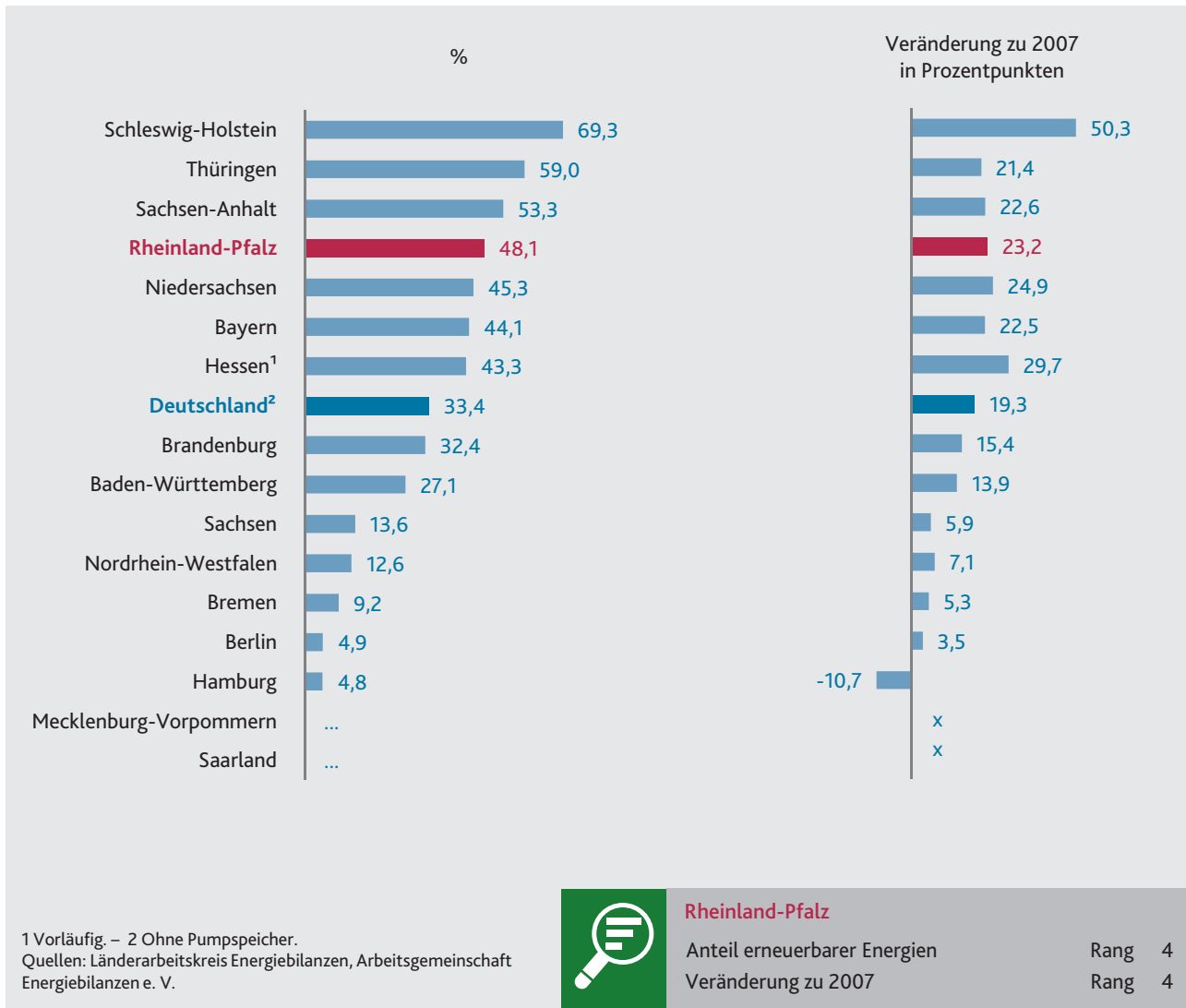
Wirtschaftsstruktur beeinflusst Energieproduktivität

Die Energieproduktivität beschreibt, wie effizient in einer Volkswirtschaft Energie eingesetzt wird: Je höher die Wertschöpfung pro eingesetzter Energieeinheit ist, desto effizienter ist der Energieeinsatz.

Die größten Verbesserungen der Energieproduktivität seit 1991 verzeichneten die drei ostdeutschen Bundesländer Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Dies ist vor allem auf die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur nach der Wiedervereinigung in den frühen 90er-Jahren zurückzuführen. Dadurch wurde auch die Energieproduktivität in Deutschland deutlich verbessert (+55 Prozent). Die besonders schwache Position von Rheinland-Pfalz ist durch die hohe Bedeutung der energieintensiven Industrie im Land bedingt, die insbesondere in den 90er-Jahren noch wenig Effizienzgewinne verzeichnen konnte. Im Ländervergleich gehört Rheinland-Pfalz deshalb zu den Schlusslichtern. Die Differenz zwischen Deutschland und Rheinland-Pfalz beträgt 38 Prozentpunkte.



G3 Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung 2017



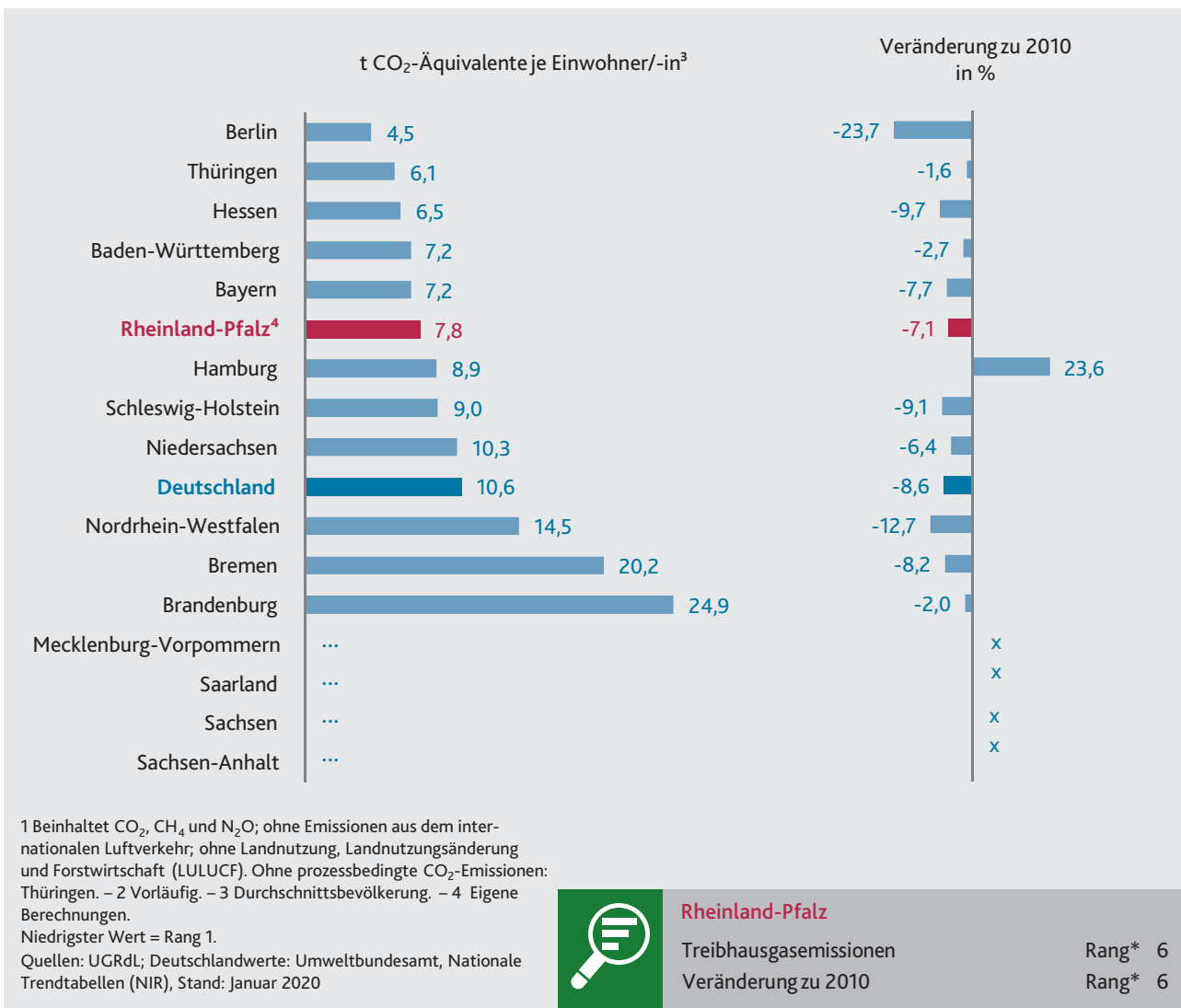
48 Prozent der Stromerzeugung stammt aus erneuerbaren Energien

Der Ausbau der erneuerbaren Energien trägt dazu bei, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu mindern. In Rheinland-Pfalz soll nach einem Beschluss des Landtags bis 2030 eine vollständige Stromversorgung des Landes aus erneuerbaren Energien erreicht werden.

Ein Vergleich aller Länder ist im Betrachtungszeitraum nicht möglich. Allerdings lässt sich erkennen, dass der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung erheblich variiert. Schleswig-Holstein belegt die Spitzenposition. Es verbuchte 2017 einen Anteil von 69 Prozent erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung. Rheinland-Pfalz lag 2017 auf Position vier. Hierzulande wurden 48 Prozent der gesamten produzierten Strommenge durch erneuerbare Energien gewonnen. Damit hat sich der Anteil in den letzten zehn Jahren annähernd verdoppelt. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Entwicklung liefert der Ausbau der Windenergie sowie der Fotovoltaik. Schlusslichter im Länderranking sind die Stadtstaaten Hamburg und Berlin (4,8 bzw. 4,9 Prozent).



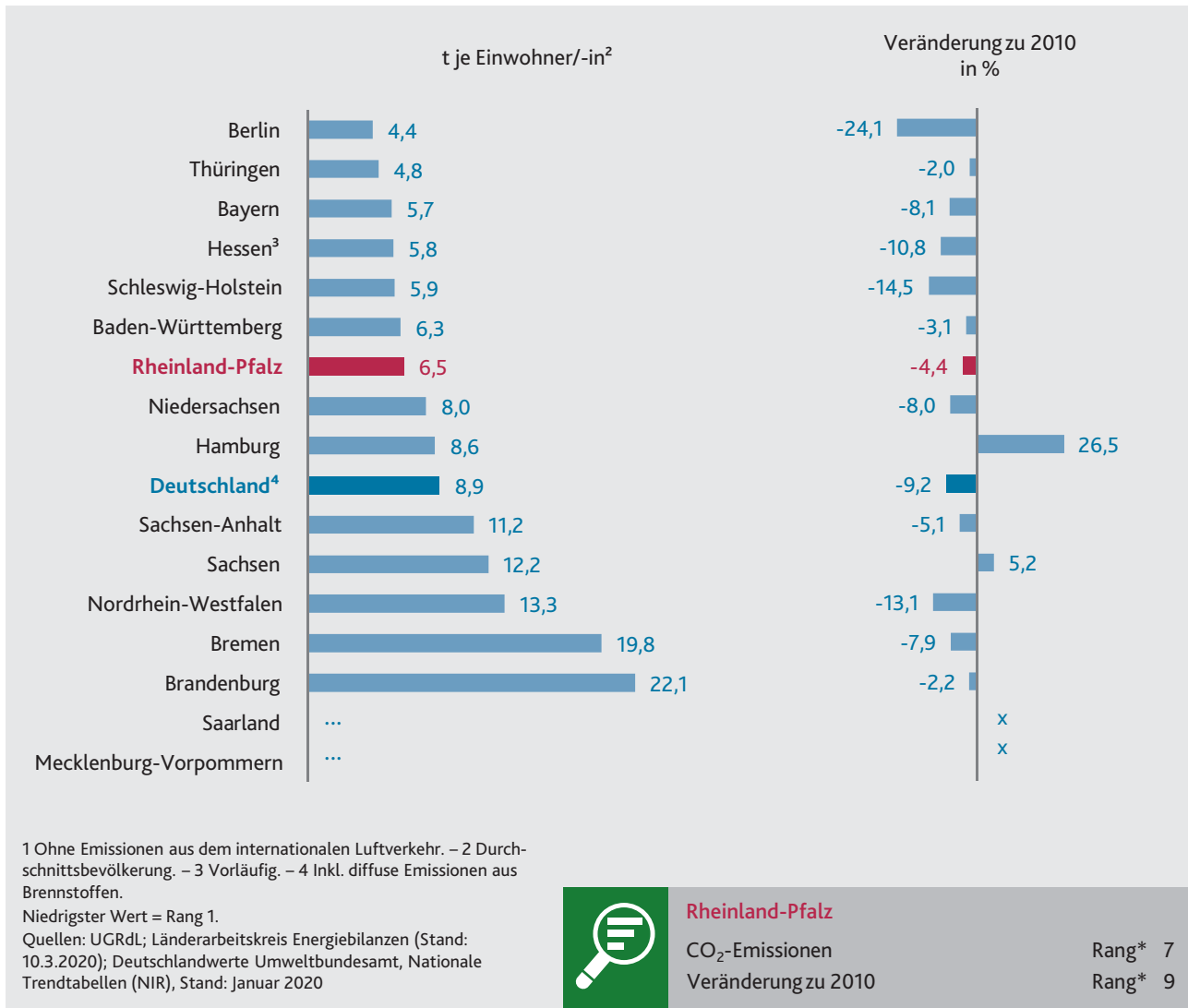
G4 Treibhausgasemissionen¹ 2017²



Deutliche Niveauunterschiede zwischen den Ländern beim Ausstoß von Treibhausgasen

Die verschiedenen Treibhausgase wirken in unterschiedlichem Ausmaß schädigend auf das Klima. Sie werden deshalb anhand von sogenannten CO₂-Äquivalenzfaktoren miteinander vergleichbar gemacht. Für die Bundesländer liegen Daten zum Ausstoß der Treibhausgase Kohlendioxid, Methan und Lachgas vor. Für den Nachweis ist der Entstehungsort der Emissionen maßgeblich.

In Rheinland-Pfalz belief sich der Ausstoß von den Treibhausgasen je Einwohnerin bzw. Einwohner 2017 auf 7,8 Tonnen CO₂-Äquivalente (-7,1 Prozent gegenüber 2010). Die Pro-Kopf-Werte für die anderen Bundesländer liegen zwischen 4,5 Tonnen in Berlin und 24,9 Tonnen in Brandenburg. Bei der Bewertung dieses deutlichen Niveauunterschieds ist zu beachten, dass hier Emissionen, die außerhalb eines Bundeslandes entstehen, unberücksichtigt bleiben, auch wenn sie indirekt durch den eigenen Verbrauch im Land verursacht werden. Somit schneidet Rheinland-Pfalz zwar im Ländervergleich mit Platz sechs relativ gut ab, verursacht aber z. B. durch Stromimporte Treibhausgasemissionen in anderen Bundesländern.

G5 CO₂-Emissionen (energiebedingt)¹ 2017CO₂-Emissionen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich

Die energiebedingt freigesetzten CO₂-Emissionen machten 2017 in Rheinland-Pfalz mit 84 Prozent den größten Teil der Treibhausgase aus. Die Darstellung der energiebedingten CO₂-Emissionen erfolgt quellenbezogen. Dies bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohnerin bzw. Einwohner lagen 2017 bundesweit bei rund neun Tonnen. Es gibt eine große Spannweite zwischen den Ländern, die vor allem durch Unterschiede beim Einsatz von fossilen Energieträgern und in der Wirtschaftsstruktur begründet sind. Hohe Emissionen entstehen insbesondere in den Stromexportländern und bei den Produzenten von Kohlestrom: Brandenburg weist als Braunkohleproduzent und Stromexporteur mit rund 22 Tonnen CO₂ je Einwohnerin bzw. Einwohner die höchsten Pro-Kopf-Emissionen auf. Rheinland-Pfalz schneidet als Stromimportland besser ab als der Durchschnitt, verursacht aber indirekt Emissionen in den anderen Bundesländern. Die niedrigsten Emissionen je Einwohnerin bzw. Einwohner fielen nach der quellenbezogenen Betrachtung in Berlin an (4,4 Tonnen).



12 Verkehr

Alternative Antriebe

Straßenverkehrsunfälle

Straßendichte

Pkw-Bestand

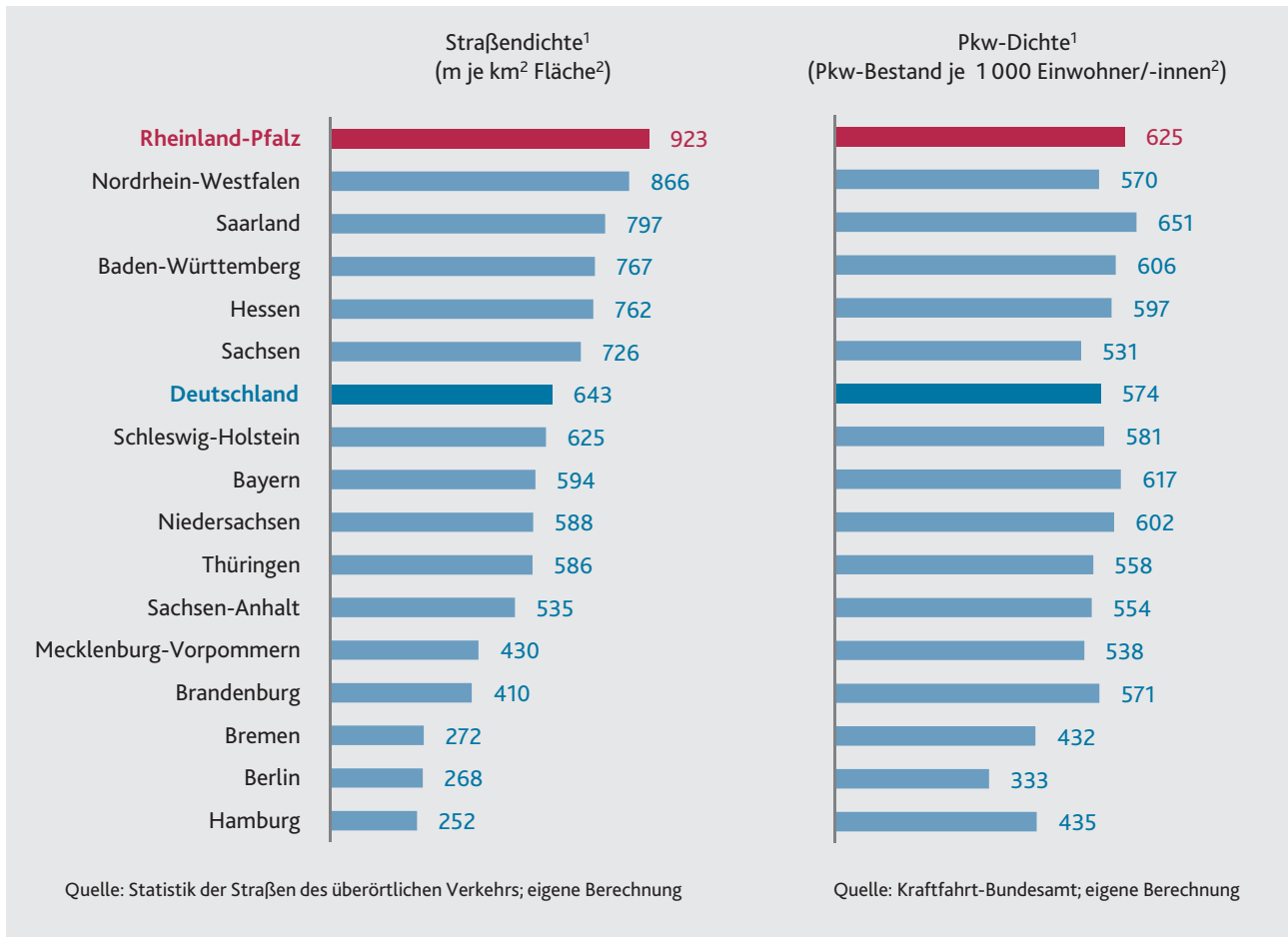
Pkw-Neuzulassungen

Fahrradunfälle

Verkehrstote

Straßen des überörtlichen Verkehrs

G1 Straßendichte und Pkw-Dichte 2020



1 Stichtag 01.01. – 2 Fläche 31.12.2018 / Bevölkerung am 31.12.2019.



Rheinland-Pfalz

Straßendichte
Pkw-Bestand

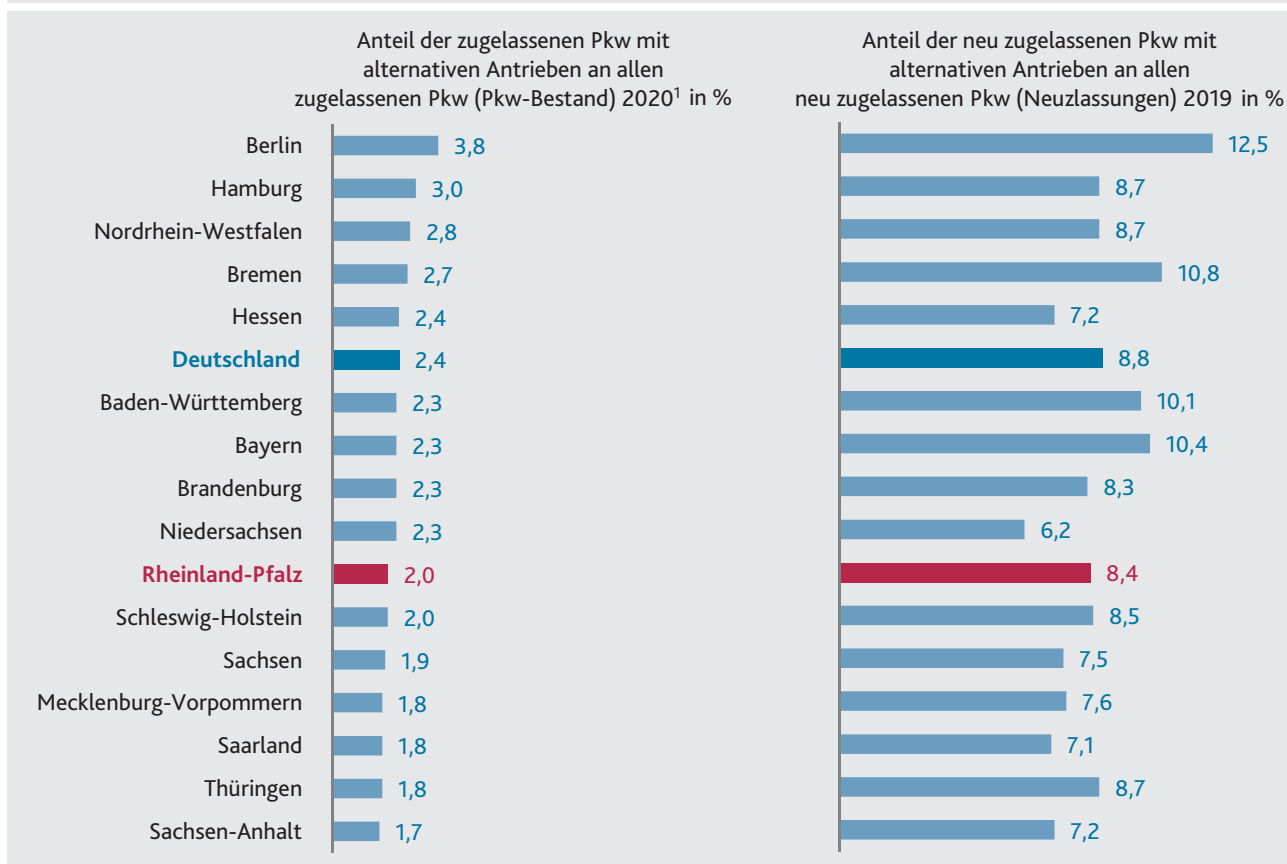
Rang 1
Rang 2

Höchste Straßendichte und zweithöchster Pkw-Bestand

Rheinland-Pfalz hat im Ländervergleich die höchste Dichte an Straßen des überörtlichen Verkehrs. Die Straßendichte ist das Verhältnis der Länge der Bundesautobahnen sowie der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zur Fläche. Gemeindestraßen fließen nicht in die Kennzahl ein. Die Länge der Straßen des überörtlichen Verkehrs belief sich Anfang 2020 auf 18 331 km. Damit liegt Rheinland-Pfalz auf Rang fünf im Ländervergleich. Diese Straßen sind jedoch auf eine relativ kleine Fläche von 19 858 Quadratkilometern konzentriert.

Rheinland-Pfalz verzeichnet zudem mit 625 zugelassenen Personenkraftwagen (Pkw) je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner die zweithöchste Pkw-Dichte aller Bundesländer. Zugelassen waren Anfang 2020 knapp 2,6 Millionen Pkw. Die Wege in Rheinland-Pfalz sind aufgrund der Struktur des Landes vergleichsweise weit. Die Bevölkerung ist deshalb in hohem Maße auf den eigenen Pkw angewiesen. Die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln wird vielfach – insbesondere im ländlichen Raum – nicht als Alternative angesehen.

G2 Alternative Antriebe – Anteil am Pkw-Bestand 2020 und Anteil an Neuzulassungen 2019



1 Stichtag 01.01.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt; eigene Berechnungen

**Rheinland-Pfalz**

Anteil Pkw mit alternativen Antrieben ...

... am Pkw-Bestand 2020

Rang 10

... an den Neuzulassungen 2019

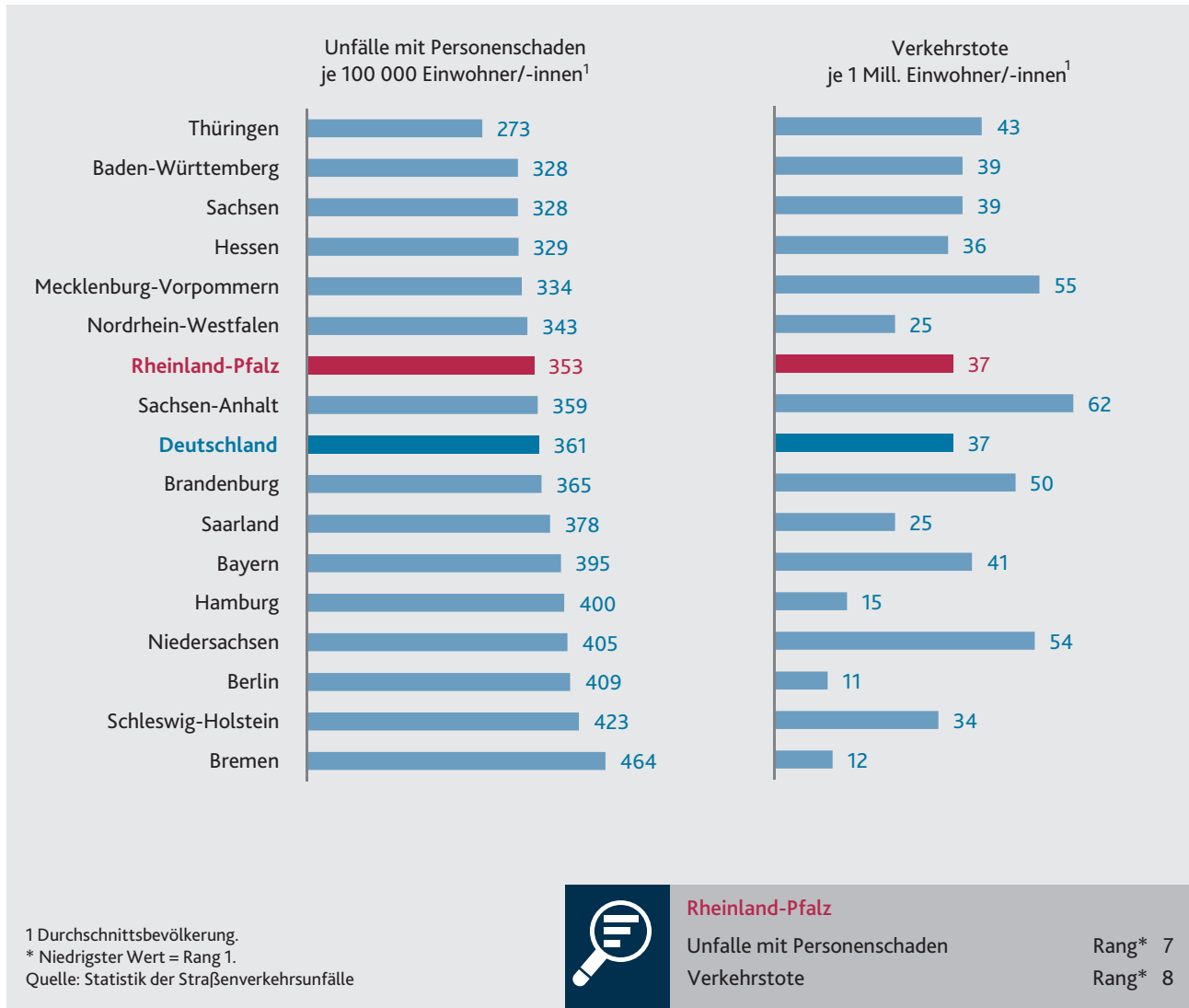
Rang 9

Pkw mit alternativen Antrieben unterdurchschnittlich vertreten

Rheinland-Pfalz liegt mit einem Anteil der zugelassenen alternativ angetriebenen Personenkraftwagen (Pkw) an allen zugelassenen Pkw mit knapp zwei Prozent auf Rang elf und damit unter dem Bundesdurchschnitt. Die meisten dieser Fahrzeuge haben einen Hybridantrieb (48 Prozent). Es folgen die Fahrzeuge mit Gasantrieb (40 Prozent) und mit Elektroantrieb (elf Prozent). Sonstige Antriebe (z. B. Brennstoffzellenantrieb) spielen nur eine geringe Rolle (ein Prozent). Die Reichweite der Fahrzeuge mit Elektroantrieb und die elektrische Reichweite eines Fahrzeugs mit Hybridantrieb sind mitunter eher gering. Angesichts der vielfach weiten Wege in Rheinland-Pfalz könnte dies die Zurückhaltung beim Kauf derartiger Fahrzeuge erklären. Der Anteil der insgesamt zugelassenen Pkw mit alternativen Antrieben nimmt dennoch Jahr für Jahr zu – Anfang 2010 lag er noch unter einem Prozent.

Von den 2019 in Rheinland-Pfalz neu zugelassenen Personenkraftwagen hatten bereits 8,4 Prozent einen alternativen Antrieb. Damit liegt Rheinland-Pfalz auf Rang neun der Bundesländer.

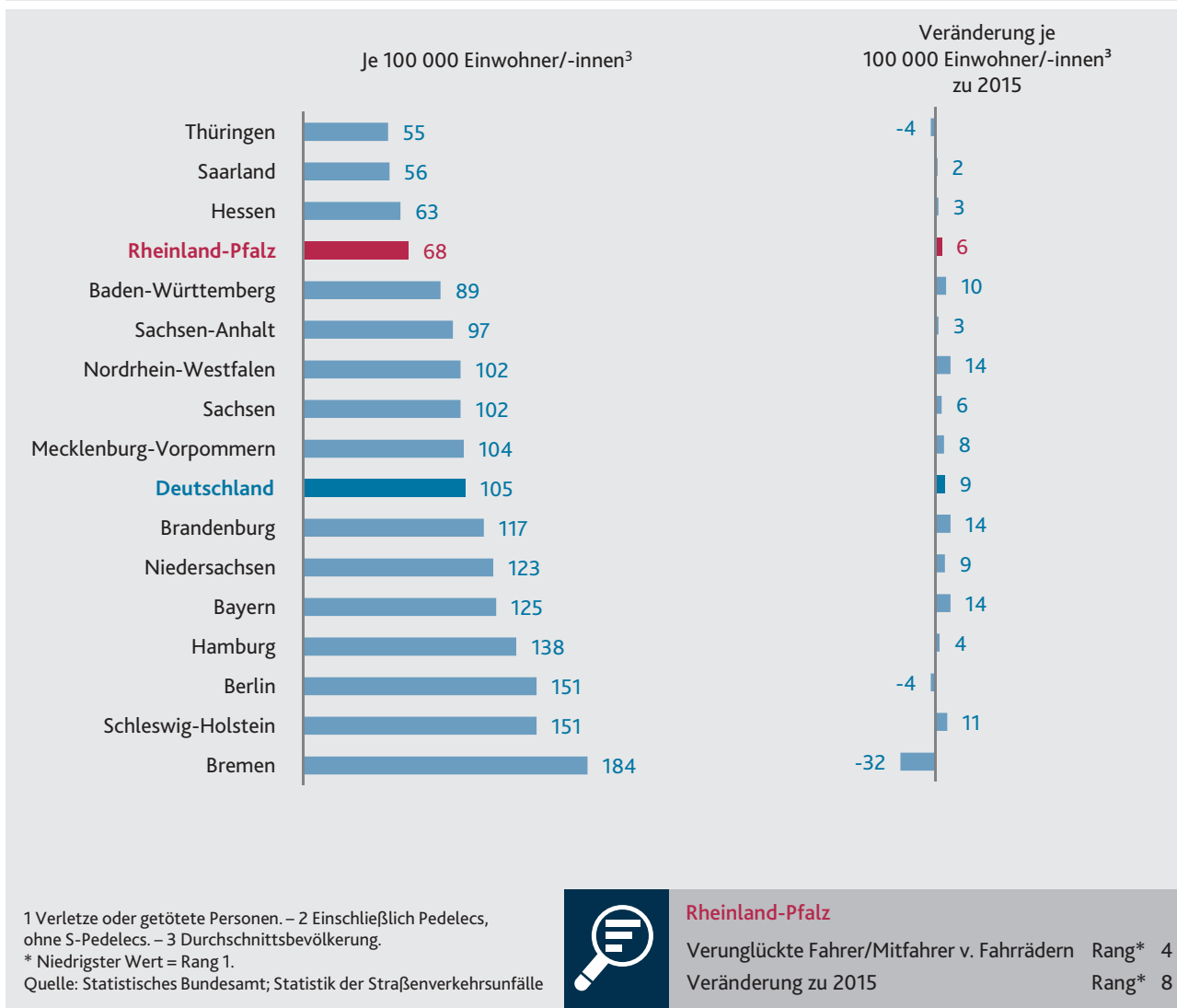
G3 Straßenverkehrsunfälle 2019



Innerorts zweitwenigste Unfälle mit Personenschaden und zweitwenigste getötete Personen

Im Jahr 2019 nahm die Polizei hierzulande rund 145 000 Verkehrsunfälle auf. Etwa jeder zehnte davon war mit einem Personenschaden verbunden, d. h. mit Verletzten oder Getöteten. Bezogen auf die Einwohnerzahl sind 353 Unfälle mit Personenschaden je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner zu konstatieren. Damit liegt Rheinland-Pfalz leicht unter dem Bundesdurchschnitt (361). Infolge eines Verkehrsunfalls starben 153 Menschen. Das bedeutet 37 Getötete je eine Million Einwohnerinnen und Einwohner und entspricht dem Bundesdurchschnitt.

Häufigkeit und Schwere der Unfälle hängen maßgeblich von der Ortslage ab. Außerorts auf Landstraßen wurden 2019 im Verhältnis zur Einwohnerzahl in Rheinland-Pfalz die zweitmeisten Unfälle mit Personenschaden registriert. Innerorts gab es dagegen die zweitwenigsten Unfälle mit Personenschaden und die zweitwenigsten getöteten Personen. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden und die Zahl der Verkehrstoten ist trotz steigendem Verkehrsaufkommen rückläufig. Die Verkehrssicherheit wird stetig verbessert: beispielsweise werden Unfallschwerpunkte verstärkt analysiert und die Sicherheitsausstattung der Fahrzeuge ausgeweitet.

G4 Verunglückte¹ Fahrer/innen und Mitfahrer/-innen von Fahrrädern² 2019

Anzahl verunglückter Personen bei Fahrradunfällen hierzulande vergleichsweise niedrig

In Rheinland-Pfalz verunglückten 2019 im Straßenverkehr rund 68 Fahrerinnen und Fahrer bzw. Mitfahrerinnen und -fahrer von Fahrrädern je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Nur in drei Ländern gab es bezogen auf die Bevölkerung weniger Opfer. Zu Tode kamen rund fünf Nutzerinnen und Nutzer von Fahrrädern je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Hier liegt Rheinland-Pfalz lediglich im Bundesdurchschnitt. Zu den Fahrrädern zählen seit 2014 auch die sogenannten „Pedelecs“, nicht aber die sogenannten „S-Pedelecs“. Der im allgemeinen Sprachgebrauch übliche Begriff des „E-Bikes“ wird in der amtlichen Statistik nicht verwendet. Die vergleichsweise niedrige Zahl an Verunglückten könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Nutzung von Fahrrädern für den „Alltagsgebrauch“ hierzulande bedingt durch die räumliche Struktur weniger stark ausgeprägt ist als in anderen Ländern. Eine auffallend häufige Unfallursache bei Fahrradunfällen ist die falsche Straßenbenutzung (verbotswidrige Benutzung der Fahrbahn oder anderer Straßenteile). Bemerkenswert hoch ist der Anteil der Alleinunfälle. Die Zahl der verunglückten Fahrerinnen und Fahrer bzw. Mitfahrerinnen und -fahrer von Fahrrädern hat gegenüber 2015 tendenziell zugenommen. Ursächlich dafür ist vermutlich auch die zunehmende Beliebtheit der Pedelecs.



Tabellenanhang



1 Bevölkerung

Bevölkerung	140
Anteil der Bevölkerung der Länder an der Gesamtbevölkerung in Deutschland	140
Bevölkerungsdichte	140
Anteil der unter 20-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	141
Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	141
Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	141
Jugendquotient	142
Altenquotient	142
Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter an allen Frauen	142
Zusammengefasste Geburtenziffer	143
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	143
Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze	143
Eheschließungen	144
Ehescheidungen	144
Anteil der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	144
Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	145

2 Haushalte, Familien und Lebensformen

Haushalte	146
Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten	146
Anteil der Haushalte mit zwei Personen an allen Haushalten	146
Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten	147
Durchschnittliche Haushaltsgröße	147
Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner/-in	147
Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung	148
Wohneigentumsquote	148
Durchschnittliche Warmmiete	148
Internetnutzung (Anteil an der Gesamtbevölkerung)	149
Teilnahme an sozialen Netzwerken innerhalb der letzten drei Monate	149
Anteil der Bevölkerung in Familien (ledige Kinder im Haushalt)	149
Betreuungsquoten unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung	150
Betreuungsquoten 3- unter 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung	150
Betreuungsschlüssel unter 3-Jähriger in Kindertageseinrichtungen	150
Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes	151
Anteil der Männer an den Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes	151
Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes der Frauen nach Geburtsjahr des Kindes	151
Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes der Männer nach Geburtsjahr des Kindes	152

Armutsgefährdungsquote	152
Armutsgefährdungsquote der unter 18-Jährigen	152
Armutsgefährdungsquote der 65-Jährigen und Älteren	153
Einkommensreichumsquote	153
Verbraucherinsolvenzen	153
3 Bildung	
Schüler/-innen an allgemeinbildenen Schulen	154
Anteil der ausländischen Schüler/-innen an allen Schülern/-innen an allgemeinbildenen Schulen	154
Schülerzahl je Klasse an Grundschulen	154
Schulentlassene an allgemeinbildenden Schulen	155
Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss/Berufsreife an allen Schulentlassenen	155
Anteil der Lehrkräfte im Alter von 60 oder mehr Jahren an allen Lehrkräften	155
Vertragslösungsquote der Auszubildenden	156
Integrierte Ausbildungsberichterstattung: Anfängeranteil in Sektor I (Auszubildende)	156
Integrierte Ausbildungsberichterstattung: Anfängeranteil in Sektor II (Übergangsbereich)	156
Integrierte Ausbildungsberichterstattung: Anfängeranteil in Sektor III (Erwerb der Hochschulreife)	157
Integrierte Ausbildungsberichterstattung: Anfängeranteil in Sektor IV (Studium)	157
Studienanfängerquote nach Land des Studienortes	157
Anteil der Bildungsausländer/-innen an allen Studierenden	158
Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen/-innen	158
Wanderungssaldo der Studierenden	158
4 Gesundheit und Soziales	
Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte	159
Niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte	159
Aufgestellte Betten in Krankenhäusern insgesamt	159
Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	160
Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung	160
Anteil der reinen Pflegegeldempfänger an allen Pflegebedürftigen	160
Anteil der Pflegebedürftigen in ambulanter Pflege an allen Pflegebedürftigen	161
Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege an allen Pflegebedürftigen	161
Durchschnittlicher Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren	161
Anteil der Raucher/-innen an der Bevölkerung ab 15 Jahren	162
Gesundheitsausgaben je Einwohner/-in	162
Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an allen Erwerbstätigen	162
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)	163

5 Finanzen

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerverteilung	164
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder nach Steuerverteilung	164
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerverteilung	164
Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich	165
Schulden der Länder beim nicht-öffentlichen Bereich	165
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich	165
Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich (Vollzeitäquivalente)	166
Einnahmen im Länderfinanzausgleich	166

6 Wahlen

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen	167
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Landtagswahlen	167
Zweitstimmenanteil der späteren Regierungsparteien bei der Landtagswahl	167
Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen	168
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Bundestagswahlen	168
Wahlbeteiligung bei den Europawahlen	168

7 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen	169
Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt, verkettet	169
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen je Erwerbstätige/-n (Arbeitsproduktivität)	169
Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung	170
Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung	170
Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung	170
Anteil der Dienstleistungsbereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“	171
Anteil der Dienstleistungsbereiche „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstl., Grundstücks- und Wohnungswesen“	171
Anteil der Dienstleistungsbereiche „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ ...	171
Bruttoanlageinvestitionen	172
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	172
Sparquote der privaten Haushalte	172

8 Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Tourismus

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 173

Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 173

Umsatz im Bauhauptgewerbe 173

Übernachtungsintensität im Tourismus 174

Anteil der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland an allen Übernachtungen 174

Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus 174

9 Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) 175

FuE-Personal (Vollzeitäquivalente) 175

Anteil der Beschäftigten in Hochtechnologiebranchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 175

Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 176

Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 176

Patentdichte 176

Innovationsindex 177

Gründungsintensität 177

Gewerbeanmeldungen 177

darunter: Betriebsgründungen 178

Unternehmensinsolvenzen 178

Voraussichtliche Forderungen 178

10 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

Erwerbstätige am Arbeitsort 179

Arbeitsplatzdichte 179

Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen 179

Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen 180

Anteil der Arbeitnehmer/-innen an allen Erwerbstätigen 180

Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen 180

Arbeitsvolumen 181

Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen 181

Frauenerwerbsquote 181

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte 182

Arbeitslosenquote 182

Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen	182
Pendlersaldo	183

11 Umwelt

Bodenfläche	184
Anteil der Fläche für Wald an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	184
Anteil der Landwirtschaftsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	184
Anteil der Fläche für Siedung und Verkehr an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	185
Energieproduktivität	185
Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung	185
Treibhausgasemissionen	186
CO ₂ -Emissionen (energiebedingt)	186

12 Verkehr

Straßendichte	187
Pkw-Dichte	187
Anteil des Pkw-Bestands mit alternativen Antrieben	187
Pkw-Neuzulassungen	188
Anteil der Pkw-Neuzulassungen mit alternativen Antrieben	188
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden	188
Verkehrstote	189
Verunglückte Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern (Verkehrsunfälle mit Personenschaden)	189

T1 Bevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	10 744 921	3	11 069 533	3	11 100 394	3	3,3	0,3
Bayern	12 510 331	2	13 076 721	2	13 124 737	2	4,9	0,4
Berlin	3 442 675	8	3 644 826	8	3 669 491	8	6,6	0,7
Brandenburg	2 511 525	10	2 511 917	10	2 521 893	10	0,4	0,4
Bremen	661 716	16	682 986	16	681 202	16	2,9	-0,3
Hamburg	1 774 224	13	1 841 179	13	1 847 253	13	4,1	0,3
Hessen	6 061 951	5	6 265 809	5	6 288 080	5	3,7	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 651 216	14	1 609 675	14	1 608 138	14	-2,6	-0,1
Niedersachsen	7 928 815	4	7 982 448	4	7 993 608	4	0,8	0,1
Nordrhein-Westfalen	17 872 763	1	17 932 651	1	17 947 221	1	0,4	0,1
Rheinland-Pfalz	4 012 675	7	4 084 844	6	4 093 903	6	2,0	0,2
Saarland	1 022 585	15	990 509	15	986 887	15	-3,5	-0,4
Sachsen	4 168 732	6	4 077 937	7	4 071 971	7	-2,3	-0,1
Sachsen-Anhalt	2 356 219	11	2 208 321	11	2 194 782	11	-6,9	-0,6
Schleswig-Holstein	2 832 027	9	2 896 712	9	2 903 773	9	2,5	0,2
Thüringen	2 249 882	12	2 143 145	12	2 133 378	12	-5,2	-0,5
Deutschland	81 802 257	x	83 019 213	x	83 166 711	x	1,7	0,2

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

T2 Anteil der Bevölkerung der Länder an der Gesamtbevölkerung in Deutschland

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	13,1	3	13,3	3	13,3	3	0,2	0,0
Bayern	15,3	2	15,8	2	15,8	2	0,5	0,0
Berlin	4,2	8	4,4	8	4,4	8	0,2	0,0
Brandenburg	3,1	10	3,0	10	3,0	10	0,0	0,0
Bremen	0,8	16	0,8	16	0,8	16	0,0	0,0
Hamburg	2,2	13	2,2	13	2,2	13	0,1	0,0
Hessen	7,4	5	7,5	5	7,6	5	0,2	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	14	1,9	14	1,9	14	-0,1	0,0
Niedersachsen	9,7	4	9,6	4	9,6	4	-0,1	0,0
Nordrhein-Westfalen	21,8	1	21,6	1	21,6	1	-0,3	0,0
Rheinland-Pfalz	4,9	7	4,9	6	4,9	6	0,0	0,0
Saarland	1,3	15	1,2	15	1,2	15	-0,1	0,0
Sachsen	5,1	6	4,9	6	4,9	6	-0,2	0,0
Sachsen-Anhalt	2,9	11	2,7	11	2,6	11	-0,2	0,0
Schleswig-Holstein	3,5	9	3,5	9	3,5	9	0,0	0,0
Thüringen	2,8	12	2,6	12	2,6	11	-0,2	0,0
Deutschland	100	x	100	x	100	x	x	x

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

T3 Bevölkerungsdichte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018 ¹		2019 ¹		2009–2019	2018–2019
	Einwohner/-innen je km ²	Rang	Einwohner/-innen je km ²	Rang	Einwohner/-innen je km ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	301	6	310	6	311	6	3,3	0,3
Bayern	177	11	185	10	186	10	5,1	0,5
Berlin	3 861	1	4 090	1	4 090	1	5,9	0,0
Brandenburg	85	15	85	15	85	15	0,0	0,0
Bremen	1 637	3	1 629	3	1 624	3	-0,8	-0,3
Hamburg	2 349	2	2 438	2	2 446	2	4,1	0,3
Hessen	287	7	297	7	298	7	3,8	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	71	16	69	16	69	16	-2,8	0,0
Niedersachsen	166	12	167	12	168	12	1,2	0,6
Nordrhein-Westfalen	524	4	526	4	526	4	0,4	0,0
Rheinland-Pfalz	202	9	206	9	206	9	2,0	0,0
Saarland	398	5	385	5	384	5	-3,5	-0,3
Sachsen	226	8	221	8	221	8	-2,2	0,0
Sachsen-Anhalt	115	14	108	14	107	14	-7,0	-0,9
Schleswig-Holstein	179	10	183	11	184	11	2,8	0,5
Thüringen	139	13	132	13	132	13	-5,0	0,0
Deutschland	229	x	232	x	233	x	1,7	0,4

¹ Fläche: Ergebnisse auf Basis des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS). – Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Flächenerhebung

T4 Anteil der unter 20-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	20,1	1	19,1	1	19,0	1	-1,1	0,0
Bayern	19,7	4	18,5	5	18,5	6	-1,2	0,0
Berlin	16,3	11	18,1	10	18,2	10	1,9	0,1
Brandenburg	15,3	12	17,3	11	17,4	12	2,1	0,1
Bremen	17,4	9	18,3	8	18,4	7	0,9	0,1
Hamburg	17,3	10	18,5	5	18,7	5	1,4	0,2
Hessen	19,1	7	18,8	3	18,8	2	-0,3	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	15,0	13	16,8	13	16,9	13	1,9	0,1
Niedersachsen	20,1	1	18,9	2	18,8	2	-1,3	-0,1
Nordrhein-Westfalen	19,8	3	18,8	3	18,8	2	-0,9	0,0
Rheinland-Pfalz	19,4	6	18,3	8	18,3	8	-1,2	0,0
Saarland	17,7	8	16,7	15	16,6	15	-1,0	0,0
Sachsen	14,7	14	17,3	11	17,5	11	2,7	0,1
Sachsen-Anhalt	14,4	16	16,2	16	16,3	16	1,9	0,1
Schleswig-Holstein	19,7	4	18,5	5	18,3	8	-1,4	-0,1
Thüringen	14,6	15	16,8	13	16,9	13	2,2	0,1
Deutschland	18,8	x	18,4	x	18,4	x	-0,3	0,0

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

T5 Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	60,4	11	60,8	4	60,6	4	0,2	-0,2
Bayern	60,7	9	61,1	3	61,0	3	0,3	-0,2
Berlin	64,6	1	62,7	2	62,6	2	-2,0	-0,1
Brandenburg	62,2	5	58,2	13	57,7	13	-4,5	-0,5
Bremen	61,1	7	60,6	5	60,5	5	-0,6	-0,2
Hamburg	63,7	2	63,2	1	63,1	1	-0,6	-0,1
Hessen	60,8	8	60,6	5	60,4	6	-0,4	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	62,9	3	58,5	12	57,8	12	-5,1	-0,7
Niedersachsen	59,0	15	59,2	10	59,1	10	0,1	-0,2
Nordrhein-Westfalen	59,9	13	60,2	7	60,0	7	0,1	-0,2
Rheinland-Pfalz	59,9	13	60,0	8	59,7	8	-0,2	-0,3
Saarland	60,2	12	59,6	9	59,2	9	-0,9	-0,4
Sachsen	60,6	10	56,5	16	56,1	16	-4,6	-0,5
Sachsen-Anhalt	61,4	6	57,3	15	56,7	15	-4,7	-0,6
Schleswig-Holstein	58,6	16	58,6	11	58,5	11	-0,1	-0,1
Thüringen	62,3	4	57,5	14	56,9	14	-5,4	-0,6
Deutschland	60,6	x	60,0	x	59,8	x	-0,8	-0,2

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

T6 Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	19,5	14	20,2	14	20,4	14	0,9	0,2
Bayern	19,6	13	20,4	13	20,5	13	0,9	0,2
Berlin	19,1	15	19,2	15	19,2	15	0,1	0,0
Brandenburg	22,5	4	24,5	5	24,9	5	2,4	0,4
Bremen	21,5	8	21,1	10	21,1	11	-0,4	0,1
Hamburg	19,0	16	18,3	16	18,2	16	-0,8	-0,1
Hessen	20,1	12	20,6	12	20,8	12	0,7	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	22,1	6	24,7	4	25,3	4	3,2	0,6
Niedersachsen	20,8	9	21,9	8	22,1	8	1,3	0,2
Nordrhein-Westfalen	20,4	11	21,0	11	21,2	10	0,8	0,2
Rheinland-Pfalz	20,7	10	21,7	9	22,0	9	1,3	0,3
Saarland	22,2	5	23,7	6	24,1	6	1,9	0,4
Sachsen	24,7	1	26,1	2	26,5	2	1,8	0,3
Sachsen-Anhalt	24,2	2	26,5	1	27,0	1	2,8	0,5
Schleswig-Holstein	21,6	7	23,0	7	23,2	7	1,5	0,2
Thüringen	23,0	3	25,7	3	26,2	3	3,2	0,5
Deutschland	20,7	x	21,5	x	21,8	x	1,1	0,2

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

T7 Jugendquotient¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Punkten	
Baden-Württemberg	33,3	3	31,4	3	31,4	2	-1,9	0,0
Bayern	32,5	5	30,2	8	30,3	9	-2,2	0,0
Berlin	25,2	11	28,9	13	29,1	14	3,9	0,2
Brandenburg	24,6	12	29,7	10	30,2	10	5,6	0,5
Bremen	28,5	9	30,1	9	30,4	8	1,8	0,2
Hamburg	27,1	10	29,3	11	29,6	12	2,4	0,3
Hessen	31,5	7	31,0	5	31,1	6	-0,4	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	23,9	14	28,8	14	29,3	13	5,4	0,5
Niedersachsen	34,1	1	31,9	1	31,8	1	-2,3	0,0
Nordrhein-Westfalen	33,0	4	31,3	4	31,4	2	-1,6	0,1
Rheinland-Pfalz	32,5	5	30,5	7	30,6	7	-1,9	0,1
Saarland	29,3	8	27,9	16	28,1	16	-1,3	0,1
Sachsen	24,3	13	30,7	6	31,2	5	6,9	0,5
Sachsen-Anhalt	23,4	16	28,3	15	28,8	15	5,4	0,5
Schleswig-Holstein	33,7	2	31,5	2	31,4	2	-2,3	-0,2
Thüringen	23,5	15	29,2	12	29,7	11	6,2	0,5
Deutschland	31,0	x	30,7	x	30,8	x	-0,1	0,1

1 Altersabgrenzung siehe Glossar. – Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

T8 Altenquotient¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Punkten	
Baden-Württemberg	32,3	13	33,2	14	33,6	14	1,3	0,4
Bayern	32,3	13	33,3	13	33,7	13	1,4	0,4
Berlin	29,6	16	30,6	15	30,7	15	1,1	0,1
Brandenburg	36,1	6	42,0	5	43,1	5	7,0	1,1
Bremen	35,2	8	34,8	11	34,9	11	-0,3	0,2
Hamburg	29,7	15	28,9	16	28,9	16	-0,9	0,0
Hessen	33,0	12	34,1	12	34,4	12	1,4	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	35,2	8	42,2	4	43,7	4	8,6	1,6
Niedersachsen	35,3	7	37,0	8	37,5	8	2,1	0,4
Nordrhein-Westfalen	34,0	11	34,9	10	35,3	10	1,3	0,4
Rheinland-Pfalz	34,5	10	36,2	9	36,8	9	2,3	0,6
Saarland	36,8	5	39,8	6	40,7	6	3,9	0,9
Sachsen	40,7	1	46,3	1	47,2	2	6,5	0,9
Sachsen-Anhalt	39,4	2	46,2	2	47,6	1	8,2	1,3
Schleswig-Holstein	36,9	4	39,2	7	39,6	7	2,7	0,4
Thüringen	37,0	3	44,7	3	46,1	3	9,1	1,4
Deutschland	34,1	x	35,9	x	36,4	x	2,3	0,5

1 Altersabgrenzung siehe Glossar. – Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

T9 Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter¹ an allen Frauen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	37,8	3	35,2	4	35,1	4	-2,6	-0,1
Bayern	37,8	3	35,2	4	35,1	4	-2,6	-0,1
Berlin	40,3	2	39,4	2	39,6	2	-0,7	0,2
Brandenburg	33,1	12	28,3	15	28,5	15	-4,6	0,2
Bremen	37,5	5	36,1	3	36,2	3	-1,3	0,1
Hamburg	41,8	1	40,3	1	40,3	1	-1,5	0,0
Hessen	37,3	6	34,9	6	34,9	6	-2,4	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	33,1	12	29,0	13	29,0	13	-4,1	0,1
Niedersachsen	36,1	8	33,0	9	32,9	9	-3,2	-0,1
Nordrhein-Westfalen	36,8	7	34,1	7	34,1	7	-2,7	0,0
Rheinland-Pfalz	36,1	8	33,1	8	33,0	8	-3,1	-0,1
Saarland	34,4	11	31,2	11	31,2	11	-3,2	0,0
Sachsen	32,8	15	29,9	12	30,1	12	-2,7	0,1
Sachsen-Anhalt	32,0	16	27,6	16	27,6	16	-4,4	0,1
Schleswig-Holstein	35,7	10	32,0	10	32,0	10	-3,7	0,0
Thüringen	32,9	14	28,6	14	28,6	14	-4,3	0,0
Deutschland	36,6	x	33,8	x	33,8	x	-2,8	0,0

1 15- bis unter 45-Jährige. – Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

T10 Zusammengefasste Geburtenziffer¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	Ziffer	Rang	Ziffer	Rang	Ziffer	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1 353	10	1 572	10	1 563	4	15,5	-0,6
Bayern	1 337	12	1 550	12	1 544	10	15,5	-0,4
Berlin	1 300	13	1 443	16	1 402	16	7,8	-2,8
Brandenburg	1 397	3	1 612	2	1 589	2	13,7	-1,4
Bremen	1 284	14	1 599	4	1 589	2	23,8	-0,6
Hamburg	1 242	15	1 479	14	1 457	14	17,3	-1,5
Hessen	1 359	8	1 564	11	1 533	12	12,8	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 421	2	1 550	12	1 536	11	8,1	-0,9
Niedersachsen	1 382	5	1 617	1	1 599	1	15,7	-1,1
Nordrhein-Westfalen	1 365	7	1 592	7	1 557	6	14,1	-2,2
Rheinland-Pfalz	1 339	11	1 585	8	1 555	8	16,1	-1,9
Saarland	1 227	16	1 469	15	1 446	15	17,8	-1,6
Sachsen	1 438	1	1 595	5	1 556	7	8,2	-2,4
Sachsen-Anhalt	1 372	6	1 606	3	1 561	5	13,8	-2,8
Schleswig-Holstein	1 396	4	1 576	9	1 530	13	9,6	-2,9
Thüringen	1 358	9	1 595	5	1 555	8	14,5	-2,5
Deutschland	1 356	x	1 560	x	1 535	x	13,2	-1,6

1 Lebendgeborene je 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis unter 45 Jahren (Geburtsjahrmethode). – Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbew.

T11 Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	-7,3	3	-2,0	3	-2,3	3	5,0	-0,3
Bayern	-15,0	4	-5,5	4	-4,6	4	10,4	0,9
Berlin	1,1	1	11,9	2	13,0	2	11,9	1,2
Brandenburg	-34,9	12	-51,0	12	-50,5	12	-15,6	0,6
Bremen	-32,9	11	-13,3	6	-8,1	5	24,8	5,1
Hamburg	-2,3	2	16,1	1	18,8	1	21,1	2,7
Hessen	-16,4	5	-9,8	5	-10,5	6	5,9	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	-32,2	9	-55,4	13	-56,4	14	-24,2	-1,0
Niedersachsen	-29,5	7	-28,2	9	-26,3	9	3,3	2,0
Nordrhein-Westfalen	-25,6	6	-21,2	7	-20,1	7	5,5	1,1
Rheinland-Pfalz	-32,4	10	-26,1	8	-25,5	8	6,9	0,6
Saarland	-55,2	15	-57,7	14	-56,1	13	-0,9	1,5
Sachsen	-38,9	13	-50,0	11	-50,2	11	-11,3	-0,2
Sachsen-Anhalt	-56,3	16	-72,6	16	-71,2	16	-14,9	1,3
Schleswig-Holstein	-32,1	8	-36,9	10	-35,5	10	-3,4	1,4
Thüringen	-43,9	14	-57,7	14	-58,7	15	-14,7	-1,0
Deutschland	-23,1	x	-20,2	x	-19,4	x	3,7	0,8

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

T12 Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	3,2	8	46,1	10	34,1	10	30,9	-12,0
Bayern	7,3	6	66,2	3	44,7	7	37,4	-21,6
Berlin	30,6	1	81,1	2	63,5	2	32,9	-17,6
Brandenburg	-9,2	11	84,0	1	91,0	1	100,2	7,1
Bremen	30,3	2	49,3	7	-11,3	16	-41,7	-60,6
Hamburg	13,9	4	43,5	12	27,1	11	13,2	-16,3
Hessen	9,4	5	47,7	8	45,4	6	36,0	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	-47,3	15	47,6	9	50,0	4	97,3	2,4
Niedersachsen	6,1	7	54,6	6	43,9	8	37,7	-10,7
Nordrhein-Westfalen	-8,0	10	29,3	13	26,3	12	34,4	-2,9
Rheinland-Pfalz	-7,0	9	55,2	5	49,9	5	56,9	-5,2
Saarland	-20,2	13	20,7	15	21,9	13	42,1	1,1
Sachsen	-18,8	12	44,1	11	38,3	9	57,1	-5,8
Sachsen-Anhalt	-52,2	16	7,9	16	11,0	15	63,2	3,1
Schleswig-Holstein	24,3	3	62,9	4	60,4	3	36,1	-2,5
Thüringen	-35,6	14	21,2	14	15,8	14	51,3	-5,5
Deutschland	-1,6	x	48,2	x	39,4	x	40,9	-8,8

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Wanderungsstatistik

T13 Eheschließungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	45,0	9	52,9	9	49,3	8	9,4	-6,8
Bayern	47,0	7	55,8	5	52,3	5	11,2	-6,4
Berlin	36,6	16	43,2	15	39,9	15	9,2	-7,5
Brandenburg	48,0	4	61,6	3	56,4	3	17,7	-8,3
Bremen	44,0	11	49,3	13	45,7	12	4,0	-7,2
Hamburg	40,7	15	34,2	16	32,9	16	-19,1	-3,8
Hessen	44,9	10	52,3	10	48,0	10	6,9	-8,1
Mecklenburg-Vorpommern	63,3	1	76,2	1	68,9	1	8,8	-9,6
Niedersachsen	48,0	4	57,7	4	53,1	4	10,6	-7,9
Nordrhein-Westfalen	45,7	8	53,9	8	49,9	7	9,0	-7,5
Rheinland-Pfalz	49,4	3	55,5	6	50,9	6	3,0	-8,3
Saarland	47,5	6	54,0	7	48,6	9	2,3	-10,1
Sachsen	42,1	14	50,5	12	44,9	13	6,7	-11,0
Sachsen-Anhalt	43,7	12	51,3	11	46,4	11	6,2	-9,6
Schleswig-Holstein	57,7	2	67,5	2	64,1	2	11,1	-5,0
Thüringen	43,2	13	48,5	14	43,7	14	1,1	-9,9
Deutschland	46,2	x	54,2	x	50,1	x	8,4	-7,6

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

T14 Ehescheidungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	20,0	12	16,6	11	17,1	9	-14,7	3,0
Bayern	20,3	11	17,2	9	17,0	10	-16,2	-1,1
Berlin	21,5	9	14,7	16	16,1	14	-25,1	9,6
Brandenburg	21,2	10	16,8	10	17,6	7	-16,9	4,7
Bremen	24,1	7	17,3	8	16,2	12	-32,6	-6,4
Hamburg	22,3	8	15,3	14	16,7	11	-25,2	9,4
Hessen	24,6	5	19,1	5	19,2	4	-22,1	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	19,4	14	17,7	7	17,6	7	-9,3	-0,6
Niedersachsen	24,2	6	19,0	6	19,1	5	-20,9	0,4
Nordrhein-Westfalen	25,7	2	19,3	3	18,8	6	-26,7	-2,4
Rheinland-Pfalz	26,4	1	19,7	2	19,6	3	-25,8	-0,5
Saarland	25,7	2	19,2	4	20,1	2	-21,9	4,3
Sachsen	18,4	16	15,1	15	15,4	16	-16,2	2,4
Sachsen-Anhalt	20,0	12	15,7	13	16,1	14	-19,3	2,6
Schleswig-Holstein	25,7	2	20,9	1	20,7	1	-19,5	-0,7
Thüringen	19,2	15	16,5	12	16,2	12	-15,8	-1,6
Deutschland	22,7	x	17,9	x	17,9	x	-21,0	0,4

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik der Ehescheidungen

T15 Anteil der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,8	4	15,5	5	15,9	5	4,1	0,3
Bayern	9,3	7	13,2	7	13,6	6	4,3	0,4
Berlin	13,7	1	18,5	1	19,2	1	5,5	0,7
Brandenburg	2,6	13	4,7	15	5,0	15	2,4	0,3
Bremen	12,6	3	18,1	2	18,5	2	5,9	0,4
Hamburg	13,5	2	16,4	3	16,5	4	3,1	0,1
Hessen	11,1	5	16,2	4	16,6	3	5,5	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	2,3	14	4,5	16	4,7	16	2,3	0,1
Niedersachsen	6,6	10	9,4	10	9,7	10	3,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	10,5	6	13,3	6	13,6	6	3,2	0,4
Rheinland-Pfalz	7,6	9	11,1	8	11,5	8	3,8	0,4
Saarland	8,3	8	11,1	8	11,4	9	3,1	0,4
Sachsen	2,7	12	4,9	12	5,1	13	2,4	0,2
Sachsen-Anhalt	1,8	16	4,9	12	5,1	13	3,3	0,2
Schleswig-Holstein	5,1	11	8,0	11	8,4	11	3,3	0,4
Thüringen	2,1	15	4,9	12	5,2	12	3,1	0,3
Deutschland	8,7	x	12,2	x	12,5	x	3,8	0,3

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

T16 Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2019		2019		2009–2019	2019–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	26,1	2	33,4	3	33,8	4	7,7	0,4
Bayern	18,5	7	25,6	8	25,9	8	7,4	0,3
Berlin	23,3	6	31,6	5	33,5	5	10,2	1,9
Brandenburg	x	x	8,4	12	8,6	12	x	0,2
Bremen	25,6	3	35,1	1	36,5	1	10,9	1,4
Hamburg	27,0	1	33,3	4	33,9	3	6,9	0,6
Hessen	25,2	4	33,6	2	34,4	2	9,2	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	x	x	7,9	14	8,1	14	x	0,2
Niedersachsen	15,8	10	22,1	10	22,3	10	6,5	0,2
Nordrhein-Westfalen	23,5	5	30,4	6	30,8	6	7,3	0,4
Rheinland-Pfalz	18,0	8	26,1	7	26,7	7	8,7	0,6
Saarland	16,0	9	22,5	9	22,4	9	6,4	-0,1
Sachsen	x	x	8,2	13	8,5	13	x	0,3
Sachsen-Anhalt	x	x	7,8	15	8,0	15	x	0,2
Schleswig-Holstein	12,1	11	17,3	11	17,5	11	5,4	0,2
Thüringen	x	x	7,3	16	7,8	16	x	0,5
Deutschland	18,7	x	25,5	x	26,0	x	7,3	0,5

Quelle: Mikrozensus



T1 Haushalte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	1 000	Rang	1 000	Rang	1 000	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	4 982	3	5 278	3	5 286	3	6,1	0,2
Bayern	6 004	2	6 447	2	6 453	2	7,5	0,1
Berlin	1 972	7	2 003	7	2 028	7	2,8	1,2
Brandenburg	1 249	10	1 249	10	1 257	10	0,6	0,6
Bremen	354	16	365	16	366	16	3,4	0,3
Hamburg	970	13	992	13	1 003	13	3,4	1,1
Hessen	2 929	5	3 065	5	3 091	5	5,5	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	856	14	826	14	830	14	-3,0	0,5
Niedersachsen	3 848	x	3 972	4	3 973	4	3,2	0,0
Nordrhein-Westfalen	8 590	1	8 766	1	8 756	1	1,9	-0,1
Rheinland-Pfalz	1 898	8	1 946	8	1 961	8	3,3	0,8
Saarland	492	15	493	15	493	15	0,2	0,0
Sachsen	2 202	6	2 144	6	2 156	6	-2,1	0,6
Sachsen-Anhalt	1 210	11	1 173	11	1 151	11	-4,9	-1,9
Schleswig-Holstein	1 387	9	1 470	9	1 470	9	6,0	0,0
Thüringen	1 134	12	1 102	12	1 104	12	-2,6	0,2
Deutschland	40 076	x	41 304	x	41 378	x	3,2	0,2

Quelle: Mikrozensus

T2 Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	36,9	14	39,1	14	39,4	14	2,5	0,2
Bayern	38,8	7	41,9	7	41,5	9	2,7	-0,3
Berlin	53,3	1	52,4	1	53,0	1	-0,3	0,6
Brandenburg	36,3	16	38,4	15	38,6	15	2,3	0,2
Bremen	48,6	3	49,9	3	50,0	3	1,4	0,1
Hamburg	49,8	2	50,5	2	50,1	2	0,4	-0,4
Hessen	38,1	10	41,1	10	41,4	11	3,3	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	40,0	5	40,6	11	41,8	7	1,9	1,3
Niedersachsen	39,4	6	42,4	5	42,1	5	2,8	-0,3
Nordrhein-Westfalen	38,2	8	40,6	11	40,6	13	2,5	0,0
Rheinland-Pfalz	36,8	15	38,0	16	38,4	16	1,6	0,4
Saarland	37,0	13	40,6	11	41,4	11	4,4	0,8
Sachsen	41,5	4	43,4	4	44,2	4	2,7	0,9
Sachsen-Anhalt	38,0	11	42,3	6	42,0	6	3,9	-0,3
Schleswig-Holstein	38,2	8	41,7	8	41,8	7	3,6	0,1
Thüringen	37,6	12	41,4	9	41,5	9	3,9	0,1
Deutschland	39,4	x	41,8	x	41,9	x	2,5	0,1

Quelle: Mikrozensus

T3 Anteil der Haushalte mit zwei Personen an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	32,9	12	33,0	11	32,9	12	-0,1	-0,1
Bayern	32,5	13	31,9	13	32,5	13	0,0	0,6
Berlin	29,7	16	29,0	15	28,1	16	-1,7	-0,9
Brandenburg	37,6	1	38,4	1	38,6	1	1,0	0,2
Bremen	31,9	14	29,9	14	30,6	14	-1,3	0,7
Hamburg	30,5	15	28,8	16	29,8	15	-0,7	1,0
Hessen	34,1	10	32,8	12	33,0	11	-1,2	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	36,1	5	38,1	2	37,7	3	1,6	-0,4
Niedersachsen	34,3	9	33,3	10	33,8	9	-0,5	0,5
Nordrhein-Westfalen	34,5	8	33,9	9	34,4	8	-0,1	0,5
Rheinland-Pfalz	34,1	10	34,6	7	35,0	7	0,9	0,4
Saarland	35,0	7	34,1	8	33,5	10	-1,5	-0,6
Sachsen	36,7	3	36,2	5	36,1	5	-0,6	-0,2
Sachsen-Anhalt	37,4	2	37,7	3	38,1	2	0,7	0,5
Schleswig-Holstein	35,9	6	35,4	6	35,4	6	-0,5	-0,1
Thüringen	36,5	4	36,6	4	37,0	4	0,4	0,4
Deutschland	34,0	x	33,5	x	33,8	x	-0,2	0,3

Quelle: Mikrozensus



T4 Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	30,2	1	27,9	1	27,8	1	-2,4	-0,2
Bayern	28,7	3	26,2	3	25,9	3	-2,8	-0,3
Berlin	16,9	16	18,7	16	18,9	16	2,0	0,3
Brandenburg	26,0	8	23,2	8	22,8	8	-3,2	-0,4
Bremen	19,8	14	20,3	14	19,4	15	-0,4	-0,9
Hamburg	19,8	14	20,6	12	20,0	12	0,2	-0,5
Hessen	27,8	5	26,1	4	25,6	4	-2,1	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	23,8	12	21,2	11	20,5	11	-3,3	-0,7
Niedersachsen	26,4	7	24,3	7	24,1	7	-2,3	-0,2
Nordrhein-Westfalen	27,3	6	25,5	6	25,0	6	-2,4	-0,5
Rheinland-Pfalz	29,1	2	27,3	2	26,6	2	-2,5	-0,8
Saarland	28,0	4	25,6	5	25,2	5	-2,9	-0,4
Sachsen	21,8	13	20,4	13	19,7	14	-2,1	-0,7
Sachsen-Anhalt	24,5	11	20,0	15	20,0	12	-4,6	-0,1
Schleswig-Holstein	25,8	10	22,8	9	22,8	8	-3,0	0,0
Thüringen	25,9	9	22,1	10	21,6	10	-4,4	-0,5
Deutschland	26,6	x	24,7	x	24,3	x	-2,3	-0,4

Quelle: Mikrozensus

T5 Durchschnittliche Haushaltsgröße

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2,17	1	2,10	1	2,09	1	-3,7	-0,5
Bayern	2,11	3	2,03	3	2,03	3	-3,7	0,0
Berlin	1,74	16	1,79	16	1,79	16	2,9	0,0
Brandenburg	2,02	9	1,98	8	1,97	8	-2,7	-0,5
Bremen	1,85	14	1,86	14	1,85	14	-0,2	-0,5
Hamburg	1,83	15	1,84	15	1,84	15	0,4	0,0
Hessen	2,09	4	2,03	3	2,02	4	-3,2	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	1,95	12	1,93	10	1,92	11	-1,5	-0,5
Niedersachsen	2,07	7	2,00	6	1,99	6	-3,8	-0,5
Nordrhein-Westfalen	2,09	4	2,03	3	2,02	4	-3,3	-0,5
Rheinland-Pfalz	2,13	2	2,08	2	2,06	2	-3,2	-1,0
Saarland	2,08	6	2,00	6	1,99	6	-4,3	-0,5
Sachsen	1,91	13	1,89	12	1,87	13	-2,1	-1,1
Sachsen-Anhalt	1,97	11	1,88	13	1,89	12	-4,1	0,5
Schleswig-Holstein	2,06	8	1,97	9	1,97	8	-4,4	0,0
Thüringen	2,01	10	1,93	10	1,93	10	-3,8	0,0
Deutschland	2,05	x	2,00	x	1,99	x	-3,1	-0,5

Quelle: Mikrozensus

T6 Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner/-in¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	m ² je Einwohner/-in	Rang	m ² je Einwohner/-in	Rang	m ² je Einwohner/-in	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	42,4	7	46,0	2	46,1	2	8,7	0,4
Bayern	44,3	4	47,8	5	47,9	5	8,2	0,4
Berlin	38,8	15	39,2	16	39,2	16	1,0	0,0
Brandenburg	39,5	12	44,9	11	45,2	11	14,3	0,7
Bremen	41,0	9	42,3	14	42,4	14	3,5	0,3
Hamburg	36,1	16	39,3	15	39,6	15	9,6	0,6
Hessen	43,2	5	46,7	6	46,9	7	8,4	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	39,1	13	44,7	12	45,1	12	15,2	0,8
Niedersachsen	45,5	3	51,0	3	51,3	3	12,7	0,5
Nordrhein-Westfalen	40,4	10	45,3	9	45,5	9	12,5	0,4
Rheinland-Pfalz	47,4	2	53,4	2	53,7	2	13,2	0,5
Saarland	48,4	1	53,8	1	54,2	1	12,0	0,8
Sachsen	38,8	14	43,6	13	43,9	13	13,0	0,6
Sachsen-Anhalt	41,2	8	46,6	7	47,0	6	14,2	0,9
Schleswig-Holstein	43,0	6	47,8	4	48,1	4	11,8	0,6
Thüringen	39,6	11	45,1	10	45,4	10	14,6	0,8
Deutschland	42,2	x	46,5	x	46,7	x	10,7	0,5

1 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. – Quelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes



T7 Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	m ² je Wohnung	Rang	m ² je Wohnung	Rang	m ² je Wohnung	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	91,9	5	96,3	6	96,4	6	4,9	0,1
Bayern	93,0	4	97,4	4	97,5	4	4,8	0,1
Berlin	70,4	15	73,2	16	73,2	16	4,1	0,0
Brandenburg	78,2	9	85,1	9	85,3	9	9,1	0,3
Bremen	76,7	11	80,5	11	80,5	12	5,0	0,0
Hamburg	72,1	14	76,1	14	76,1	14	5,5	0,1
Hessen	91,5	6	96,5	5	96,5	5	5,5	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	73,0	13	79,7	13	79,8	13	9,3	0,2
Niedersachsen	95,6	3	102,3	3	102,3	3	7,1	0,1
Nordrhein-Westfalen	85,0	8	90,4	8	90,5	8	6,5	0,1
Rheinland-Pfalz	98,6	1	104,2	1	104,3	1	5,8	0,0
Saarland	97,4	2	103,9	2	104,0	2	6,8	0,0
Sachsen	69,9	16	75,5	15	75,7	15	8,2	0,2
Sachsen-Anhalt	74,8	12	80,4	12	80,6	11	7,7	0,2
Schleswig-Holstein	87,5	7	93,5	7	93,5	7	6,8	0,0
Thüringen	77,0	10	82,0	10	82,2	10	6,7	0,2
Deutschland	86,4	x	91,8	x	91,8	x	6,3	0,1

1 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. – Quelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes

T8 Wohneigentumsquote¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2014		2018		2010–2018	2014–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	52,8	4	51,3	5	52,6	5	-0,2	1,3
Bayern	51,0	5	50,6	6	51,4	6	0,4	0,8
Berlin	14,9	16	14,2	16	17,4	16	2,5	3,2
Brandenburg	46,2	8	46,4	8	47,8	7	1,6	1,4
Bremen	37,2	12	38,8	13	37,8	13	0,6	-1,0
Hamburg	22,6	15	22,6	15	23,9	15	1,3	1,3
Hessen	47,3	7	46,7	7	47,5	8	0,2	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	37,0	13	38,9	12	41,1	12	4,1	2,2
Niedersachsen	54,5	3	54,7	3	54,2	3	-0,3	-0,5
Nordrhein-Westfalen	43,0	10	42,8	10	43,7	11	0,7	0,9
Rheinland-Pfalz	58,0	2	57,6	2	58,0	2	0,0	0,4
Saarland	63,7	1	62,6	1	64,7	1	1,0	2,1
Sachsen	33,7	14	34,1	14	34,6	14	0,9	0,5
Sachsen-Anhalt	42,7	11	42,4	11	45,1	10	2,4	2,7
Schleswig-Holstein	49,7	6	51,5	4	53,3	4	3,6	1,8
Thüringen	45,5	9	43,8	9	45,3	9	-0,2	1,5
Deutschland	45,7	x	45,5	x	46,5	x	0,8	1,0

1 Anteil der Haushalte in Wohneigentum an allen Haushalten. – Quelle: Mikrozensus

T9 Durchschnittliche Warmmiete

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2014		2018		2010–2018	2014–2018
	EUR je m ²	Rang	EUR je m ²	Rang	EUR je m ²	Rang	Veränderung %	
Baden-Württemberg	7,66	10	8,04	10	9,60	11	25,3	19,4
Bayern	7,97	14	8,31	13	10,30	15	29,2	23,9
Berlin	7,72	11	8,59	15	9,90	13	28,2	15,3
Brandenburg	7,01	7	7,39	7	8,00	4	14,1	8,3
Bremen	7,85	13	8,39	14	9,60	11	22,3	14,4
Hamburg	9,33	16	9,89	16	11,60	16	24,3	17,3
Hessen	8,15	15	8,22	11	9,90	13	21,5	20,4
Mecklenburg-Vorpommern	7,00	6	7,32	6	8,10	5	15,7	10,7
Niedersachsen	7,04	8	7,44	8	8,20	6	16,5	10,2
Nordrhein-Westfalen	7,63	9	7,98	9	8,90	9	16,6	11,5
Rheinland-Pfalz	6,97	5	7,16	5	8,30	8	19,1	15,9
Saarland	6,83	4	6,80	2	8,20	6	20,1	20,6
Sachsen	6,69	2	6,94	4	7,60	3	13,6	9,5
Sachsen-Anhalt	6,76	3	6,91	3	7,40	1	9,5	7,1
Schleswig-Holstein	7,78	12	8,24	12	9,30	10	19,5	12,9
Thüringen	6,60	1	6,60	1	7,50	2	13,6	13,6
Deutschland	7,56	x	7,91	x	9,10	x	20,4	15,0

Quelle: Mikrozensus

T10 Internetnutzung (Anteil an der Gesamtbevölkerung¹)

Land	Jahr						Zeitraum	
	–		–		2019		–	–
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	x	x	x	x	90,0	11	x	x
Bayern	x	x	x	x	91,6	4	x	x
Berlin	x	x	x	x	90,9	7	x	x
Brandenburg	x	x	x	x	85,9	16	x	x
Bremen	x	x	x	x	89,7	13	x	x
Hamburg	x	x	x	x	90,1	10	x	x
Hessen	x	x	x	x	92,6	3	x	x
Mecklenburg-Vorpommern	x	x	x	x	87,3	15	x	x
Niedersachsen	x	x	x	x	92,7	2	x	x
Nordrhein-Westfalen	x	x	x	x	90,9	7	x	x
Rheinland-Pfalz	x	x	x	x	90,2	9	x	x
Saarland	x	x	x	x	89,9	12	x	x
Sachsen	x	x	x	x	87,5	14	x	x
Sachsen-Anhalt	x	x	x	x	93,3	1	x	x
Schleswig-Holstein	x	x	x	x	91,6	4	x	x
Thüringen	x	x	x	x	91,4	6	x	x
Deutschland	x	x	x	x	90,9	x	x	x

1 Personen ab zehn Jahre. – Quelle: Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten (Stichprobenerhebung)

T11 Teilnahme der Internetnutzer an sozialen Netzwerken innerhalb der letzten drei Monate¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	–		–		2019		–	–
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	x	x	x	x	51,9	10	x	x
Bayern	x	x	x	x	55,0	6	x	x
Berlin	x	x	x	x	51,4	11	x	x
Brandenburg	x	x	x	x	46,2	15	x	x
Bremen	x	x	x	x	(48,8)	13	x	x
Hamburg	x	x	x	x	43,7	16	x	x
Hessen	x	x	x	x	56,6	3	x	x
Mecklenburg-Vorpommern	x	x	x	x	52,1	9	x	x
Niedersachsen	x	x	x	x	56,5	5	x	x
Nordrhein-Westfalen	x	x	x	x	56,6	3	x	x
Rheinland-Pfalz	x	x	x	x	59,0	2	x	x
Saarland	x	x	x	x	60,8	1	x	x
Sachsen	x	x	x	x	49,5	12	x	x
Sachsen-Anhalt	x	x	x	x	52,5	8	x	x
Schleswig-Holstein	x	x	x	x	53,1	7	x	x
Thüringen	x	x	x	x	48,4	14	x	x
Deutschland	x	x	x	x	54,2	x	x	x

1 Personen ab 10 Jahre/Anteil an den Personen, die das Internet nutzen. Werte in Klammern () mit eingeschränkter Aussagekraft. – Quelle: siehe T10

T12 Anteil der Bevölkerung in Familien (ledige Kinder im Haushalt)¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	55,1	1	52,3	1	51,9	1	-3,1	-0,3
Bayern	53,8	2	50,7	2	50,3	2	-3,5	-0,5
Berlin	40,6	16	42,9	13	43,0	13	2,4	0,1
Brandenburg	48,8	9	44,9	9	44,5	9	-4,3	-0,4
Bremen	43,3	14	43,8	12	43,6	10	0,3	-0,1
Hamburg	42,9	15	44,0	10	43,2	11	0,3	-0,8
Hessen	52,1	5	50,2	4	49,5	3	-2,6	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	45,8	12	41,9	15	41,4	14	-4,4	-0,5
Niedersachsen	50,5	7	48,5	7	47,8	7	-2,7	-0,7
Nordrhein-Westfalen	51,5	6	49,2	5	48,5	6	-3,0	-0,7
Rheinland-Pfalz	53,5	3	50,3	3	49,3	4	-4,1	-1,0
Saarland	52,2	4	48,9	6	49,0	5	-3,2	0,1
Sachsen	44,0	13	42,0	14	41,1	15	-2,9	-0,9
Sachsen-Anhalt	46,3	11	40,2	16	40,4	16	-5,9	0,2
Schleswig-Holstein	49,3	8	45,9	8	46,0	8	-3,3	0,2
Thüringen	48,6	10	44,0	10	43,2	11	-5,4	-0,8
Deutschland	50,8	x	48,4	x	47,8	x	-2,9	-0,5

1 Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Quelle: Mikrozensus



T13 Betreuungsquoten unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 100 Kinder unter 3 Jahren	Rang	je 100 Kinder unter 3 Jahren	Rang	je 100 Kinder unter 3 Jahren	Rang	Veränderung je 100 Kinder	
Baden-Württemberg	15,8	10	29,1	12	29,5	13	13,7	0,4
Bayern	15,7	11	27,5	15	28,5	14	12,9	1,1
Berlin	41,5	5	43,9	7	43,8	7	2,3	-0,1
Brandenburg	48,3	3	56,4	2	56,9	2	8,6	0,4
Bremen	13,7	14	28,4	14	28,4	15	14,7	0,0
Hamburg	22,2	7	44,0	6	46,6	6	24,4	2,7
Hessen	16,3	9	30,6	11	31,4	10	15,1	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	49,5	2	56,4	2	56,9	2	7,3	0,5
Niedersachsen	11,9	15	30,9	9	32,1	9	20,2	1,2
Nordrhein-Westfalen	11,5	16	27,2	16	28,2	16	16,7	1,0
Rheinland-Pfalz	17,5	8	30,9	9	31,3	11	13,8	0,4
Saarland	15,1	12	28,6	13	29,9	12	14,8	1,3
Sachsen	40,1	6	50,9	5	52,3	5	12,2	1,3
Sachsen-Anhalt	55,1	1	57,1	1	58,2	1	3,1	1,1
Schleswig-Holstein	14,3	13	33,7	8	34,8	8	20,4	1,1
Thüringen	42,8	4	54,0	4	54,6	4	11,8	0,6
Deutschland	20,2	x	33,6	x	34,3	x	14,1	0,8

¹ Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Tagespflege. – Quelle: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe

T14 Betreuungsquoten 3- unter 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 100 Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	Rang	je 100 Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	Rang	je 100 Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	Rang	Veränderung je 100 Kinder	
Baden-Württemberg	95,0	5	94,7	5	94,5	6	-0,5	-0,2
Bayern	89,3	12	92,2	11	92,5	10	3,2	0,3
Berlin	94,0	8	92,4	10	92,2	12	-1,8	-0,2
Brandenburg	95,1	3	94,2	6	94,9	3	-0,1	0,7
Bremen	87,5	14	88,4	16	87,0	16	-0,5	-1,4
Hamburg	79,9	16	89,5	15	90,1	15	10,2	0,5
Hessen	92,2	10	92,2	11	92,3	11	0,1	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	95,1	3	94,9	4	94,9	3	-0,2	0,1
Niedersachsen	88,1	13	92,8	8	92,7	9	4,5	-0,1
Nordrhein-Westfalen	90,9	11	92,0	13	91,8	13	0,9	-0,2
Rheinland-Pfalz	96,2	1	96,0	1	95,3	2	-0,8	-0,7
Saarland	93,9	9	92,8	8	93,4	8	-0,6	0,5
Sachsen	94,9	6	95,2	3	94,9	3	0,0	-0,3
Sachsen-Anhalt	94,4	7	93,0	7	93,6	7	-0,9	0,6
Schleswig-Holstein	85,7	15	90,9	14	91,8	13	6,1	0,9
Thüringen	95,9	2	96,0	1	95,8	1	0,0	-0,1
Deutschland	91,6	x	93,0	x	93,0	x	1,4	0,0

¹ Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Tagespflege. – Quelle: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe

T15 Betreuungsschlüssel unter 3-Jähriger in Kindertageseinrichtungen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2012		2018		2019		2012–2019	2018–2019
	Kinder je Betreuungsperson	Rang	Kinder je Betreuungsperson	Rang	Kinder je Betreuungsperson	Rang	Veränderung Kinder je Betreuungsperson	
Baden-Württemberg	3,5	2	3,0	1	3,1	2	-0,4	0,1
Bayern	4,0	5	3,7	3	3,7	3	-0,3	0,0
Berlin ¹	x	x	5,7	13	5,6	13	x	-0,1
Brandenburg	6,6	13	5,6	12	5,5	12	-1,1	-0,1
Bremen	3,2	1	3,5	2	3,0	1	-0,2	-0,5
Hamburg	5,7	11	4,8	10	4,5	10	-1,2	-0,3
Hessen	4,1	8	3,8	7	3,8	8	-0,3	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	6,1	12	6,0	15	6,0	16	-0,1	0,0
Niedersachsen	4,2	9	3,8	7	3,7	3	-0,5	-0,1
Nordrhein-Westfalen	3,7	4	3,7	3	3,7	3	0,0	0,0
Rheinland-Pfalz	4,0	5	3,7	3	3,7	3	-0,3	0,0
Saarland	3,6	3	3,8	7	3,9	9	0,3	0,1
Sachsen	6,6	13	6,2	16	5,8	15	-0,8	-0,4
Sachsen-Anhalt	6,9	15	5,8	14	5,7	14	-1,2	-0,1
Schleswig-Holstein	4,0	5	3,7	3	3,7	3	-0,3	0,0
Thüringen	5,3	10	5,5	11	5,4	11	0,1	-0,1
Deutschland ¹	4,8	x	4,2	x	4,2	x	-0,6	0,0

¹ 2012 ohne Angaben für Berlin, da dort vor 2014 keine Erhebung zur Gruppenzugehörigkeit der Kinder erfolgte. – Quelle: Statistisches Bundesamt



T16 Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2016		2017		2009–2017	2016–2017
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	99	5	131	4	134	4	34,3	2,2
Bayern	104	3	134	3	136	3	31,1	1,7
Berlin	113	2	149	2	149	2	31,4	0,0
Brandenburg	89	12	112	12	112	12	25,3	0,0
Bremen	92	9	122	6	126	6	37,3	3,4
Hamburg	113	1	154	1	154	1	35,6	-0,1
Hessen	98	6	122	7	123	7	25,8	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	93	8	105	14	105	14	13,3	-0,3
Niedersachsen	91	11	119	8	120	8	32,8	1,4
Nordrhein-Westfalen	91	10	115	10	118	10	29,6	2,2
Rheinland-Pfalz	87	14	113	11	115	11	32,1	1,8
Saarland	74	16	100	16	101	16	36,7	1,0
Sachsen	103	4	131	4	131	5	27,3	0,5
Sachsen-Anhalt	81	15	101	15	103	15	26,8	1,7
Schleswig-Holstein	89	13	107	13	108	13	21,7	1,0
Thüringen	93	7	117	9	118	9	27,2	0,4
Deutschland	96	x	123	x	125	x	30,2	1,5

¹ Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik zum Elterngeld

T17 Anteil der Männer an den Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2016		2017		2009–2017	2016–2017
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	19,8	7	29,7	6	30,5	6	10,7	0,7
Bayern	23,6	3	31,7	2	32,3	3	8,7	0,6
Berlin	23,9	1	30,7	4	31,2	4	7,3	0,4
Brandenburg	21,5	6	29,9	5	31,1	5	9,5	1,2
Bremen	16,2	14	24,4	15	25,7	14	9,5	1,3
Hamburg	21,7	5	29,4	7	30,2	7	8,4	0,8
Hessen	19,0	8	26,7	9	27,6	9	8,6	0,9
Mecklenburg-Vorpommern	19,0	8	26,3	11	26,9	11	7,9	0,6
Niedersachsen	17,9	10	27,2	8	28,0	8	10,1	0,9
Nordrhein-Westfalen	15,8	15	24,6	14	25,6	15	9,8	1,1
Rheinland-Pfalz	16,9	11	25,2	13	26,1	13	9,2	0,8
Saarland	12,9	16	22,5	16	22,4	16	9,4	-0,2
Sachsen	23,8	2	33,2	1	34,4	1	10,6	1,2
Sachsen-Anhalt	16,5	13	26,4	10	27,4	10	10,8	1,0
Schleswig-Holstein	16,6	12	25,6	12	26,2	12	9,6	0,6
Thüringen	22,2	4	31,4	3	32,5	2	10,2	1,1
Deutschland	19,5	x	28,2	x	29,1	x	9,5	0,8

Quelle: Statistik zum Elterngeld

T18 Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes¹ der Frauen nach Geburtsjahr des Kindes

Land	Jahr						Zeitraum	
	2013		2016		2017		2013–2017	2016–2017
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung in EUR	
Baden-Württemberg	624	3	615	4	626	5	2	11
Bayern	641	2	639	2	654	2	13	15
Berlin	606	5	613	5	634	4	28	21
Brandenburg	594	6	619	3	647	3	53	28
Bremen	546	15	514	16	528	16	-18	14
Hamburg	678	1	688	1	702	1	24	14
Hessen	618	4	604	6	620	6	2	16
Mecklenburg-Vorpommern	550	14	586	8	605	7	55	19
Niedersachsen	573	13	559	13	570	13	-3	11
Nordrhein-Westfalen	581	9	564	11	576	12	-5	12
Rheinland-Pfalz	584	8	552	14	561	14	-23	9
Saarland	578	11	552	14	561	14	-17	9
Sachsen	579	10	584	9	604	8	25	20
Sachsen-Anhalt	540	16	563	12	586	10	46	23
Schleswig-Holstein	593	7	588	7	599	9	6	11
Thüringen	577	12	567	10	585	11	8	18
Deutschland	601	x	594	x	608	x	7	14

¹ Auszahlungsbetrag. – Quelle: Statistik zum Elterngeld

T19 Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes¹ der Männer nach Geburtsjahr des Kindes

Land	Jahr						Zeitraum	
	2013		2016		2017		2013–2017	2016–2017
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung %	
Baden-Württemberg	1 240	1	1 295	1	1 328	1	88	33
Bayern	1 237	2	1 262	2	1 280	2	43	18
Berlin	1 020	11	1 016	11	1 043	11	23	27
Brandenburg	985	12	1 007	12	1 043	11	58	36
Bremen	1 049	10	1 025	10	1 076	10	27	51
Hamburg	1 219	3	1 238	3	1 251	3	32	13
Hessen	1 184	4	1 202	4	1 221	4	37	19
Mecklenburg-Vorpommern	943	15	987	14	1 014	14	71	27
Niedersachsen	1 118	9	1 156	7	1 175	7	57	19
Nordrhein-Westfalen	1 143	7	1 151	8	1 171	8	28	20
Rheinland-Pfalz	1 154	5	1 165	6	1 194	6	40	29
Saarland	1 153	6	1 182	5	1 203	5	50	21
Sachsen	959	13	988	13	1 024	13	65	36
Sachsen-Anhalt	948	14	978	15	1 007	15	59	29
Schleswig-Holstein	1 141	8	1 133	9	1 144	9	3	11
Thüringen	936	16	963	16	1 001	16	65	38
Deutschland	1 143	x	1 166	x	1 191	x	48	25

1 Auszahlungsbetrag. – Quelle: Statistik zum Elterngeld

T20 Armutsgefährdungsquote¹

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,2	1	12,1	1	11,9	2	1,7	-0,2
Bayern	10,8	2	12,1	1	11,7	1	0,9	-0,4
Berlin	18,7	12	19,2	13	18,2	13	-0,5	-1,0
Brandenburg	16,8	10	15,0	5	15,2	3	-1,6	0,2
Bremen	22,2	15	23,0	16	22,7	16	0,5	-0,3
Hamburg	13,1	4	14,7	3	15,3	4	2,2	0,6
Hessen	12,7	3	15,4	6	15,8	7	3,1	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	24,0	16	19,4	14	20,9	15	-3,1	1,5
Niedersachsen	15,8	8	16,7	9	15,9	8	0,1	-0,8
Nordrhein-Westfalen	14,7	7	18,7	12	18,1	12	3,4	-0,6
Rheinland-Pfalz	14,5	6	15,6	7	15,4	6	0,9	-0,2
Saarland	15,8	8	16,8	10	16,0	9	0,2	-0,8
Sachsen	19,0	13	16,8	10	16,6	11	-2,4	-0,2
Sachsen-Anhalt	22,1	14	21,0	15	19,5	14	-2,6	-1,5
Schleswig-Holstein	13,1	4	14,8	4	15,3	4	2,2	0,5
Thüringen	18,5	11	16,3	8	16,4	10	-2,1	0,1
Deutschland	14,4	x	15,8	x	15,5	x	1,1	-0,3

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

T21 Armutsgefährdungsquote¹ der unter 18-Jährigen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,9	1	14,7	2	14,6	2	2,7	-0,1
Bayern	12,2	2	13,2	1	12,9	1	0,7	-0,3
Berlin	25,2	12	25,4	12	23,8	12	-1,4	-1,6
Brandenburg	21,0	8	20,1	5	21,0	7	0,0	0,9
Bremen	32,7	14	35,5	16	35,8	16	3,1	0,3
Hamburg	22,0	10	19,6	4	21,7	11	-0,3	2,1
Hessen	16,4	3	20,3	6	21,1	8	4,7	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	34,5	16	26,7	14	27,7	15	-6,8	1,0
Niedersachsen	21,5	9	21,8	10	20,4	3	-1,1	-1,4
Nordrhein-Westfalen	20,3	7	25,7	13	24,7	13	4,4	-1,0
Rheinland-Pfalz	18,2	5	20,5	7	20,8	6	2,6	0,3
Saarland	18,6	6	22,1	11	20,4	3	1,8	-1,7
Sachsen	25,1	11	21,1	8	21,4	9	-3,7	0,3
Sachsen-Anhalt	33,4	15	29,7	15	27,3	14	-6,1	-2,4
Schleswig-Holstein	16,9	4	18,4	3	20,4	3	3,5	2,0
Thüringen	26,2	13	21,2	9	21,4	9	-4,8	0,2
Deutschland	18,4	x	20,4	x	20,1	x	1,7	-0,3

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus


T22 Armutsgefährdungsquote¹ der 65-Jährigen und Älteren (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,3	9	12,5	5	12,6	5	1,3	0,1
Bayern	14,8	13	17,1	15	17,0	15	2,2	-0,1
Berlin	8,1	2	12,5	5	13,4	7	5,3	0,9
Brandenburg	10,3	4	10,9	1	12,0	2	1,7	1,1
Bremen	11,2	8	13,8	9	14,3	8	3,1	0,5
Hamburg	7,2	1	12,0	3	12,1	3	4,9	0,1
Hessen	11,7	10	14,1	10	14,9	10	3,2	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	15,4	14	13,7	8	15,0	11	-0,4	1,3
Niedersachsen	13,3	12	15,6	12	15,3	12	2,0	-0,3
Nordrhein-Westfalen	11,1	6	16,1	13	16,0	13	4,9	-0,1
Rheinland-Pfalz	16,6	16	17,0	14	16,9	14	0,3	-0,1
Saarland	15,7	15	17,6	16	17,1	16	1,4	-0,5
Sachsen	8,6	3	11,1	2	11,6	1	3,0	0,5
Sachsen-Anhalt	11,7	10	14,4	11	14,5	9	2,8	0,1
Schleswig-Holstein	11,1	6	12,3	4	12,3	4	1,2	-
Thüringen	10,5	5	12,6	7	12,7	6	2,2	0,1
Deutschland	12,0	x	14,6	x	14,7	x	2,7	0,1

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

T23 Einkommensreichumsquote¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	9,5	4	10,2	3	10,3	2	0,8	0,1
Bayern	9,8	3	10,0	4	10,1	4	0,3	0,1
Berlin	7,3	8	8,1	6	8,2	6	0,9	0,1
Brandenburg	4,3	12	5,8	12	5,6	12	1,3	-0,2
Bremen	5,6	11	7,3	9	7,7	9	2,1	0,4
Hamburg	11,8	1	12,4	1	12,3	1	0,5	-0,1
Hessen	10,1	2	10,6	2	10,3	2	0,2	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	2,3	16	4,0	13	3,4	15	1,1	-0,6
Niedersachsen	6,4	9	6,6	11	6,5	11	0,1	-0,1
Nordrhein-Westfalen	8,0	7	7,8	8	7,8	8	-0,2	0,0
Rheinland-Pfalz	8,4	6	8,4	5	8,3	5	-0,1	-0,1
Saarland	5,8	10	7,2	10	6,8	10	1,0	-0,4
Sachsen	2,6	14	4,0	13	4,0	13	1,4	0,0
Sachsen-Anhalt	2,4	15	3,2	16	3,2	16	0,8	0,0
Schleswig-Holstein	8,6	5	7,9	7	8,0	7	-0,6	0,1
Thüringen	2,8	13	3,6	15	3,7	14	0,9	0,1
Deutschland	7,7	x	8,1	x	8,1	x	0,4	0,0

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

T24 Verbraucherinsolvenzen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung %	
Baden-Württemberg	9,3	2	5,2	2	4,7	2	-49,1	-8,4
Bayern	8,3	1	5,0	1	4,1	1	-50,6	-18,3
Berlin	13,0	8	8,7	7	8,6	7	-34,3	-2,0
Brandenburg	17,2	15	10,1	10	9,9	11	-42,7	-2,5
Bremen	22,5	16	14,6	16	12,1	16	-46,4	-17,5
Hamburg	15,1	11	9,6	8	8,7	8	-41,9	-8,8
Hessen	11,2	5	6,4	3	5,9	3	-47,7	-7,9
Mecklenburg-Vorpommern	12,0	6	10,4	11	9,6	10	-19,5	-7,3
Niedersachsen	16,9	14	12,2	15	11,6	15	-31,4	-4,8
Nordrhein-Westfalen	13,6	9	9,7	9	8,8	9	-35,4	-9,2
Rheinland-Pfalz	11,2	4	7,0	4	6,7	4	-39,9	-4,3
Saarland	16,5	13	11,4	14	11,2	14	-32,4	-2,2
Sachsen	10,7	3	7,8	6	7,3	6	-31,9	-5,9
Sachsen-Anhalt	14,6	10	10,4	12	10,7	13	-26,9	2,6
Schleswig-Holstein	15,4	12	10,7	13	10,6	12	-31,0	-0,7
Thüringen	12,1	7	7,4	5	6,7	5	-44,1	-9,3
Deutschland	12,3	x	8,2	x	7,5	x	-39,0	-7,6

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Insolvenzstatistik



T1 Schüler/-innen an allgemeinbildenen Schulen

Land	Schuljahr						Zeitraum	
	2008/09 [1]		2017/18 [2]		2018/19 [3]		[1]-[3]	[2]-[3]
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Veränderung Anzahl	
Baden-Württemberg	1 269 084	3	1 118 045	3	1 112 617	3	-156 467	-5 428
Bayern	1 431 280	2	1 258 074	2	1 252 674	2	-178 606	-5 400
Berlin	327 830	8	354 563	8	360 031	8	32 201	5 468
Brandenburg	218 412	10	241 448	10	244 294	10	25 882	2 846
Bremen	69 777	16	66 858	16	66 938	16	-2 839	80
Hamburg	182 222	11	194 396	11	196 587	11	14 365	2 191
Hessen	678 631	5	631 945	5	632 679	5	-45 952	734
Mecklenburg-Vorpommern	128 295	14	148 978	14	150 302	14	22 007	1 324
Niedersachsen	954 410	4	839 681	4	830 561	4	-123 849	-9 120
Nordrhein-Westfalen	2 205 459	1	1 939 667	1	1 925 633	1	-279 826	-14 034
Rheinland-Pfalz	469 174	6	411 521	6	408 325	6	-60 849	-3 196
Saarland	105 600	15	91 400	15	91 247	15	-14 353	-153
Sachsen	304 331	9	369 007	7	375 360	7	71 029	6 353
Sachsen-Anhalt	176 469	12	194 361	12	195 897	12	19 428	1 536
Schleswig-Holstein	330 299	7	294 142	9	292 532	9	-37 767	-1 610
Thüringen	172 299	13	192 621	13	194 780	13	22 481	2 159
Deutschland	9 023 572	x	8 346 707	x	8 330 457	x	-693 115	-16 250

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

T2 Anteil der ausländischen Schüler/-innen an allen Schülern/-innen an allgemeinbildenen Schulen

Land	Schuljahr						Zeitraum	
	2008/09 [1]		2017/18 [2]		2018/19 [3]		[1]-[3]	[2]-[3]
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,2	6	11,4	6	12,0	6	0,8	0,6
Bayern	7,4	8	9,8	8	10,6	8	3,3	0,8
Berlin	15,1	1	15,4	2	15,8	2	0,7	0,5
Brandenburg	1,6	15	5,1	16	5,6	15	4,0	0,5
Bremen	13,6	3	17,2	1	18,3	1	4,7	1,1
Hamburg	14,1	2	12,9	4	13,5	4	-0,6	0,6
Hessen	12,0	4	12,5	5	13,1	5	1,1	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	1,9	13	5,2	14	5,5	16	3,6	0,3
Niedersachsen	6,2	10	9,1	9	9,8	9	3,6	0,7
Nordrhein-Westfalen	11,7	5	11,0	7	11,6	7	-0,1	0,6
Rheinland-Pfalz	6,6	9	8,8	10	9,3	10	2,7	0,6
Saarland	8,2	7	13,4	3	14,2	3	5,9	0,8
Sachsen	2,7	12	5,3	13	5,7	14	3,0	0,4
Sachsen-Anhalt	1,9	13	5,6	12	6,1	12	4,1	0,5
Schleswig-Holstein	4,3	11	7,1	11	7,8	11	3,5	0,7
Thüringen	1,5	16	5,2	14	5,9	13	4,4	0,6
Deutschland	8,9	x	10,1	x	10,7	x	1,8	0,6

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

T3 Schülerzahl je Klasse an Grundschulen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Schuljahr						Zeitraum	
	2008/09 [1]		2017/18 [2]		2018/19 [3]		[1]-[3]	[2]-[3]
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Veränderung Anzahl	
Baden-Württemberg	21,5	9	19,6	3	19,7	3	-1,8	0,1
Bayern	22,7	13	21,1	11	21,0	11	-1,6	0,0
Berlin	23,4	15	22,7	15	22,7	15	-0,7	0,0
Brandenburg	21,6	11	22,4	14	22,3	14	0,7	-0,1
Bremen	21,3	7	20,5	7	20,1	5	-1,2	-0,5
Hamburg	23,6	16	20,1	5	20,2	6	-3,4	0,1
Hessen ¹	20,7	6	19,7	4	19,7	3	-1,0	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	19,0	2	20,3	6	20,3	7	1,3	-0,1
Niedersachsen	20,6	5	18,9	2	18,8	2	-1,8	-0,1
Nordrhein-Westfalen	23,2	14	23,5	16	23,5	16	0,3	-0,1
Rheinland-Pfalz ²	21,3	7	18,5	1	18,5	1	-2,7	0,0
Saarland	21,5	9	20,9	10	20,7	9	-0,7	-0,2
Sachsen	19,6	4	21,5	13	21,5	13	1,9	0,0
Sachsen-Anhalt	17,8	1	20,5	7	20,5	8	2,7	0,0
Schleswig-Holstein	21,6	11	21,4	12	21,4	12	-0,2	0,0
Thüringen	19,2	3	20,7	9	20,8	10	1,6	0,1
Deutschland	21,7	x	21,0	x	20,9	x	-0,7	0,0

1 Ab 2018: Einschließlich Vorklassen. – 2 Ab 2018: Teilweise einschließlich Schulkindergärten. – Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

T4 Schulentlassene an allgemeinbildenden Schulen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008-2018	2017-2018
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Veränderung Anzahl	
Baden-Württemberg	125 633	3	113 215	3	108 505	3	-17 128	-4 710
Bayern	144 112	2	136 077	2	134 193	2	-9 919	-1 884
Berlin	34 163	8	32 449	7	30 894	7	-3 269	-1 555
Brandenburg	25 669	10	21 363	10	21 706	10	-3 963	343
Bremen	8 053	16	6 990	16	7 146	16	-907	156
Hamburg	16 496	14	17 146	13	17 255	13	759	109
Hessen	68 430	5	63 767	5	61 983	5	-6 447	-1 784
Mecklenburg-Vorpommern	21 117	12	12 813	14	13 539	14	-7 578	726
Niedersachsen	90 133	4	82 455	4	81 069	4	-9 064	-1 386
Nordrhein-Westfalen	223 445	1	197 235	1	189 198	1	-34 247	-8 037
Rheinland-Pfalz	47 465	6	42 161	6	41 772	6	-5 693	-389
Saarland	11 242	15	9 216	15	9 261	15	-1 981	45
Sachsen	36 532	7	31 462	8	30 738	8	-5 794	-724
Sachsen-Anhalt	24 491	11	17 575	11	18 090	11	-6 401	515
Schleswig-Holstein	31 681	9	30 432	9	29 264	9	-2 417	-1 168
Thüringen	20 869	13	17 451	12	17 555	12	-3 314	104
Deutschland	929 531	x	831 807	x	812 168	x	-117 363	-19 639

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

T5 Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss/Berufsreife an allen Schulentlassenen¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008-2018	2017-2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	5,5	1	6,6	6	6,4	6	0,9	-0,2
Bayern	6,3	2	5,5	3	5,5	2	-0,8	0,0
Berlin	9,2	13	9,2	15	9,6	15	0,4	0,4
Brandenburg	9,5	14	7,3	9	7,5	9	-2,0	0,2
Bremen	6,6	5	8,2	11	7,9	10	1,3	-0,3
Hamburg	8,2	10	5,2	2	6,3	4	-1,9	1,1
Hessen	6,5	4	4,9	1	4,9	1	-1,7	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	9,8	15	8,8	14	8,8	13	-1,0	0,0
Niedersachsen	7,5	9	5,9	5	6,3	4	-1,2	0,4
Nordrhein-Westfalen	6,4	3	5,7	4	6,1	3	-0,3	0,4
Rheinland-Pfalz	7,0	8	6,6	6	6,7	7	-0,3	0,1
Saarland	6,8	6	6,6	6	7,1	8	0,3	0,5
Sachsen	8,6	12	8,2	11	8,6	12	0,0	0,4
Sachsen-Anhalt	10,5	16	10,0	16	11,1	16	0,6	1,1
Schleswig-Holstein	8,5	11	7,5	10	8,4	11	-0,1	0,8
Thüringen	6,8	6	8,7	13	9,2	14	2,4	0,5
Deutschland	7,0	x	6,3	x	6,6	x	-0,4	0,3

1 An allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

T6 Anteil der Lehrkräfte im Alter von 60 oder mehr Jahren¹ an allen Lehrkräften² (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Schuljahr						Zeitraum	
	2008/09 [1]		2017/18 [2]		2018/19 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,2	11	11,9	4	10,9	5	0,8	-1,0
Bayern	7,7	5	12,6	7	11,6	6	3,9	-1,0
Berlin	10,2	11	14,7	11	13,8	11	3,7	-0,8
Brandenburg	5,8	2	17,6	15	17,9	15	12,1	0,3
Bremen	10,7	13	11,3	3	9,8	3	-0,8	-1,5
Hamburg	14,0	16	9,2	1	9,0	1	-5,0	-0,2
Hessen	8,4	7	12,5	6	11,7	7	3,2	-0,9
Mecklenburg-Vorpommern	1,9	1	15,7	12	16,3	13	14,4	0,5
Niedersachsen	11,9	14	11,1	2	10,4	4	-1,5	-0,7
Nordrhein-Westfalen	8,6	8	13,2	9	12,3	9	3,6	-0,9
Rheinland-Pfalz	9,8	9	12,6	7	12,1	8	2,3	-0,5
Saarland	12,3	15	12,3	5	9,5	2	-2,9	-2,9
Sachsen	7,9	6	15,7	12	15,8	12	7,9	0,0
Sachsen-Anhalt	7,5	4	16,1	14	16,7	14	9,3	0,7
Schleswig-Holstein	9,9	10	13,4	10	12,7	10	2,9	-0,7
Thüringen	7,0	3	20,1	16	19,2	16	12,3	-0,9
Deutschland	9,1	x	13,1	x	12,4	x	3,3	-0,8

1 In einzelnen Bundesländern wurden die Altersangaben nicht vollständig erfasst. – 2 An allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

T7 Vertragslösungsquote¹ der Auszubildenden

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2013		2017		2018		2013-2018	2017-2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	21,2	1	22,5	1	22,8	1	1,6	0,3
Bayern	22,0	2	23,1	2	24,0	2	2,0	0,9
Berlin	33,9	16	33,6	16	34,6	15	0,7	1,0
Brandenburg	29,7	12	30,5	12	32,6	14	2,9	2,1
Bremen	23,7	4	25,8	5	26,8	5	3,1	0,9
Hamburg	28,8	11	29,1	11	29,6	9	0,7	0,4
Hessen	23,1	3	24,6	4	25,4	3	2,3	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	32,9	15	32,7	14	32,3	13	-0,6	-0,4
Niedersachsen	25,2	6	27,8	8	27,4	6	2,1	-0,5
Nordrhein-Westfalen	24,7	5	24,3	3	25,7	4	1,0	1,4
Rheinland-Pfalz	26,4	7	27,9	9	28,6	8	2,2	0,7
Saarland	27,8	8	27,6	6	30,3	11	2,5	2,7
Sachsen	27,8	8	28,1	10	28,1	7	0,3	0,0
Sachsen-Anhalt	32,7	14	32,9	15	34,7	16	2,0	1,8
Schleswig-Holstein	27,9	10	27,7	7	30,1	10	2,2	2,4
Thüringen	30,3	13	31,9	13	30,7	12	0,4	-1,2
Deutschland	25,0	x	25,7	x	26,5	x	1,6	0,8

1 Vertragslösungsquote nach Schichtenmodell (siehe Glossar). – Quelle: Berufsbildungsstatistik

T8 Integrierte Ausbildungsberichterstattung: Anfängeranteil in Sektor I¹ (Auszubildende)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2013		2017		2018		2013-2018	2017-2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	30,8	16	31,5	14	33,0	14	2,2	1,5
Bayern	40,6	4	40,1	4	41,0	5	0,4	0,9
Berlin	34,2	11	31,2	15	32,1	15	-2,1	0,8
Brandenburg	37,2	7	36,3	10	36,7	10	-0,6	0,3
Bremen	33,9	12	32,9	12	34,2	11	0,3	1,3
Hamburg	36,7	8	36,8	9	37,5	8	0,7	0,7
Hessen	33,4	14	32,6	13	34,0	12	0,6	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	41,9	2	41,8	2	43,3	1	1,4	1,5
Niedersachsen	35,3	9	42,9	1	37,0	9	1,7	-6,0
Nordrhein-Westfalen	33,8	13	33,7	11	34,0	12	0,2	0,4
Rheinland-Pfalz	38,4	6	37,8	8	38,5	7	0,1	0,7
Saarland	32,6	15	31,1	16	29,9	16	-2,7	-1,2
Sachsen	39,8	5	39,6	7	40,5	6	0,7	0,9
Sachsen-Anhalt	44,7	1	40,7	3	42,1	2	-2,6	1,4
Schleswig-Holstein	34,8	10	39,8	6	41,7	3	6,8	1,8
Thüringen	41,3	3	40,1	4	41,1	4	-0,2	1,0
Deutschland	35,4	x	36,0	x	36,3	x	0,9	0,3

1 Anteil Auszubildende an den in der integrierten Ausbildungsberichterstattung berücksichtigten Bildungsteilnehmenden. – Quellen: Statistik der berufsbildenden Schulen, Studierendenstatistik

T9 Integrierte Ausbildungsberichterstattung: Anfängeranteil in Sektor II¹ (Übergangsbereich)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2013		2017		2018		2013-2018	2017-2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	18,2	2	21,0	2	19,8	1	1,6	-1,2
Bayern	7,1	15	9,2	13	8,2	13	1,1	-1,0
Berlin	7,4	13	9,5	12	8,7	11	1,3	-0,9
Brandenburg	6,8	16	8,0	14	7,2	15	0,3	-0,8
Bremen	15,0	4	17,9	4	16,6	4	1,7	-1,3
Hamburg	7,2	14	7,3	16	6,9	16	-0,3	-0,5
Hessen	11,1	8	11,5	9	11,8	8	0,8	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	7,8	11	7,8	15	7,3	14	-0,5	-0,5
Niedersachsen	17,9	3	22,5	1	17,7	3	-0,2	-4,8
Nordrhein-Westfalen	12,3	7	13,2	7	12,7	7	0,4	-0,4
Rheinland-Pfalz	14,4	6	16,4	5	15,3	5	0,9	-1,2
Saarland	14,7	5	15,8	6	14,9	6	0,3	-0,8
Sachsen	7,6	12	9,6	11	8,5	12	0,9	-1,0
Sachsen-Anhalt	9,7	9	12,4	8	11,1	9	1,4	-1,3
Schleswig-Holstein	18,8	1	19,4	3	18,3	2	-0,5	-1,0
Thüringen	8,0	10	10,2	10	9,4	10	1,4	-0,8
Deutschland	12,6	x	14,3	x	13,2	x	0,6	-1,1

1 Anteil Personen im beruflichen Übergangsbereich (Integration in Ausbildung) an den in der integrierten Ausbildungsberichterstattung berücksichtigten Bildungsteilnehmenden. – Quellen: siehe T8

T10 Integrierte Ausbildungsberichterstattung: Anfängeranteil in Sektor III¹ (Erwerb der Hochschulreife)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2013		2017		2018		2013-2018	2017-2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	26,0	7	23,3	8	22,7	10	-3,3	-0,6
Bayern	24,5	9	22,3	12	22,4	12	-2,2	0,1
Berlin	22,0	14	21,2	14	21,1	15	-1,0	-0,2
Brandenburg	33,9	1	34,1	1	35,0	1	1,1	0,9
Bremen	20,6	15	18,7	15	18,2	16	-2,4	-0,5
Hamburg	23,2	12	22,0	13	21,8	13	-1,4	-0,2
Hessen	27,1	6	25,3	4	22,6	11	-4,5	-2,7
Mecklenburg-Vorpommern	24,6	8	24,7	5	24,1	5	-0,5	-0,6
Niedersachsen	30,0	4	13,7	16	27,9	2	-2,1	14,3
Nordrhein-Westfalen	28,1	5	28,0	2	27,7	3	-0,4	-0,3
Rheinland-Pfalz	23,9	10	23,0	10	23,0	7	-0,8	0,0
Saarland	30,4	3	27,2	3	27,6	4	-2,8	0,4
Sachsen	22,5	13	23,1	9	22,9	9	0,3	-0,2
Sachsen-Anhalt	20,2	16	22,4	11	21,6	14	1,3	-0,8
Schleswig-Holstein	33,0	2	23,8	6	23,0	7	-10,0	-0,8
Thüringen	23,7	11	23,8	6	23,5	6	-0,2	-0,3
Deutschland	26,6	x	23,6	x	24,6	x	-2,0	0,9

¹ Anteil Personen in der Sekundarstufe II mit dem Ziel des Erwerbs der Hochschulreife an den in der integrierten Ausbildungsberichterstattung berücksichtigten Bildungsteilnehmenden. – Quellen: siehe T8

T11 Integrierte Ausbildungsberichterstattung: Anfängeranteil in Sektor IV¹ (Studium)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2013		2017		2018		2013-2018	2017-2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	25,0	11	24,3	12	24,5	12	-0,5	0,3
Bayern	27,8	6	28,4	5	28,5	5	0,6	0,0
Berlin	36,4	1	38,0	1	38,2	1	1,8	0,2
Brandenburg	22,0	14	21,6	14	21,2	14	-0,9	-0,4
Bremen	30,5	3	30,4	4	30,9	4	0,4	0,5
Hamburg	32,9	2	33,9	2	33,9	2	1,0	0,0
Hessen	28,4	5	30,6	3	31,5	3	3,1	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	25,7	9	25,8	9	25,3	10	-0,4	-0,5
Niedersachsen	16,8	15	20,9	15	17,4	15	0,5	-3,5
Nordrhein-Westfalen	25,8	8	25,2	10	25,6	9	-0,2	0,4
Rheinland-Pfalz	23,3	12	22,8	13	23,2	13	-0,1	0,4
Saarland	22,3	13	25,9	7	27,6	7	5,3	1,7
Sachsen	30,1	4	27,8	6	28,1	6	-2,0	0,3
Sachsen-Anhalt	25,3	10	24,5	11	25,3	10	-0,1	0,8
Schleswig-Holstein	13,4	16	17,0	16	17,0	16	3,6	0,0
Thüringen	26,9	7	25,9	7	25,9	8	-1,0	0,0
Deutschland	25,3	x	26,1	x	25,9	x	0,6	-0,2

¹ Anteil Studienanfänger/-innen im 1. Hochschulester des SS und des nachfolgenden WS bzw. im 1. Studienjahr an Berufsakademien an den in der integrierten Ausbildungsberichterstattung berücksichtigten Bildungsteilnehmenden.

T12 Studienanfängerquote nach Land des Studienortes

Land	Studienjahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008-2018	2017-2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	47,2	5	57,7	7	57,8	8	10,6	0,0
Bayern	37,3	10	52,6	12	53,5	11	16,2	0,9
Berlin	54,0	3	100,7	1	99,9	1	45,9	-0,8
Brandenburg	30,4	14	44,5	14	43,1	14	12,7	-1,4
Bremen	70,3	1	84,5	3	83,6	3	13,3	-0,9
Hamburg	63,8	2	86,1	2	87,0	2	23,1	0,8
Hessen	48,2	4	63,9	4	64,4	4	16,3	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	30,1	15	53,8	11	52,4	12	22,3	-1,4
Niedersachsen	30,6	13	40,7	15	39,9	15	9,3	-0,7
Nordrhein-Westfalen	40,1	7	59,1	6	60,0	6	19,9	0,9
Rheinland-Pfalz	41,7	6	48,7	13	50,8	13	9,1	2,1
Saarland	37,7	9	55,8	9	60,2	5	22,5	4,4
Sachsen	38,2	8	61,8	5	59,8	7	21,6	-2,0
Sachsen-Anhalt	32,3	12	54,1	10	55,9	10	23,5	1,8
Schleswig-Holstein	28,7	16	36,4	16	36,3	16	7,7	0,0
Thüringen	35,2	11	57,4	8	56,4	9	21,2	-0,9
Deutschland	40,3	x	57,0	x	57,3	x	17,0	0,3

Quellen: Studierendenstatistik, Bevölkerungsstatistik

T13 Anteil der Bildungsausländer/-innen¹ an allen Studierenden

Land	Wintersemester						Zeitraum	
	2008/09 [1]		2017/18 [2]		2018/19 [3]		[1]-[3]	[2]-[3]
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,1	4	10,3	8	10,4	9	0,3	0,0
Bayern	7,8	12	9,9	9	10,9	8	3,1	1,0
Berlin	12,6	2	16,6	1	17,4	1	4,8	0,8
Brandenburg	9,7	5	13,4	3	14,2	4	4,5	0,8
Bremen	13,2	1	11,9	5	12,6	5	-0,6	0,7
Hamburg	8,3	10	8,6	11	9,3	12	1,0	0,7
Hessen	8,8	6	9,0	10	9,5	10	0,7	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	5,2	16	8,0	15	9,1	13	3,9	1,0
Niedersachsen	8,7	7	8,5	12	9,1	13	0,4	0,7
Nordrhein-Westfalen	8,2	11	8,3	13	8,8	15	0,6	0,5
Rheinland-Pfalz	8,7	7	8,3	13	9,4	11	0,7	1,1
Saarland	12,6	2	11,6	7	12,1	7	-0,5	0,5
Sachsen	8,6	9	13,9	2	15,1	2	6,5	1,2
Sachsen-Anhalt	7,7	13	11,9	5	12,5	6	4,8	0,6
Schleswig-Holstein	6,0	14	6,1	16	6,4	16	0,4	0,3
Thüringen	5,9	15	12,7	4	14,3	3	8,4	1,6
Deutschland	8,8	x	9,9	x	10,5	x	1,7	0,6

1 Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit und im Ausland erworbener Hochschulzugangsberechtigung. – Quelle: Studierendenstatistik

T14 Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen/-innen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Prüfungsjahr ¹						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008-2018	2017-2018
	Semester	Rang	Semester	Rang	Semester	Rang	Veränderung in Semestern	
Baden-Württemberg	9,3	2	7,8	1	7,8	2	-1,5	0,0
Bayern	9,4	4	8,1	6	8,2	7	-1,2	0,1
Berlin	10,1	13	8,4	9	8,3	9	-1,9	-0,2
Brandenburg	9,4	4	8,5	13	8,4	10	-1,0	-0,1
Bremen	9,5	7	8,0	4	8,0	3	-1,5	0,0
Hamburg	10,3	16	8,1	6	8,0	3	-2,3	-0,1
Hessen	9,3	2	8,4	9	8,4	10	-0,9	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	9,8	10	8,9	16	8,9	15	-0,9	0,0
Niedersachsen	9,0	1	7,8	1	8,0	3	-1,0	0,2
Nordrhein-Westfalen	9,8	10	8,4	9	8,4	10	-1,4	0,0
Rheinland-Pfalz	9,9	12	8,3	8	8,2	7	-1,6	-0,1
Saarland	10,1	13	8,4	9	8,7	14	-1,4	0,3
Sachsen	10,1	13	8,5	13	8,5	13	-1,6	0,1
Sachsen-Anhalt	9,7	8	8,7	15	8,9	15	-0,8	0,2
Schleswig-Holstein	9,4	4	8,0	4	8,0	3	-1,4	0,0
Thüringen	9,7	8	7,9	3	7,7	1	-2,0	-0,1
Deutschland	9,6	x	8,2	x	8,2	x	-1,4	0,0

1 Wintersemester und daran anschließendes Sommersemester. – Quelle: Studierendenstatistik

T15 Wanderungssaldo der Studierenden

Land	Wintersemester						Zeitraum	
	2008/09 [1]		2017/18 [2]		2018/19 [3]		[1]-[3]	[2]-[3]
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Veränderung Anzahl	
Baden-Württemberg	-5 505	11	-32 574	15	-31 939	15	-26 434	635
Bayern	3 986	6	-9 934	12	-10 630	12	-14 616	-696
Berlin	24 018	1	38 536	1	39 463	1	15 445	927
Brandenburg	-14 953	15	-11 513	13	-11 619	13	3 334	-106
Bremen	9 236	4	9 766	5	9 285	6	49	-481
Hamburg	18 923	2	33 700	2	33 198	2	14 275	-502
Hessen	3 825	7	7 257	6	9 387	5	5 562	2 130
Mecklenburg-Vorpommern	-3 466	9	5 034	8	4 119	8	7 585	-915
Niedersachsen	-30 881	16	-48 781	16	-48 523	16	-17 642	258
Nordrhein-Westfalen	13 814	3	21 439	3	24 433	3	10 619	2 994
Rheinland-Pfalz	8 646	5	-7 899	11	-9 701	11	-18 347	-1 802
Saarland	-5 313	10	-3 863	10	-3 782	10	1 531	81
Sachsen	3 467	8	17 054	4	15 041	4	11 574	-2 013
Sachsen-Anhalt	-8 516	13	6 263	7	6 039	7	14 555	-224
Schleswig-Holstein	-8 305	12	-24 221	14	-24 147	14	-15 842	74
Thüringen	-8 976	14	-264	9	-624	9	8 352	-360
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Studierendenstatistik



T1 Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	Einwohner/-innen je Ärztin/Arzt	Rang	Einwohner/-innen je Ärztin/Arzt	Rang	Einwohner/-innen je Ärztin/Arzt	Rang	Veränderung Einwohner/-innen je Ärztin/Arzt	
Baden-Württemberg	647	6	715	8	723	8	76	8
Bayern	583	4	634	4	643	4	60	9
Berlin	565	3	588	3	600	3	35	12
Brandenburg	770	15	742	13	737	11	-33	-5
Bremen	501	2	564	2	535	1	34	-29
Hamburg	485	1	532	1	542	2	57	10
Hessen	642	5	731	10	735	9	93	4
Mecklenburg-Vorpommern	712	12	737	12	743	12	31	6
Niedersachsen	704	11	704	6	707	6	3	3
Nordrhein-Westfalen	676	10	727	9	736	10	60	9
Rheinland-Pfalz	670	9	735	11	750	13	80	15
Saarland	649	7	676	5	681	5	32	5
Sachsen	736	13	774	14	783	14	47	9
Sachsen-Anhalt	786	16	829	15	836	15	50	7
Schleswig-Holstein	653	8	712	7	716	7	63	4
Thüringen	744	14	836	16	856	16	112	20
Deutschland	652	x	700	x	707	x	55	7

Quelle: Bundesärztekammer; eigene Berechnungen

T2 Niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	Rang	Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	Rang	Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	Rang	Veränderung Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	
Baden-Württemberg	1 588	13	1 737	12	1 782	12	194	45
Bayern	1 450	8	1 577	7	1 605	7	155	28
Berlin	1 103	1	1 273	1	1 329	1	226	56
Brandenburg	1 514	11	1 655	10	1 681	10	167	26
Bremen	1 572	12	1 826	14	1 946	16	374	120
Hamburg	1 220	2	1 354	3	1 393	3	173	39
Hessen	1 431	7	1 587	8	1 621	8	190	34
Mecklenburg-Vorpommern	1 338	5	1 474	6	1 511	6	173	37
Niedersachsen	1 478	9	1 605	9	1 665	9	187	60
Nordrhein-Westfalen	1 660	14	1 789	13	1 818	13	158	29
Rheinland-Pfalz	1 772	15	1 895	16	1 933	15	161	38
Saarland	1 880	16	1 855	15	1 931	14	51	76
Sachsen	1 312	4	1 415	4	1 456	4	144	41
Sachsen-Anhalt	1 366	6	1 471	5	1 500	5	134	29
Schleswig-Holstein	1 499	10	1 703	11	1 709	11	210	6
Thüringen	1 249	3	1 334	2	1 362	2	113	28
Deutschland	1 486	x	1 622	x	1 660	x	174	38

Quelle: Bundeszahnärztekammer; eigene Berechnungen

T3 Aufgestellte Betten in Krankenhäusern insgesamt

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2016		2017		2007–2017	2016–2017
	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	558	14	512	16	508	16	-51	-5
Bayern	607	10	591	11	588	11	-19	-2
Berlin	576	13	567	13	567	13	-9	0
Brandenburg	604	11	614	10	615	9	11	0
Bremen	819	1	768	1	738	1	-81	-30
Hamburg	683	5	697	4	689	4	6	-9
Hessen	579	12	584	12	585	12	6	1
Mecklenburg-Vorpommern	611	9	639	7	639	7	28	0
Niedersachsen	528	16	528	15	528	15	0	0
Nordrhein-Westfalen	688	4	669	5	662	5	-26	-7
Rheinland-Pfalz	632	7	622	9	612	10	-20	-10
Saarland	656	6	652	6	652	6	-3	1
Sachsen	625	8	634	8	634	8	8	-1
Sachsen-Anhalt	690	3	709	3	707	3	17	-3
Schleswig-Holstein	550	15	559	14	548	14	-2	-11
Thüringen	695	2	733	2	732	2	37	-1
Deutschland	616	x	606	x	602	x	-15	-4

¹ Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Krankenhausstatistik



T4 Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2016		2017		2007–2017	2016–2017
	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	249	7	235	6	234	6	-15	-1
Bayern	256	6	231	7	227	7	-29	-4
Berlin	.	x	.	x	.	x	.	.
Brandenburg	209	10	213	10	212	10	4	0
Bremen	.	x	.	x	.	x	.	.
Hamburg	.	x	.	x	.	x	.	.
Hessen	285	4	258	5	253	5	-31	-5
Mecklenburg-Vorpommern	631	1	644	1	647	1	16	2
Niedersachsen	219	8	218	8	218	8	-1	0
Nordrhein-Westfalen	112	13	116	13	115	13	3	-1
Rheinland-Pfalz	199	11	185	11	184	11	-15	-2
Saarland	292	3	269	3	276	3	-16	7
Sachsen	213	9	214	9	215	9	3	1
Sachsen-Anhalt	148	12	165	12	166	12	18	1
Schleswig-Holstein	386	2	362	2	352	2	-34	-11
Thüringen	267	5	265	4	264	4	-3	-1
Deutschland	208	x	201	x	199	x	-9	-2

¹ Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Krankenhausstatistik

T5 Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung (Pflegequote)

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2015		2017		2007–2017	2015–2017
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	2,2	1	3,0	3	3,6	3	1,4	0,6
Bayern	2,5	3	2,7	1	3,1	1	0,6	0,4
Berlin	2,8	6	3,3	5	3,8	4	1,0	0,5
Brandenburg	3,4	15	4,5	15	5,3	14	1,9	0,8
Bremen	3,1	12	3,7	9	4,3	8	1,2	0,6
Hamburg	2,4	2	2,9	2	3,4	2	1,0	0,5
Hessen	2,9	9	3,6	7	4,2	7	1,3	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	3,4	15	4,9	16	5,7	16	2,3	0,8
Niedersachsen	3,0	10	4,0	11	4,9	11	1,9	0,9
Nordrhein-Westfalen	2,7	5	3,6	7	4,3	8	1,6	0,7
Rheinland-Pfalz	2,5	3	3,3	5	4,0	6	1,5	0,7
Saarland	2,8	6	3,8	10	4,6	10	1,8	0,8
Sachsen	3,0	10	4,1	12	5,0	12	2,0	0,9
Sachsen-Anhalt	3,3	14	4,4	14	5,0	12	1,7	0,6
Schleswig-Holstein	2,8	6	3,1	4	3,8	4	1,0	0,7
Thüringen	3,2	13	4,3	13	5,4	15	2,2	1,1
Deutschland	2,7	x	3,5	x	4,1	x	1,4	0,6

Quelle: Pflegestatistik, Bevölkerungsfortschreibung

T6 Anteil der reinen Pflegegeldempfänger an allen Pflegebedürftigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2015		2017		2007–2017	2015–2017
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	44,9	10	51,8	2	56,9	1	12,1	5,1
Bayern	44,6	11	45,5	12	46,5	12	1,9	1,0
Berlin	47,9	6	49,7	6	53,0	5	5,0	3,3
Brandenburg	48,3	5	49,5	7	52,5	8	4,3	3,1
Bremen	42,3	13	45,9	11	51,2	9	8,8	5,3
Hamburg	36,7	16	40,7	15	44,1	15	7,4	3,4
Hessen	54,3	1	53,7	1	55,6	2	1,3	1,8
Mecklenburg-Vorpommern	46,3	7	48,8	9	50,0	11	3,7	1,2
Niedersachsen	44,3	12	46,1	10	50,3	10	6,0	4,2
Nordrhein-Westfalen	46,3	7	50,5	5	54,3	4	8,0	3,8
Rheinland-Pfalz	51,6	2	51,8	2	54,6	3	3,0	2,8
Saarland	48,5	4	51,6	4	53,0	5	4,5	1,4
Sachsen	40,2	14	40,8	14	45,7	14	5,4	4,9
Sachsen-Anhalt	46,1	9	44,6	13	45,9	13	-0,3	1,2
Schleswig-Holstein	38,8	15	40,4	16	43,5	16	4,7	3,1
Thüringen	49,1	3	49,4	8	53,0	5	4,0	3,7
Deutschland	46,0	x	48,4	x	51,7	x	5,7	3,3

Quelle: Pflegestatistik



T7 Anteil der Pflegebedürftigen in ambulanter Pflege an allen Pflegebedürftigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2015		2017		2007–2017	2015–2017
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	19,7	15	20,1	16	18,9	16	-0,8	-1,3
Bayern	22,2	10	23,8	10	24,4	10	2,2	0,7
Berlin	23,9	7	26,0	7	25,5	7	1,6	-0,6
Brandenburg	26,6	3	28,7	4	29,0	3	2,4	0,4
Bremen	28,7	2	28,8	3	28,3	5	-0,3	-0,5
Hamburg	29,6	1	30,0	1	30,0	1	0,5	0,0
Hessen	20,3	13	22,6	12	23,1	13	2,8	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	24,3	5	27,3	5	28,9	4	4,7	1,6
Niedersachsen	23,0	9	25,1	8	24,9	9	1,9	-0,2
Nordrhein-Westfalen	22,0	11	23,7	11	23,7	12	1,6	0,0
Rheinland-Pfalz	19,5	16	21,8	14	22,3	14	2,8	0,6
Saarland	20,0	14	20,8	15	21,7	15	1,7	0,9
Sachsen	25,8	4	29,8	2	29,4	2	3,6	-0,3
Sachsen-Anhalt	24,3	5	26,2	6	27,5	6	3,3	1,4
Schleswig-Holstein	20,9	12	21,9	13	23,9	11	3,1	2,1
Thüringen	23,2	8	24,6	9	25,0	8	1,8	0,4
Deutschland	22,4	x	24,2	x	24,3	x	1,9	0,1

Quelle: Pflegestatistik

T8 Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege an allen Pflegebedürftigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2015		2017		2007–2017	2015–2017
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	33,9	2	28,1	7	24,1	8	-9,8	-3,9
Bayern	32,3	5	30,7	2	29,0	2	-3,3	-1,7
Berlin	26,8	13	24,3	13	21,6	12	-5,3	-2,8
Brandenburg	23,5	16	21,9	16	18,4	16	-5,1	-3,5
Bremen	27,6	12	25,4	12	20,5	15	-7,1	-4,9
Hamburg	32,8	3	29,3	4	25,9	4	-7,0	-3,4
Hessen	24,8	15	23,7	15	21,3	13	-3,5	-2,4
Mecklenburg-Vorpommern	28,1	11	24,0	14	21,1	14	-7,1	-2,9
Niedersachsen	31,9	6	28,8	6	24,8	7	-7,2	-4,1
Nordrhein-Westfalen	30,6	8	25,8	11	22,1	10	-8,6	-3,8
Rheinland-Pfalz	28,5	10	26,4	9	23,1	9	-5,4	-3,4
Saarland	30,8	7	27,6	8	25,3	5	-5,5	-2,3
Sachsen	32,4	4	29,5	3	24,9	6	-7,5	-4,6
Sachsen-Anhalt	29,0	9	29,2	5	26,5	3	-2,4	-2,7
Schleswig-Holstein	39,5	1	37,8	1	32,5	1	-7,0	-5,2
Thüringen	26,5	14	26,1	10	22,0	11	-4,5	-4,1
Deutschland	30,5	x	27,4	x	24,0	x	-6,6	-3,4

Quelle: Pflegestatistik

T9 Durchschnittlicher Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2013		2017		2009–2017	2013–2017
	kg/m ²	Rang	kg/m ²	Rang	kg/m ²	Rang	Veränderung in kg/m ²	
Baden-Württemberg	25,4	3	25,6	3	25,7	3	0,3	0,1
Bayern	25,5	5	25,7	4	25,7	3	0,2	0,0
Berlin	25,2	2	25,3	2	25,3	1	0,1	0,0
Brandenburg	26,2	14	26,4	14	26,4	13	0,2	0,0
Bremen	25,4	3	25,7	4	26,0	7	0,6	0,3
Hamburg	25,0	1	25,0	1	25,3	1	0,3	0,3
Hessen	25,7	7	25,8	6	25,9	5	0,2	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	26,4	15	26,7	16	26,8	16	0,4	0,1
Niedersachsen	25,7	7	25,9	8	26,1	10	0,4	0,2
Nordrhein-Westfalen	25,7	7	25,9	8	26,0	7	0,3	0,1
Rheinland-Pfalz	25,9	10	26,0	10	26,1	10	0,2	0,1
Saarland	25,9	10	26,1	11	26,0	7	0,1	-0,1
Sachsen	25,9	10	26,2	12	26,3	12	0,4	0,1
Sachsen-Anhalt	26,4	15	26,6	15	26,7	14	0,3	0,1
Schleswig-Holstein	25,6	6	25,8	6	25,9	5	0,3	0,1
Thüringen	26,1	13	26,3	13	26,7	14	0,6	0,4
Deutschland	25,7	x	25,9	x	26,0	x	0,3	0,1

Quelle: Mikrozensus



T10 Anteil der Raucher/-innen an der Bevölkerung ab 15 Jahren (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2013		2017		2009–2017	2013–2017
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	22,8	1	22,2	2	21,2	4	-1,5	-1,0
Bayern	23,5	2	22,1	1	20,5	1	-3,0	-1,6
Berlin	31,3	16	28,9	16	25,5	13	-5,9	-3,4
Brandenburg	28,0	12	25,8	9	24,5	11	-3,5	-1,3
Bremen	30,5	15	27,8	13	27,4	15	-3,1	-0,4
Hamburg	26,7	8	25,6	8	23,2	9	-3,5	-2,4
Hessen	24,6	4	23,4	4	21,1	3	-3,5	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	30,4	14	28,2	15	27,7	16	-2,8	-0,6
Niedersachsen	26,1	7	24,7	7	22,9	8	-3,2	-1,7
Nordrhein-Westfalen	26,9	10	25,9	10	22,6	7	-4,3	-3,3
Rheinland-Pfalz	25,1	5	23,9	6	21,7	6	-3,5	-2,2
Saarland	25,3	6	23,5	5	20,6	2	-4,7	-2,9
Sachsen	23,8	3	22,7	3	21,4	5	-2,3	-1,3
Sachsen-Anhalt	28,9	13	27,8	13	24,8	12	-4,1	-3,1
Schleswig-Holstein	27,0	11	25,9	10	23,5	10	-3,5	-2,4
Thüringen	26,7	8	26,1	12	26,2	14	-0,5	0,1
Deutschland	25,7	x	24,5	x	22,4	x	-3,3	-2,1

Quelle: Mikrozensus

T11 Gesundheitsausgaben je Einwohner/-in

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2017		2018		2008–2018	2017–2018
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	3 225	13	4 343	15	4 503	15	39,6	3,7
Bayern	3 334	7	4 537	11	4 698	11	40,9	3,5
Berlin	3 481	2	4 636	5	4 783	5	37,4	3,2
Brandenburg	3 483	1	4 882	1	5 059	1	45,2	3,6
Bremen	3 026	16	4 143	16	4 282	16	41,5	3,4
Hamburg	3 275	12	4 482	14	4 655	13	42,1	3,9
Hessen	3 310	9	4 585	7	4 773	6	44,2	4,1
Mecklenburg-Vorpommern	3 347	4	4 688	4	4 848	4	44,8	3,4
Niedersachsen	3 287	11	4 523	12	4 669	12	42,0	3,2
Nordrhein-Westfalen	3 315	8	4 589	6	4 770	7	43,9	3,9
Rheinland-Pfalz	3 345	5	4 579	8	4 748	8	41,9	3,7
Saarland	3 288	10	4 715	2	4 900	2	49,0	3,9
Sachsen	3 200	14	4 486	13	4 618	14	44,3	2,9
Sachsen-Anhalt	3 377	3	4 705	3	4 881	3	44,5	3,7
Schleswig-Holstein	3 344	6	4 547	10	4 726	10	41,3	3,9
Thüringen	3 197	15	4 578	9	4 745	9	48,4	3,6
Deutschland	3 307	x	4 545	x	4 712	x	42,5	3,7

Quelle: Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder

T12 Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an allen Erwerbstätigen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,6	13	12,0	15	12,2	15	0,6	0,1
Bayern	10,8	16	11,6	16	11,7	16	1,0	0,2
Berlin	13,1	3	12,8	11	12,8	12	-0,3	0,0
Brandenburg	11,2	15	12,9	8	13,0	8	1,8	0,1
Bremen	12,0	8	12,9	8	13,0	8	1,0	0,1
Hamburg	12,5	4	12,9	8	13,0	8	0,5	0,1
Hessen	11,8	11	12,5	14	12,8	12	1,0	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	12,0	8	14,7	1	14,9	2	2,9	0,3
Niedersachsen	12,2	6	13,1	6	13,3	6	1,1	0,2
Nordrhein-Westfalen	11,8	11	12,8	11	13,0	8	1,3	0,3
Rheinland-Pfalz	12,5	4	13,3	5	13,6	5	1,1	0,3
Saarland	13,2	2	14,7	1	15,1	1	1,9	0,4
Sachsen	11,9	10	13,1	6	13,3	6	1,4	0,2
Sachsen-Anhalt	12,1	7	13,4	4	13,7	4	1,6	0,3
Schleswig-Holstein	13,6	1	14,4	3	14,8	3	1,2	0,4
Thüringen	11,4	14	12,7	13	12,8	12	1,4	0,0
Alle Länder	11,8	x	12,6	x	12,8	x	1,0	0,2

¹ Aufgrund eines Quellenwechsels ist das Jahr 2009 mit den Folgejahren nur eingeschränkt vergleichbar. – Quelle: Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder



T13 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 100 unter Altersgrenze ²	Rang	je 100 unter Altersgrenze ²	Rang	je 100 unter Altersgrenze ²	Rang	Veränderung je 100 unter Altersgrenze ²	
Baden-Württemberg	5,5	2	4,9	2	4,7	2	-0,8	-0,2
Bayern	4,7	1	3,8	1	3,6	1	-1,2	-0,3
Berlin	21,2	16	16,8	15	15,9	15	-5,3	-0,9
Brandenburg	14,8	11	9,2	8	8,2	7	-6,6	-1,0
Bremen	18,1	15	18,1	16	17,7	16	-0,3	-0,3
Hamburg	13,7	10	11,9	13	11,5	13	-2,1	-0,4
Hessen	8,9	4	8,2	4	7,7	5	-1,2	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	16,8	13	10,9	10	9,7	10	-7,1	-1,2
Niedersachsen	9,9	5	8,8	6	8,3	8	-1,6	-0,5
Nordrhein-Westfalen	11,3	8	11,3	12	10,9	12	-0,4	-0,4
Rheinland-Pfalz	7,4	3	6,8	3	6,5	3	-0,9	-0,4
Saarland	9,9	5	11,0	11	10,5	11	0,6	-0,5
Sachsen	15,2	12	9,0	7	8,1	6	-7,0	-0,9
Sachsen-Anhalt	18,0	14	12,6	14	11,5	13	-6,5	-1,1
Schleswig-Holstein	10,1	7	9,5	9	8,9	9	-1,2	-0,6
Thüringen	12,7	9	8,3	5	7,5	4	-5,2	-0,8
Deutschland	10,1	x	8,6	x	8,1	x	-2,0	-0,5

1 Dezember des jeweiligen Jahres. – 2 Zum Renteneintritt nach § 7a SGB II. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

T1 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerverteilung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	3 192	12	5 077	7	5 192	7	62,7	2,3
Bayern	3 315	10	5 151	6	5 270	5	59,0	2,3
Berlin	4 660	1	6 596	3	6 770	3	45,3	2,6
Brandenburg	3 710	7	4 956	12	5 134	9	38,4	3,6
Bremen	4 208	3	7 002	2	7 145	2	69,8	2,0
Hamburg	4 558	2	7 003	1	7 216	1	58,3	3,0
Hessen	3 329	9	5 231	4	5 451	4	63,8	4,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 748	4	4 986	9	5 093	11	35,9	2,1
Niedersachsen	2 953	16	4 770	16	4 946	15	67,5	3,7
Nordrhein-Westfalen	3 200	11	4 969	11	5 165	8	61,4	3,9
Rheinland-Pfalz	3 042	14	4 813	15	4 922	16	61,8	2,3
Saarland	3 103	13	5 157	5	5 254	6	69,3	1,9
Sachsen	3 713	6	4 894	13	5 028	13	35,4	2,7
Sachsen-Anhalt	3 744	5	5 010	8	5 123	10	36,8	2,3
Schleswig-Holstein	2 998	15	4 825	14	5 018	14	67,4	4,0
Thüringen	3 664	8	4 977	10	5 070	12	38,4	1,9
Deutschland	3 366	x	5 133	x	5 290	x	57,1	3,1

1 Bevölkerung 30.6. – Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik über den Steuerhaushalt

T2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder nach Steuerverteilung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2 274	15	3 589	14	3 678	16	61,7	2,5
Bayern	2 356	10	3 613	13	3 702	15	57,2	2,5
Berlin	3 869	1	5 257	2	5 401	2	39,6	2,7
Brandenburg	3 165	7	4 047	8	4 154	8	31,2	2,6
Bremen	3 178	6	5 398	1	5 576	1	75,5	3,3
Hamburg	2 965	8	4 678	3	4 772	3	61,0	2,0
Hessen	2 291	13	3 631	11	3 797	11	65,8	4,6
Mecklenburg-Vorpommern	3 317	2	4 175	5	4 256	5	28,3	2,0
Niedersachsen	2 220	16	3 589	14	3 720	12	67,5	3,6
Nordrhein-Westfalen	2 280	14	3 564	16	3 711	14	62,8	4,1
Rheinland-Pfalz	2 356	10	3 630	12	3 720	12	57,9	2,5
Saarland	2 412	9	4 068	7	4 183	7	73,4	2,8
Sachsen	3 184	5	4 018	9	4 108	9	29,0	2,2
Sachsen-Anhalt	3 267	3	4 190	4	4 270	4	30,7	1,9
Schleswig-Holstein	2 321	12	3 656	10	3 811	10	64,2	4,2
Thüringen	3 221	4	4 134	6	4 210	6	30,7	1,8
Deutschland	2 530	x	3 789	x	3 906	x	54,4	3,1

1 Bevölkerung 30.6. – Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik über den Steuerhaushalt

T3 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerverteilung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	917	6	1 488	5	1 514	5	65,0	1,7
Bayern	959	4	1 538	4	1 568	4	63,4	2,0
Berlin	791	7	1 339	7	1 369	7	73,1	2,3
Brandenburg	545	12	909	12	980	12	79,9	7,8
Bremen	1 031	3	1 605	2	1 568	3	52,1	-2,3
Hamburg	1 593	1	2 326	1	2 444	1	53,4	5,1
Hessen	1 038	2	1 600	3	1 654	2	59,4	3,4
Mecklenburg-Vorpommern	432	16	812	16	837	16	93,7	3,1
Niedersachsen	733	8	1 181	9	1 227	8	67,5	3,9
Nordrhein-Westfalen	921	5	1 406	6	1 454	6	57,9	3,4
Rheinland-Pfalz	686	10	1 183	8	1 202	10	75,3	1,6
Saarland	692	9	1 089	11	1 071	11	54,9	-1,6
Sachsen	529	13	876	13	921	13	74,0	5,0
Sachsen-Anhalt	477	14	819	15	853	15	78,7	4,1
Schleswig-Holstein	677	11	1 169	10	1 208	9	78,4	3,3
Thüringen	444	15	842	14	860	14	93,9	2,1
Deutschland	836	x	1 344	x	1 383	x	65,4	2,9

1 Bevölkerung 30.6. – Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik über den Steuerhaushalt


T4 Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	5 835	3	4 764	3	4 762	3	-18,4	0,0
Bayern	3 326	2	2 113	2	1 964	2	-41,0	-7,0
Berlin	17 141	15	15 008	13	14 773	13	-13,8	-1,6
Brandenburg	7 779	6	7 182	5	7 303	5	-6,1	1,7
Bremen	24 363	16	31 928	16	43 921	16	80,3	37,6
Hamburg	13 534	14	18 734	15	18 279	15	35,1	-2,4
Hessen	7 672	5	8 535	7	8 569	7	11,7	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	7 191	4	5 790	4	5 753	4	-20,0	-0,6
Niedersachsen	7 994	7	9 049	8	8 901	8	11,3	-1,6
Nordrhein-Westfalen	9 145	9	12 251	12	12 370	12	35,3	1,0
Rheinland-Pfalz	9 538	10	10 740	10	10 499	9	10,1	-2,2
Saarland	12 784	13	17 573	14	17 635	14	37,9	0,4
Sachsen	2 551	1	1 041	1	925	1	-63,7	-11,1
Sachsen-Anhalt	9 959	11	10 206	9	10 677	10	7,2	4,6
Schleswig-Holstein	10 052	12	12 153	11	12 103	11	20,4	-0,4
Thüringen	8 011	8	7 946	6	7 906	6	-1,3	-0,5
Deutschland	7 825	x	8 485	x	8 548	x	9,2	0,7

¹ Öffentlicher Gesamthaushalt, Vergleichbarkeit zu 2008 leicht eingeschränkt (siehe Glossar; ab 2010 EU-konform). – ² Bevölkerung 30.6. – Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik der Schulden des Öffentlichen Gesamthaushaltes

T5 Schulden der Länder beim nicht-öffentlichen Bereich¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	5 249	3	3 983	3	3 981	3	-24,2	0,0
Bayern	2 206	2	1 121	2	987	2	-55,3	-11,9
Berlin	17 141	15	15 008	14	14 773	14	-13,8	-1,6
Brandenburg	6 930	8	6 432	5	6 615	6	-4,5	2,8
Bremen	24 363	16	31 928	16	43 921	16	80,3	37,6
Hamburg	13 534	14	18 734	15	18 279	15	35,1	-2,4
Hessen	5 650	4	6 463	6	6 449	5	14,2	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	5 979	5	4 755	4	4 687	4	-21,6	-1,4
Niedersachsen	6 477	6	7 359	8	7 279	8	12,4	-1,1
Nordrhein-Westfalen	6 893	7	9 332	11	9 492	10	37,7	1,7
Rheinland-Pfalz	7 139	10	7 513	9	7 295	9	2,2	-2,9
Saarland	10 467	13	13 920	13	13 989	13	33,7	0,5
Sachsen	1 649	1	346	1	279	1	-83,1	-19,2
Sachsen-Anhalt	8 368	11	9 003	10	9 496	11	13,5	5,5
Schleswig-Holstein	9 044	12	10 686	12	10 609	12	17,3	-0,7
Thüringen	6 959	9	6 827	7	6 822	7	-2,0	-0,1
Deutschland	6 435	x	6 883	x	6 967	x	8,3	1,2

¹ Öffentlicher Gesamthaushalt, Vergleichbarkeit zu 2008 leicht eingeschränkt (siehe Glossar; ab 2010 EU-konform). – ² Bevölkerung 30.6. – Statistisches Bundesamt: Statistik der Schulden des Öffentlichen Gesamthaushaltes

T6 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	586	1	782	3	781	3	33,3	0,0
Bayern	1 120	6	992	4	977	4	-12,8	-1,5
Berlin
Brandenburg	850	2	750	2	688	2	-19,0	-8,3
Bremen
Hamburg
Hessen	2 022	10	2 072	10	2 119	10	4,8	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 213	7	1 035	5	1 066	5	-12,1	3,0
Niedersachsen	1 517	8	1 690	9	1 622	9	6,9	-4,0
Nordrhein-Westfalen	2 252	11	2 919	11	2 878	11	27,8	-1,4
Rheinland-Pfalz	2 400	13	3 227	12	3 205	12	33,5	-0,7
Saarland	2 318	12	3 652	13	3 646	13	57,3	-0,2
Sachsen	901	3	695	1	646	1	-28,3	-7,1
Sachsen-Anhalt	1 591	9	1 202	7	1 181	7	-25,8	-1,8
Schleswig-Holstein	1 009	4	1 467	8	1 495	8	48,2	1,9
Thüringen	1 052	5	1 120	6	1 084	6	3,1	-3,2
Deutschland	1 390	x	1 602	x	1 581	x	13,7	-1,3

¹ Öffentlicher Gesamthaushalt, Vergleichbarkeit zu 2008 leicht eingeschränkt (siehe Glossar; ab 2010 EU-konform). – ² Bevölkerung 30.6. – Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik der Schulden des Öffentlichen Gesamthaushaltes

T7 Personal des öffentlichen Dienstes¹ im Landesbereich und im kommunalen Bereich (Vollzeitäquivalente)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner/-innen ¹	
Baden-Württemberg	39,5	7	42,3	7	42,9	7	3,4	0,6
Bayern	38,1	9	42,5	6	43,1	6	5,0	0,6
Berlin	47,1	1	51,0	1	51,8	1	4,6	0,8
Brandenburg	37,7	11	39,8	12	40,2	13	2,5	0,4
Bremen	39,6	6	42,8	5	43,9	4	4,3	1,1
Hamburg	39,9	4	44,9	2	46,6	2	6,7	1,7
Hessen	36,5	13	39,8	12	40,5	12	4,0	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	40,1	3	40,2	11	40,9	11	0,8	0,7
Niedersachsen	34,9	15	39,2	15	40,2	13	5,3	1,0
Nordrhein-Westfalen	35,3	14	39,3	14	40,0	15	4,8	0,8
Rheinland-Pfalz	37,2	12	40,8	10	41,3	10	4,1	0,5
Saarland	37,9	10	41,8	9	42,7	8	4,8	0,9
Sachsen	39,8	5	42,9	4	43,7	5	4,0	0,8
Sachsen-Anhalt	43,2	2	43,8	3	44,3	3	1,1	0,5
Schleswig-Holstein	34,1	16	38,0	16	38,8	16	4,6	0,8
Thüringen	39,2	8	42,3	7	42,6	9	3,4	0,3
Deutschland	37,8	x	41,4	x	41,0	x	3,2	-0,4

¹ Vergleichbarkeit zu 2009 eingeschränkt, da ab 2010 inklusive Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. – ² Bevölkerung 30.6. – Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik des Personals des öffentlichen Dienstes

T8 Einnahmen im Länderfinanzausgleich

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Veränderung in Mill. EUR	
Baden-Württemberg	-1 508	14	-3 046	15	-2 436	15	-928	610
Bayern	-3 370	16	-6 672	16	-6 701	16	-3 331	-29
Berlin	2 893	1	4 404	1	4 330	1	1 437	-73
Brandenburg	506	4	550	8	556	8	50	5
Bremen	434	7	740	5	771	5	338	31
Hamburg	-49	12	-83	13	-120	13	-71	-37
Hessen	-1 919	15	-1 613	14	-1 905	14	14	-292
Mecklenburg-Vorpommern	457	6	538	9	517	9	60	-21
Niedersachsen	114	10	831	4	776	4	662	-55
Nordrhein-Westfalen	-61	13	1 015	3	1 041	3	1 102	26
Rheinland-Pfalz	295	8	418	10	308	10	13	-111
Saarland	93	11	194	12	179	12	86	-16
Sachsen	921	2	1 180	2	1 176	2	255	-4
Sachsen-Anhalt	520	3	676	6	652	6	132	-24
Schleswig-Holstein	171	9	235	11	230	11	59	-4
Thüringen	502	5	667	7	626	7	124	-41
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik über den Steuerhaushalt



T1 Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen

Land	Vorangegangene Landtagswahl [1]			Letzte Landtagswahl [2]			Zeitraum
	Jahr	%	Rang	Jahr	%	Rang	[1]-[2]
Baden-Württemberg	2011	66,3	2	2016	70,4	2	4,1
Bayern	2013	63,6	3	2018	72,3	1	8,7
Berlin	2011	60,2	6	2016	66,9	6	6,7
Brandenburg	2014	47,9	16	2019	61,3	15	13,4
Bremen	2015	50,2	14	2019	64,1	11	13,9
Hamburg	2015	56,5	10	2020	63,0	13	6,5
Hessen	2013	73,2	1	2018	67,3	5	-5,9
Mecklenburg-Vorpommern	2011	51,5	12	2016	61,9	14	10,4
Niedersachsen	2013	59,4	9	2017	63,1	12	3,7
Nordrhein-Westfalen	2012	59,6	8	2017	65,2	8	5,6
Rheinland-Pfalz	2011	61,8	4	2016	70,4	2	8,6
Saarland	2012	61,6	5	2017	69,7	4	8,1
Sachsen	2014	49,1	15	2019	66,5	7	17,4
Sachsen-Anhalt	2011	51,2	13	2016	61,1	16	9,9
Schleswig-Holstein	2012	60,2	6	2017	64,2	10	4,0
Thüringen	2014	52,7	11	2019	64,9	9	12,2
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Landeswahlleiter

T2 Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Landtagswahlen¹

Land	Vorangegangene Landtagswahl [1]			Letzte Landtagswahl [2]			Zeitraum
	Jahr	%	Rang	Jahr	%	Rang	[1]-[2]
Baden-Württemberg	2011	18,1	16	2016	24,5	16	6,4
Bayern	2013	29,4	13	2018	26,8	13	-2,6
Berlin	2011	34,9	5	2016	33,1	6	-1,8
Brandenburg	2014	34,1	6	2019	31,8	7	-2,3
Bremen	2015	33,7	7	2019	40,5	2	6,8
Hamburg	2015	38,8	3	2020	43,9	1	5,1
Hessen	2013	31,8	9	2018	33,6	5	1,8
Mecklenburg-Vorpommern	2011	28,2	15	2016	25,4	15	-2,8
Niedersachsen	2013	29,2	14	2017	27,7	10	-1,5
Nordrhein-Westfalen	2012	30,0	12	2017	27,1	12	-2,9
Rheinland-Pfalz	2011	41,6	1	2016	35,6	3	-6,0
Saarland	2012	39,2	2	2017	35,3	4	-3,9
Sachsen	2014	31,7	10	2019	27,7	10	-4,0
Sachsen-Anhalt	2011	31,4	11	2016	26,4	14	-5,0
Schleswig-Holstein	2012	31,9	8	2017	30,1	9	-1,8
Thüringen	2014	38,5	4	2019	31,1	8	-7,4
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x

1 Zu Beginn der Wahlperiode. – Quelle: Landeswahlleiter; eigene Berechnungen

T3 Zweitstimmenanteil der späteren Regierungsparteien bei der Landtagswahl

Land	Vorangegangene Landtagswahl [1]			Letzte Landtagswahl [2]			Zeitraum
	Jahr	%	Rang	Jahr	%	Rang	[1]-[2]
Baden-Württemberg	2011	47,3	14	2016	57,3	4	10,0
Bayern	2013	47,7	13	2018	48,8	10	1,1
Berlin	2011	51,6	6	2016	52,4	8	0,8
Brandenburg	2014	50,5	9	2019	52,5	7	2,0
Bremen	2015	48,0	12	2019	53,7	6	5,7
Hamburg	2015	57,9	3	2020	63,4	3	5,5
Hessen	2013	49,5	10	2018	46,8	13	-2,7
Mecklenburg-Vorpommern	2011	58,6	2	2016	49,5	9	-9,1
Niedersachsen	2013	46,3	15	2017	70,6	1	24,3
Nordrhein-Westfalen	2012	50,5	8	2017	45,5	15	-5,0
Rheinland-Pfalz	2011	51,1	7	2016	47,8	12	-3,3
Saarland	2012	65,8	1	2017	70,3	2	4,5
Sachsen	2014	51,8	5	2019	48,5	11	-3,3
Sachsen-Anhalt	2011	54,0	4	2016	45,6	14	-8,4
Schleswig-Holstein	2012	48,2	11	2017	56,3	5	8,1
Thüringen	2014	46,3	16	2019	44,4	16	-1,9
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Landeswahlleiter



T4 Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2013		2017		2009–2017	2013–2017
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	72,4	5	74,3	1	78,3	1	5,9	4,0
Bayern	71,6	7	70,0	10	78,1	2	6,5	8,1
Berlin	70,9	10	72,5	6	75,6	9	4,7	3,1
Brandenburg	67,0	12	68,4	13	73,7	13	6,7	5,3
Bremen	70,3	11	68,8	12	70,8	15	0,5	2,0
Hamburg	71,3	9	70,3	9	76,0	8	4,7	5,7
Hessen	73,8	1	73,2	3	77,0	4	3,2	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	63,0	15	65,3	15	70,9	14	7,9	5,6
Niedersachsen	73,3	4	73,4	2	76,4	6	3,1	3,0
Nordrhein-Westfalen	71,4	8	72,5	6	75,4	10	4,0	2,9
Rheinland-Pfalz	72,0	6	72,8	5	77,7	3	5,7	4,9
Saarland	73,7	2	72,5	6	76,6	5	2,9	4,1
Sachsen	65,0	14	69,5	11	75,4	10	10,4	5,9
Sachsen-Anhalt	60,5	16	62,1	16	68,1	16	7,6	6,0
Schleswig-Holstein	73,6	3	73,1	4	76,3	7	2,7	3,2
Thüringen	65,2	13	68,2	14	74,3	12	9,1	6,1
Deutschland	70,8	x	71,5	x	76,2	x	5,4	4,7

Quelle: Bundeswahlstatistik

T5 Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Bundestagswahlen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2013		2017		2009–2017	2013–2017
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	27,4	15	30,8	15	26,0	12	-1,4	-4,8
Bayern	27,5	14	35,2	13	28,7	10	1,2	-6,5
Berlin	43,5	3	44,4	3	42,9	4	-0,6	-1,5
Brandenburg	52,6	1	40,4	7	32,0	7	-20,6	-8,4
Bremen	33,3	8	66,7	1	66,7	1	33,4	0,0
Hamburg	23,1	16	23,1	16	25,0	13	1,9	1,9
Hessen	35,6	7	37,8	10	36,0	6	0,4	-1,8
Mecklenburg-Vorpommern	35,7	6	46,2	2	43,8	2	8,1	-2,4
Niedersachsen	37,1	5	36,4	12	31,8	8	-5,3	-4,6
Nordrhein-Westfalen	30,2	11	32,6	14	26,8	11	-3,4	-5,8
Rheinland-Pfalz	40,6	4	41,9	6	43,2	3	2,6	1,3
Saarland	30,0	12	44,4	3	20,0	16	-10,0	-24,4
Sachsen	31,4	10	39,4	8	28,9	9	-2,5	-10,5
Sachsen-Anhalt	47,1	2	42,1	5	21,7	15	-25,4	-20,4
Schleswig-Holstein	29,2	13	37,5	11	42,3	5	13,1	4,8
Thüringen	33,3	8	38,9	9	22,7	14	-10,6	-16,2
Deutschland	32,8	x	36,5	x	30,7	x	-2,1	-5,8

1 Zu Beginn der Wahlperiode. – Quelle: Bundeswahlstatistik; eigene Berechnungen

T6 Wahlbeteiligung bei den Europawahlen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2014		2019		2009–2019	2014–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	52,0	4	52,1	4	64,0	3	12,0	11,9
Bayern	42,3	7	40,9	15	60,8	10	18,5	19,9
Berlin	35,1	14	46,7	9	60,6	11	25,5	13,9
Brandenburg	29,9	16	46,7	9	59,5	13	29,6	12,8
Bremen	38,9	10	40,3	16	63,0	5	24,1	22,7
Hamburg	34,7	15	43,5	11	61,9	6	27,2	18,4
Hessen	37,9	11	42,2	14	58,4	14	20,5	16,2
Mecklenburg-Vorpommern	46,6	6	46,8	8	58,4	14	11,8	11,6
Niedersachsen	40,5	9	49,1	7	61,5	7	21,0	12,4
Nordrhein-Westfalen	41,8	8	52,3	3	61,4	9	19,6	9,1
Rheinland-Pfalz	55,6	2	57,0	1	64,8	2	9,2	7,8
Saarland	58,6	1	54,1	2	66,4	1	7,8	12,3
Sachsen	47,6	5	49,2	6	63,6	4	16,0	14,4
Sachsen-Anhalt	37,8	12	43,0	13	54,7	16	16,9	11,7
Schleswig-Holstein	36,8	13	43,3	12	59,7	12	22,9	16,4
Thüringen	53,0	3	51,6	5	61,5	7	8,5	9,9
Deutschland	43,3	x	48,1	x	61,4	x	18,1	13,3

Quelle: Bundeswahlstatistik



T1 Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	382 897	3	513 438	3	524 325	3	36,9	2,1
Bayern	452 128	2	616 674	2	632 897	2	40,0	2,6
Berlin	103 052	7	145 547	6	153 291	6	48,8	5,3
Brandenburg	55 770	11	71 903	11	74 330	11	33,3	3,4
Bremen	26 358	16	32 835	16	33 623	16	27,6	2,4
Hamburg	93 643	9	118 912	9	123 270	9	31,6	3,7
Hessen	226 703	4	285 833	5	294 477	5	29,9	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	34 651	14	44 684	14	46 567	14	34,4	4,2
Niedersachsen	225 760	5	297 301	4	307 036	4	36,0	3,3
Nordrhein-Westfalen	554 213	1	694 839	1	711 419	1	28,4	2,4
Rheinland-Pfalz	112 475	6	143 655	7	145 003	7	28,9	0,9
Saarland	30 049	15	35 710	15	36 253	15	20,6	1,5
Sachsen	94 818	8	124 374	8	128 097	8	35,1	3,0
Sachsen-Anhalt	51 120	12	61 755	13	63 545	13	24,3	2,9
Schleswig-Holstein	72 935	10	94 670	10	97 762	10	34,0	3,3
Thüringen	47 829	13	62 240	12	63 866	12	33,5	2,6
Deutschland	2 564 400	x	3 344 370	x	3 435 760	x	34,0	2,7

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

T2 Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt, verkettet

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	Index: 2015=100	Rang	Index: 2015=100	Rang	Index: 2015=100	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	89,2	15	107,0	3	107,1	6	20,0	0,1
Bayern	88,3	16	107,0	3	107,5	4	21,9	0,5
Berlin	90,2	13	111,8	1	115,1	1	27,7	3,0
Brandenburg	92,5	9	105,2	8	106,0	9	14,6	0,8
Bremen	94,2	4	103,5	14	103,7	13	10,1	0,2
Hamburg	93,8	7	105,2	8	107,5	4	14,7	2,2
Hessen	94,5	3	105,9	6	107,1	6	13,3	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	94,1	5	105,5	7	107,1	6	13,8	1,5
Niedersachsen	93,4	8	109,3	2	110,3	2	18,1	0,9
Nordrhein-Westfalen	94,0	6	105,2	8	105,4	11	12,1	0,2
Rheinland-Pfalz	91,6	11	103,8	12	102,4	15	11,8	-1,3
Saarland	95,8	2	101,4	16	100,9	16	5,3	-0,6
Sachsen	90,7	12	105,1	11	105,7	10	16,5	0,5
Sachsen-Anhalt	96,6	1	102,8	15	103,0	14	6,6	0,2
Schleswig-Holstein	92,5	9	106,8	5	107,9	3	16,6	1,1
Thüringen	90,1	14	103,7	13	103,8	12	15,3	0,2
Deutschland	91,7	x	106,4	x	107,0	x	16,6	0,6

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

T3 Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen je Erwerbstätige/-n (Arbeitsproduktivität)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	66 939	3	80 981	3	81 984	3	22,5	1,2
Bayern	66 678	4	80 609	4	81 916	4	22,9	1,6
Berlin	60 912	8	72 186	8	74 239	6	21,9	2,8
Brandenburg	51 541	13	64 006	12	65 853	12	27,8	2,9
Bremen	65 330	5	75 288	5	76 643	5	17,3	1,8
Hamburg	82 115	1	93 318	1	95 286	1	16,0	2,1
Hessen	71 318	2	81 703	2	83 319	2	16,8	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	46 308	16	59 120	16	61 366	15	32,5	3,8
Niedersachsen	60 351	9	72 343	7	74 069	7	22,7	2,4
Nordrhein-Westfalen	63 067	6	72 757	6	73 832	8	17,1	1,5
Rheinland-Pfalz	59 040	10	70 626	9	70 842	9	20,0	0,3
Saarland	57 853	11	66 833	10	67 862	11	17,3	1,5
Sachsen	48 116	15	60 360	14	61 967	14	28,8	2,7
Sachsen-Anhalt	49 789	14	61 375	13	63 244	13	27,0	3,0
Schleswig-Holstein	55 788	12	66 826	11	68 359	10	22,5	2,3
Thüringen	45 782	17	59 398	15	61 047	16	33,3	2,8
Deutschland	62 473	x	74 561	x	75 927	x	21,5	1,8

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



T4 Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	0,6	10	0,6	10,0	0,6	10	0,0	0,0
Bayern	0,9	9	0,9	8,0	0,9	8	0,0	0,0
Berlin	0,0	15	0,0	16,0	0,0	16	0,0	0,0
Brandenburg	1,9	3	1,6	5,0	1,6	5	-0,3	0,0
Bremen	0,0	15	0,1	14,0	0,1	14	0,0	0,0
Hamburg	0,1	14	0,1	14,0	0,1	14	0,0	0,0
Hessen	0,4	12	0,4	12,0	0,4	12	0,0	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	3,1	1	2,3	1,0	2,6	1	-0,5	0,2
Niedersachsen	1,9	3	1,9	3,0	2,0	3	0,2	0,2
Nordrhein-Westfalen	0,6	10	0,5	11,0	0,6	10	0,0	0,1
Rheinland-Pfalz	1,8	5	1,8	4,0	1,7	4	-0,1	-0,1
Saarland	0,2	13	0,2	13,0	0,2	13	0,0	0,0
Sachsen	1,0	8	0,9	8,0	0,9	8	-0,1	0,0
Sachsen-Anhalt	2,3	2	2,0	2,0	2,1	2	-0,2	0,1
Schleswig-Holstein	1,6	6	1,2	7,0	1,3	7	-0,3	0,1
Thüringen	1,5	7	1,4	6,0	1,4	6	-0,1	0,0
Deutschland	0,9	x	0,9	x	0,9	x	0,0	0,0

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

T5 Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	37,9	1	40,0	1	39,1	1	1,2	-0,9
Bayern	32,6	4	33,4	5	32,6	4	0,1	-0,8
Berlin	17,4	15	14,6	16	14,5	16	-2,9	-0,2
Brandenburg	26,2	11	26,7	11	26,0	11	-0,2	-0,7
Bremen	26,8	10	27,4	10	26,7	10	-0,2	-0,7
Hamburg	15,8	16	16,9	15	16,7	15	1,0	-0,2
Hessen	24,3	12	24,5	13	24,1	13	-0,2	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	20,0	14	23,6	14	23,8	14	3,8	0,2
Niedersachsen	30,8	7	33,1	6	32,6	4	1,9	-0,5
Nordrhein-Westfalen	29,2	9	27,9	9	27,1	9	-2,1	-0,8
Rheinland-Pfalz	34,0	2	33,9	4	32,3	6	-1,6	-1,6
Saarland	33,2	3	34,3	3	32,8	3	-0,4	-1,5
Sachsen	30,2	8	31,8	8	31,2	8	1,0	-0,5
Sachsen-Anhalt	32,0	6	32,0	7	31,8	7	-0,2	-0,2
Schleswig-Holstein	23,1	13	25,2	12	25,0	12	1,9	-0,3
Thüringen	32,6	4	34,5	2	34,2	2	1,6	-0,3
Deutschland	29,9	x	30,5	x	29,8	x	-0,1	-0,7

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

T6 Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	61,6	16	59,4	16	60,3	16	-1,2	0,9
Bayern	66,5	12	65,6	11	66,4	11	-0,1	0,8
Berlin	82,6	2	85,3	1	85,5	1	2,9	0,2
Brandenburg	71,8	7	71,7	7	72,4	7	0,5	0,7
Bremen	73,1	6	72,5	6	73,3	6	0,1	0,8
Hamburg	84,1	1	83,0	2	83,2	2	-0,9	0,2
Hessen	75,3	4	75,1	3	75,4	3	0,2	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	76,9	3	74,1	4	73,7	4	-3,3	-0,4
Niedersachsen	67,4	10	65,0	13	65,4	14	-2,0	0,3
Nordrhein-Westfalen	70,2	8	71,6	8	72,3	8	2,1	0,7
Rheinland-Pfalz	64,2	15	64,2	14	65,9	13	1,7	1,7
Saarland	66,6	11	65,5	12	67,0	10	0,4	1,5
Sachsen	68,7	9	67,3	9	67,8	9	-0,9	0,5
Sachsen-Anhalt	65,7	14	66,0	10	66,1	12	0,4	0,1
Schleswig-Holstein	75,3	4	73,6	5	73,7	4	-1,6	0,1
Thüringen	65,9	13	64,1	15	64,4	15	-1,5	0,3
Deutschland	69,2	x	68,7	x	69,3	x	0,1	0,7

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

T7 Anteil der Dienstleistungsbereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	18,6	11	18,2	12	18,6	12	0,0	0,4
Bayern	19,1	8	20,2	7	20,6	7	1,5	0,4
Berlin	19,2	6	21,7	6	21,7	6	2,5	0,0
Brandenburg	17,7	14	19,2	9	19,4	8	1,7	0,1
Bremen	27,4	2	26,2	2	26,4	2	-1,1	0,2
Hamburg	32,9	1	32,2	1	32,2	1	-0,7	0,0
Hessen	22,3	3	23,6	3	23,7	3	1,4	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	19,2	6	19,4	8	19,3	9	0,1	0,0
Niedersachsen	18,9	10	17,7	13	17,8	14	-1,0	0,1
Nordrhein-Westfalen	20,9	5	22,3	4	22,5	4	1,6	0,2
Rheinland-Pfalz	18,2	13	18,4	11	18,7	11	0,6	0,4
Saarland	19,1	8	17,4	14	18,1	13	-1,0	0,7
Sachsen	18,5	12	18,5	10	18,8	10	0,4	0,3
Sachsen-Anhalt	16,6	15	17,0	15	17,0	15	0,5	0,1
Schleswig-Holstein	21,9	4	22,3	4	22,4	5	0,5	0,1
Thüringen	15,4	16	14,5	16	14,5	16	-0,8	0,1
Deutschland	20,1	x	20,6	x	20,9	x	0,8	0,2

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

T8 Anteil der Dienstleistungsbereiche „Finanz-, Versicherungs- u. Unternehmensdienstl., Grundstücks- u. Wohnungswesen“¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	24,5	9	23,6	10	23,7	9	-0,9	0,1
Bayern	28,1	4	26,8	4	26,7	4	-1,4	0,0
Berlin	33,1	3	31,3	3	31,5	3	-1,6	0,2
Brandenburg	25,7	7	24,4	7	24,4	6	-1,3	0,0
Bremen	24,0	11	23,9	8	23,8	8	-0,2	-0,1
Hamburg	34,2	2	32,8	1	32,7	1	-1,5	0,0
Hessen	34,6	1	32,2	2	32,1	2	-2,5	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	24,2	10	22,0	12	21,7	14	-2,6	-0,3
Niedersachsen	25,7	7	24,5	6	24,2	7	-1,5	-0,2
Nordrhein-Westfalen	26,6	5	26,0	5	25,9	5	-0,7	-0,1
Rheinland-Pfalz	22,5	14	22,0	12	22,3	12	-0,2	0,4
Saarland	23,9	12	23,3	11	23,4	11	-0,6	0,1
Sachsen	23,2	13	21,9	14	21,8	13	-1,5	-0,1
Sachsen-Anhalt	21,6	15	20,4	16	20,2	16	-1,4	-0,2
Schleswig-Holstein	26,1	6	23,7	9	23,5	10	-2,7	-0,2
Thüringen	21,0	16	20,8	15	20,6	15	-0,5	-0,2
Deutschland	27,1	x	25,9	x	25,9	x	-1,2	0,0

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

T9 Anteil der Dienstleistungsbereiche „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	18,4	14	17,6	16	18,1	16	-0,3	0,5
Bayern	19,3	13	18,7	14	19,1	14	-0,3	0,4
Berlin	30,3	2	32,3	2	32,3	2	2,0	0,0
Brandenburg	28,5	4	28,1	5	28,6	5	0,1	0,5
Bremen	21,7	12	22,4	12	23,1	12	1,4	0,7
Hamburg	17,0	16	18,0	15	18,3	15	1,3	0,3
Hessen	18,4	14	19,3	13	19,6	13	1,3	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	33,4	1	32,7	1	32,7	1	-0,8	0,0
Niedersachsen	22,9	10	22,9	11	23,3	11	0,5	0,4
Nordrhein-Westfalen	22,7	11	23,3	10	23,9	10	1,2	0,6
Rheinland-Pfalz	23,6	8	23,9	9	24,8	9	1,3	0,9
Saarland	23,6	8	24,8	8	25,6	8	2,0	0,7
Sachsen	27,0	7	26,9	7	27,3	7	0,2	0,3
Sachsen-Anhalt	27,6	5	28,7	4	28,9	4	1,3	0,2
Schleswig-Holstein	27,3	6	27,6	6	27,8	6	0,5	0,2
Thüringen	29,5	3	28,9	3	29,3	3	-0,2	0,4
Deutschland	22,0	x	22,1	x	22,6	x	0,6	0,5

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



T10 Bruttoanlageinvestitionen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2016		2017		2010–2017	2016–2017
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	19,8	10	21,0	7	21,9	5	2,1	1,0
Bayern	21,6	5	23,0	5	23,6	3	2,0	0,6
Berlin	17,0	14	19,3	11	18,7	11	1,7	-0,6
Brandenburg	20,5	8	23,6	3	23,8	2	3,3	0,3
Bremen	14,8	16	15,8	16	14,1	16	-0,7	-1,7
Hamburg	24,5	1	19,7	10	16,3	15	-8,2	-3,4
Hessen	17,6	13	18,0	13	18,6	12	1,0	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	22,2	4	24,1	2	23,1	4	0,9	-1,0
Niedersachsen	22,4	3	24,7	1	25,4	1	3,1	0,7
Nordrhein-Westfalen	16,0	15	16,1	15	16,7	13	0,7	0,6
Rheinland-Pfalz	20,0	9	20,5	9	21,1	7	1,1	0,6
Saarland	18,2	12	17,3	14	16,7	13	-1,5	-0,7
Sachsen	22,6	2	21,2	6	20,1	8	-2,5	-1,1
Sachsen-Anhalt	19,8	10	19,0	12	18,9	10	-0,9	-0,1
Schleswig-Holstein	21,2	7	23,2	4	21,6	6	0,4	-1,6
Thüringen	21,3	6	20,8	8	19,1	9	-2,3	-1,8
Deutschland	19,5	x	20,3	x	20,5	x	1,0	0,2

¹ Anteil am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

T11 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2017		2018		2010–2018	2017–2018
	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	20 769	3	24 202	3	24 892	3	19,9	2,9
Bayern	20 849	2	24 451	1	25 309	1	21,4	3,5
Berlin	17 512	11	20 249	11	20 972	10	19,8	3,6
Brandenburg	16 769	12	19 906	12	20 475	11	22,1	2,9
Bremen	18 418	8	20 712	9	21 481	9	16,6	3,7
Hamburg	21 421	1	24 245	2	25 029	2	16,8	3,2
Hessen	19 936	4	23 117	4	23 943	4	20,1	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	15 715	16	18 891	16	19 470	16	23,9	3,1
Niedersachsen	18 091	9	21 424	8	21 988	8	21,5	2,6
Nordrhein-Westfalen	18 747	7	21 547	7	22 294	7	18,9	3,5
Rheinland-Pfalz	19 256	5	22 277	6	23 197	5	20,5	4,1
Saarland	17 896	10	20 346	10	20 277	13	13,3	-0,3
Sachsen	16 665	13	19 689	13	20 335	12	22,0	3,3
Sachsen-Anhalt	15 944	15	19 134	15	19 528	15	22,5	2,1
Schleswig-Holstein	18 884	6	22 299	5	22 833	6	20,9	2,4
Thüringen	16 105	14	19 307	14	19 793	14	22,9	2,5
Deutschland	19 002	x	22 189	x	22 899	x	20,5	3,2

¹ Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

T12 Sparquote der privaten Haushalte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2017		2018		2010–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,8	1	12,6	1	13,1	1	1,4	0,6
Bayern	11,7	2	12,0	2	12,7	2	1,0	0,7
Berlin	8,6	11	9,5	9	10,5	7	1,9	1,0
Brandenburg	9,5	8	8,7	11	8,8	11	-0,7	0,1
Bremen	8,0	12	8,0	12	8,6	12	0,6	0,6
Hamburg	10,9	4	11,5	4	11,9	4	1,0	0,5
Hessen	11,4	3	11,7	3	12,0	3	0,6	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	7,3	16	6,9	13	6,8	14	-0,5	-0,1
Niedersachsen	9,4	9	9,4	10	10,0	10	0,6	0,6
Nordrhein-Westfalen	9,9	7	9,9	6	10,5	7	0,6	0,6
Rheinland-Pfalz	10,9	4	11,1	5	11,4	5	0,5	0,4
Saarland	9,2	10	9,6	8	10,1	9	0,9	0,6
Sachsen	7,5	14	6,7	15	6,8	14	-0,6	0,1
Sachsen-Anhalt	7,5	14	5,9	16	6,3	16	-1,3	0,4
Schleswig-Holstein	10,3	6	9,8	7	10,6	6	0,3	0,8
Thüringen	8,0	12	6,9	13	7,0	13	-0,9	0,2
Deutschland	10,3	x	10,4	x	11,0	x	0,6	0,5

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



T1 Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	EUR je Beschäftigte/-n	Rang	EUR je Beschäftigte/-n	Rang	EUR je Beschäftigte/-n	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	236 258	13	280 012	11	277 289	11	17,4	-1,0
Bayern	272 372	6	281 317	9	287 234	9	5,5	2,1
Berlin	264 694	9	280 760	10	302 269	7	14,2	7,7
Brandenburg	246 080	12	261 238	13	265 694	13	8,0	1,7
Bremen	431 981	2	711 569	2	669 149	2	54,9	-6,0
Hamburg	906 380	1	902 399	1	860 770	1	-5,0	-4,6
Hessen	259 348	11	290 829	7	299 585	8	15,5	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	211 184	15	236 421	15	232 637	15	10,2	-1,6
Niedersachsen	344 686	3	379 671	3	380 926	3	10,5	0,3
Nordrhein-Westfalen	269 413	7	284 337	8	278 502	10	3,4	-2,1
Rheinland-Pfalz	286 828	5	356 336	4	326 729	4	13,9	-8,3
Saarland	260 502	10	314 711	6	311 380	6	19,5	-1,1
Sachsen	226 580	14	238 534	14	232 829	14	2,8	-2,4
Sachsen-Anhalt	300 223	4	320 419	5	318 500	5	6,1	-0,6
Schleswig-Holstein	265 720	8	277 063	12	276 889	12	4,2	-0,1
Thüringen	184 666	16	204 414	16	205 444	16	11,3	0,5
Deutschland	275 665	x	302 925	x	301 100	x	9,2	-0,6

Quelle: Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

T2 Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	49,9	4	54,9	4	55,2	3	5,3	0,3
Bayern	51,4	2	53,0	6	54,3	6	2,9	1,3
Berlin	46,1	7	56,0	2	55,7	2	9,6	-0,3
Brandenburg	25,5	14	28,7	16	30,8	15	5,3	2,1
Bremen	54,5	1	63,6	1	63,1	1	8,6	-0,4
Hamburg	23,3	16	31,3	14	31,7	14	8,5	0,4
Hessen	48,5	6	53,3	5	54,7	4	6,2	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	24,8	15	31,6	13	35,1	12	10,2	3,5
Niedersachsen	43,9	8	47,7	8	47,1	8	3,3	-0,6
Nordrhein-Westfalen	41,6	9	44,3	9	44,6	9	3,0	0,3
Rheinland-Pfalz	50,2	3	55,6	3	54,4	5	4,2	-1,2
Saarland	48,9	5	49,9	7	49,5	7	0,6	-0,4
Sachsen	34,8	11	37,0	11	36,7	11	1,9	-0,3
Sachsen-Anhalt	26,3	13	29,6	15	30,1	16	3,8	0,5
Schleswig-Holstein	40,0	10	39,0	10	37,3	10	-2,7	-1,7
Thüringen	29,5	12	34,0	12	35,1	12	5,6	1,1
Deutschland	44,4	x	48,5	x	48,8	x	4,5	0,4

Quelle: Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

T3 Umsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigte/-n	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	142 917	8	206 502	4	215 826	3	51,0	4,5
Bayern	151 117	4	195 484	5	191 271	7	26,6	-2,2
Berlin	172 765	2	257 346	2	239 237	2	38,5	-7,0
Brandenburg	131 289	11	170 527	11	190 207	8	44,9	11,5
Bremen	155 159	3	221 293	3	207 202	4	33,5	-6,4
Hamburg	226 245	1	286 600	1	276 020	1	22,0	-3,7
Hessen	148 585	7	149 567	15	153 302	16	3,2	2,5
Mecklenburg-Vorpommern	118 604	15	157 020	13	176 172	13	48,5	12,2
Niedersachsen	148 716	6	182 590	8	193 576	5	30,2	6,0
Nordrhein-Westfalen	140 822	9	173 479	9	185 637	9	31,8	7,0
Rheinland-Pfalz	148 905	5	189 579	7	193 223	6	29,8	1,9
Saarland	140 414	10	192 433	6	185 044	10	31,8	-3,8
Sachsen	122 002	14	172 201	10	177 375	12	45,4	3,0
Sachsen-Anhalt	122 004	13	146 818	16	161 426	14	32,3	9,9
Schleswig-Holstein	127 151	12	170 506	12	178 112	11	40,1	4,5
Thüringen	117 620	16	156 481	14	159 034	15	35,2	1,6
Deutschland	142 448	x	184 629	x	190 227	x	33,5	3,0

Quelle: Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen)

T4 Übernachtungsintensität im Tourismus¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	4 048	11	4 968	10	5 159	10	27,4	3,8
Bayern	6 215	3	7 571	5	7 703	5	23,9	1,7
Berlin	6 033	4	9 058	3	9 331	3	54,7	3,0
Brandenburg	4 263	9	5 401	9	5 552	9	30,2	2,8
Bremen	2 745	14	3 798	13	4 128	13	50,4	8,7
Hamburg	5 026	6	7 914	4	8 365	4	66,4	5,7
Hessen	4 642	8	5 554	7	5 674	7	22,2	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	16 807	1	19 191	1	21 205	1	26,2	10,5
Niedersachsen	4 855	7	5 639	6	5 787	6	19,2	2,6
Nordrhein-Westfalen	2 359	15	2 897	16	2 969	16	25,9	2,5
Rheinland-Pfalz	5 133	5	5 541	8	5 629	8	9,7	1,6
Saarland	2 184	16	3 183	15	3 253	15	48,9	2,2
Sachsen	4 037	12	4 924	11	5 092	11	26,1	3,4
Sachsen-Anhalt	2 924	13	3 717	14	3 927	14	34,3	5,7
Schleswig-Holstein	8 640	2	11 908	2	12 404	2	43,6	4,2
Thüringen	4 187	10	4 591	12	4 840	12	15,6	5,4
Deutschland	4 651	x	5 766	x	5 965	x	28,2	3,4

1 Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – 2 Durchschnittsbevölkerung; 2019 berechnet mit Bevölkerung 2018. – Quelle: Beherbergungsstatistik

T5 Anteil der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland an allen Übernachtungen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	18,4	7	21,6	5	21,4	5	3,0	-0,2
Bayern	17,3	8	20,8	6	20,7	7	3,4	0,0
Berlin	40,9	1	45,9	1	45,4	1	4,5	-0,5
Brandenburg	7,1	12	7,9	12	7,6	12	0,5	-0,3
Bremen	21,7	3	20,2	8	18,9	8	-2,8	-1,3
Hamburg	20,7	4	24,8	2	24,6	2	3,9	-0,1
Hessen	19,3	6	23,3	4	22,9	4	3,6	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	3,1	16	3,5	16	3,2	16	0,2	-0,2
Niedersachsen	8,1	11	8,7	11	8,7	11	0,6	0,0
Nordrhein-Westfalen	19,6	5	20,8	6	20,9	6	1,4	0,2
Rheinland-Pfalz	26,2	2	23,5	3	23,2	3	-3,0	-0,3
Saarland	10,3	9	15,2	9	15,6	9	5,3	0,4
Sachsen	9,6	10	10,9	10	10,6	10	1,0	-0,3
Sachsen-Anhalt	6,9	13	6,8	13	6,7	13	-0,2	-0,1
Schleswig-Holstein	5,8	15	6,1	14	6,2	14	0,4	0,0
Thüringen	6,0	14	5,8	15	6,1	15	0,0	0,2
Deutschland	15,9	x	18,3	x	18,1	x	2,3	-0,2

1 Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – Quelle: Beherbergungsstatistik

T6 Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	Tage	Rang	Tage	Rang	Tage	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2,6	9	2,4	10	2,5	7	-5,7	0,4
Bayern	2,8	5	2,5	7	2,5	7	-8,4	0,0
Berlin	2,3	13	2,4	10	2,4	10	6,4	0,4
Brandenburg	2,8	5	2,7	5	2,7	5	-2,9	-0,3
Bremen	1,7	16	1,8	16	1,9	16	6,7	1,5
Hamburg	1,9	15	2,0	15	2,0	15	7,1	0,0
Hessen	2,4	12	2,2	13	2,2	13	-5,3	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	4,2	1	3,9	2	4,1	1	-1,7	4,0
Niedersachsen	3,2	3	3,0	3	3,0	3	-6,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	2,3	13	2,2	13	2,2	13	-3,3	0,0
Rheinland-Pfalz	2,7	7	2,5	7	2,5	7	-5,8	1,0
Saarland	3,0	4	2,9	4	2,9	4	-3,3	-2,6
Sachsen	2,6	9	2,5	7	2,4	10	-6,5	-0,4
Sachsen-Anhalt	2,5	11	2,4	10	2,4	10	-2,8	0,0
Schleswig-Holstein	4,1	2	4,0	1	4,0	2	-1,6	0,6
Thüringen	2,7	7	2,6	6	2,6	6	-5,4	-0,1
Deutschland	2,7	x	2,6	x	2,6	x	-4,4	0,5

1 Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – Quelle: Beherbergungsstatistik



T1 Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2017		2018		2010–2018	2017–2018
	Anteil am BIP in %	Rang	Anteil am BIP in %	Rang	Anteil am BIP in %	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	4,5	1	5,6	1	5,7	1	1,2	0,0
Bayern	3,0	3	3,1	3	3,2	3	0,2	0,1
Berlin	3,4	2	3,4	2	3,5	2	0,1	0,1
Brandenburg	1,4	13	1,7	14	1,7	13	0,3	0,0
Bremen	2,7	6	2,8	6	2,9	6	0,2	0,1
Hamburg	2,1	9	2,2	9	2,2	10	0,1	0,0
Hessen	3,0	3	2,9	5	3,0	5	0,0	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	10	1,8	12	1,8	12	-0,2	0,0
Niedersachsen	2,5	7	3,1	3	3,1	4	0,6	0,0
Nordrhein-Westfalen	2,0	10	2,1	11	2,2	10	0,2	0,1
Rheinland-Pfalz	2,0	10	2,5	8	2,6	8	0,5	0,1
Saarland	1,3	15	1,8	12	1,7	13	0,4	0,0
Sachsen	2,8	5	2,8	6	2,9	6	0,1	0,1
Sachsen-Anhalt	1,4	13	1,5	16	1,6	15	0,2	0,1
Schleswig-Holstein	1,3	15	1,6	15	1,6	15	0,3	0,1
Thüringen	2,2	8	2,2	9	2,3	9	0,1	0,1
Deutschland ¹	2,7	x	3,1	x	3,1	x	0,4	0,1

1 Einschließlich nicht auf die Bundesländer aufteilbarer Aufgaben. – Quelle: Statistisches Bundesamt; Stifterverband-Wissenschaftsstatistik

T2 FuE-Personal (Vollzeitäquivalente)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2017		2018		2010–2018	2017–2018
	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	Veränderung je 1 000 Erwerbstätige	
Baden-Württemberg	21,5	1	27,4	1	27,8	1	6,3	0,4
Bayern	15,7	3	17,3	3	17,5	3	1,8	0,3
Berlin	18,4	2	18,0	2	18,0	2	-0,4	0,0
Brandenburg	7,5	13	10,0	12	10,1	12	2,5	0,1
Bremen	14,0	5	16,8	4	16,9	4	2,9	0,1
Hamburg	11,9	7	14,5	7	14,8	7	2,9	0,3
Hessen	15,1	4	16,0	5	16,2	5	1,1	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	7,4	14	8,4	14	8,4	14	1,0	0,1
Niedersachsen	11,2	8	13,3	8	13,5	8	2,3	0,2
Nordrhein-Westfalen	10,1	10	11,4	10	11,5	10	1,4	0,1
Rheinland-Pfalz	9,6	11	11,1	11	11,3	11	1,7	0,3
Saarland	7,7	12	9,7	13	9,9	13	2,1	0,1
Sachsen	13,0	6	15,1	6	15,4	6	2,4	0,3
Sachsen-Anhalt	7,4	14	7,8	16	8,2	16	0,7	0,3
Schleswig-Holstein	7,1	16	8,3	15	8,4	14	1,2	0,1
Thüringen	10,4	9	11,6	9	11,9	9	1,5	0,3
Deutschland	13,4	x	15,5	x	15,8	x	2,4	0,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Stifterverband-Wissenschaftsstatistik

T3 Anteil der Beschäftigten in Hochtechnologiebranchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	21,7	1	21,9	1	22,2	1	0,5	0,3
Bayern	18,3	2	18,9	2	19,1	2	0,8	0,2
Berlin	11,0	11	12,1	11	12,5	8	1,5	0,4
Brandenburg	7,1	15	6,8	15	6,7	15	-0,3	0,0
Bremen	14,5	4	14,0	4	14,0	5	-0,5	0,0
Hamburg	12,5	8	12,9	7	13,2	7	0,7	0,3
Hessen	14,0	6	13,7	6	13,7	6	-0,3	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	4,7	16	5,4	16	5,6	16	0,9	0,2
Niedersachsen	12,4	9	12,5	8	12,5	8	0,1	0,0
Nordrhein-Westfalen	12,6	7	12,0	12	12,1	12	-0,4	0,1
Rheinland-Pfalz	14,6	3	14,0	4	14,2	4	-0,3	0,2
Saarland	14,5	4	15,8	3	15,5	3	1,1	-0,2
Sachsen	11,0	11	12,3	9	12,5	8	1,5	0,2
Sachsen-Anhalt	7,5	14	8,3	14	8,2	14	0,7	-0,1
Schleswig-Holstein	9,4	13	9,1	13	9,2	13	-0,3	0,1
Thüringen	11,2	10	12,2	10	12,4	11	1,2	0,2
Deutschland	14,3	x	14,5	x	14,7	x	0,4	0,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



T4 Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	35,4	16	37,2	15	37,2	15	1,7	0,0
Bayern	36,2	15	38,1	12	38,1	12	1,9	0,0
Berlin	50,3	1	51,4	1	51,5	1	1,2	0,1
Brandenburg	37,8	9	38,2	11	38,2	11	0,4	0,0
Bremen	38,6	7	41,4	4	41,3	4	2,8	-0,1
Hamburg	46,1	2	47,9	2	48,1	2	1,9	0,2
Hessen	42,9	3	43,6	3	43,7	3	0,7	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	39,8	4	39,3	7	39,2	8	-0,5	-0,1
Niedersachsen	37,7	10	38,5	9	38,6	9	0,9	0,0
Nordrhein-Westfalen	39,0	6	41,1	5	41,1	5	2,0	0,0
Rheinland-Pfalz	36,9	13	37,8	14	37,6	14	0,7	-0,2
Saarland	37,7	10	39,1	8	39,3	7	1,6	0,2
Sachsen	39,4	5	40,1	6	40,0	6	0,5	-0,1
Sachsen-Anhalt	38,5	8	38,1	12	37,9	13	-0,6	-0,2
Schleswig-Holstein	37,7	10	38,3	10	38,3	10	0,6	0,0
Thüringen	36,8	14	37,0	16	36,9	16	0,1	-0,1
Deutschland	38,7	x	40,1	x	40,1	x	1,4	0,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

T5 Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	14,5	6	17,4	4	18,1	4	3,6	0,7
Bayern	13,5	7	16,8	7	17,5	6	4,0	0,7
Berlin	19,8	1	26,4	1	27,7	1	7,9	1,2
Brandenburg	12,7	10	13,2	9	13,5	9	0,8	0,3
Bremen	15,7	5	17,1	6	17,9	5	2,2	0,7
Hamburg	19,1	2	23,6	2	24,5	2	5,4	0,9
Hessen	16,5	3	19,0	3	19,7	3	3,3	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	11,8	11	12,7	11	12,9	12	1,1	0,2
Niedersachsen	10,9	13	12,6	12	13,1	11	2,2	0,5
Nordrhein-Westfalen	13,5	7	15,1	8	15,6	8	2,1	0,6
Rheinland-Pfalz	10,4	15	11,8	14	12,3	14	1,9	0,5
Saarland	10,8	14	11,7	15	12,2	15	1,4	0,5
Sachsen	16,3	4	17,3	5	17,4	7	1,2	0,1
Sachsen-Anhalt	11,7	12	12,6	12	12,8	13	1,0	0,1
Schleswig-Holstein	9,8	16	11,2	16	11,7	16	1,9	0,5
Thüringen	13,1	9	13,2	9	13,4	10	0,4	0,2
Deutschland	13,8	x	16,2	x	16,8	x	3,0	0,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

T6 Patentedichte

Land	Durchschnitt der Jahre						Zeitraum	
	2005–2009 [1]		2010–2014 [2]		2015–2019 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	131	1	137	1	133	1	1,5	-2,9
Bayern	109	2	114	2	116	2	6,4	1,8
Berlin	28	9	26	8	21	9	-25,0	-19,2
Brandenburg	15	14	13	14	13	14	-13,3	0,0
Bremen	25	11	23	12	21	9	-16,0	-8,7
Hamburg	56	3	48	3	43	4	-23,2	-10,4
Hessen	49	4	37	6	29	6	-40,8	-21,6
Mecklenburg-Vorpommern	11	16	11	16	8	16	-27,3	-27,3
Niedersachsen	36	6	38	5	46	3	27,8	21,1
Nordrhein-Westfalen	44	5	40	4	39	5	-11,4	-2,5
Rheinland-Pfalz	36	6	28	7	23	8	-36,1	-17,9
Saarland	31	8	25	10	20	11	-35,5	-20,0
Sachsen	23	12	25	10	18	12	-21,7	-28,0
Sachsen-Anhalt	14	15	12	15	9	15	-35,7	-25,0
Schleswig-Holstein	21	13	18	13	17	13	-19,0	-5,6
Thüringen	28	9	26	8	25	7	-10,7	-3,8
Deutschland	59	x	58	x	57	x	-3,4	-1,7

¹ Bevölkerung zum 31.12. des jeweiligen Jahres. – Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt



T7 Innovationsindex

Land	Jahr						Zeitraum	
	2014		2016		2018		2014–2018	2016–2018
	Wert (0–100) ¹	Rang	Wert (0–100) ¹	Rang	Wert (0–100) ¹	Rang	Veränderung des Rangs ²	
Baden-Württemberg	82	1	80	1	82	1	0	0
Bayern	63	2	64	2	65	2	0	0
Berlin	59	3	60	3	62	3	0	0
Brandenburg	31	14	33	14	34	14	0	0
Bremen	49	6	49	6	52	6	0	0
Hamburg	52	5	54	5	54	5	0	0
Hessen	56	4	55	4	57	4	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	28	15	30	15	28	15	0	0
Niedersachsen	45	8	48	7	49	7	1	0
Nordrhein-Westfalen	45	8	45	9	46	9	-1	0
Rheinland-Pfalz	46	7	47	8	49	7	0	1
Saarland	36	11	38	11	41	11	0	0
Sachsen	42	10	44	10	45	10	0	0
Sachsen-Anhalt	26	16	28	16	28	15	1	1
Schleswig-Holstein	36	11	36	13	36	13	-2	0
Thüringen	36	11	37	12	38	12	-1	0
Deutschland	53	x	54	x	55	x	x	x

1 Indexwerte unterschiedlicher Jahre sind nicht vergleichbar. – 2 Verbesserung (+) bzw. Verschlechterung (–). – Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

T8 Gründungsintensität

Land	Durchschnitt der Jahre						Zeitraum	
	2007–2010 [1]		2011–2014 [2]		2015–2018 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	40	10	34	8	30	8	-25,0	-11,8
Bayern	45	4	37	4	33	5	-26,7	-10,8
Berlin	54	2	54	2	51	2	-5,6	-5,6
Brandenburg	37	11	29	12	25	12	-32,4	-13,8
Bremen	44	7	37	4	34	4	-22,7	-8,1
Hamburg	64	1	58	1	53	1	-17,2	-8,6
Hessen	45	4	39	3	36	3	-20,0	-7,7
Mecklenburg-Vorpommern	31	15	26	14	23	13	-25,8	-11,5
Niedersachsen	41	9	31	10	27	10	-34,1	-12,9
Nordrhein-Westfalen	43	8	34	8	31	7	-27,9	-8,8
Rheinland-Pfalz	45	4	35	7	29	9	-35,6	-17,1
Saarland	35	13	30	11	27	10	-22,9	-10,0
Sachsen	36	12	27	13	23	13	-36,1	-14,8
Sachsen-Anhalt	31	15	24	16	21	15	-32,3	-12,5
Schleswig-Holstein	49	3	37	4	32	6	-34,7	-13,5
Thüringen	33	14	25	15	20	16	-39,4	-20,0
Deutschland	43	x	35	x	31	x	-27,9	-11,4

Quelle: Mannheimer Unternehmenspanel

T9 Gewerbeanmeldungen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	je 10 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	102,2	7	77,9	9	78,3	8	-23,4	0,5
Bayern	120,0	4	87,6	5	86,7	5	-27,7	-1,1
Berlin	137,2	2	121,0	1	114,2	1	-16,8	-5,7
Brandenburg	89,0	12	68,8	11	69,3	12	-22,1	0,8
Bremen	97,3	9	99,9	3	84,2	6	-13,5	-15,8
Hamburg	138,4	1	108,3	2	110,9	2	-19,9	2,4
Hessen	131,6	3	94,1	4	95,9	3	-27,1	1,8
Mecklenburg-Vorpommern	81,2	14	59,2	14	60,6	14	-25,4	2,3
Niedersachsen	94,4	10	72,3	10	74,6	10	-21,0	3,3
Nordrhein-Westfalen	100,5	8	79,4	7	80,3	7	-20,1	1,1
Rheinland-Pfalz	102,8	6	78,4	8	76,7	9	-25,4	-2,1
Saarland	88,6	13	67,8	12	70,1	11	-20,9	3,3
Sachsen	91,9	11	65,5	13	65,6	13	-28,6	0,1
Sachsen-Anhalt	70,5	16	48,6	16	49,6	16	-29,6	2,2
Schleswig-Holstein	115,5	5	85,6	6	89,7	4	-22,4	4,8
Thüringen	76,5	15	52,1	15	52,8	15	-31,1	1,3
Deutschland	105,6	x	80,7	x	80,9	x	-23,3	0,4

1 2018/2019 ohne Reisegewerbe; 2010 ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik



T10 darunter: Betriebsgründungen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	je 10 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	15,6	15	12,8	12	12,5	14	-19,5	-2,3
Bayern	21,6	3	14,4	7	14,1	7	-34,6	-2,0
Berlin	25,8	1	26,1	2	24,9	2	-3,7	-4,8
Brandenburg	20,8	4	15,0	5	14,9	5	-28,1	-0,5
Bremen	18,3	8	26,2	1	22,5	3	22,9	-14,1
Hamburg	22,3	2	23,1	3	25,7	1	15,3	11,4
Hessen	19,1	6	16,0	4	16,8	4	-11,9	4,8
Mecklenburg-Vorpommern	18,9	7	12,4	14	12,3	15	-35,3	-1,4
Niedersachsen	17,8	11	13,1	11	13,3	12	-24,9	1,5
Nordrhein-Westfalen	16,1	14	14,9	6	14,7	6	-8,5	-1,4
Rheinland-Pfalz	14,8	16	13,6	10	13,7	8	-7,6	1,1
Saarland	18,0	10	13,8	8	13,7	8	-23,9	-0,7
Sachsen	20,1	5	13,8	8	13,4	10	-33,5	-2,9
Sachsen-Anhalt	18,2	9	11,4	16	11,3	16	-37,6	-0,9
Schleswig-Holstein	16,5	13	12,7	13	13,4	10	-18,5	5,8
Thüringen	17,3	12	11,9	15	13,0	13	-24,9	8,8
Deutschland	18,3	x	14,8	x	14,8	x	-19,3	-0,3

1 2018/2019 ohne Reisegewerbe; 2010 ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Gewerbebeurteilung

T11 Unternehmensinsolvenzen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	je 10 000 Unternehmen ¹	Rang	je 10 000 Unternehmen ¹	Rang	je 10 000 Unternehmen ^{1,2}	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	56,9	1	43,0	2	40,2	2	-29,3	-6,5
Bayern	66,3	2	39,7	1	42,6	4	-35,8	7,3
Berlin	117,3	14	84,7	15	85,8	16	-26,8	1,3
Brandenburg	76,4	4	45,6	5	41,6	3	-45,5	-8,6
Bremen	107,7	10	102,7	16	82,7	14	-23,3	-19,5
Hamburg	96,5	9	72,5	11	80,0	12	-17,1	10,4
Hessen	70,6	3	56,2	8	55,0	9	-22,2	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	83,9	6	44,6	3	47,3	7	-43,7	6,0
Niedersachsen	93,6	8	57,8	9	53,1	8	-43,3	-8,2
Nordrhein-Westfalen	175,1	16	83,7	14	80,3	13	-54,1	-4,0
Rheinland-Pfalz	87,5	7	46,4	6	45,1	5	-48,4	-2,9
Saarland	108,5	11	76,6	13	83,0	15	-23,5	8,4
Sachsen	116,7	13	55,3	7	46,7	6	-60,0	-15,6
Sachsen-Anhalt	121,3	15	74,9	12	71,2	11	-41,3	-5,0
Schleswig-Holstein	112,3	12	66,1	10	67,7	10	-39,7	2,5
Thüringen	82,1	5	45,3	4	30,4	1	-62,9	-32,8
Deutschland	101,1	x	58,9	x	57,2	x	-43,4	-2,9

1 Unternehmen mit Umsatzsteuervoranmeldung. – 2 2018. – Quelle: Statistik über beantragte Insolvenzverfahren

T12 Voraussichtliche Forderungen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	EUR je Unternehmen mit Insolvenzantrag	Rang	EUR je Unternehmen mit Insolvenzantrag	Rang	EUR je Unternehmen mit Insolvenzantrag	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	794 773	12	1 119 332	12	3 054 371	13	284,3	172,9
Bayern	786 524	11	1 439 444	13	769 501	6	-2,2	-46,5
Berlin	743 989	10	812 463	8	587 337	4	-21,1	-27,7
Brandenburg	489 876	3	380 622	2	944 503	8	92,8	148,1
Bremen	741 593	9	19 311 688	16	4 199 462	15	466,3	-78,3
Hamburg	985 888	14	1 549 408	14	5 508 847	16	458,8	255,5
Hessen	1 001 817	15	575 980	6	3 539 825	14	253,3	514,6
Mecklenburg-Vorpommern	715 623	8	769 355	7	1 855 894	11	159,3	141,2
Niedersachsen	536 175	5	880 283	9	940 067	7	75,3	6,8
Nordrhein-Westfalen	1 060 190	16	573 220	5	603 831	5	-43,0	5,3
Rheinland-Pfalz	864 009	13	521 330	4	475 892	3	-44,9	-8,7
Saarland	342 084	1	242 586	1	187 368	1	-45,2	-22,8
Sachsen	536 663	6	999 384	11	432 993	2	-19,3	-56,7
Sachsen-Anhalt	497 920	4	1 743 659	15	1 019 475	9	104,7	-41,5
Schleswig-Holstein	382 228	2	905 078	10	2 069 250	12	441,4	128,6
Thüringen	579 815	7	426 748	3	1 673 756	10	188,7	292,2
Deutschland	831 118	x	1 089 006	x	1 427 185	x	71,7	31,1

Quelle: Statistik über beantragte Insolvenzverfahren



T1 Erwerbstätige am Arbeitsort

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	1 000	Rang	1 000	Rang	1 000	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	5 720	3	6 340	3	6 387	3	11,7	0,7
Bayern	6 781	2	7 650	2	7 727	2	14,0	1,0
Berlin	1 692	8	2 016	8	2 061	7	21,8	2,2
Brandenburg	1 082	11	1 123	11	1 128	11	4,3	0,4
Bremen	404	16	436	16	437	16	8,4	0,3
Hamburg	1 140	10	1 274	10	1 292	10	13,3	1,4
Hessen	3 179	5	3 498	5	3 536	5	11,2	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	748	14	756	14	757	14	1,2	0,2
Niedersachsen	3 741	4	4 110	4	4 148	4	10,9	0,9
Nordrhein-Westfalen	8 788	1	9 550	1	9 636	1	9,6	0,9
Rheinland-Pfalz	1 905	7	2 034	7	2 047	8	7,4	0,6
Saarland	519	15	534	15	534	15	2,8	-0,1
Sachsen	1 971	6	2 061	6	2 065	6	4,8	0,2
Sachsen-Anhalt	1 027	13	1 006	13	1 005	13	-2,1	-0,1
Schleswig-Holstein	1 307	9	1 417	9	1 430	9	9,4	1,0
Thüringen	1 045	12	1 048	12	1 046	12	0,1	-0,2
Deutschland	41 048	x	44 854	x	45 236	x	10,2	0,9

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

T2 Arbeitsplatzdichte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	Erwerbstätige ¹ je 1 000 Einwohner/- innen ²	Rang	Erwerbstätige ¹ je 1 000 Einwohner/- innen ²	Rang	Erwerbstätige ¹ je 1 000 Einwohner/- innen ²	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner/-innen ²	
Baden-Württemberg	805	4	870	4	876	4	71	6
Bayern	817	3	889	3	895	3	78	6
Berlin	715	12	835	6	847	6	132	13
Brandenburg	651	16	713	16	720	16	69	7
Bremen	924	2	977	2	979	2	54	2
Hamburg	942	1	1 029	1	1 038	1	96	9
Hessen	793	5	853	5	862	5	69	9
Mecklenburg-Vorpommern	679	14	742	14	751	14	73	10
Niedersachsen	728	9	798	10	806	10	79	8
Nordrhein-Westfalen	749	7	815	9	824	9	74	9
Rheinland-Pfalz	723	10	765	13	772	13	48	7
Saarland	774	6	832	7	840	7	67	9
Sachsen	736	8	828	8	836	8	100	8
Sachsen-Anhalt	668	15	731	15	743	15	75	12
Schleswig-Holstein	718	11	768	12	775	12	57	8
Thüringen	703	13	783	11	793	11	90	9
Deutschland	762	x	832	x	840	x	78	8

1 Am Arbeitsort. – 2 Von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12. des Vorjahrs. – Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

T3 Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	31,1	1	31,0	1	31,1	1	0,0	0,1
Bayern	27,5	4	27,4	3	27,4	3	-0,1	0,0
Berlin	12,5	16	11,2	16	11,1	16	-1,5	-0,2
Brandenburg	22,0	10	22,2	10	22,2	10	0,3	0,1
Bremen	19,2	13	19,0	13	18,9	14	-0,4	-0,1
Hamburg	12,8	15	12,4	15	12,6	15	-0,3	0,1
Hessen	21,5	11	21,2	11	21,0	11	-0,5	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	18,6	14	18,9	14	19,2	13	0,5	0,3
Niedersachsen	23,5	8	23,8	8	23,8	8	0,4	0,0
Nordrhein-Westfalen	23,2	9	22,3	9	22,3	9	-0,9	0,0
Rheinland-Pfalz	25,9	6	25,3	7	25,4	7	-0,5	0,1
Saarland	27,7	3	26,3	5	26,0	5	-1,8	-0,3
Sachsen	26,3	5	26,8	4	26,8	4	0,5	0,0
Sachsen-Anhalt	25,3	7	26,0	6	26,0	5	0,6	0,0
Schleswig-Holstein	19,3	12	19,7	12	19,8	12	0,4	0,0
Thüringen	29,3	2	29,9	2	29,9	2	0,7	0,0
Deutschland	24,4	x	24,1	x	24,1	x	-0,3	0,0

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder



T4 Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	67,6	16	67,8	16	67,8	16	0,1	-0,1
Bayern	70,2	14	71,0	14	71,0	14	0,8	0,1
Berlin	87,5	1	88,8	1	88,9	1	1,5	0,2
Brandenburg	75,3	8	75,2	8	75,2	8	-0,1	0,0
Bremen	80,6	3	80,9	3	81,0	3	0,5	0,1
Hamburg	86,9	2	87,4	2	87,3	2	0,4	-0,1
Hessen	77,5	6	78,1	4	78,2	4	0,8	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	78,3	4	78,1	4	77,9	6	-0,4	-0,2
Niedersachsen	73,9	9	73,7	9	73,7	9	-0,1	0,0
Nordrhein-Westfalen	75,9	7	76,8	7	76,9	7	1,0	0,0
Rheinland-Pfalz	71,9	12	72,6	11	72,6	11	0,8	0,0
Saarland	71,8	13	73,2	10	73,6	10	1,8	0,3
Sachsen	72,1	11	71,9	13	71,9	13	-0,2	0,0
Sachsen-Anhalt	72,5	10	72,0	12	72,1	12	-0,4	0,1
Schleswig-Holstein	78,1	5	78,0	6	78,0	5	-0,1	0,0
Thüringen	68,8	15	68,3	15	68,3	15	-0,4	0,0
Deutschland	74,0	x	74,5	x	74,5	x	0,6	0,0

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

T5 Anteil der Arbeitnehmer/-innen an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	89,6	5	91,0	5	91,3	5	1,7	0,3
Bayern	87,7	14	89,9	13	90,1	13	2,5	0,3
Berlin	86,2	16	88,2	16	88,6	16	2,4	0,4
Brandenburg	87,3	15	88,6	15	88,8	15	1,6	0,2
Bremen	91,4	1	93,1	1	93,4	1	1,9	0,3
Hamburg	89,1	8	90,5	8	90,9	8	1,8	0,5
Hessen	89,2	7	90,9	7	91,2	6	2,0	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	88,8	9	90,4	10	90,8	9	2,1	0,4
Niedersachsen	89,4	6	91,0	5	91,2	6	1,9	0,2
Nordrhein-Westfalen	90,2	4	91,4	4	91,6	4	1,4	0,2
Rheinland-Pfalz	88,7	10	90,4	10	90,7	10	2,0	0,3
Saarland	91,3	2	92,1	2	92,3	2	0,9	0,1
Sachsen	88,3	12	90,0	12	90,3	12	2,0	0,3
Sachsen-Anhalt	90,6	3	91,6	3	91,7	3	1,1	0,1
Schleswig-Holstein	87,8	13	89,4	14	89,5	14	1,7	0,1
Thüringen	88,6	11	90,5	8	90,7	10	2,1	0,1
Deutschland	89,0	x	90,6	x	90,8	x	1,8	0,2

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

T6 Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,4	12	9,0	11	8,7	12	-1,7	-0,3
Bayern	12,3	3	10,1	4	9,9	4	-2,5	-0,3
Berlin	13,8	1	11,8	1	11,4	1	-2,4	-0,4
Brandenburg	12,7	2	11,4	2	11,2	2	-1,6	-0,2
Bremen	8,6	16	6,9	16	6,6	16	-1,9	-0,3
Hamburg	10,9	9	9,5	8	9,1	9	-1,8	-0,5
Hessen	10,8	10	9,1	10	8,8	10	-2,0	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	11,2	8	9,6	6	9,2	8	-2,1	-0,4
Niedersachsen	10,6	11	9,0	11	8,8	10	-1,9	-0,2
Nordrhein-Westfalen	9,8	13	8,6	13	8,4	13	-1,4	-0,2
Rheinland-Pfalz	11,3	7	9,6	6	9,3	6	-2,0	-0,3
Saarland	8,7	15	7,9	15	7,7	15	-0,9	-0,1
Sachsen	11,7	5	10,0	5	9,7	5	-2,0	-0,3
Sachsen-Anhalt	9,4	14	8,4	14	8,3	14	-1,1	-0,1
Schleswig-Holstein	12,2	4	10,6	3	10,5	3	-1,7	-0,1
Thüringen	11,4	6	9,5	8	9,3	6	-2,1	-0,1
Deutschland	11,0	x	9,4	x	9,2	x	-1,8	-0,2

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder



T7 Arbeitsvolumen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	Stunden je Erwerbstätige/-n	Rang	Stunden je Erwerbstätige/-n	Rang	Stunden je Erwerbstätige/-n	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1 404	12	1 392	9	1 389	9	-1,1	-0,2
Bayern	1 432	8	1 396	8	1 392	8	-2,8	-0,3
Berlin	1 474	6	1 414	7	1 407	7	-4,5	-0,5
Brandenburg	1 512	2	1 447	2	1 443	2	-4,5	-0,2
Bremen	1 387	16	1 354	15	1 361	13	-1,9	0,5
Hamburg	1 462	7	1 423	6	1 421	6	-2,8	-0,2
Hessen	1 427	9	1 391	10	1 385	11	-3,0	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 509	3	1 445	4	1 441	4	-4,5	-0,3
Niedersachsen	1 409	11	1 375	12	1 371	12	-2,7	-0,3
Nordrhein-Westfalen	1 387	15	1 358	14	1 357	14	-2,2	-0,1
Rheinland-Pfalz	1 394	13	1 363	13	1 356	15	-2,7	-0,6
Saarland	1 387	14	1 349	16	1 349	16	-2,8	0,0
Sachsen	1 491	5	1 431	5	1 427	5	-4,3	-0,2
Sachsen-Anhalt	1 502	4	1 450	1	1 443	1	-3,9	-0,5
Schleswig-Holstein	1 424	10	1 387	11	1 386	10	-2,6	0,0
Thüringen	1 515	1	1 445	3	1 442	3	-4,8	-0,2
Deutschland	1 426	x	1 390	x	1 387	x	-2,8	-0,2

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

T8 Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	27,3	8	29,8	7	29,6	8	2,3	-0,2
Bayern	26,2	10	27,8	10	28,2	10	2,1	0,4
Berlin	26,9	9	27,2	11	27,8	12	0,9	0,6
Brandenburg	21,2	14	23,7	15	23,8	15	2,6	0,1
Bremen	33,1	1	32,0	1	31,8	1	-1,3	-0,2
Hamburg	24,8	11	26,5	13	28,0	11	3,2	1,5
Hessen	28,2	6	29,9	6	30,4	6	2,2	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	22,9	12	30,9	2	31,5	2	8,6	0,5
Niedersachsen	28,6	3	29,8	7	30,7	4	2,2	0,9
Nordrhein-Westfalen	28,0	7	29,6	9	30,2	7	2,2	0,6
Rheinland-Pfalz	28,5	4	30,6	4	30,7	4	2,3	0,1
Saarland	28,4	5	30,2	5	29,1	9	0,7	-1,1
Sachsen	22,3	13	27,1	12	27,8	12	5,5	0,7
Sachsen-Anhalt	21,1	15	22,8	16	23,4	16	2,3	0,6
Schleswig-Holstein	30,3	2	30,9	2	31,1	3	0,8	0,2
Thüringen	20,7	16	25,2	14	25,7	14	5,0	0,6
Deutschland	26,7	x	28,8	x	29,2	x	2,5	0,5

1 Abhängig Erwerbstätige. – Quelle: Mikrozensus

T9 Frauenerwerbsquote¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	54,6	6	58,7	2	59,4	3	4,8	0,7
Bayern	54,8	4	58,7	2	59,5	2	4,7	0,8
Berlin	54,3	7	58,3	4	58,7	4	4,4	0,4
Brandenburg	56,7	1	57,0	5	56,0	7	-0,7	-1,0
Bremen	49,9	14	53,1	13	52,9	14	3,0	-0,2
Hamburg	55,5	2	59,3	1	61,1	1	5,6	1,8
Hessen	52,4	10	55,7	6	56,5	5	4,1	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	55,0	3	52,4	15	53,3	13	-1,7	0,9
Niedersachsen	51,0	13	55,3	8	55,8	9	4,8	0,5
Nordrhein-Westfalen	48,9	15	53,6	12	54,2	12	5,3	0,6
Rheinland-Pfalz	51,7	12	55,4	7	56,3	6	4,6	0,9
Saarland	47,4	16	52,5	14	52,4	15	5,0	-0,1
Sachsen	53,3	8	54,1	11	55,1	10	1,8	1,0
Sachsen-Anhalt	52,8	9	51,4	16	52,4	15	-0,4	1,0
Schleswig-Holstein	52,2	11	55,2	9	56,0	7	3,8	0,8
Thüringen	54,7	5	54,4	10	54,8	11	0,1	0,4
Deutschland	52,5	x	55,9	x	56,6	x	4,1	0,7

1 Anteil der weiblichen Erwerbspersonen im Alter ab 15 Jahre an der weiblichen Bevölkerung im Alter ab 15 Jahre. – Quelle: Mikrozensus



T10 Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	67,4	4	61,6	6	60,3	6	-10,5	-2,1
Bayern	62,1	9	58,0	9	56,6	9	-8,8	-2,4
Berlin	44,4	12	39,1	11	38,1	12	-14,1	-2,6
Brandenburg	41,9	13	35,5	15	35,2	15	-16,0	-1,0
Bremen	73,6	1	65,4	3	63,6	3	-13,6	-2,8
Hamburg	59,2	10	55,8	10	54,0	10	-8,7	-3,2
Hessen	63,3	8	59,0	8	57,7	8	-8,8	-2,2
Mecklenburg-Vorpommern	41,5	15	38,9	12	38,5	11	-7,2	-1,0
Niedersachsen	67,1	5	62,4	5	61,2	4	-8,8	-1,8
Nordrhein-Westfalen	72,2	2	65,9	2	64,4	2	-10,8	-2,3
Rheinland-Pfalz	65,6	6	63,2	4	61,1	5	-6,8	-3,3
Saarland	71,0	3	66,9	1	65,0	1	-8,5	-2,8
Sachsen	45,0	11	38,3	13	37,7	13	-16,2	-1,5
Sachsen-Anhalt	39,7	16	33,9	16	33,6	16	-15,4	-1,0
Schleswig-Holstein	63,7	7	59,6	7	58,2	7	-8,7	-2,4
Thüringen	41,8	14	37,4	14	37,3	14	-10,8	-0,5
Deutschland	62,1	x	57,1	x	55,8	x	-10,1	-2,2

¹ Stichtag jeweils 30.6. – ² Jeweils 31.12. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

T11 Arbeitslosenquote

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	4,9	2	3,2	2	3,2	2	-1,7	0,0
Bayern	4,5	1	2,9	1	2,8	1	-1,7	-0,1
Berlin	13,6	16	8,1	15	7,8	15	-5,8	-0,3
Brandenburg	11,1	11	6,3	10	5,8	9	-5,3	-0,5
Bremen	12,0	13	9,8	16	9,9	16	-2,1	0,1
Hamburg	8,2	8	6,3	10	6,1	10	-2,1	-0,2
Hessen	6,4	4	4,6	4	4,4	4	-2,0	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	12,7	15	7,9	14	7,1	13	-5,6	-0,8
Niedersachsen	7,5	5	5,3	5	5,0	5	-2,5	-0,3
Nordrhein-Westfalen	8,7	9	6,8	12	6,5	12	-2,2	-0,3
Rheinland-Pfalz	5,7	3	4,4	3	4,3	3	-1,4	-0,1
Saarland	7,5	5	6,1	9	6,2	11	-1,3	0,1
Sachsen	11,8	12	6,0	8	5,5	8	-6,3	-0,5
Sachsen-Anhalt	12,5	14	7,7	13	7,1	13	-5,4	-0,6
Schleswig-Holstein	7,5	5	5,5	6	5,1	6	-2,4	-0,4
Thüringen	9,8	10	5,5	6	5,3	7	-4,5	-0,2
Deutschland	7,7	x	5,2	x	5,0	x	-2,7	-0,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

T12 Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	3,7	1	2,5	1	2,5	1	-1,2	0,0
Bayern	3,7	1	2,5	1	2,5	1	-1,2	0,0
Berlin	13,8	16	8,5	13	8,0	13	-5,8	-0,5
Brandenburg	11,1	14	7,0	12	6,5	12	-4,6	-0,5
Bremen	10,4	11	8,6	14	9,1	16	-1,3	0,5
Hamburg	7,1	7	5,3	8	5,1	7	-2,0	-0,2
Hessen	6,0	4	4,6	4	4,3	4	-1,7	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	11,3	15	9,7	16	8,5	14	-2,8	-1,2
Niedersachsen	6,9	6	4,9	5	4,7	5	-2,2	-0,2
Nordrhein-Westfalen	7,8	9	5,6	9	5,4	9	-2,4	-0,2
Rheinland-Pfalz	5,5	3	4,1	3	4,0	3	-1,5	-0,1
Saarland	6,7	5	5,1	6	5,2	8	-1,5	0,1
Sachsen	10,8	12	6,6	11	6,1	10	-4,7	-0,5
Sachsen-Anhalt	11,0	13	9,1	15	8,7	15	-2,3	-0,4
Schleswig-Holstein	7,7	8	5,1	6	4,7	5	-3,0	-0,4
Thüringen	8,1	10	6,2	10	6,1	10	-2,0	-0,1
Deutschland	6,8	x	4,6	x	4,4	x	-2,4	-0,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

T13 Pendlersaldo¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2018		2019		2010–2019	2018–2019
	je 1 000 SV-Beschäftigte ²	Rang	je 1 000 SV-Beschäftigte ²	Rang	je 1 000 SV-Beschäftigte ²	Rang	Veränderung je 1 000 SV-Beschäftigte ²	
Baden-Württemberg	35	6	26	6	25	6	-9	-1
Bayern	13	8	18	7	18	7	5	-1
Berlin	90	3	92	3	96	3	6	4
Brandenburg	-183	16	-164	16	-169	16	13	-6
Bremen	288	1	259	1	252	1	-36	-7
Hamburg	266	2	231	2	228	2	-37	-3
Hessen	58	5	51	5	51	5	-7	-1
Mecklenburg-Vorpommern	-96	11	-76	12	-74	12	22	2
Niedersachsen	-52	10	-46	10	-46	10	6	0
Nordrhein-Westfalen	15	7	13	8	13	8	-1	1
Rheinland-Pfalz	-107	15	-100	15	-100	14	8	1
Saarland	72	4	62	4	58	4	-14	-3
Sachsen	-31	9	-8	9	-8	9	23	0
Sachsen-Anhalt	-103	14	-93	13	-92	13	11	1
Schleswig-Holstein	-99	12	-98	14	-100	15	-1	-2
Thüringen	-101	13	-69	11	-69	11	32	0
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	x

¹ Über die Landesgrenze; ohne Auspendler/-innen ins Ausland; Stichtag jeweils 30.6. – ² Am Arbeitsort. – Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit



T1 Bodenfläche

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2008		2017 ²		2018 ²		2008–2018	2017–2018
	km ²	Rang	km ²	Rang	km ²	Rang	Veränderung in km ²	
Baden-Württemberg	35 751	3	35 748	3	35 748	3	-3	0
Bayern	70 550	1	70 542	1	70 542	1	-8	0
Berlin	892	14	891	14	891	14	0	0
Brandenburg	29 481	5	29 654	5	29 654	5	173	0
Bremen	404	16	420	16	420	16	16	0
Hamburg	755	15	755	15	755	15	0	0
Hessen	21 115	7	21 116	7	21 116	7	1	0
Mecklenburg-Vorpommern	23 186	6	23 293	6	23 294	6	107	0
Niedersachsen	47 627	2	47 710	2	47 710	2	83	0
Nordrhein-Westfalen	34 088	4	34 113	4	34 112	4	24	0
Rheinland-Pfalz ³	19 854	9	19 858	9	19 858	9	4	0
Saarland ³	2 570	13	2 571	13	2 571	13	1	0
Sachsen	18 420	10	18 450	10	18 450	10	30	0
Sachsen-Anhalt	20 448	8	20 454	8	20 454	8	7	1
Schleswig-Holstein	15 799	12	15 804	12	15 804	12	5	0
Thüringen	16 172	11	16 202	11	16 202	11	30	0
Deutschland	357 111	x	357 582	x	357 582	x	470	0

¹ Stichtag jeweils 31.12. – ² Ergebnisse auf Basis des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS). – ³ Einschließlich des gemeinsamen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebiets. – Quelle: Flächenerhebung

T2 Anteil der Fläche für Wald¹ an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr ²						Zeitraum	
	2016		2017		2018		2016–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	37,8	3	37,8	3	37,8	3	0,0	0,0
Bayern	35,3	4	35,3	4	35,3	4	0,0	0,0
Berlin	17,7	13	17,7	13	17,7	13	0,0	0,0
Brandenburg	34,8	5	34,8	5	34,8	5	0,0	0,0
Bremen	1,1	16	1,1	16	1,1	16	0,0	0,0
Hamburg	5,3	15	5,3	15	5,3	15	0,0	0,0
Hessen	39,7	2	39,8	2	39,8	2	0,0	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	21,0	12	21,2	12	21,2	12	0,1	0,0
Niedersachsen	21,3	11	21,5	11	21,6	11	0,3	0,1
Nordrhein-Westfalen	24,9	9	24,9	9	24,9	9	0,0	0,0
Rheinland-Pfalz	40,6	1	40,6	1	40,6	1	0,0	0,0
Saarland	33,3	6	33,3	6	33,3	7	0,0	0,0
Sachsen	26,8	8	26,9	8	26,8	8	0,0	0,0
Sachsen-Anhalt	22,3	10	22,3	10	22,3	10	0,0	0,0
Schleswig-Holstein	10,3	14	10,3	14	10,3	14	0,0	0,0
Thüringen	32,6	7	32,9	7	33,4	6	0,8	0,4
Deutschland	29,7	x	29,7	x	29,8	x	0,1	0,0

¹ Wegen methodischer Änderungen erst ab 2016 vergleichbar. – ² Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

T3 Anteil der Landwirtschaftsfläche¹ an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr ²						Zeitraum	
	2016		2017		2018		2016–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	45,3	10	45,2	10	45,1	10	-0,2	-0,1
Bayern	46,6	9	46,5	9	46,4	9	-0,2	-0,1
Berlin	4,2	16	4,1	16	4,0	16	-0,2	0,0
Brandenburg	48,8	7	48,8	7	48,7	7	-0,1	0,0
Bremen	28,4	14	28,3	14	28,1	14	-0,3	-0,2
Hamburg	23,4	15	23,1	15	23,0	15	-0,4	-0,1
Hessen	41,9	12	41,8	12	41,7	12	-0,2	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	61,9	2	61,9	2	61,8	2	-0,1	-0,1
Niedersachsen	58,2	4	58,2	4	58,1	4	-0,1	-0,1
Nordrhein-Westfalen	47,8	8	47,6	8	47,3	8	-0,5	-0,2
Rheinland-Pfalz	41,2	13	41,1	13	41,0	13	-0,2	-0,1
Saarland	42,9	11	42,9	11	42,9	11	0,0	0,0
Sachsen	54,5	5	54,4	5	54,2	5	-0,3	-0,1
Sachsen-Anhalt	60,5	3	60,5	3	60,4	3	-0,1	-0,1
Schleswig-Holstein	68,9	1	68,8	1	68,7	1	-0,2	-0,1
Thüringen	54,5	5	53,6	6	52,1	6	-2,4	-1,5
Deutschland	51,1	x	50,9	x	50,8	x	-0,3	-0,2

¹ Wegen methodischer Änderungen erst ab 2016 vergleichbar. – ² Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung



T4 Anteil der Fläche für Siedung und Verkehr¹ an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr ²						Zeitraum	
	2016		2017		2018		2016–2018	2017–2018
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	14,7	7	14,7	7	14,8	7	0,1	0,0
Bayern	12,2	12	12,2	12	12,3	12	0,1	0,1
Berlin	70,4	1	70,5	1	70,5	1	0,2	0,0
Brandenburg	10,6	14	10,6	15	10,5	15	-0,1	-0,1
Bremen	56,4	3	56,5	3	56,4	3	0,0	-0,1
Hamburg	58,9	2	59,0	2	59,0	2	0,0	0,0
Hessen	16,0	6	16,1	6	16,1	6	0,1	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	8,7	16	8,6	16	8,6	16	-0,1	0,0
Niedersachsen	14,5	9	14,5	9	14,5	10	0,1	0,0
Nordrhein-Westfalen	23,5	4	23,5	4	23,6	4	0,1	0,1
Rheinland-Pfalz	14,6	8	14,6	8	14,6	8	0,0	0,0
Saarland	21,6	5	21,6	5	21,6	5	0,0	0,0
Sachsen	14,4	10	14,4	10	14,6	8	0,2	0,2
Sachsen-Anhalt	11,5	13	11,5	13	11,5	14	0,0	0,0
Schleswig-Holstein	13,2	11	13,3	11	13,4	11	0,2	0,1
Thüringen	10,3	15	11,0	14	12,0	13	1,7	1,0
Deutschland	14,2	x	14,3	x	14,4	x	0,1	0,1

1 Fläche für Siedlung plus Fläche für Verkehr; wegen methodischer Änderungen erst ab 2016 vergleichbar. – 2 Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

T5 Energieproduktivität¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2016		2017		2007–2017	2016–2017
	1991=100	Rang	1991=100	Rang	1991=100	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	119,8	11	146,1	9	154,0	8	34,2	7,9
Bayern	127,9	10	152,8	7	157,2	7	29,3	4,4
Berlin	153,7	5	189,5	4	196,8	5	43,1	7,3
Brandenburg	184,0	3	206,4	3	207,2	3	23,2	0,8
Bremen	118,6	12	123,5	13	122,7	13	4,1	-0,8
Hamburg	128,9	9	132,0	11	131,4	11	2,5	-0,6
Hessen	131,8	8	139,1	10	141,8	10	10,0	2,7
Mecklenburg-Vorpommern	140,1	6	...	x	...	x	x	x
Niedersachsen	...	x	151,4	8	151,7	9	x	0,3
Nordrhein-Westfalen	112,5	14	125,7	12	131,1	12	18,6	5,4
Rheinland-Pfalz	106,7	15	117,9	14	117,1	14	10,4	-0,8
Saarland	118,4	13	...	x	...	x	x	x
Sachsen	223,8	2	244,7	2	241,7	2	17,9	-3,0
Sachsen-Anhalt	165,8	4	165,4	6	173,3	6	7,5	7,9
Schleswig-Holstein	135,1	7	174,7	5	198,8	4	63,7	24,1
Thüringen	228,9	1	256,1	1	258,7	1	29,8	2,6
Deutschland	130,2	x	151,4	x	154,7	x	24,5	3,3

1 BIP (preisbereinigt, verkettet; VGRdL, Berechnungsstand: Aug '19/Febr '20) je eingesetzter Einheit Energie (Primärenergieverbrauch). – Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, UGRdL, Arbeitsgem. Energiebilanzen e. V., VGRdL

T6 Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2016		2017		2007–2017	2016–2017
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	13,2	10	25,3	9	27,1	9	13,9	1,8
Bayern	21,6	4	43,3	5	44,1	6	22,5	0,8
Berlin	1,4	15	4,5	14	4,9	13	3,5	0,4
Brandenburg	17,0	7	28,5	8	32,4	8	15,4	3,9
Bremen	3,9	14	11,6	11	9,2	12	5,3	-2,4
Hamburg	15,5	8	4,6	13	4,8	14	-10,7	0,2
Hessen ¹	13,6	9	37,3	7	43,3	7	29,7	6,0
Mecklenburg-Vorpommern	...	x	...	x	...	x	x	x
Niedersachsen	20,4	5	40,3	6	45,3	5	24,9	5,0
Nordrhein-Westfalen	5,5	12	10,3	12	12,6	11	7,1	2,3
Rheinland-Pfalz	24,9	3	45,5	4	48,1	4	23,2	2,6
Saarland	4,0	13	...	x	...	x	x	x
Sachsen	7,7	11	12,8	10	13,6	10	5,9	0,8
Sachsen-Anhalt	30,7	2	50,8	3	53,3	3	22,6	2,5
Schleswig-Holstein	19,0	6	54,8	2	69,3	1	50,3	14,5
Thüringen	37,6	1	56,9	1	59,0	2	21,4	2,1
Deutschland ²	14,1	x	29,4	x	33,4	x	19,3	4,0

1 2017 vorläufig. – 2 Ohne Pumpspeicher. – Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Arbeitsgem. Energiebilanzen e. V.

T7 Treibhausgasemissionen¹

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2016		2017 ⁴		2010–2017	2016–2017
	t CO ₂ -Äquivalente je Einwohner/-in ²	Rang	t CO ₂ -Äquivalente je Einwohner/-in ²	Rang	t CO ₂ -Äquivalente je Einwohner/-in ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	7,4	5	7,2	4	7,2	4	-2,7	0,0
Bayern	7,8	6	7,3	5	7,2	4	-7,7	-1,4
Berlin	5,9	1	4,6	1	4,5	1	-23,7	-2,2
Brandenburg	25,4	15	25,2	13	24,9	12	-2,0	-1,2
Bremen	22,0	14	19,5	12	20,2	11	-8,2	3,6
Hamburg	7,2	3	8,8	7	8,9	7	23,6	1,1
Hessen	7,2	3	6,7	3	6,5	3	-9,7	-3,0
Mecklenburg-Vorpommern	...	x	...	x	...	x	x	x
Niedersachsen	11,0	9	10,5	9	10,3	9	-6,4	-1,9
Nordrhein-Westfalen	16,6	12	15,5	11	14,5	10	-12,7	-6,5
Rheinland-Pfalz ³	8,4	7	7,8	6	7,8	6	-7,1	0,0
Saarland	20,1	13	...	x	...	x	x	x
Sachsen	12,6	10	12,8	10	...	x	x	x
Sachsen-Anhalt	16,2	11	...	x	...	x	x	x
Schleswig-Holstein	9,9	8	9,0	8	9,0	8	-9,1	0,0
Thüringen	6,2	2	6,0	2	6,1	2	-1,6	1,7
Deutschland	11,6	x	10,9	x	10,6	x	-8,6	-2,8

¹ Beinhaltet CO₂, CH₄ und N₂O; ohne Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr; ohne Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF). Ohne prozessbedingte CO₂-Emissionen: Saarland, Thüringen. –
² Durchschnittsbevölkerung. – ³ Eigene Berechnungen. – ⁴ Vorläufig. Quellen: UGRdL, Länderarbeitskreis Energiebilanzen; Deutschlandwerte: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen (NIR), Stand: Jan. 2020

T8 CO₂-Emissionen (energiebedingt)¹

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2016		2017		2010–2017	2016–2017
	t je Einwohner/-in ²	Rang	t je Einwohner/-in ²	Rang	t je Einwohner/-in ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	6,5	4	6,3	6	6,3	6	-3,1	0,0
Bayern	6,2	3	5,7	3	5,7	3	-8,1	0,0
Berlin	5,8	2	4,5	1	4,4	1	-24,1	-2,2
Brandenburg	22,6	15	22,5	14	22,1	14	-2,2	-1,8
Bremen	21,5	14	19,2	13	19,8	13	-7,9	3,1
Hamburg	6,8	6	8,4	9	8,6	9	26,5	2,4
Hessen ³	6,5	4	6,0	4	5,8	4	-10,8	-3,3
Mecklenburg-Vorpommern	...	x	...	x	...	x	x	x
Niedersachsen	8,7	9	8,2	8	8,0	8	-8,0	-2,4
Nordrhein-Westfalen	15,3	12	14,2	x	13,3	12	-13,1	-6,3
Rheinland-Pfalz	6,8	6	6,5	7	6,5	7	-4,4	0,0
Saarland	19,2	13	...	x	...	x	x	x
Sachsen	11,6	10	11,8	11	12,2	11	5,2	3,4
Sachsen-Anhalt	11,8	11	11,3	10	11,2	10	-5,1	-0,9
Schleswig-Holstein	6,9	8	6,0	4	5,9	5	-14,5	-1,7
Thüringen	4,9	1	4,7	2	4,8	2	-2,0	2,1
Deutschland ⁴	9,8	x	9,1	x	8,9	x	-9,2	-2,2

¹ Ohne Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr. – ² Durchschnittsbevölkerung. – ³ Wert am aktuellen Rand vorläufig. – ⁴ Inkl. diffuse Emissionen aus Brennstoffen. – Quellen: UGRdL; Länderarbeitskreis Energiebilanzen (Stand: 10.3.2020); Deutschlandwerte: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen (NIR), Stand: Januar 2020

T1 Straßendichte¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2019		2020		2010–2020	2019–2020
	m je km ² Fläche	Rang	m je km ² Fläche	Rang	m je km ² Fläche ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	767	4	767	4	767	4	0,0	0,0
Bayern	594	9	594	8	594	8	0,1	0,1
Berlin	276	15	276	14	268	15	-2,8	-2,8
Brandenburg	420	13	411	13	410	13	-2,4	-0,3
Bremen	294	14	272	15	272	14	-7,8	0,0
Hamburg	266	16	252	16	252	16	-5,4	0,0
Hessen	765	5	763	5	762	5	-0,4	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	431	12	430	12	430	12	-0,3	0,0
Niedersachsen	593	10	588	9	588	9	-0,9	0,0
Nordrhein-Westfalen	867	2	866	2	866	2	-0,2	-0,1
Rheinland-Pfalz	929	1	923	1	923	1	-0,6	0,0
Saarland	796	3	797	3	797	3	0,1	0,0
Sachsen	736	6	726	6	726	6	-1,4	0,0
Sachsen-Anhalt	536	11	536	11	535	11	-0,2	-0,1
Schleswig-Holstein	627	7	625	7	625	7	-0,3	0,0
Thüringen	610	8	586	10	586	10	-3,9	-0,1
Deutschland	647	x	643	x	643	x	-0,6	0,0

1 Straßenlänge (Stichtag 01.01.) je Quadratkilometer Fläche (31.12. des Vorjahres). – 2 Fläche 31.12.2018. – Quelle: Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs; eigene Berechnungen

T2 Pkw-Dichte¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2019		2020		2010–2020	2019–2020
	Pkw je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	Pkw je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	Pkw je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	532	5	599	4	606	4	73	7
Bayern	549	3	610	3	617	3	68	7
Berlin	321	16	332	16	333	16	12	1
Brandenburg	521	6	567	8	571	8	50	4
Bremen	395	15	428	15	432	15	38	4
Hamburg	403	14	432	14	435	14	32	4
Hessen	541	4	591	6	597	6	56	6
Mecklenburg-Vorpommern	490	13	532	12	538	12	47	6
Niedersachsen	518	7	595	5	602	5	84	7
Nordrhein-Westfalen	498	11	562	9	570	9	72	8
Rheinland-Pfalz	554	2	617	2	625	2	70	7
Saarland	569	1	642	1	651	1	82	9
Sachsen	494	12	527	13	531	13	37	4
Sachsen-Anhalt	503	10	548	11	554	11	51	6
Schleswig-Holstein	513	8	574	7	581	7	68	7
Thüringen	512	9	553	10	558	10	46	5
Deutschland	510	x	567	x	574	x	64	6

1 Pkw-Bestand (Stichtag 01.01.) je 1 000 Einwohner/-innen (31.12. des Vorjahres). – Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt; eigene Berechnungen

T3 Anteil des Pkw-Bestands mit alternativen Antrieben¹

Land	Jahr ²						Zeitraum	
	2010		2019		2020		2010–2020	2019–2020
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	0,6	15	1,7	8	2,3	6	1,7	0,6
Bayern	0,8	13	1,7	8	2,3	6	1,5	0,6
Berlin	1,2	4	3,0	1	3,8	1	2,5	0,7
Brandenburg	1,2	4	2,0	5	2,3	6	1,1	0,3
Bremen	1,1	6	2,2	3	2,7	4	1,6	0,5
Hamburg	0,7	14	2,1	4	3,0	2	2,4	1,0
Hessen	1,0	9	1,9	7	2,4	5	1,4	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	1,1	6	1,5	13	1,8	13	0,6	0,2
Niedersachsen	1,7	1	2,0	5	2,3	6	0,7	0,3
Nordrhein-Westfalen	1,6	2	2,4	2	2,8	3	1,2	0,4
Rheinland-Pfalz	0,9	12	1,6	10	2,0	10	1,1	0,4
Saarland	0,5	16	1,4	15	1,8	13	1,2	0,4
Sachsen	1,0	9	1,6	10	1,9	12	0,9	0,3
Sachsen-Anhalt	1,1	6	1,5	13	1,7	16	0,6	0,2
Schleswig-Holstein	1,0	9	1,6	10	2,0	10	1,0	0,3
Thüringen	1,3	3	1,4	15	1,8	13	0,5	0,4
Deutschland	1,1	x	1,9	x	2,4	x	1,3	0,5

1 LPG / CNG (einschließlich bivalent), Elektro, Hybrid, Sonstige. – 2 Stichtag 01.01. – Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt; eigene Berechnungen

T4 Pkw-Neuzulassungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	49	6	44	5	47	4	-2	3
Bayern	57	3	54	3	56	3	-1	2
Berlin	27	16	22	16	24	16	-3	2
Brandenburg	36	13	27	13	26	14	-10	-1
Bremen	35	14	30	11	31	11	-4	1
Hamburg	76	1	76	1	76	1	0	0
Hessen	59	2	59	2	62	2	3	3
Mecklenburg-Vorpommern	35	14	25	15	24	15	-11	0
Niedersachsen	49	5	44	4	47	5	-2	3
Nordrhein-Westfalen	42	8	38	7	40	7	-2	3
Rheinland-Pfalz	44	7	33	8	34	8	-10	1
Saarland	54	4	40	6	42	6	-11	2
Sachsen	41	10	30	12	30	12	-10	1
Sachsen-Anhalt	37	12	26	14	26	13	-10	0
Schleswig-Holstein	37	11	30	10	31	10	-6	1
Thüringen	42	9	31	9	32	9	-10	1
Deutschland	47	x	41	x	43	x	-3	2

¹ Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt; eigene Berechnungen

T5 Anteil der Pkw-Neuzulassungen mit alternativen Antrieben¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	0,7	11	5,9	3	10,1	4	9,4	4,2
Bayern	0,6	14	5,7	4	10,4	3	9,8	4,7
Berlin	1,3	1	8,1	1	12,5	1	11,1	4,4
Brandenburg	1,0	2	5,2	7	8,3	10	7,2	3,1
Bremen	1,0	2	6,3	2	10,8	2	9,9	4,6
Hamburg	0,4	16	4,4	14	8,7	5	8,4	4,3
Hessen	0,7	11	4,7	11	7,2	13	6,5	2,6
Mecklenburg-Vorpommern	0,9	5	4,5	13	7,6	11	6,7	3,1
Niedersachsen	1,0	2	4,3	15	6,2	16	5,2	1,9
Nordrhein-Westfalen	0,9	5	5,5	5	8,7	5	7,8	3,2
Rheinland-Pfalz	0,7	11	5,0	8	8,4	9	7,7	3,4
Saarland	0,5	15	4,9	10	7,1	15	6,6	2,2
Sachsen	0,8	9	5,0	8	7,5	12	6,7	2,5
Sachsen-Anhalt	0,9	5	4,6	12	7,2	13	6,2	2,6
Schleswig-Holstein	0,8	9	5,5	5	8,5	8	7,7	3,1
Thüringen	0,9	5	3,9	16	8,7	5	7,9	4,8
Deutschland	0,8	x	5,3	x	8,8	x	8,0	3,5

¹ LPG / CNG (einschließlich bivalent), Elektro, Hybrid, Sonstige. – Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt; eigene Berechnungen

T6 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	334	2	338	3	328	2	-7	-10
Bayern	423	12	414	12	395	11	-28	-19
Berlin	400	10	417	13	409	14	9	-8
Brandenburg	342	4	362	8	365	9	23	3
Bremen	481	16	498	16	464	16	-17	-34
Hamburg	451	15	418	14	400	12	-51	-18
Hessen	374	6	344	5	329	4	-45	-15
Mecklenburg-Vorpommern	376	7	331	2	334	5	-42	3
Niedersachsen	425	13	413	11	405	13	-21	-8
Nordrhein-Westfalen	353	5	350	6	343	6	-11	-7
Rheinland-Pfalz	386	9	367	9	353	7	-33	-14
Saarland	419	11	382	10	378	10	-42	-4
Sachsen	341	3	339	4	328	2	-13	-11
Sachsen-Anhalt	378	8	359	7	359	8	-19	0
Schleswig-Holstein	426	14	426	15	423	15	-3	-3
Thüringen	330	1	315	1	273	1	-58	-42
Deutschland	380	x	372	x	361	x	-18	-11

¹ Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

T7 Verkehrstote

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2018		2019		2009–2019	2018–2019
	je 1 Mill. Einwohner/-innen ¹	Rang	je 1 Mill. Einwohner/-innen ¹	Rang	je 1 Mill. Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 1 Mill. Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	50	8	40	7	39	9	-10	0
Bayern	63	11	47	10	41	11	-21	-6
Berlin	14	1	12	2	11	1	-3	-1
Brandenburg	80	15	57	15	50	13	-31	-7
Bremen	20	3	9	1	12	2	-8	3
Hamburg	19	2	16	3	15	3	-3	-1
Hessen	51	9	38	6	36	7	-15	-3
Mecklenburg-Vorpommern	94	16	53	14	55	15	-39	1
Niedersachsen	68	13	52	13	54	14	-14	2
Nordrhein-Westfalen	35	4	27	4	25	4	-9	-2
Rheinland-Pfalz	55	10	41	8	37	8	-18	-3
Saarland	44	5	35	5	25	4	-19	-10
Sachsen	46	6	49	12	39	9	-7	-9
Sachsen-Anhalt	69	14	63	16	62	16	-7	-1
Schleswig-Holstein	49	7	42	9	34	6	-15	-8
Thüringen	66	12	47	10	43	12	-23	-4
Deutschland	51	x	40	x	37	x	-14	-3

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

T8 Verunglückte Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern¹ (Verkehrsunfälle mit Personenschaden) (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2015		2018		2019		2015–2019	2018–2019
	je 100 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	79	5	91	5	89	5	10	-2
Bayern	111	11	126	12	125	12	14	-1
Berlin	155	15	157	15	151	14	-4	-6
Brandenburg	103	10	119	10	117	10	14	-2
Bremen	216	16	206	16	184	16	-32	-22
Hamburg	134	13	138	13	138	13	4	0
Hessen	60	3	66	2	63	3	3	-3
Mecklenburg-Vorpommern	96	8	97	6	104	9	8	7
Niedersachsen	114	12	124	11	123	11	9	-1
Nordrhein-Westfalen	88	6	105	8	102	7	14	-3
Rheinland-Pfalz	62	4	68	4	68	4	6	0
Saarland	54	1	58	1	56	2	2	-2
Sachsen	96	8	106	9	102	7	6	-4
Sachsen-Anhalt	94	7	97	6	97	6	3	0
Schleswig-Holstein	140	14	150	14	151	14	11	1
Thüringen	59	2	66	2	55	1	-4	-11
Deutschland	96	x	107	x	105	x	9	-2

1 Einschließlich Pedelecs/E-Bikes ohne Versicherungskennzeichen – 2 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Glossar



Allgemeinbildende Schulen

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Realschulen plus, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen, Förderschulen, Kollegs und Abendgymnasien.

An den rheinland-pfälzischen Schulen können in der Regel drei unterschiedliche allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden: Die Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss), der qualifizierte Sekundarabschluss I (mittlerer Schulabschluss) und die Allgemeine Hochschulreife (Abitur). Zudem besteht die Möglichkeit, den schulischen Teil der Fachhochschulreife zu erlangen. Die vollständige Fachhochschulreife wird erst dann erreicht, wenn neben der schulischen Ausbildung ein außerschulisches Praktikum absolviert wurde.

Allgemeine Krankenhäuser

Krankenhäuser, die über Betten in vollstationären Fachabteilungen verfügen, wobei die Betten nicht ausschließlich für psychiatrische und neurologische Patienten/-innen vorgehalten werden.

Altenquotient

Der Altenquotient gibt die Zahl der 65-jährigen und älteren Personen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die über 65-Jährigen in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die nicht mehr erwerbstätigen Personen.

Alternativer Antrieb

Ein Fahrzeug mit einem alternativen Antrieb ist ein Fahrzeug mit einem Antrieb, der sich bezüglich der Energieart oder der konstruktiven Lösung von den auf dem Markt verbreiteten Antrieben wesentlich unterscheidet. In der vorliegenden Publikation werden den alternativen Antrieben die folgenden Antriebe zugerechnet: Gasantrieb, Hybridantrieb, Elektroantrieb und sonstige Antriebe (z. B. Brennstoffzellenantrieb).

Arbeitslose

Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen, den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind, in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben sowie sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet

haben. Hierzu zählen keine Schüler/-innen, Studierende oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung sowie Personen, die arbeitsunfähig erkrankt sind.

Arbeitslosenquote

Anteil der (registrierten) Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Arbeitslose). Wegen der Arbeitsmarktreform 2005 liegen Ergebnisse zur Arbeitslosenquote nach Altersgruppen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen erst ab 2008 vor.

Arbeitsplatzdichte

Erwerbstätige am Arbeitsort bezogen auf 1000 Einwohner/-innen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Stichtag 31.12. des Vorjahres).

Arbeitsproduktivität

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen wird als Maß für die Arbeitsproduktivität verwendet. Dabei wird das Bruttoinlandsprodukt auf die Zahl der voll- und teilzeitbeschäftigten Erwerbstätigen bezogen.

Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer/-innen (Arbeiter/-innen, Angestellte, Beamte/-innen, marginal Beschäftigte) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Hingegen gehören die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingter Abwesenheit, nicht zum Arbeitsvolumen. Das Arbeitsvolumen wird als Jahressumme nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) nachgewiesen.

Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der bundesdeutschen Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

Ärzte/-innen, niedergelassene

Bei den niedergelassenen Ärzten/-innen handelt es sich ausschließlich um Ärzte/-innen mit eigener Praxis. Angestellte Ärzte/-innen werden nicht berücksichtigt.

Ausländer/-innen

Ausländer/-innen sind Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz sind, einschließlich Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten errichten (einschließlich Fertigteilbauten) sowie Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Berufsauspendler/-innen

Auspender/-innen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Wohnort arbeiten. Dargestellt werden hier die Auspendler/-innen über die jeweilige Landesgrenze.

Berufseinpender/-innen

Einpendler/-innen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Arbeitsort wohnen. Dargestellt werden hier die Einpendler/-innen über die jeweilige Landesgrenze.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Betreuungsquote

Die Betreuungsquote zeigt den Anteil der in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreuten Kinder einer Altersgruppe an allen Kindern dieser Altersgruppe.

Betreuungsschlüssel

Die Kennziffer setzt die betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen zum dort pädagogisch tätigen Personal ins Verhältnis. Der Personalschlüssel ist eine „rechnerische Größe“. Die tatsächliche Betreuungssituation vor Ort kann davon abweichen, z. B. bei krankheitsbedingtem Personalausfall oder durch andere Betreuungssituationen in Kern- und Randzeiten.

Betriebsgründung

Eine Betriebsgründung ist Gründung eines Betriebes mit einer erwarteten größeren wirtschaftlichen Bedeutung. Sie kann durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (d. h. eine Personengesellschaft) oder eine natürliche Person erfolgen. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptnie-

derlassung anmeldet, ist Voraussetzung, dass sie in das Handelsregister eingetragen ist, eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin beschäftigt.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung eines Gebietes zählen alle Personen, die in diesem Gebiet ihre alleinige oder ihre Hauptwohnung (vorwiegend genutzte Wohnung) haben. Die zugrunde liegenden Zahlen des Bevölkerungsstandes beziehen sich i. d. R. auf den Stichtag 31. Dezember des betreffenden Jahres.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter umfasst alle Personen in dem Alter, in dem üblicherweise eine Erwerbstätigkeit ausgeübt oder gesucht wird. Je nach Untersuchungsgegenstand sind unterschiedliche Altersabgrenzungen möglich. Für langfristige Vergleichszwecke wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter häufig mit der Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen gleichgesetzt.

Bildungsausländer/-innen

Als Bildungsausländerinnen bzw. -ausländer werden die ausländischen Studierenden nachgewiesen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem internationalen Studienkolleg erworben haben.

Body-Mass-Index (BMI)

Der Index wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird.

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich aller eingeführten und selbst erstellten Anlagen) sowie die Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept). Ausgehend von der in tiefer wirtschaftssystematischer Gliederung ermittelten Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich durch Addition des Saldos aus Gütersteuern und Gütersubventionen das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum.

Bruttostromerzeugung

Insgesamt erzeugte Strommenge (Umwandlungsausstoß) aller stromerzeugenden Anlagen in Rheinland-Pfalz.

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert. Sie ergibt sich als Differenz zwischen den Produktionswerten und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die Bruttowertschöpfung ist zu Herstellungspreisen bewertet, berücksichtigt also die empfangenen Gütersubventionen, nicht jedoch die zu zahlenden Gütersteuern. Die Summierung der in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ermittelten Bruttowertschöpfung ergibt die gesamtwirtschaftliche „unbereinigte Bruttowertschöpfung“.

CO₂-Emissionen

Bei der Verbrennung fossiler Energieträger werden Schadstoffe wie Schwefeldioxid und Stickstoffoxide sowie das Klimagas Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt. Die Darstellung der energiebedingten CO₂-Emissionen beruht auf dem Primärenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz der Länder. Unter Primärenergie wird die Energie verstanden, die mit den natürlich vorkommenden Energieformen oder Energiequellen zur Verfügung steht (z. B. Kohle, Gas oder Wind). Die Darstellung erfolgt quellenbezogen, das bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden.

Dienstleistungsbereiche

Zu den Dienstleistungsbereichen zählen die Bereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“, „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ und „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“.

Einkommensreichumsquote

Die Einkommensreichumsquote ist definiert als Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen mehr als 200 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Elterngeld

Das zum 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld löst das bis dahin geltende Erziehungsgeld ab. Rechtsgrundlage der Statistik zum Elterngeld ist das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG). Mit Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 erstreckte sich die Erhebung der Statistik auf bewilligte Anträge von Elterngeld (so genannte Antragsstatistik). Ab dem 1. Januar 2008 wurde die Erhebung von der Antragsstatistik auf die gemeldeten beendeten Leistungsbezüge um-

gestellt. Mit dieser rückwirkenden Betrachtung steht die tatsächliche Inanspruchnahme von Elterngeld im Vordergrund.

Energieproduktivität

Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität gilt als Maßstab für die Effizienz einer Volkswirtschaft im Umgang mit den Energieressourcen. Sie wird ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch.

Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energieträger sind natürliche Energievorkommen, die entweder permanent vorhanden oder in überschaubaren Zeiträumen regenerierbar sind. Im Unterschied dazu stehen fossile Energieträger (wie Kohle, Erdöl, Erdgas) oder spaltbare Elemente, die an begrenzte Stoffvorräte gebunden sind. Zu den erneuerbaren Energien zählen Solarenergie (Solarthermie, Fotovoltaik), Wind- und Wasserkraft, Deponie- und Klärgas, Biomasse und sonstige erneuerbare Energien wie Geothermie oder Umweltwärme.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte/-innen, Angestellte und Arbeiter/-innen), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbstätige

Alle Personen im Alter ab 15 Jahren, die als Arbeitnehmer/-innen (Arbeiter/-innen, Angestellte, Beamte/-innen, marginal Beschäftigte) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit, der Regelmäßigkeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. Im Falle mehrerer Tätigkeiten wird der Erwerbstätige nur einmal gezählt (Personenkonzept).

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Familien

Familien umfassen im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. gemischt- und gleichgeschlechtliche Ehepaare/Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Damit besteht eine Familie immer aus zwei Generationen: Eltern/-teile und im Haushalt lebende ledige Kinder. Kinder, die noch gemeinsam mit

den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin oder einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben, werden nicht der Herkunftsfamilie zugerechnet, sondern zählen statistisch als eigene Familie bzw. Lebensform. Nicht zu den Familien zählen Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende.

Fläche für Siedlung und Verkehr

Beinhaltet die bebauten und nicht bebauten Flächen, die durch die Ansiedlung von Menschen geprägt sind oder zur Ansiedlung beitragen sowie die bebauten und nicht bebauten Flächen, die dem Verkehr dienen.

Flächenerhebung

Die Flächenerhebung stellt auf der Grundlage von Daten der Vermessungs- und Katasterverwaltung Angaben über die tatsächliche Nutzung der Bodenfläche nach einem bundeseinheitlichen Nutzungsartenkatalog zur Verfügung. Grundlage bildet seit dem Berichtsjahr 2016 das Amtliche Liegenschaftskataster Informationssystem ALKIS®. Seit diesem Berichtsjahr sind aufgrund der grundlegenden methodischen Neuerung Zeitvergleiche einzelner Flächennutzungsarten mit den Vorjahren kaum mehr möglich.

Forschung und Entwicklung (FuE)

FuE kann sich auf Natur- und Ingenieurwissenschaften, Informatik, Medizin, Agrarwissenschaften sowie auf Wirtschafts-, Geistes- und Sozialwissenschaften beziehen. FuE-Arbeiten sind Arbeiten, die mit dem Ziel ausgeübt werden:

- neue allgemeingültige Erkenntnisse zu gewinnen, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden und
- neue Dienstleistungen, Produkte oder Verfahren auf experimentelle Weise zu entwickeln oder
- durch wesentliche Änderungen weiterzuentwickeln.

Frauenenerwerbsquote

Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der weiblichen Bevölkerung ab 15 Jahren.

Frauen im gebärfähigen Alter

Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

FuE-Intensität

Die FuE-Intensität stellt die Ausgaben in Forschung und Entwicklung (FuE) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts dar.

FuE-Personal

FuE-Personal umfasst Personen, die direkt mit FuE-Arbeiten befasst sind oder indirekte Dienstleistungen für FuE erbringen, wie z. B. in Management und Verwal-

tung tätiges Personal sowie Bürokräfte. Eingeschlossen sind auch solche Personen, die auf Honorar- oder ähnlicher Vertragsbasis im Unternehmen für FuE arbeiten. Vollzeitäquivalent ist eine Maßeinheit, die einem Vollzeitbeschäftigten entspricht, der seine gesamte Arbeitszeit auf FuE verwendet. Bei der Berechnung wird z. B. ein Vollzeitbeschäftigter, der ein Viertel seiner Arbeitszeit auf FuE verwendet, als 0,25 VZÄ berechnet, ein Halbtagsbeschäftigter, der ausschließlich für FuE-Arbeiten eingesetzt wird, als 0,5 VZÄ.

Geringfügig entlohnte Beschäftigte

Beschäftigte, bei denen das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat bestimmte Einkommenshöchstgrenzen (seit 1. Januar 2013: 450 Euro) nicht übersteigt (Minijob). Die Ausübung einer geringfügig entlohnten Beschäftigung ist ausschließlich oder neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung (Nebenjob) möglich, ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung voll sozialversicherungspflichtig wird. Personen mit einem Nebenjob werden sowohl unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch unter den geringfügig entlohnten Beschäftigten nachgewiesen.

Geborenen-/Gestorbenenüberschuss

Differenz zwischen der Zahl der Lebendgeborenen und der Zahl der Gestorbenen in einem bestimmten Zeitraum.

Gesundheitsausgaben

Zu den Gesundheitsausgaben zählen alle Käufe von Waren und Dienstleistungen, die zum Zweck der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden, die Kosten der Verwaltung sowie die Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Räumlich bezieht sich die Erfassung der Gesundheitsausgaben dabei auf die Käufe der inländischen Bevölkerung (die gegebenenfalls auch im Ausland getätigt werden können). Inhaltlich werden nur die Transaktionen für die letzte Verwendung erfasst, ein direkter Patientenbezug muss daher im Regelfall gegeben sein. Transaktionen zwischen Leistungserbringern, z. B. die Lieferung von Arzneimitteln von pharmazeutischen Großhändlern an Apotheken, bleiben unberücksichtigt.

Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft berücksichtigt die Erstellung und Vermarktung jener Güter und Dienstleistungen, die der Bewahrung und Wiederherstellung der Gesundheit dienen und von den verschiedenen Ausgabenträgern im Gesundheitswesen (z. B. gesetzliche und private Krankenversicherung oder soziale Pflegeversicherung) ganz oder teilweise erstattet werden.

Den Hauptbestandteil der Gesundheitswirtschaft bildet das Gesundheits- und Sozialwesen mit der stationären und ambulanten Gesundheitsversorgung. Um diesen gruppieren sich zahlreiche wirtschaftliche Akteure aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Handel sowie aus weiteren Wirtschaftszweigen, die mit dem Thema „Gesundheit“ verbunden sind. Die Gesundheitswirtschaft ist aus statistischer Sicht ein Querschnittsbereich.

Gewerbeanmeldung

Eine Gewerbeanmeldung (oder Gewerbeanzeige) ist ein gemäß der Gewerbeordnung (GewO) verpflichtender Vorgang der Anmeldung eines Gewerbebetriebs bei der zuständigen Behörde. Der Anzeigepflicht unterliegen die Aufnahme des selbständigen Betriebs eines stehenden Gewerbes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbständigen Zweigstelle sowie die Aufnahme eines Reisegewerbes gem. § 55 Abs. 1 GewO. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik erfolgt in der Regel ohne das Reisegewerbe. Anlass für eine Gewerbeanmeldung kann die Neugründung sein, aber auch der Wechsel der Rechtsform, der Eintritt eines Gesellschafters, die Wiedereröffnung nach Verlegung aus einem anderen Meldebezirk, die Bildung eines neuen Gewerbebetriebs durch Verschmelzung/Spaltung oder die Übernahme infolge von Erbfolge, Kauf oder Pacht.

Gründungsintensität

Die Gründungsintensität ist definiert als Anzahl der in einem Jahr gegründeten Unternehmen bezogen auf 10 000 erwerbsfähige Personen (zwischen 18 und 65 Jahren). Die erstmaligen Errichtungen von wirtschaftsaktiven, rechtlich selbstständigen Unternehmen werden im Mannheimer Unternehmenspanels (MUP) identifiziert, das am Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Kooperation mit dem Verband der Vereine Creditreform geführt wird. Unternehmen mit geringfügiger wirtschaftlicher Aktivität, Freiberufler (z. B. niedergelassene Ärzte), freie Mitarbeiter (Freelancer), Unternehmen im Agrarsektor sowie Nebenerwerbsunternehmen sind im MUP unterrepräsentiert. Angaben zu Branchen basieren auf Zusammenfassungen von Wirtschaftszweigen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)

Am 1. Januar 2005 wurde die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) eingeführt. Die SGB II-Quote berechnet sich aus den Leistungsberechtigten nach dem SGB II, bezogen auf die Bevölkerung im Alter bis zur Regelaltersgrenze.

Haushalt

Einen privaten Haushalt bilden zusammen wohnende und gemeinsam wirtschaftende Personen sowie einzelne Personen, die alleine wohnen und wirtschaften.

Hochqualifizierte Beschäftigte

Unter hochqualifizierten Beschäftigten sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit akademischem Berufsabschluss zu verstehen, die ein Studium an einer Fachhochschule oder an einer wissenschaftlichen Hochschule (bis 2011) bzw. mit Bachelor, Diplom/Magister/Master/Staatsexamen oder Promotion abgeschlossen haben.

Hochtechnologiebranchen

Zu den Hochtechnologiebranchen zählen (nach einer Abgrenzung von Eurostat und der OECD) folgende Wirtschaftszweige: chemische Industrie, pharmazeutische Industrie, Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Geräten, Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen, Kinos, Tonstudios und Verlegen von Musik, Rundfunkveranstalter, Telekommunikation, IT- und Informationsdienstleistungen sowie Forschung und Entwicklung.

Industrie

In dieser Analyse umfasst die Industrie die Wirtschaftsabschnitte „Verarbeitendes Gewerbe“ sowie „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“.

Innovationsindex

Der Innovationsindex wird seit 2004 vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für die Länder bzw. Regionen der Europäischen Union berechnet. Er setzt sich aus den beiden Teilindizes „Niveau“ und „Dynamik“ zusammen, die im Verhältnis 75:25 in die den Gesamtindex einfließen. Für die Berechnung der Teilindizes werden die Niveaus bzw. jahresdurchschnittlichen Veränderungsdaten von sechs Innovationsindikatoren auf den Wertebereich 0 (kleinster Indikatorwert) bis 100 (größter Indikatorwert) standardisiert und der Mittelwert gebildet. Die Indikatoren umfassen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE), FuE-Personal, Erwerbstätige in Hochtechnologiebranchen, in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen und in wissenschaftlich-technischen Berufen sowie die Zahl der Patentanmeldungen.

Insolvenzverfahren

Ein Insolvenzverfahren dient gemäß §1 der Insolvenzordnung (InsO) dazu, die Gläubiger eines Schuldners

gemeinschaftlich zu befriedigen, indem das Vermögen des Schuldners verwertet und der Erlös verteilt werden oder indem in einem Insolvenzplan eine abweichende Regelung insbesondere zum Erhalt des Unternehmens getroffen wird. Durch das Insolvenzverfahren wird dem redlichen Schuldner Gelegenheit dazu gegeben, sich von seinen restlichen Verbindlichkeiten zu befreien. Mögliche Gründe für die Beantragung eines Insolvenzverfahrens sind die Zahlungsunfähigkeit, die drohende Zahlungsunfähigkeit oder die Überschuldung des Schuldners.

Jugendquotient

Der Jugendquotient gibt die Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die unter 20-Jährigen häufig noch nicht erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die noch nicht erwerbstätigen Personen.

Kassenmäßige Steuereinnahmen (Steueraufkommen)

Ist-Einnahmen, die in dem Betrachtungszeitraum tatsächlich vereinnahmt wurden. Dabei ist es unerheblich, für welchen Zeitraum sie verrechnet werden.

Kindertagesbetreuung

Kindertagesbetreuung umfasst die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege. Zentrale Kennziffer ist die Betreuungsquote, die den Anteil der betreuten Kinder in einer Kindertageseinrichtung und in Kindertagespflege an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe angibt. Angaben zu den betreuten Kindern werden im Rahmen der Statistiken der Kindertagesbetreuung erhoben. Seit dem Jahr 2006 erfolgt die Erhebung nicht mehr nur alle vier Jahre, sondern wird jährlich zum Stichtag 1. März (bis zum Jahr 2008: 15. März) durchgeführt. Voraussetzung für die Einbeziehung in die Statistik ist die finanzielle Förderung durch die Jugendämter; rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht erfasst.

Krankenhäuser

Die amtliche Statistik umfasst: Allgemeine Krankenhäuser haben ein in der Regel breites Spektrum an Fachabteilungen für die vollstationäre Behandlung sowie Sonstige Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen, psychotherapeutischen, neurologischen oder geriatrischen Fachabteilungen.

Reine Tages- und Nachtkliniken haben keine Betten zur vollstationären Behandlung und werden daher hier nicht nachgewiesen.

Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich ist ein finanzielles Ausgleichssystem zwischen dem Bund und den Ländern sowie zwischen den Ländern. Die Bezugsgröße ist die bundesdurchschnittliche Steuerkraft je Einwohner. Länder, deren tatsächliche Steuereinnahmen je Einwohner/-in den Bundesdurchschnitt unterschreiten, sind grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Bei Überschreiten des Bundesdurchschnitts sind die Länder grundsätzlich ausgleichspflichtig.

Mietbelastungsquote

Die Mietbelastung eines Haushalts ist der Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen. Da das Haushaltsnettoeinkommen im Mikrozensus nicht in absoluten Beträgen, sondern in Klassen erfasst wird, wird zur Berechnung der Mietbelastung die Klassenmitte der angegebenen Einkommensklasse herangezogen. Die Aussagekraft der Mietbelastungsquote ist abhängig von der Genauigkeit der Angabe zum Haushaltsnettoeinkommen und zur Miete der Befragten. Da nicht sichergestellt werden kann, dass die Sozialleistungen im Haushaltsnettoeinkommen richtig erfasst werden, können die Quoten bei Leistungsempfängerinnen und -empfängern von der tatsächlichen Belastung abweichen.

Migrationshintergrund

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen nach der Definition des Mikrozensus alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer/-in in Deutschland geborenen Elternteil.

Mikrozensus

Repräsentativerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, die jährlich mit einem Auswahlatz von einem Prozent durchgeführt wird. Der Mikrozensus richtet sich an Haushalte und die darin lebenden Personen. Die Ergebnisse des Mikrozensus beruhen daher auf den Angaben der Befragten. So wird beispielsweise die Beteiligung am Erwerbsleben von der Person aus gesehen, im Gegensatz zu Erhebungen, in denen Unternehmen und Betriebe über die von ihnen Beschäftigten befragt werden.

Neuzulassung

Die Neuzulassung eines Personenkraftwagens ist die erstmalige Zulassung und Registrierung eines fabrikneuen Personenkraftwagens mit einem Kennzeichen in Deutschland. Personenkraftwagen, die bereits im In- oder Ausland zugelassen waren, fallen nicht darunter.

Patente

Patente geben ihrem Inhaber ein exklusives, jedoch zeitlich befristetes Recht an einer Erfindung. Der Forschungs- und Entwicklungsaufwand der Erfinderin bzw. des Erfinders wird durch die Patenterteilung belohnt. Nach Ablauf der Schutzdauer steht die Erfindung der Allgemeinheit zur Verfügung. Im Ergebnis fördert das Schutzrecht Forschungsleistungen und Innovation (Vermarktung der Erfindung), sodass die Zahl der angemeldeten Patente eine Aussage über das Innovationspotenzial einer Gesellschaft erlaubt.

Patentdichte

Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen. Für 2016 stehen keine Angaben für die Durchschnittsbevölkerung zur Verfügung. Deshalb wurden die vom DPMA ausgewiesenen Werte verwendet (Datenquelle Bevölkerung hier nicht bekannt).

Pedelec (E-Bike)

Ein Pedelec (E-Bike im allgemeinen Sprachgebrauch) ist ein Fahrrad mit Treithilfe und einem elektromotorischen Hilfsantrieb mit einer maximalen Nenndauerleistung von 0,25 kW, dessen Unterstützung sich mit zunehmender Fahrgeschwindigkeit progressiv verringert und spätestens beim Erreichen von 25 km/h unterbrochen wird. Es wird in der Statistik zu den Fahrrädern gezählt.

Pendlersaldo

Der Pendlersaldo errechnet sich aus der Differenz zwischen Berufseinpender/-innen und Berufsauspendler/-innen. Ein positiver Pendlersaldo ergibt sich, wenn mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in ein Bundesland einpendeln als auspendeln. Übersteigt die Zahl der Auspendler/-innen die Zahl der Einpendler/-innen, handelt es sich dagegen um einen negativen Pendlersaldo.

Personal im öffentlichen Dienst

Beschäftigte der Kernhaushalte, der Sonderrechnungen und der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Sonderrechnungen sind rechtlich unselbstständige Einheiten in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die über eine eigene Rechnungsführung verfügen und deren Einnahmen und Ausgaben folglich nicht in den Kernhaushalten enthalten sind (z. B. Landesbetriebe, kommunale Eigenbetriebe und Sondervermögen). Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform sind rechtlich selbstständige Körperschaften, Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen, die unter Aufsicht des Bundes, der Länder oder der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände stehen. Hierzu zählen Zweckverbände, nicht aber die Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit.

Pkw-Bestand

Der Bestand an Personenkraftwagen entspricht der Summe aller zum betreffenden Stichtag im Zentralen Fahrzeugregister des Kraftfahrtbundesamtes gespeicherten Kraftfahrzeuge und -anhänger zum angegebenen Stichtag ohne die außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge.

Pkw-Dichte

Die Pkw-Dichte ist Bestand der in einer Gebietseinheit zum betreffenden Stichtag zugelassenen Personenkraftwagen je 1000 Einwohner/-innen der betreffenden Gebietseinheit.

Pflegebedürftige

Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§ 15 SGB XI) der Hilfe bedürfen (§ 14 Absatz 1 SGB XI). Erfasst werden Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als Pflegebedürftige/r ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung der Pflegebedürftigen zu den Pflegegraden 1 bis 5.

Privatquartiere

Kleinbeherbergungsstätte, die für Gäste weniger als zehn Betten zur Verfügung stellt, für jeden zugänglich ist und in der Gäste zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt aufgenommen werden. In den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes werden der Betriebsart „Privatquartiere“ sowohl gewerbliche Kleinbetriebe als auch nicht erlaubnispflichtige Beherbergungsstätten privater Vermieter zugeordnet.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energieversorgung, Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä. sowie Baugewerbe.

Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände

Der Nachweis der Schulden orientiert sich an der Schulddefinition des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie des 2012 zusätzlich unterzeichneten „Europäischen Fiskalpakts“. Die Schulden umfassen demnach nur noch die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (z.B. gegenüber Banken). Schulden innerhalb des öffentlichen Bereichs, wie beispielsweise

die Verschuldung einer Ortsgemeinde gegenüber ihrer Verbandsgemeinde, bleiben unberücksichtigt.

In Analogie zu den EU-Vorgaben werden zudem die Schulden der Kernhaushalte (z.B. Ministerien, Ämter, Behörden) sowie der Extrahaushalte ausgewiesen. Bei letzteren handelt es sich um Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) dem Sektor Staat zuzurechnen sind. Vereinfacht ausgedrückt handelt es sich beim Extrahaushalt um Einheiten, die von der öffentlichen Hand kontrolliert werden und wahlweise entweder mehrheitlich öffentlich finanziert werden und/oder den wesentlichen Teil ihres Umsatzes mit staatlichen Marktteilnehmern erwirtschaften. Das sind z. B. kommunale Kindergartenzweckverbände.

Diese stringente Abgrenzung nach dem ESVG 2010 wurde erst für die Jahre 2010ff durchgeführt. In den Schuldendaten der Vorjahre, sind teilweise Liquiditätskredite beim öffentlichen Bereich sowie eine etwas andere Grundgesamtheit enthalten. Daher ist das Ergebnis des Jahres 2009 nur eingeschränkt mit den Ergebnissen der Jahre 2018 und 2019 vergleichbar.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Zur Siedlungs- und Verkehrsfläche gehören die Gebäude- und Freiflächen, die Betriebsflächen ohne das Abbauland, die Erholungsflächen, die Verkehrsflächen und die Friedhofsflächen.

Sonstige Dienstleistungen

Die sonstigen Dienstleistungen als Teil des Dienstleistungsbereichs umfassen die Bereiche „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ sowie „sonstige öffentliche und private Dienstleister“.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung zu zahlen sind; dazu gehören insbesondere auch Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten/-innen, Werkstudenten/-innen und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden. Nicht einbezogen sind dagegen Beamte/-innen, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten/-innen, Wehr- und Zivildienstleistende sowie geringfügig Beschäftigte. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf den Arbeitsort.

Sparquote der privaten Haushalte

Der nicht konsumierte Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche stellt das Sparen der privaten Haushalte dar. Die Relation aus dem so ermittelten Sparen zu dem verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet. Die privaten Haushalte umfassen in dieser Veröffentlichung auch private Organisationen ohne Erwerbszweck.

S-Pedelec

Ein S-Pedelec ist ein Kleinkraftrad mit Trethilfe, dessen elektromotorischer Hilfsantrieb unterbrochen wird, wenn der Fahrer im Treten einhält, und dessen Unterstützung sich mit zunehmender Fahrzeuggeschwindigkeit progressiv verringert und unterbrochen wird, wenn die Fahrgeschwindigkeit 45 km/h erreicht. Ein Antrieb mit Gasgriff bis 20 km/h ohne Treten ist erlaubt. Die Nutzleistung oder Nenndauerleistung beträgt maximal 0,5 kW. Ein S-Pedelec wird in der Statistik zu den Krafträdern mit Versicherungskennzeichen gezählt.

Steuerverteilung

Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden. Sie dient einerseits dem Ausgleich der Steuerkraft zwischen den Kommunen und zwischen den Ländern (horizontaler Ausgleich) und andererseits dem Ausgleich der Steuerkraft zwischen Bund, Ländern und Kommunen (vertikaler Ausgleich). Zur Steuerverteilung gehören u. a. der Länderfinanzausgleich und der kommunale Finanzausgleich.

Straßendichte

Die Straßendichte einer Gebietseinheit beziffert die Länge der in der Gebietseinheit befindlichen Straßen des überörtlichen Verkehrs in Metern je Quadratkilometer Fläche der Gebietseinheit.

Straße des überörtlichen Verkehrs

Zu den Straßen des überörtlichen Verkehrs zählen die Bundesautobahnen, die Bundesstraßen, die Landesstraßen und die Kreisstraßen. Keine Straßen des überörtlichen Verkehrs sind somit die Gemeindestraßen.

Studienanfängerquote

Anteil der Studierenden im ersten Hochschulsesemester des Sommer- und nachfolgenden Wintersemesters an der Bevölkerung des entsprechenden Alters (Quotensummenverfahren). Die vergleichsweise hohe Studienanfängerquote in den Stadtstaaten ist methodisch zu erklären. Zur Ermittlung der Studienanfängerquote werden die Studierenden im ersten Hochschulsemes-

ter auf die Bevölkerung des entsprechenden Alters im Land des Studienortes bezogen. Stadtstaaten erfahren dadurch hohe Quoten, da das Studierendeneinzugsgebiet über die Landesgrenzen hinausgeht.

Teilzeitbeschäftigung

Zu den Teilzeitbeschäftigten werden Arbeitnehmer/-innen gezählt, die regelmäßig kürzer arbeiten als ein vergleichbarer Vollzeitbeschäftigter. Nach der Definition des Mikrozensus fallen darunter Personen, die weniger als 25 Stunden pro Woche arbeiten, sowie Personen, die zwischen 25 und 36 Stunden pro Woche arbeiten und sich selbst als teilzeitbeschäftigt einstufen.

Teilzeitquote

Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängigen Erwerbstätigen.

Treibhausgasemissionen

Treibhausgasemissionen entstehen in erster Linie bei der Verbrennung von fossilen Energieträgern zum Zweck der Energiegewinnung. Den wesentlichen Teil der Treibhausgase machen deswegen die aus dem Energieverbrauch resultierenden Emissionen aus (energiebedingte Emissionen). Klimaschädliche Gase entstehen aber auch in anderen Bereichen, insbesondere bei verschiedenen Produktionsprozessen in der Industrie. Der Indikator berücksichtigt die energiebedingten Kohlendioxidemissionen (CO₂), die prozessbedingten Kohlendioxidemissionen sowie die Distickstoffoxidemissionen (Lachgas, N₂O) und die Methanemissionen (CH₄). Mithilfe von CO₂-Äquivalenzfaktoren werden die unterschiedlichen Treibhausgase normiert und bezüglich ihrer Auswirkungen auf das Klima miteinander vergleichbar gemacht.

Übernachtungsintensität

Übernachtungen je 1000 Einwohner/-innen (Tourismus).

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen die Firma beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen. Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Ex-

porteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unfall mit Personenschaden

Ein Unfall mit Personenschaden ist ein Unfall, bei dem mindestens ein Verkehrsteilnehmer verunglückt ist. Verunglückte sind Personen, die infolge eines Unfalls getötet oder verletzt wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen verstorben sind. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar nach dem Unfall zur stationären Behandlung in einem Krankenhaus aufgenommen wurden und dort mindestens 24 Stunden verblieben sind. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

Unternehmen mit Umsatzsteuervoranmeldung

Die Steuerpflichtigen mit Umsatzsteuervoranmeldungen sind die Steuerpflichtigen gemäß der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen). Deren Anzahl wird als Bezugsgröße zur Berechnung der Insolvenzhäufigkeit der Unternehmensinsolvenzen herangezogen. Die Insolvenzhäufigkeit ist die relevante Größe für den Vergleich der Insolvenzen in verschiedenen Gebietseinheiten. Die Steuerpflichtigen mit Umsatzsteuervoranmeldungen beinhalten nicht diejenigen Steuerpflichtigen, die von der sog. Kleinunternehmerregelung gemäß § 19 UStG Gebrauch gemacht haben, da diese von der Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen befreit sind. Dadurch ist die Insolvenzhäufigkeit zu hoch ausgewiesen, wenn derartige Unternehmen von einer Insolvenz betroffen sind.

Unternehmensinsolvenz

Ein Unternehmensinsolvenzverfahren ist ein Regelinsolvenzverfahren der Schuldnergruppe der Unternehmen. In den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik nicht unter den Unternehmensinsolvenzverfahren nachgewiesen werden Regelinsolvenzverfahren anderer Schuldnergruppen, z. B. der ehemals selbständig Tätigen mit nicht-überschaubaren Vermögensverhältnissen gemäß § 304 Abs. 2 InsO oder der natürlichen Personen als Gesellschafter. Ein Regelinsolvenzverfahren ist das allgemeine Insolvenzverfahren des deutschen Rechts. Es kommt zur Anwendung, wenn kein besonderes Verfahren mit eigenen Vorschriften vorgesehen ist, wie z. B. das Verbraucherinsolvenzverfahren oder das Nachlassinsolvenzverfahren.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin be-

stehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren.

Verbraucherinsolvenz

Ein Verbraucherinsolvenzverfahren ist ein Insolvenzverfahren der Schuldnergruppe der Verbraucher. In den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik nicht unter den Verbraucherinsolvenzverfahren nachgewiesen werden die Insolvenzverfahren von ehemals selbstständig Tätigen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen gemäß § 304 Abs. 2 InsO.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Es ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend vom Staat empfangen, und andererseits Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers abgezogen werden, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit dem Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Die privaten Haushalte umfassen in dieser Veröffentlichung auch private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Vertragslösungsquote

Lösungsquote nach Schichtenmodell: Die Zahl der vorzeitigen Lösungen im Berichtsjahr wird differenziert nach dem Jahr, in dem der Beginn des vorzeitig gelösten Ausbildungsvertrags war und bezogen auf die in den jeweiligen Jahren begonnenen Ausbildungsverträge.

Verweildauer im Tourismus, durchschnittliche

Der als Quotient aus Übernachtungen und Ankünften im Reiseverkehr (Tourismus) errechnete Wert gibt die durchschnittliche Verweildauer der Gäste im Beherbergungsbetrieb an.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens zu liefern. Sie stellen ein Auswertungssystem dar, in dem das Datenmaterial einer Vielzahl von Wirtschafts- und Finanzstatistiken zu einem konsistenten Rechenwerk zusammengeführt wird. Im Rahmen der Inlandsproduktberechnungen werden Angaben zur Entstehung, Verteilung und Verwendung (Drei-Seiten-Rechnung) des Bruttoinlandsprodukts ermittelt.

Vollzeitäquivalent

Maßeinheit für die Arbeitszeit, die dem Gegenwert eines Vollzeitbeschäftigten entspricht.

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Einrichtungen nach § 107 Abs. 2 SGB V, die hauptsächlich der stationären Behandlung dienen, um eine Schwächung der Gesundheit zu beseitigen (Vorsorge) oder im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung den erzielten Behandlungserfolg zu sichern (Rehabilitation).

Waldfläche

Mit Forstpflanzen, d. h. Waldbäumen und Waldsträuchern, bestockte Fläche ohne Gehölz.

Wanderungen (räumliche Bevölkerungsbewegung)

Veränderung von Bestand und Struktur der Bevölkerung eines Gebietes im Zeitablauf durch dauerhafte Verlagerungen des Wohnorts von Personen zwischen abgegrenzten Gebietseinheiten. Es ist zu unterscheiden zwischen Abwanderung (Fortzug aus der betrachteten Gebietseinheit) und Zuwanderung (Zuzug in die betrachtete Gebietseinheit).

Warmmiete

Die Bruttowarmmiete besteht aus der Bruttokaltmiete und den warmen Nebenkosten (u. a. Umlagen für den Betrieb einer Heizungs- und Warmwasserversorgungsanlage, Strom, Gas oder Fernwärme). Die Bruttokaltmiete umfasst die Nettokaltmiete (Grundmiete) sowie die kalten Nebenkosten (u. a. Betriebskosten für Wasser, Kanalisation, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr, Haus-, Straßen- und Schornsteinreinigung, Hauswart und Hausverwaltung sowie öffentliche Lasten (z. B. Grundsteuer)). Erfasst werden auch kalte Nebenkosten, die nicht an die Vermieterin oder den Vermieter bezahlt werden.

Wissensintensive Dienstleistungsbranchen

Zu den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen zählen (nach einer Abgrenzung von Eurostat und der OECD) folgende Wirtschaftszweige: Schifffahrt, Luftfahrt, Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (einschließlich Forschung und Entwicklung), Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Wach- und Sicherheitsdienst sowie Detekteien, öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ohne behinderte Menschen in anerkannten Werkstätten oder gleichartigen Einrichtungen), Kunst, Unterhaltung und Erholung.

Wohneigentumsquote

Die Wohneigentumsquote ist definiert als der Anteil der von Gebäude- und Wohnungseigentümern selbst

bewohnten Wohnungen an den bewohnten Wohnungen insgesamt (wohnungsbezogene Eigentumsquote).

Zahnärzte/-innen, niedergelassene

Bei den niedergelassenen Zahnärztinnen bzw. Zahnärzten handelt es sich ausschließlich um Zahnärztinnen bzw. Zahnärzte mit eigener Praxis. Angestellte Zahnärztinnen bzw. Zahnärzte werden nicht berücksichtigt.

Zusammengefasste Geburtenziffer (Geburtenrate)

Zur Berechnung dieser demografischen Maßzahl wird zunächst für jedes Altersjahr die Zahl der Le-

bendgeborenen eines bestimmten Zeitraums auf die (durchschnittliche) Zahl der Frauen dieses Altersjahrs im gleichen Zeitraum bezogen und üblicherweise mit 1000 multipliziert. Die errechneten altersspezifischen Geburtenziffern für alle Frauen im gebärfähigen Alter (in der Regel 15 bis unter 45 Jahre) werden summiert; die Summe heißt zusammengefasste Geburtenziffer (Geburtenrate).

Zweitstimmenanteil der Regierungsparteien

Grundlage der Berechnungen ist die Anzahl der tatsächlich abgegebenen Stimmen für die jeweiligen Regierungsparteien bei der jeweils letzten Landtagswahl.

Endnoten

- 1 Vgl. Kultusministerkonferenz: Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2018. Berlin 2018, S. 33.
- 2 Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: Konsequenzen aus aktueller Entwicklung der Schülerzahlen – Absenkung der Klassengröße wird ausgesetzt. Mainz 2015.
- 3 Deutscher Caritasverband e.V.: Neue Caritas Spezial, Politik Praxis Forschung. Freiburg 2012.
- 4 Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland – Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld 2018.
- 5 Ministerium für Bildung des Landes Rheinland-Pfalz: Das besondere 10. Schuljahr „Keine/r ohne Abschluss“ an den Realschulen plus in Rheinland-Pfalz. Mainz 2020.
- 6 Mitteilung des Ministeriums für Bildung vom 23.04.2020: Konkretisierende Hinweise zur stufenweisen Schulöffnung, S. 4.
- 7 Uhly, A.: Zu Problemen der Berechnung der Abbruchquote für die duale Berufsausbildung. Bonn 2014, S. 5.
- 8 Vgl. Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz: Neu zugewanderte Jugendliche in der berufsbildenden Schule. Handreichung für BVJ-S und Sprachförderung. Bad Kreuznach 2016.
- 9 Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems. Berlin 2006.
- 10 Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: „Studium für mehr beruflich Qualifizierte öffnen“, Pressemeldung vom 27.07.2015.
- 11 Vgl. Deutscher Akademischer Austauschdienst/Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (Hrsg.): Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland. Fokus: Studienland Deutschland – Motive und Erfahrungen internationaler Studierender. Bielefeld 2019, S. 18.
- 12 Bachelor (einschließlich Lehramt), Magister, Diplom, Staatsexamen, Kirchliches Examen.

Fotonachweis

Seite Kapitel

Seite 19	Bevölkerung
Seite 29	Haushalte, Familien und Lebensformen
Seite 45	Bildung
Seite 57	Gesundheit und Soziales
Seite 67	Finanzen
Seite 75	Wahlen
Seite 81	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Seite 89	Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Tourismus
Seite 97	Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale
Seite 107	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt
Seite 121	Umwelt
Seite 127	Verkehr

Fotograf/-in

© adimas – stock.adobe.com
© JenkoAtaman – Fotolia
© Christian Schwier – stock.adobe.com
© udra11 – stock.adobe.com
© vegefox.com – stock.adobe.com
© VanderWolf Images – stock.adobe.com
© parallel_dream – stock.adobe.com
© nd3000 – stock.adobe.com
© totojang1977 – stock.adobe.com
© industrieblick – stock.adobe.com
© Romolo Tavani – stock.adobe.com
© powell83 – stock.adobe.com

Impressum

Hier können Sie kostenlos
alle Statistischen Analysen
herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Titelfoto: ©Visions-AD – stock.adobe.com

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Erschienen im Oktober 2020

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/analysen/rlp-laendervergleich_2020.pdf

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2020

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.